Wildcat-Zirkular

Nr. 40/41 Dezember 1997

8 Mark

Börsencrash in Asien, in Europa, in ...

Good bye, money!

Wildcat-Zirkular Nr. 40/41
Dezember 1997

Inhalt:

Editorial 3

Der Streik bei UPS und der Klassenkampf in den USA
(Henri Simon) 5

UPS: Die Teilzeitarbeit, das »Job-Wunder der USA«, rebelliert 34

Globalisierung und Reformismus – Einstieg in eine überfällige Debatte 42

Kritik an F.e.I.S. (Berlin) 46

Kritik am »Blauen Montag« (Hamburg) 64

Einwanderer und das »Bevölkerungsgesetz« im modernen Kapitalismus
(Charles Reeve) 84

Brief an alle Freunde der Zapatisten oder »Gefährliche Abkürzungen«
(Richard Greeman) 94

Die Würde und die Zapatistas
(John Holloway) 105

Theorie nicht ohne Untersuchung; Untersuchung nicht ohne Praxis
(Antwort auf »Asien, wir und die Revolution«) 110

Negris Klassenanalyse – Die Metaphysik des »gesellschaftlichen Arbeiters.
(Steve Wright) 120

Flugblatt zum aktuellen Streik der StudentInnen 148

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
e-mail: jaa@wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
e-mail: wildcat@link-lev.dinoco.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325
20327 Hamburg, Tel.+Fax: 040/3908487

Welt in Umwälzung, c/o wildcat
Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel: 0621/657746 Fax: 0621/657747, e-mail: suba@wildcat.pfalz.de

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Warum Haifische nicht zu Vegetariern werden...

Seit dem Erscheinen des letzten Zirkulars ist mehr Zeit vergangen als geplant war. Wir hoffen, das liegt nicht daran, daß wir uns zuviel vorgenommen haben.

Mit dem »Debatten-Heft« Nr. 39 wollten wir etwas Bewegung in die Diskussion bringen. Erste Beiträge waren der offene Brief an John Holloway und die Kritik an einigen früheren Artikeln im Zirkular mit einer bestimmten Sichtweise des Klassenkampfs in Asien. Inzwischen haben wir mit den Autoren der kritisierten Artikel zusammengesessen und diskutiert. Die Antwort aus Mannheim-Ludwigshafen findet ihr in diesem Zirkular: *Theorie nicht ohne Untersuchung; Untersuchung nicht ohne Praxis!* Die Antwort John Holloways ist noch in Arbeit. Die Kritik in unserem offenen Brief hatte sich u.a. auf den Text »Dignity's Revolt« bezogen, den wir nicht übersetzt und veröffentlicht hatten. Um unsere Diskussion nachvollziehbar zu machen, haben wir nun in Absprache mit dem Autor eine Kurzfassung des Textes erstellt: *Die Würde und die Zapatistas.*

Die Debatte über *Globalisierung und Reformismus* ist überfällig. Überall begegnen uns Argumente, die mit der »Globalisierung« begründen, weshalb wir unsere Anstrengnungen auf einen reformierten Kapitalismus richten sollenn. Wir haben uns schon vor einiger Zeit viel diskutierte Papiere der Gruppen *Blauer Montag* und *FelS* vorgenommen, die sich um eine neue »klassenpolitische« Perspektive bemühen, dabei aber bei der Verteidigung des Sozialstaats landen. Mit der Kritik haben wir uns schwer getan: Wie kritisiert man Gruppen, die einem von ihrer politischen Praxis her recht nahestehen, deren Analysen wir aber nicht so stehenlassen wollen? Wir haben es versucht, sind nicht ganz zufrieden, hoffen aber, daß die Dikussion weitergeht.

Ein ähnliches Anliegen hat Richard Greeman. Er war auf dem letzten, von den Zapatistas initiierten internationalen »Encuentro« in Spanien, das Leute jeden Alters aus unterschiedlichen linken Zusammenhängen angezogen hat, die auf der Suche nach einer neuen internationalen Perspektive sind. Richard Greeman hat noch während seiner Rückkehr nach Paris einen Brief an die TeilnehmerInnen verfaßt, in dem er vor *Gefährlichen Abkürzungen* warnt – und begründet, warum aus Haifischen keine Vegetarier werden...

Der Druck dieses Heftes mußte um eine Woche verschoben werden, weil wir noch auf den Artikel zum *UPS-Streik in den USA* warten wollten. Henri Simon holt im Gegensatz zu den Jubelberichten in den meisten (linken) Zeitungen ein bißchen weiter aus in der Geschichte der Klassenausein-

andersetzungen in den USA und kritisiert dabei vernichtend die Linken, die immer noch bzw. jetzt nach dem Erfolg der Teamsters wieder glauben, man müsse die Gewerkschaften reformieren, um was Gutes für die Revolution zu tun.

Die Informationen, die wir selbst zum UPS-Streik und zu den *UPS-ArbeiterInnen in Europa* zusammengetragen haben, widersprechen manchen Angaben im Artikel. Weder Henri Simon noch wir haben den Streik aus nächster Nähe erlebt; uns bleiben nur die Darstellungen auf den Diskussionsbrettern im Internet und in der Presse.

In *Einwanderer und das »Bevölkerungsgesetz«* zeigt Charles Reeve anhand der Legalisierungspolitik der sozialistischen Regierung in Frankreich, daß der immer restriktivere Umgang mit den eingewanderten ArbeiterInnen die andere Seite der Globalisierungsideologie ist, aber der Staat hier nicht zu weit gehen kann, will er nicht eine unkontrollierbare explosive Situation herbeiführen.

Steve Wright aus Australien, der sich seit Jahren mit dem italienischen Operaismus beschäftigt, zeichnet in seinem Text zum *gesellschaftlichen Arbeiter* die Karriere dieses wichtigsten Begriffs von *Negri* nach. Der »gesellschaftliche Arbeiter« war in Italien in den 70er Jahren der Versuch einer Antwort auf die Neuzusammensetzung der Produktionsorganisation und der Kämpfe (siehe *Der verlorene Ort des Konflikts* von Marco Revelli in Wildcat-Zirkular 36/37). Negri nahm Trontis These von der »gesellschaftlichen Fabrik« wörtlich und betrachtete die ganze Gesellschaft und alles, was alle in ihr tun, als unmittelbaren Teil des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Steve Wright zeigt daß Negri mit dem Übergang zu immer allgemeineren und größeren theoretischen Entwürfen jede Untersuchung der konkreten Produktionsverhältnisse und ihrer Widersprüche aufgab – meist, um seine jeweiligen politischen Entscheidungen zu legitimieren: für den bewaffneten Kampf in den 70er Jahren und gegen ihn in den 80er Jahren. Der Text reicht nicht an die neuesten Schriften (Vgl. *Die Arbeit des Dionysos* oder seine Interpretation des Generalstreiks in Frankreich 1995 – Wildcat-Zirkular 28/29) heran, auch nicht an seine neuesten politischen Äußerungen (Unterstützung von linksreformistischen Forderungen nach staatlichen Arbeitsmarktprogrammen in Frankreich oder seine Forderung nach Amnestie für die politischen Gefangenen in Italien, weil der Bürgerkrieg der 70er Jahre vorbei sei). Er ist ein guter Einstieg in Negris Denkmethode, der gleichzeitig enthüllt, auf wie dünnem Eis sich die kühnen und auch faszinierenden theoretischen Entwürfe bewegen.

Und zu guter letzt aus aktuellem Anlaß ein *Flugblatt zum Studentenstreik*, das sehr schön aus dem Rahmen fällt... *T.*

Der Streik bei UPS und der Klassenkampf in den USA

Henri Simon[1]

»Diese Verhandlungen sind getragen vom Willen, den amerikanischen Traum zu schützen.«
(der neue Teamster-Vorsitzende Carey kurz vor dem Streik)

War es ein Klassenkampf der Arbeiter oder einer der Gewerkschaften? War der Streik bei UPS Routine oder ging er darüber hinaus?

Am Sonntag, den 3. August 1997 rief die amerikanische Gewerkschaft der Teamsters nach Jahrzehnten von Niederlagen ihre 165 000 Mitglieder bei UPS (United Parcel Service) zum Streik auf; 16 Tage später unterschrieb die Gewerkschaftsführung einen neuen Tarifvertrag mit UPS und rief zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Dieser Streik wurde in den USA als Sieg gefeiert, als Wiedererwachen der Kampfbereitschaft der amerikanischen Arbeiter, als Eintritt in ein neues Zeitalter der Arbeiterbewegung in den USA, als Wiederauferstehung eines kämpferischen Syndikalismus, als Beispiel für die Arbeiter der ganzen Welt. Was davon war er wirklich?

Dieselbe Interpretation wurde uns diesseits des Atlantiks aufgetischt. Nicht nur in linken Veröffentlichungen: *»Vollständiger Sieg der UPS-Arbeiter«*[2], *»Die Macht der Arbeiteraktion ist wieder da«*, *»Ein entscheidender Streik für die amerikanischen Arbeiter«*[3], *»Der siegreiche Streik ... bei UPS hat eine Bresche geschlagen, in die die Beschäftigten nun vorrücken«*. Und

[1] Der Artikel wird in der Zeitschrift Échanges erscheinen.

[2] *Solidaire*, Wochenzeitung der belgischen leninistisch-stalinistischen Partei der Arbeit, 27.8.97.

[3] *Socialist Worker*, britische trotzkistische Wochenzeitung, Organ der Workers Revolutionary Party, 30.8.97.

sogar noch lyrischer über den *»siegreichen Streik«*[4], *»Ein gewerkschaftliches Lüftchen, das aus den USA kommt«*, *»Sie haben den Streik befreit«*[5], *»Eine neue Ära für die amerikanische Arbeiterbewegung«*[6], *»Der Konflikt bei UPS hat Amerika das Fürchten gelehrt«*[7], *»Wenn die Vereinigten Staaten den Streik neu entdecken«*. Andere, etwas klügere Leute fragen sich, ob es eine *»gewerkschaftliche Erneuerung«* gibt oder sprechen von *»fremdartigen Erscheinungen«*[8]. In einem langen Brief, der über das Internet verbreitet wurde, nimmt Nathan Newman dasselbe Thema wieder auf: *»Die Teamsters haben einen Sieg über die amerikanische Unternehmerschaft errungen ... Aktivismus und Entschlossenheit können die Unternehmermacht besiegen«*, aber weise fügt er hinzu: *»(...) Sowohl in der AFL-CIO als auch bei den Teamsters sind zwar noch Reformen nötig, aber der Sieg bei UPS zeigt, wie weit wir gehen konnten.«*

Wir haben etwas andere Fragen als die so überschriebenen Artikel. In einer Antwort auf Nathan Newman rückt Paul Mattick Jr. die Dinge zurecht:[9] *»Die Teamster-Gewerkschaft ist Teil des Systems (wie alle AFL-CIO-Gewerkschaften in den USA oder wie ausnahmslos alle Gewerkschaften auf der Welt,*

[4] Überschrift eines Artikels in *Carré Rouge* (Dissidentenorgan der trotzkistischen Gruppe, die die Parti du Travail kontrolliert) am 6.10.97, dessen Inhalt – wie andere Artikel von diversen französischen trotzkistischen Gruppen offensichtlich abkopiert ist aus den Monatszeitschriften *Labor Notes* und *Monthly Review*. Diese werden von ehemals trotzkistischen Aktivisten getragen, die seit Jahren in den gewerkschaftlichen Strömungen für eine »demokratische Reform« der Gewerkschaft arbeiten, wobei einige von ihnen versuchen, eine neue »Arbeiterpartei« in den USA zu gründen. Man kann diese Strömung mit derjenigen vergleichen, die in verschiedener Form in der französischen Gewerkschaftsbewegung insbesondere nach dem Streik Ende 1995 aufgetreten ist, als sichtbar wurde, daß die Nichtanpassung der derzeitigen Strukturen an die grundlegende Funktion der Gewerkschaft Basisorganisationen hervorgebracht haben, die eine Zeitlang das Dilemma maskieren konnten, das sich in Ausübung der Funktion der Gewerkschaft als Vermittler in der Beziehung Arbeit-Kapital, die nur mit einem gewissen Grad an Vertrauen der Arbeiter an der Basis ausgeübt werden kann, auftut. Der derzeitige Teamsters-Vorsitzende Carey, der die Reformströmung »Teamsters for Democratic Union« auf diesen Posten gebracht haben, gibt in all diesen apologetischen Einschätzungen des UPS-Streiks den Ton vor unter dem Motto: »Die amerikanischen Arbeiter sind wieder in Bewegung«.

[5] *Rouge*, Wochenzeitung der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), französisch, trotzkistisch, 11.9.97.

[6] *New York Herald Tribune*, 20.8.97.

[7] *Libération*, 4.8.97.

[8] *Le Monde*, 24.8.97.

[9] Die Korrespondenz im Internet findet auf einem Diskussionsbrett über die weltweite Arbeiterbewegung statt und ist über folgende Adresse zugänglich: <aut-op-sy@jefferson.village.virginia.edu>.

Anm. HS) ... Sie dient nicht nur der Verwaltung der Arbeitskraft, sondern sie ist integraler Bestandteil des Systems ... Im Grunde war es ein normaler Streik, der wie einst von der Gewerkschaft kontrolliert wurde. ... Die Frage nach dem gesellschaftlichen Ort der Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Bedingungen wurde in diesem Konflikt nicht beantwortet ... Vorrangig stellt sich immer noch die Frage, wieviel die Gewerkschaft beim gegebenen niedrigen Niveau der kapitalistischen Akkumulation für ihre Mitglieder erreichen kann. In welchem Ausmaß können die Gewerkschaften angesichts der Notwendigkeit, kämpferisch aufzutreten, ihre finanziellen Interessen aufs Spiel setzen? Welche Möglichkeiten haben die Arbeiter, vom ganzen System einschließlich der Gewerkschaften unbeeinflußte Aktionsformen zu finden?« ... Wenn wir den Streik analysieren, können wir diese Fragen ohne jeden Triumphalismus zu beantworten.

Die Kämpfe in ihrem spezifisch kapitalistischen Kontext

Zu allererst sei erinnert, daß sich das US-Kapital tiefgreifend verändern mußte, um seine Weltherrschaft aufrechtzuerhalten und zu versuchen, sie zu konsolidieren. Das war der Motor der weiter unten angesprochenen Veränderungen in den Strukturen des Kapitalismus selbst, wozu ganz wesentlich die Herrschaft über die Arbeit (einschließlich natürlich der Gewerkschaften) gehört, und insofern der Bedingungen für die Arbeiter und des Widerstands gegen diese Veränderungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das US-Kapital die Umstellung von einer Kriegs- auf eine Friedensökonomie absichern können, indem es über Interventionen wie den Marshall-Plan den Wiederaufbau der europäischen und der japanische Wirtschaft mitfinanzierte (und damit auch eine kapitalistische Durchdringung dieser Länder garantierte); gleichzeitig stellte der Beginn des Kalten Krieges und die Wiederaufnahme des Wettrüstens vor allem in den High-Tech-Sektoren den bewaffneten Arm dieser Herrschaft dar, der ebenso zu diesem gestützten Wirtschaftsaufschwung beitrug.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte damit die Überschußproduktion der USA absorbiert werden, aber der wirtschaftliche Wiederaufschwung in Europa und Japan führte dazu, daß die Kunden nach und nach zu Konkurrenten wurden. Das verschärfte sich noch durch das zunehmende Wettrüsten, das riesige Ausgaben besonders für »modernste« Waffen legitimierte, und dadurch, daß die Durchsetzung der US-Weltherrschaft kostspielige direkte oder indirekte Interventionen vor allem in Asien (Korea- und Indochina-Krieg) und in Afrika und Lateinamerika nötig machte (Unterstützung verschiedener Guerillas oder Sturz von Regierungen, die versuchten, sich aus dem Status von US-Satelliten zu lösen). Das führte zu einer Art Teufelskreis:

Je mehr die USA sich in diese ruinöse militärische Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft verstrickten, desto mehr überließen sie ihren ehemaligen »Alliierten« ein ökonomisches Feld und desto notwendiger wurden Interventionen zur Aufrechterhaltung der US-Präsenz mit anderen Mitteln als dem wirtschaftlichen Wettbewerb. Wir können hier nicht im Detail die Auswirkungen dieser Situation auf die Binnenwirtschaft der USA beschreiben, aber die gewaltigen Summen, die so in einem nicht-produktiven Sektor gebunden werden mußten, setzten einerseits eine direkte Entnahme aus der nationalen Produktion voraus, andererseits fehlten diese Gelder für Investitionen in die Transformation des Produktionsapparates, um sicherzustellen, daß dieser im internationalen Wettbewerb bestehen konnte. Um die Herrschaft aufrechtzuerhalten, mußte ein wachsender Teil des produzierten Mehrwerts abgezogen werden: zum einen, wo dies möglich war, durch zunehmende Automatisierung (allerdings weit unter dem Niveau, das Japan, einer der Hauptkonkurrenten der USA erreichte), zum andern durch eine Intensivierung der Arbeit und die Rückkehr zu Ausbeutungsmethoden, die an die zu Anfang des Jahrhunderts erinnerten. Wir werden sehen, daß diese Veränderung wie immer im wesentlichen vom Staat durchgesetzt wurde. Das Ende des Kalten Krieges veränderte die Rahmenbedingungen: Einerseits bedeutete er zweifellos eine Neuorientierung der Investitionen, andererseits machte er eine weltweite Aggressivität im Handel nötig, um Märkte für die durch den Rückgang des Wettrüstens freigesetzte Überschußproduktion und die Expansion des US-Kapitals zurückzuerobern.

Inwieweit war diese Politik des US-Kapitals erfolgreich? In einem neueren Artikel heißt es, daß die Lohnstückkosten im produzierenden Gewerbe in den USA unter denen in Indien oder auf den Philippinen liegen (durch die Verbindung eines hohen Automatisierungsgrades mit der Überausbeutung der Arbeit).[10] Derselbe Artikel unterstreicht, daß das Ende des Kalten Krieges (1991) die Verhältnisse weniger durch die Erschließung von äußeren Märkten, sondern durch die Veränderung des Binnenmarktes verändert habe. Der Anteil der Rüstung am Bruttosozialprodukt ist von 6 Prozent im Jahr 1986 auf 3,2 Prozent im Jahr 1998 gesunken; während der Verteidigungshaushalt zwischen 1989 und 1997 um 15 Prozent geschrumpft ist, haben sich die Sozialausgaben im selben Zeitraum verdoppelt (da diese Zahl die vorangehenden drastischen Kürzungen nicht berücksichtigt, muß sie sicherlich relativiert werden, aber sie markiert auf jeden Fall, daß diese Kürzungen zum Stillstand gekommen sind). Trotz der Auswirkungen der Sparpolitik der öffentlichen Haushalte – vor allem auf die Sozialausgaben - und öffentlicher Investitionen

[10] *Le Monde*, 2.11.97.

und höherer Steuereinnahmen (wir werden weiter unten sehen, was dieser wirtschaftliche Aufschwung bedeutet, dem man diesen Anstieg der Steuereinkünfte zuschreibt) und trotz aller Beschwörungen des »Wirtschaftsliberalismus« hat der Staat überhaupt nicht aufgehört, finanziell zu intervenieren, um allzu gefährliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des sogenannten Liberalismus auf die US-Ökonomie als ganze zu vermeiden: hier sind vor allem die Intervention der Resolution Trust Corporation zur Rettung der durch Spekulation geplünderten Sparkassen und die jüngste Intervention der Federal Deposit Insurance Co. zur Verhinderung von Bankenpleiten durch Börsen- und Immobilienspekulationen zu nennen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der anwachsenden sozialen Revolte haben in erster Linie repressiven Charakter, aber dabei sollte man nicht vergessen, daß diese sicherlich zaghaften, aber nichtsdestoweniger effektiven Maßnahmen die schreiendsten Auswirkungen des Elends lindern sollten, zu dem die Intensivierung der Arbeit geführt hatte: steuerliche Anreize zu einer vorsichtigen und begrenzten Erhöhung der Niedriglöhne und ein Gesamtpaket von lokalen Maßnahmen, um die allzu auffälligen Aspekte dieses Elends in den Armenghettos der US-Städte oberflächlich zu beseitigen.[11]

Zusammengenommen beweisen diese Maßnahmen, daß die kapitalistische Macht sich darüber bewußt ist, wie brüchig die derzeitige Situation ist, und aus ihr herauszukommen versucht (wir wollen nicht beschwören, wie sich die Situation des Weltkapitals auf die innere Situation der USA auswirkt. Auf der Suche nach Ausgleich für eine zu niedrige Gesamtprofitrate wirft sich das gesamte Kapital in Spekulationsmanöver, die, wie die immer wieder auftretenden Finanz- und Währungskrisen zeigen, äußerst riskant sind). Wie brüchig die Situation in den USA selbst ist, zeigt sich daran, daß amerikanische Aktien zur Zeit nur eine Rendite von 1,7 Prozent abwerfen, aber die Profiterwartungen der Kapitalisten, die zur Zeit in den USA investieren, die Voraussagen für 1997 um das 23fache übertreffen: Das bedeutet, daß das Kapital mindestens auf eine Aufrechterhaltung der Ausbeutung auf dem gegenwärtigen Niveau oder sogar auf eine Verschärfung hofft – und das 23 Jahre lang. Aber diese Profiterwartungen hängen nicht nur von der gesteiger-

[11] Wie rein marginal und kosmetisch solche Maßnahmen wirken, sieht man daran, daß ein neues Gesetz des Kongresses vorsieht, praktisch jegliche Arbeitslosenunterstützung und Unterstützungsleistungen allgemein abzuschaffen, um die eventuellen Wohlfahrtsempfänger dazu zu zwingen, nicht existente »kleine Jobs« anzunehmen. Das Gesetz tritt in 18 Monaten in Kraft. Eine kürzlich abgehaltene Konferenz der Bürgermeister der US-Großstädte hat einen Alarmschrei über die sozialen Gefahren einer solchen Maßnahme losgelassen. Sie unterstrich, daß im Laufe des Sommers 1999 *»zum ersten Mal seit der großen Depression eine große Zahl von Amerikanern keinerlei Hilfe irgendeiner Art, sei es in Naturalien oder Geldleistungen, erhalten wird«.*

ten Ausbeutung der Arbeiter in den USA und eventuell anderswo ab, sondern auch von den Möglichkeiten, Produkte zu verkaufen oder Kapital zu exportieren. Außenministerin Albright erklärte kürzlich: *»Für unsere Nation ist es das beste, nicht gegen die Globalisierung zu kämpfen, sondern sie zu formen, damit sie für Amerika arbeitet.«* Diese Brüchigkeit tritt auch offen zutage in Clintons Forderung an den Kongreß, ihm Sondervollmachten für den schnellstmöglichen Abschluß von Handelsabkommen zu erteilen: Während des UPS-Streiks sind diese »fast track« [Überholspur] genannten und vorrangig gegen die Europäische Union und Japan gerichteten unglaublichen Vollmachten in den Hintergrund gerücket, denn was sie für die Bedingungen der amerikanischen Arbeiter bedeuten, ist noch nicht abzusehen. Zweifellos waren Manipulationen der ökonomischen Inlandsfaktoren in den USA immer möglich, wie etwa Clintons Wirtschaftsrat-Chef Joe Stiglitz kürzlich erklärte: *»Sollte etwa die niedrige Arbeitslosenrate wieder die Inflation in die Höhe treiben, wird es immer möglich sein, die Preissteigerungen zu stoppen, indem man die Wirtschaft abbremst.«* Mit anderen Worten: wenn der relative Aufschwung der US-Ökonomie zu Lohnerhöhungen und damit zum Anstieg der Produktionskosten führt, kann über Finanzmanipulationen (v.a. durch eine Erhöhung der Leitzinsen) die Produktion zurückgefahren und die Arbeitslosenquote erhöht und damit schon von im Startfeld Druck auf die Arbeiter ausgeübt werden. Werden der Klassenkampf und die weltweite Situation das zulassen? So gesehen könnte der UPS-Streik tatsächlich Unruhe im US-Kapitalismus ausgelöst haben.[12]

Ein kaum entwickeltes Arbeitsrecht und ein beeindruckendes Arsenal von Anti-Streik-Gesetzen

Bevor ich auf die Einzelheiten des Streiks bei UPS eingehe, möchte ich daran erinnern, welchen Einengungen der Klassenkampf in den USA unterliegt: einerseits gibt es ein Korsett von Gesetzen, die die Kämpfe kanalisieren, das heißt ihnen zuvorkommen oder ihre Entwicklung in radikaleren Formen verhindern sollen; andererseits übt die wirtschaftliche Situation in den USA ungeheuren Druck auf die Arbeiter in ihrem Arbeits- oder Arbeitslosigkeitsalltag aus. Diese beiden Punkte sind sicherlich stark voneinander abhängig: das Kräfteverhältnis, das sowohl von der allgemeinen wirtschaftlichen Situation als auch von der besonderen betrieblichen Situation abhängt, macht die

[12] Die besonderen Vollmachten, die Clinton unter dem Titel »fast track« gefordert hat, sind ihm vom Kongreß verweigert worden, aber die Folgen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien, wohin ein wichtiger Teil der US-Exporte geht, könnten diese Frage zweifellos von neuem aufs Tapet bringen und zwar gleichzeitig mit der Verschärfung der Arbeitsbedingungen.

gesetzlichen Rahmenbedingungen obsolet, die der Unternehmer im Gegenteil voll ausspielen kann, wenn ein Kampf auf einen Betrieb beschränkt bleibt möglich ist.

Die Klassenbeziehungen in den USA sind bekanntlich besonders gewalttätig, sowohl in der Art, wie das Kapital seine Bedingungen durchsetzt, als auch in den Gegenaktionen der Arbeiter während der Kämpfe. Auf Kapitalseite sind die Arbeitsbedingungen einerseits kaum geregelt[13]; andererseits geben präzise Gesetzestexte der Regierung die Möglichkeit, direkt in die Konflikte zu intervenieren, um sie schon im Keim abzuwürgen. Der »Railway Labor Act« von 1926 gibt dem US-Präsidenten die Vollmacht, den Abbruch eines Streiks zu verfügen, wenn er meint, daß dieser schwerwiegend das nationale »Interesse« bedrohe: so wurde das Gesetz angewandt, um die Streiks der Eisenbahner im April '91 (nach einer Dringlichkeitsabstimmung des Kongresses war der Streik nach einem Tag beendet) und im Juni '92[14] zu zerschlagen; im Februar 1997 wurde es gegen die Piloten von American Airlines angewandt, wobei das Vorgehen gegen die Eisenbahner noch eine denkwürdige Steigerung erfuhr (der Streik dauerte ganze 24 Minuten). Daneben kann der US-Präsident unter Berufung auf das Taft-Hartley-Gesetz von 1947 bei jedem Streik eine »Abkühlungszeit«, d.h. eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit erzwingen, wenn er die nationale Sicherheit bedroht sieht. Eine weitere besonders gefährliche Maßnahme für die Arbeiter während eines Kampfes ist eine immer noch gültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1938, die es Firmen erlaubt, »Ersatzarbeitskräfte«, also Streikbrecher einzustellen, um ihren Laden am Laufen zu halten: diese gelben »Ersatzarbeitskräfte« genießen also, solange kein Tarifvertrag geschlossen ist, den Status von festangestellten Arbeitern, während die Streikenden raus sind und ihre Beschäftigung verlieren. Reagan erlangte traurige Berühmtheit, als er 1981 als erste Amtshandlung seiner ersten Präsidentschaft diesen Richterspruch gegen die Fluglotsen der Berufsgewerkschaft PATCO anwandte: Alle streikenden Fluglotsen wurden entlassen und für immer durch Streikbrecher ersetzt. Über diesen Streik hieß es, daß er der US-Unternehmerschaft den Weg geöffnet habe, massiv diese Taktik anzuwenden, um den Arbeiterwiderstand gegen die Offensive zur Intensivierung der Arbeit zu zerschlagen. Das ist richtig, aber teilweise erklärt man damit die Folgen zu den Ursachen.

[13] Ein Arbeiter kann auf der Stelle entlassen werden, ohne daß der Unternehmer ihm irgendeine Begründung angeben muß. *Le Monde* (28.8.97) zitiert das Beispiel einer Informatikerin, die nacheinander von drei Betrieben entlassen wurde, unter anderem von einer Olivetti-Tochter, wo sie morgens die Kündigung erhielt und am selben Nachmittag den Betrieb verlassen mußte, mit nur zwei Wochenlöhnen in der Tasche – alles völlig legal.

[14] Siehe dazu *Echanges* Nr. 68, S. 31 bzw. *Echanges* Nr. 73, S. 70.

Wenn Reagan einen so großen Coup landen konnte, dann heißt das, daß er kaum Angst vor den Reaktionen der Arbeiter oder der Gewerkschaften hatte, die in der Tat ausblieben, weil eben das Kräfteverhältnis aufgrund der vorangegangenen Veränderungen schon zugunsten der Unternehmer war.

Man kann also nicht direkt den Politikern oder Kapitalisten vorwerfen, daß sie sich in jüngster Zeit ein repressives Arsenal aufgebaut hätten, denn sie brauchen nur auf Möglichkeiten zurückgreifen, die es schon lange gibt. Daß sie diese Mittel anwenden und daß das funktioniert, liegt daran, daß das Kräfteverhältnis für die Arbeiter praktisch seit dem Ende des letzten Weltkriegs immer ungünstiger wird.[15] Wie in den europäischen Ländern wurzelt die heutige Situation des Klassenkampfes in der Zeit direkt nach dem Krieg. In gewisser Weise kann man die Integration der US-Gewerkschaften in den Verwaltungsapparat des Kapitals während des Kriegs mit der Integration der europäischen Gewerkschaften während des Wiederaufbaus der nationalen Kapitalismen vergleichen, besonders in Frankreich. Damals begann eine lange Periode, in der die Bewegungen des Klassenkampfs durch die gesetzliche Regelung der Intervention der Gewerkschaften unter deren Vormundschaft gestellt wurde, was durch eine lange relative Aufschwungperiode des westlichen Kapitalismus (die berühmten glorreichen 30 Jahre) begünstigt wurde. Die Gewerkschaften hatten in den Betrieben kein gesetzliches verbrieftes Existenzrecht und konnten erst nach Anerkennung durch die Mehrheit der Arbeiter im Betrieb und wenn es ihnen gelang, mit dem Unternehmer einen Kollektivvertrag im Folgejahr abzuschließen, in den Haustarifvertrag intervenieren (wenn nicht, ging alles wieder von vorn los). Der Tarifvertrag wird gewöhnlich für einen begrenzten Zeitraum geschlossen; er legt nicht nur Arbeitsbedingungen, Löhne und Kranken- und Rentenversicherung, sondern auch das gewerkschaftliche Mitspracherecht der Gewerkschaft im Betrieb fest: sowohl in ihren eigenen Aktivitäten als auch in der Verwaltung der Arbeit selbst als auch in der Konfliktregelung unter der nicht besonders strengen Kontrolle einer Art Schiedsgerichtshof, des National Labor Relations Board (NLRB). Solche Kollektivverträge gibt es praktisch nur in Großbetrieben, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad (heute sind es weltweit 14 Prozent gegenüber 24 Prozent 1977 und 35 Prozent 1945)[16] zeigt, daß sie in

[15] Die in diesem Abschnitt skizzierte Entwicklung wird in einem kleinen Buch über den Hormel-Streik 1984/85 dargestellt: *Hard-pressend in the Heartland - The Hormel strike and the future of the Labor Movement* von Peter Rachleff, South End Press 1993.

[16] Wenn ein Vergleich überhaupt Sinn hat (denn er betrifft sehr unterschiedliche juristische Situationen und gesetzliche Machtstellungen der Gewerkschaften), kann man diese Zahlen in Europa vergleichen: gewerkschaftlicher Organisationsgrad 1995: 91 Prozent in Schweden, 44 Prozent in Italien, 33 Prozent in Großbritannien und 9 Prozent in Frankreich.

Wirklichkeit nur eine Minderheit von Beschäftigten in den USA betreffen, während die übrigen vollständig von den vom Arbeitgeber gesetzten Bedingungen abhängig sind, denn dieser ist praktisch weder einer gesetzlichen Regelung (einem auf seine einfachste Form reduzierten Arbeitsrecht, vgl. Fußnote 12) noch einem Haustarifvertrag unterworfen.

Das dialektische Verhältnis von Kapital und Arbeit: Veränderung der Ausbeutungsstrukturen, Veränderung des Widerstandes

In gewisser Weise kann man sagen, daß dieser fehlende gesetzliche Schutz verbunden mit Repressionsmittlen dem Kapitalismus praktisch einen Freibrief gibt, alle zur Aufrechterhaltung seiner Stellung und seiner Profite gegen die Arbeiter nötigen Veränderungen durchzusetzen. Die Situation der Arbeiter und ihre Kampfmöglichkeiten hängen eng zusammen mit dem Kräfteverhältnis, das sich stark von dem in Westeuropa unterscheidet. Zum bisher erwähnten Arsenal zur Unterdrückung von Streiks kommt noch hinzu, daß Solidaritätsstreiks aller Art, Boykottaufrufe usw. praktisch verboten sind. Vergleicht man die längsten Streiks mit der zahlenmäßig größten Beteiligung in den USA zwischen 1948 und 1953 mit denen in Europa im gleichen Zeitraum, stellt man fest, daß es in den USA nur halb so viele Streiktage und ein Viertel so viele Streikende gab. Um die Dinge nicht zu verdrehen: Wenn diese allumfassende Offensive des Kapitals noch auf keinen umfassenden Widerstand gestoßen ist, dann deshalb, weil das Kräfteverhältnis, das in der Zeit davor zum Teil aus Lethargie für diejenigen, die sich kaum verteidigen konnten, schon stark erodiert war und die anderen dachten, der beste Schutz vor den Folgen dieser Offensive bestünde darin, sich nicht zu bewegen. In Westeuropa läßt eine strenge Reglementierung der Arbeit und die instutionalisierte Intervention der Gewerkschaften Raum für ein schrittweises Zurückweichen vor derselben Offensive des Kapitals, die jahrelang andauert, während sie in den USA sehr schnell geht. Wie in vielen Bereichen betreiben die USA Innovation, um ihren Vorgarten vor einer seit den 60er Jahren immer schärfer werdenden weltweiten Konkurrenz zu verteidigen. Alle Übel, die sich gegenwärtig über die europäischen Länder, besonders Frankreich, ergießen, kennen die amerikanischen Arbeiter seit Jahren: Die wichtigste Waffe war die Produktionsverlagerung und Deindustrialisierung. Ergänzt wurde sie durch das Eindringen massiver Investitionen in die modernen Automatisierungstechniken und Computereinsatz. Da die Unternehmenschefs völlig ungehindert agieren konnten, verschärften sich die Bedingungen der amerikanischen Arbeiter ungleich mehr als die der europäischen Arbeiter. Die Massenentlassungen führten zu Unsicherheit und/oder Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, und außer punktuellen Konflikten, die die Arbeiter meist

verloren, gab es praktisch keinen Widerstand. Wo es Gewerkschaften gab, konnten sie nur versuchen, den Schlag zu begrenzen, und wie ein Arbeiter sagte: *»Ich sehe nicht, warum ich eine Gewerkschaft brauche, um Lohnsenkungen auszuhandeln; das kann ich auch alleine.«* Die Begrenzung der Schläge hatte zum Teil auch einen anderen Sinn, nämlich die Erhaltung gewerkschaftlicher Positionen gegen die Versuche der Basis, andere Kampfmethoden anzuwenden: Das bezeichnendste Beispiel war der Streik bei Hormel (Fleischverarbeitung), wo die Gewerkschaftszentrale schließlich autoritär die Ortsverband auflöste, um einen Tarifvertrag gegen allzu kämpferische Arbeiter durchzusetzen; andere Beispiele lassen sich vor allem im derzeitigen Konflikt bei den Tagenszeitungen in Detroit finden.[17]

Der grundsätzliche Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit zwingt das Kapital permanent dazu, die Arbeitskosten zu begrenzen. Es ist interessant zu sehen, worin in den USA die wesentlichen Elemente der Restrukturierung bestehen, um diese Kosten zu senken und das US-Kapital fit für die oben beschriebene globale Situation zu machen. Im Gegensatz zu gängigen Annahmen geht es bei der strukturellen Veränderung des Produktionsapparates weniger um Verlagerungen, sondern vor allem um die technologischen Veränderungen. Der OECD-Bericht *Beschäftigungsperspektiven 1997* betont, daß die Importe aus Niedriglohnländern sich nur begrenzt auf die Beschäftigung und den Lohn auswirken und sich die Arbeitsbedingungen vor allem durch den technischen Fortschritt verschlechtert haben.

Diese Behauptung läßt sich durch Beispiele stützen, die zeigen, wie technische Innovationen (direkt oder auch indirekt durch die bewußte Absicht der Leiter, damit den Arbeiterwiderstand zu zerschlagen) von einem Tag auf den anderen radikal das Kräfteverhältnis im Betrieb kippen kann: 1946 gab es einen Streik von 15 000 Dienstleistungsbeschäftigten in den großen Bürogebäuden (besonders die Liftboys hatten New York praktisch lahmgelegt; 1996 hatte der Streik von 30 000 Dienstleistungsbeschäftigten keinerlei Auswirkung, da ein Gutteil der Arbeit vollständig automatisiert worden war. Das Kippen solcher Situationen kam in zwei Wellen. Von 1981 bis 83 waren vor allem die Grundstoffindustrien davon betroffen: Stahlwerke, Fabriken, Bergwerke, Bau. Von 1991 bis 93 traf es die Dienstleistungsbereiche: Telefon, Druckereien. Zu dieser internen Umstrukturierung kommen parallel die Auswirkungen der Globalisierung und Auslagerung (vor allem in den Süden der USA und nach Mexiko) hinzu. Ein Beispiel dafür ist der Streik bei Caterpillar, der nach mehreren Umschwüngen, die sich über 18 Monate hinzogen, scheiterte, weil die Firma nur noch ein Viertel ihres Bestandes in den USA hatte und ihre weltweite Aktivität nur schwach von dem auf die USA beschränkt

[17] Zu diesem Streik siehe *Echanges* Nr. 81, S. 11.

gebliebenen Streik getroffen war. Trotzdem muß vor allem die Situation in den USA selbst betrachtet werden, und die Zahlen relativieren einmal mehr die angebliche Bedeutung der Globalisierung: der Anteil des Handels zwischen verschiedenen Firmen (66 Prozent davon sind Multis) ist von 30 Prozent im Jahre 1977 auf 29 Prozent im Jahre 1994 gefallen; der Anteil der Halbfertigprodukten an diesem Handel ist gleichzeitig von 12 Prozent auf 13 Prozent gestiegen; zwei Drittel dieses Handels wurden mit Europa, Kanada und Japan getätigt, während der Rest der Welt nicht einmal ein Drittel.

Diese technischen Veränderungen und die Verlagerung der Produktionsstätten hängen mit einer inneren Umstrukturierung des kapitalistischen Systems selbst zusammen, die es möglich machte, die Ausgebeuteten wieder auf Linie zu bringen und damit die Arbeitskraft in einem völlig neuen Rahmen zu benutzen. Dadurch wird es noch schwieriger für die Arbeiter, eine angemessene Antwort zu finden: Es geht darum, die Arbeitskraft völlig zu flexibilisieren, um aus ihr eine je nach den unmittelbaren Bedürfnissen der Firma verfügbare Ware zu machen. Obwohl die Folgen dieser technologischen Veränderungen und geographischen Verlagerungen den Arbeiterwiderstand geschwächt haben (Nichtrespektierung von Streikposten, wenig Solidarität, Differenzierungen sowohl bei der Arbeitsplatzsicherheit als auch bei Löhnen und Arbeitsbedingungen), rüstete sich die Unternehmerschaft mit noch mehr Waffen, um ihre Ziele besser zu erreichen. Die Automatisierung, die die Arbeitsaufgaben vereinfacht und den Unternehmern schon die praktische Möglichkeit gab, die Arbeit im Streikfall von Angestellten und Vorgesetzten oder bei Bedarf von Streikbrechern machen zu lassen, von denen ihnen die steigende Arbeitslosigkeit ein reichliches und wenig beachtetes Reservoir zur Verfügung stellte.[18]

In den USA blühen und gedeihen spezielle Beratungsfirmen, die auf die Dislozierung von potentiellen oder tatsächlich stattfindenden Streiks spezialisiert sind; es gibt eine ganze Literatur zum Thema »Operating during strikes«; die Tätigkeit dieser Anti-Streik-Organisationen war eine Fortentwicklung der berühmten »Pinkerton Agentur« von einst, die bloß Gewalt einsetzte, denn indem sie auf diesem Weg weitermachte, konnte sie ihre Tätigkeit ausdehnen von der juristischen Beratung bis zum Training von Streik-

[18] Man könnte hier die komplexe Beziehung zwischen der Entwicklung von Produktionstechniken entwickeln (teilweise orientiert an einer Taktik, die die Durchschlagskraft des Klassenkampfs reduzieren soll), die nicht nur automatisieren (vgl. das angeführte Beispiel mit den Fahrstühlen in New York), sondern auch die Arbeitsaufgaben vereinfachen und damit die Flexibilisierung der Arbeitsplätze – den sofortigen Einsatz von Streikbrechern im Streikfall – ermöglicht und so eine Zeitlang das Kräfteverhältnis im Betrieb völlig verändert.

brechern, was sie zu einer noch fürchterlicheren Waffe in den Händen einer aggressiven Unternehmerschaft machte. Ein Beispiel dafür war der Streik bei Phelps Dodge (Lederindustrie) im Jahre 1983, der auf ganzer Linie verloren ging, und wo 39 Betriebsgewerkschaften (»locals«) ihr Vertretungsrecht, d.h. jegliche Möglichkeit, in den Konzernbetrieben aktiv zu werden, verloren.

Der derzeitige angebliche (ganz und gar relative) Aufschwung des amerikanischen Kapitals beruht mehr auf den derzeitige Ausbeutungsbedingungen der Arbeiter in den USA als auf anderen Faktoren. Wenn man von der Auslagerung an Subunternehmer spricht, mit der beliebig viele Arbeiter aus großen Firmen mit Tarifvertrag in tariffreie, d.h. nicht gewerkschaftlich organisierte, Sektoren verschoben werden können, denkt man nur an diesen Aspekt einer Überausbeutung der Arbeit. Aber es geht um mehr, wie wir beim UPS-Streik sehen werden. Die Überausbeutung der Arbeitskraft ist eng verbunden mit einer Auflösung/Neuzusammensetzung der wirtschaftlichen Strukturen in den USA selbst; die Reorganisation des ganzen produktiven Sektors findet nicht mehr nur innerhalb des Unternehmens statt, sondern über die Neuzusammensetzung von identischen Sektoren, die über eine Vielzahl von Subunternehmen eines einzigen Unternehmens verteilt sind: dahinter steht sicherlich eine Suche nach dem Profitoptimum, aber möglich wird diese Neuzusammensetzung durch den Einsatz neuer Technologien. Uns interessieren hier die Folgen für die Arbeitsorganisation, genauer gesagt: die Möglichkeit, die Arbeitskraft nur dann zu benutzen, wenn sie gebraucht wird. Sie kann vielleicht vollzeitbeschäftigt sein mit unterschiedlichen Arbeitsaufgaben, die aber untereinander verbunden sind. UPS ist ein ausgezeichnetes Beispiel für eine solche Situation aber auch für die Widerstände und Anfälligkeiten eines solchen Systems. Die Enwicklung des Systems in der gerade analysierten Richtung entwickelt nämlich Gegentendenzen, die sich aus der Umstrukturierung selbst ergeben und in anderen Sektoren die Kräfteverhältnisse wieder zugunsten der Arbeiter kippen. Verlagerungen, Just-in-time-Produktion und Distribution und Werkverträge machen in ihrer Kombination den derzeitigen Aufbau des Produktionsapparats anfällig für Streiks, genau wie die früheren Strukturen für »Nadelöhrstreiks« anfällig waren. Ein Konflikt in einer Produktionseinheit, in dem nicht sofort Hunderte von Arbeitern ersetzt werden konnten, konnte sich praktisch sofort auf die Gesamtproduktion einer Firma auswirken: Diese Kombination war für die Arbeiter eine Waffe im Kampf. Die Entwicklung von Dienstleistern (Subunternehmern, die unter diesem Etikett bisher in den produktiven industriellen Sektor eingebundene Sektoren aufnehmen), die selber kaum noch oder gar nicht mehr auslagern können, macht das Unternehmen noch anfälliger (der Streik bei UPS ist dafür ein gutes

Beispiel). Andere Sektoren, die entweder ein hohes technisches Niveau haben, unter militärischen Schutz stehen oder zwangsläufig in einem bestimmten geographischen Gebiet tätig sein müssen (z.B. wiederum UPS oder Boeing oder die Fluggesellschaften) können nicht die Waffe der Verlagerung oder auch nur Ersatzarbeiter benutzten. Die »Verschlankungen« wirken sich vielleicht sofort auf die Profite aus, aber auf lange Sicht können die Folgen für die Firmen einschließlich der Multis mehr oder weniger zerstörerisch sein; die Finanzleute haben betont, daß ein Unternehmen Mehrwert produzieren und nicht durch den Abbau seiner Tätigkeit reduzieren soll; es wurde oft betont, daß die Entlassungen oder Umstrukturierungspläne den notwendigen Konsens oft dort beseitigen, wo er am notwendigsten ist, damit das kapitalistische Unternehmen ohne allzu große Zusammenstöße funktioniert: beim Führungspersonal.[19] Firmen, die zu stark Personal abgebaut haben, haben im Fall eines wirtschaftlichen Aufschwungs Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt das qualifizierte Personal zu finden, das sie einst mit Freuden losgeworden waren (lehrreich ist hier das derzeitige Beispiel von Boeing: Die Firma muß die Produktion drosseln und die Auslieferung verzögern, weil sie nicht genug Personal einstellen kann.)[20]

Ein brüchiger »Aufschwung« auf der Grundlage der Intensivierung der Arbeit in jeder Form

Die westlichen Medien sind voll von Artikeln über den amerikanischen »Aufschwung« und die niedrige Arbeitslosenrate. Der »Aufschwung« der USA hängt aufs Engste zusammen mit dem US-Imperialismus und seinen Möglichkeiten, wirtschaftlichen Druck auszuüben, begleitet von mehr oder weniger verschleierten militärischen Bedrohungen (man betrachte nur die weltweiten Konfrontationen in den unterschiedlichsten Bereichen wie hormonhaltiges Fleisch, Bananen, afrikanische Kriege, finanzieller Druck auf die japanische Flotte, damit Japan das japanische Hafenarbeiter-Statut verändert, usw.). Die orthodoxen Ökonomen unterstreichen, daß es kein Wirtschaftswunder in den USA gebe und daß die berühmten »Indikatoren« der guten Gesundheit nicht verraten, was sich hinter den zum Beweis vorgelegten Zahlen verbirgt. Die niedrige Arbeitslosenrate beispielsweise ist mehreren Fakto-

[19] Eine Umfrage bei Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten kam zu dem Ergebnis, daß diejenigen, die eine Umstrukturierung erlebt haben, den Zukunftsversprechungen der Manager kein Vertrauen mehr schenken und fordern, an den Ergebnissen der Sparmaßnahmen beteiligt zu werden.

[20] Man weiß nicht, ob die amerikanischen Konzerne den Erschütterungen der Krise in Asien vorauseilen oder auf eine schon existierende Situation antworten, aber es scheint eine neue Restrukturierungswelle zu geben, wie die Ankündigungen von Tausenden von Entlassungen bei großen Multis wie GM oder Kodak bezeugen ...

ren geschuldet, die nichts mit einem ökonomischen »Aufschwung« zu tun haben: Aus demographischen Gründen gibt es immer weniger junge Leute auf dem Arbeitsmarkt; die Verbindung dieses Faktors mit der Angst vor Arbeitslosigkeit führt dazu, daß diejenigen, die einen Job haben, ihn nicht aufgeben, und daß die Firmenchefs weiterhin die Löhne niedrig halten können. De facto hat sich die Mobilität seit dem angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung kaum geändert. Als Clinton sich während seines Wahlkampfes rühmte, in seinen vier Jahren als Präsident zehn Millionen Arbeitsplätze geschaffen zu haben, hieß die ironische Antwort: »Ja, ich weiß, ich habe drei davon.« Entweder die Arbeiter akzeptieren mehrere Beschäftigungen oder (und) sie müssen hochflexible Arbeitsbedingungen akzeptieren. Offiziell sind fast 20 Prozent der Arbeiter teilzeitbeschäftigt, aber das Beispiel UPS wird zeigen, was das wirklich bedeutet.

Ein Beispiel liefert ein Artikel aus der *Baltimore Sun* vom 6. Juli über eine dortige Fabrik für Landwirtschaftschemie: ein Chemielaborant hat dort 60 Stunden an sieben Tagen in der Woche gearbeitet und hatte dabei von November bis Juni nur vier Ruhetage; er arbeitet in Acht-Stunden-Schichten; zweimal im Vormonat hatte er 16 Stunden durchgearbeitet; so kann ein Arbeiter auf 100 Wochenstunden kommen; der Fabrikdurchschnitt liegt bei 75 Stunden. Die 185 Arbeiter der Fabrik legten die Arbeit nieder, als die Geschäftsleitung sich weigerte, die wöchentliche Arbeitszeit auf 68 Stunden zu begrenzen und einer Ruhepause von 16 Stunden nach drei aufeinanderfolgenden 16-Stunden-Schichten zuzustimmen. Der Artikel fügt hinzu, daß solche Situationen gang und gäbe sind und daß viele Leute mehr arbeiten als zu Anfang des Jahrhunderts. Die Unternehmer können so viele Überstunden verlangen, wie sie wollen, sie sind nur verpflichtet, ab der 41. Stunde 50 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Die Weigerung, Überstunden zu machen, führt zur Entlassung: Das Arbeitsverhältnis beinhaltet die Verpflichtung, die von der Geschäftsleitung festgelegten Arbeitszeiten einzuhalten. Im letzten April betrug die durchschnittliche Zahl von Überstunden pro Arbeiter 4,9, während es vor sechs Jahren noch 3,3 waren. Von 1976 bis 1993 ist die jährliche durchschnittliche Arbeitszeit bei Männern um 100 Stunden und bei Frauen um 233 Stunden gestiegen (alles nach offiziellen Statistiken). Die Mehrarbeit kann sich ebenso über verrückte Arbeitszeiten als auch – anders als man meinen sollte – über reduzierte Stunden in der Teilzeitarbeit abspielen. Beide sind nur eine Konsequenz aus dem, was das Kapital in den USA

erreicht hat: totale Flexibilität je nach seinen Bedürfnissen, so eng wie mög lich an den wechselnden Produktionserfordernissen ausgerichtet.[21]

Andere Zahlen geben eine noch umfassendere Vorstellung von der Kehrseite des US-»Aufschwungs«. Ende 1996 deckte eine Umfrage auf, daß 46 Prozent der aktiven Bevölkerung vom Problem Entlassungen betroffen sind oder waren (zwischen 1990 und 1995 hatten 30 Prozent ihre Arbeit verloren). Im Juni 1995 ergab eine Erhebung, daß 80 Prozent der Befragten eine Lohnsenkung erlitten hatten; die Hälfte von ihnen mußte zwei oder mehr Jobs machen. Zwischen 1972 und 1996 haben die niedrigen Löhne 30 Prozent ihrer Kaufkraft verloren. Dem Buch »The State of Working America 96-97« zufolge ist das Verhältnis der mittleren Arbeitereinkommen zum Unternehmereinkommen von 1 : 60 im Jahre 1978 auf 1 : 173 im Jahre 1995 gestiegen; 1974 verdiente der Präsident von IBM das 11fache des Grundgehalts einer Sekretärin, 1994 schon das 40fache. Von 1979 bis 1995 fielen den Umstrukturierungen 43 Millionen Arbeitsplätze zum Opfer. Im gleichen Zeitraum wurden 23 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen, aber der Lohn beträgt im Schnitt 85 Dollar die Woche. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze gehen praktisch alle mit Lohnsenkungen einher. Als Beweis für den US-»Aufschwung« wird die niedrige Arbeitslosenrate angeführt, aber sie wäre in Wirklichkeit doppelt so hoch und damit vergleichbar mit den europäischen Zahlen.[22] Andere Zahlen geben eine Vorstellung vom Durchmarsch der kapitalistischen Initiative bei den Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung. Nach einem Bericht des US-Landwirtschaftsministeriums (15.9.97) haben fast 12 Millionen Haushalte Ernährungsprobleme, und 26 Millionen waren schon einmal in einer Suppenküche.[23] Die Zahl der Gefängnisinsassen hat sich innerhalb von 10 Jahren verdoppelt und innerhalb von 20 Jahren verdreifacht. Sie ist mit 1,5 Millionen 1994 bzw. 15 von 100 000 Personen der erwerbs-

[21] Die Theorien über das »Ende der Arbeit«, die in den USA entwickelt worden sind und sich in jüngster Zeit in Europa verbreiteten (siehe das gleichnamige Buch von Rifkin), kann man getrost vergessen. Ein Kommentator zitierte dazu folgenden Satz von Marx: »Die Maschinen machen die menschliche Arbeit nicht überflüssig; sie setzen im Gegenteil Massen von Arbeitern voraus.«

[22] *Le Monde Diplomatique* 1/97: Die Arbeitslosenrate gemäß der ILO wird durch eine Haushaltsbefragung festgestellt. Die erste Frage ist, ob der Interessent in der vergangenen Woche mehr als eine Stunde gearbeitet habe. Eine negative Antwort zieht die Frage nach sich, »ob der Interessent eine Stelle sucht«. Eine positive Antwort führt zur nächsten Frage: »ob man sofort abkömmlich ist«. Die positive Antwort klassifiziert Sie definitiv als arbeitslos. Außerdem müßte man in die Statistiken die demographischen Veränderungen einbeziehen, was beispielsweise für Großbritannien eine wichtige Rolle spielt.

[23] Zu den Suppenküchen siehe den Artikel aus *Collective Action Notes*, den wir für *Echanges* übersetzt haben.

tätigen Bevölkerung Weltrekord. Eine andere Folge der Intensivierung der Arbeit ist, daß sich in den (laut Statistiken ständig expandierenden) Dienstleistungen die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten innerhalb von zehn Jahren verachtfacht hat, während gleichzeitig immer weniger Arbeiter soziale Garantien genießen, die in den USA immer beim Unternehmen liegen, wobei die Beitragspflicht über Tarifverträge geregelt ist, die in vielen Fällen gar nicht existieren.

Kann man eine Bilanz des Arbeiterwiderstands gegen diese Offensive des Kapitals in den USA ziehen?

Es ist schwierig, sich eine Vorstellung vom Arbeiterwiderstand zu machen. Die offiziellen Streikstatistiken schreien heraus, daß es noch nie so wenige Streiks gab, aber diese Statistiken nehmen nur Streiks zur Kenntnis, an denen mindestens 1000 Arbeiter beteiligt sind, das heißt, es ist nicht errechenbar, wieviele »kleine« Konflikte es womöglich in Unternehmen von relativ geringer Größe (deren Zahl durch die Werkverträge und die Neuzusammensetzung der Aufgaben in den verschiedenen Unternehmen ständig zunimmt) oder in begrenzten Bereichen von Großunternehmen gibt. Diesseits des Atlantiks hört man von diesen Streiks nur – und auch dann nur sehr wenig –, wenn sie weltweite Störungen verursachen (zum Beispiel im Luftverkehr) oder ihre Dimension es schwierig macht, sie zu verschweigen (zum Beispiel der Streik bei Boeing oder ganz aktuell der bei UPS, über den wir im folgenden sprechen). Wenn der direkte Druck jedoch zu stark wird, kommt es an der Basis zu anderen, nicht quantifizierbaren Widerstandshandlungen, die sich nur negativ an den Produktivitätsdaten ablesen ließen.[24]

Der »kleine« Streik in der Chemiefabrik in Baltimore ist bezeichnend, obwohl er nur 185 Arbeiter betrifft. Auch wenn ihre Überstunden ihnen Löhne von bis zu 63 000 Dollar im Jahr verschafften, leisteten sie Widerstand gegen die Intensivierung der Arbeit. Das ist kein isoliertes Phänomen: der UPS-Streik gehört zu einer ganzen Reihe von Konflikten, die sich im Lauf der

[24] Trotz der Investitionen in neue Technologien und Lohnsenkungen, mit denen die Produktionskosten mit denen von Südostasien konkurrenzfähig gemacht werden sollen, lag der Produktivitätszuwachs in den letzten Jahren zwischen null und einem Prozent und wird bei null liegen (*Financial Times*, 12.3.97). Eine andere Studie (*Financial Times*, 20.6.97) beschäftigt sich mit diesem schwachen Produktivitätswachstum, um das es in einer langen Debatte über den ziemlich vagen Begriff der Produktivität in den Dienstleistungen ging: *»Trotz des Einbruchs der Computer verbrauchen die meisten Dienstleistungsbereiche noch große Mengen an intensiver Arbeit. Obwohl die Produktivität – wie auch immer man sie messen will – nur sehr schwach gewachsen ist, hat die Zahl der Arbeitsstunden in den letzten Jahren zugenommen und damit den Produktivitätszuwachs eingeschränkt.«*

letzten Jahre insbesondere im Automobilsektor entwickelt haben. Betrachtet man die Konflikte in den USA in den letzten 20 Jahren, wird deutlich, daß sie sich auf folgende Achsen konzentrieren: diejenigen, in denen das Kräfteverhältnis gegen die Arbeiter steht, und diejenigen, in denen es zu ihren Gunsten ausfällt. Diese Teilung überschneidet sich mit der bei den Umstrukturierungen geschilderten Teilung zwischen Unternehmen, die mit allen vorhandenen Faktoren spielen können, und Unternehmen, denen die Folgen der Umstrukturierung Gegentendenzen eingebracht haben, die ihre Manövrierfähigkeit einschränken.

Man könnte eine nichtendenwollende Litanei von Streiks der letzten 15 Jahre beschreiben, in denen die Kampfbereitschaft der gegen das Unternehmerdiktat revoltierenden Arbeiter sich über Monate, mehr noch Jahre erschöpft hat, meistens unter dem Druck gewerkschaftlicher Ortsverbände, und gegen wachsende Anfeindungen der Gewerkschaftsbürokratien, die jedem schwachen Versuch von radikaler Aktion die Stoßkraft nehmen, dabei jegliche Solidarität abbremsen, und schließlich mit Vereinbarungen, die auf die den Bedingungen der Unternehmer eingehen, aber die »Präsenz« der Gewerkschaften im Betrieb schützen, mehr oder weniger spektakuläre Niederlagen einfahren. Die Namen werden sicherlich jeden an eine lange Reihe von Konfrontationen erinnern, die mehr oder weniger in Vergessenheit geraten sind: Hormel (1985/86), Greyhound (1990-93), Caterpillar (1991/92, 163 Tage Streik), Staley (1993, 40 Monate Streik), Wheeling Pittsburg Steel Corp. (1996, 8 Monate Streik), Detroit Newspaper (seit 16 Monaten im Streik). Die Liste ist nicht vollständig. All diese Streik stecken zwischen den ganz legalen Versuchen der Unternehmer, die Auswirkungen des Streiks zu mindern und z.T. sogar außer Kraft zu setzen, und der Weigerung (und Unfähigkeit) der Gewerkschaftsbürokratien, es auf eine Machtprobe mit eben dieser Legalität ankommen zu lassen (und können). Gehen die Umstrukturierungen weiter, wird es immer wieder solche Streiks geben, obwohl es früher mehr davon gab und mehr spektakuläre Niederlagen stattfanden.

Es gab aber auch Konflikte, in denen das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter stand, da die Firmen mit den gesetzlichen Anti-Streik-Mitteln nicht so leicht hantieren konnten, wenn diese letztlich noch mehr Schaden angerichtet hätte. Das hat in einigen der schon erwähnten Streiks nicht verhindern, daß es eine Intervention von höchster Ebene gab, um brutal das Kräfteverhältnis zugunsten der Unternehmensleitung wiederherzustellen, z.B. bei den Eisenbahnen und bei American Airlines. Der Streik bei Boeing im Dezember 1995 ist ein klassisches Beispiel dafür, wie die Art der Arbeit und die Stellung der Firma die üblicherweise angewandten Taktiken zur Zerschlagung der Kampfbereitschaft der Arbeiter wirkungslos machten: Obwohl der Streik

neun Wochen dauerte, gab es keine Ersatzarbeitskräfte, da eine so große Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte sich nur schwer auf der Stelle ersetzen läßt; die Arbeiter konnten es sich sogar leisten, eine erste Vereinbarung, der die Gewerkschaft zugestimmt hatte, als unzureichend abzulehnen.

Aber parallel dazu haben Streiks in den letzten zwei Jahren und besonders in der Autoindustrie gezeigt, daß andere Probleme als die Erneuerung der Tarifverträge oder die Löhne im Mittelpunkt von Arbeiterreaktionen gegen die Überausbeutung standen. Ein Artikel des *Journal of Commerce* vom April 1997 trug den Titel: »Die flexible Produktion macht die ›großen Drei‹ anfällig für Streiks«. Die großen Drei sind die drei großen Automobilfirmen General Motors, Ford und Chrysler. Der Artikel beschäftigte sich damit, daß in der flexiblen Produktion die Möglichkeit, mit dem geringsten Stopp in einer zweitrangigen Einheit des Produktionsprozesses in einem lokalen Konflikt einen ganzen Fabrikverbund zu blockieren, ein Trumpf in den Kämpfen ist. Aus der Sicht der betroffenen Unternehmen stimmt das, und das Kräfteverhältnis wendet sich zugunsten der Arbeiter. Doch das ist nur eine Folge der jüngsten Streiks in der Autoindustrie: all diese Streiks haben eines gemeinsam, was sie mit dem Streik in Baltimore verbindet, auch wenn sie unendlich viel mehr Resonanz hatten. Sie richteten sich nicht nur gegen die Überausbeutung, sondern gegen die Folgen der Flexibilisierung in allen ihren Formen (Arbeit auf Abruf, Teilzeit, unständige Arbeit usw.). Deshalb gehen in diesen Streik eine Fülle von offensichtlich unzusammenhängenden Forderungen durcheinander, die sich alle gegen die Versuche richten, die Träger der Arbeitskraft, die Menschen, immer mehr auf eine Ware zu reduzieren, die derselben Flexibilität unterworfen ist wie die Versorgung mit Rohstoffen und Ersatzteilen oder die Belieferung des Supermarkts: vollkommene Verfügbarkeit unter den Willen des Kapitals, Abbau nicht nur der toten Zeiten, die variables Kapital kosten, aber gänzlich unproduktiv sind, sondern auch von Flautezeiten, in denen diese Produktivität zurückgeht; der Arbeitskraftvorrat soll auf ein Minimum reduziert werden, um kein variables Kapital zu vergeuden, genauso wie das fixe Kapital nicht in Warenlagern für Produktion und Distribution oder in stillstehenden Maschinen gebunden sein darf. Aus diesem Grund ist das Thema Arbeitszeitverringerung besonders problematisch: Das Kapital kann sie in der für es selbst profitabelsten Form organisieren, und gleichzeitig die Ausbeutungsrate sowohl langfristig als auch kurzfristig erhöhen. Allein seit Anfang 1997 hat es in der US-Autoindustrie eine Reihe von Streiks gegeben, von denen ich einige nennen möchte:

• gegen die verschärfte Kontrolle des Absentismus (im Januar zwang ein Streik von 4300 Beschäftigten im GM-Montagewerk in Loraine/Ohio die Geschäftsleitung, die geplanten Maßnahmen zurückzunehmen);
• für Neueinstellungen zur Verringerung der Überstunden: im März 1997 zwangen 2700 Arbeiter mit einem 15tägigen Streik im GM-LKW-Werk in Fort Waine/Indiana die Geschäftsleitung, 276 Arbeiter einzustellen. Im Mai erzwang ein Streik von 3500 Beschäftigten im GM-Werk in Oklahoma die Einstellung von 50 Arbeitern. Dasselbe gelang im Werk in Pontiac/Michigan, wo 6000 streikende Arbeiter Neueinstellungen erzwangen;
• gegen die Auslagerungsdrohungen: Im GM-Werk für elektronische Komponenten in Warren/Ohio;
• gegen die Auftragsvergabe an Subunternehmer, aber auch wegen Diskriminierungs-, Sicherheits- und Gesundheitsfrage: wegen des Streiks von 1800 Arbeitern eines Chrysler-Werks in Detroit im April 1997 mußten 19 Werke des Konzerns geschlossen werden (wegen Konflikten dieses Typs konnte die Gewerkschaft UAW insbesondere bei Ford und GM ein gewerkschaftliches Mitspracherecht bei Werkverträgen und Auslagerungen durchsetzen);

In all diesen Streiks ging es nicht um die Löhne, sondern um die Arbeitsbedingungen und direkt um die kapitalistische Leitung des Unternehmens.

Es ist also recht schwierig, all denen zuzustimmen, die plötzlich den Streik in den USA entdecken und mehr oder weniger unisono verkünden: *»Der Streik bei UPS brach am 4.8.97 aus wie ein Sturmgewitter aus dem heiteren Himmel der Ökonomie.«*

Welche Rolle spielen heute die Gewerkschaften in den Arbeitsbeziehungen in den USA?

Wie wir zu Beginn des Artikels unterstrichen haben, dient die Gewerkschaft, der Gewerkschaftsbund AFL-CIO ebenso wie die ihm angehörige Teamster-Gewerkschaft, wie überall zur Verwaltung der Arbeitskraft und ist damit ein integraler Bestandteil des Systems. Mit dem Niedergang dieser ihrer unausweichlichen Funktion, ergibt sich für sie nun wie gesagt das Problem, wie sie beim gegenwärtigen schwachen Niveau der Akkumulation irgendetwas für ihre Mitglieder und eventuell für die Arbeiter insgesamt erreichen können. Es ist ganz offensichtlich, daß sie in den letzten knapp 30 Jahren kaum auf die Angriffe des Kapitals antworten konnten, denn dieses machte nicht nur keine Zugeständnisse, sondern nahm auch noch das zurück, was es einst gewährt hatte. Es ist auch ganz offensichtlich, daß keine Gewerkschaft, die zum System gehört, es sich leisten kann, eine radikale Haltung anzunehmen, denn damit riskiert sie, als Institution im System ganz zu verschwinden, sondern daß sie im Gegenteil gegenüber einer radikalen Haltung der Arbeiter in ei-

nem Konflikt alles Erdenkliche tun muß (indirekt oder sogar direkt mit allen Mitteln, einschließlich Gewalt oder der Hilfe der Staatsgewalt), um diese Radikalität zu stoppen und sie durch einen Kompromiß zu ersetzen, der den Kampf beendet und, auch wenn er als Sieg präsentiert wird, nichts anderes als eine Niederlage ist.

In solchen Situationen sind immer Strömungen aufgetaucht, die oft aus politischen Gruppen der extremen Linken stammten, die meinen, daß aus der Gewerkschaft ein Kampfverband werden kann und daß es dafür reicht, die Bürokratie entweder abzuschütteln oder zu ersetzen. Sie stellen die soziale Realität auf den Kopf: der Grund dafür, daß die Gewerkschaften nicht dynamisch oder gar »revolutionär« sein können, ist nicht mangelnder »Kampfeswille«; den Klassenkampf machen nicht die »aktiven« oder radikalen Mitglieder. Dieser Klassenkampf, dessen Niveau rein von den sozio-ökonomischen Realitäten der Ausbeutung abhängt, bestimmt die »mögliche« Aktivität dieser Mitglieder. Solche Strömungen gibt es überall; sie tauchen meist dann auf, wenn es wieder zu Kämpfen kommt, die in den Händen der sogenannten Bürokraten liegen. In den letzten 20 Jahren Jahren, als die AFL-CIO die kapitalistische Offensive in den USA nicht eindämmen konnte und wollte, hat sich eine Tendenz für eine »Demokratisierung« der Gewerkschaften entwickelt, hauptsächlich getragen von Leuten, die verschiedenen leninistischen Strömungen angehören oder angehört haben. Erleichtert hat diesen Aufstieg einer »gewerkschaftlichen Erneuerung« eine Mischung von Trägheit der alten Garde und organisatorischer Schwäche, die nicht mehr über die Ressourcen verfügte, um den wirklich skandalösen Lebenswandel dieser Bürokraten, Fusionen und Umgruppierungen aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise wurde im Oktober 1995 Sweeny, der Anführer dieser Reformisten, zum neuen Präsidenten der AFL-CIO gewählt. Labor Notes konnte kürzlich (im März 1997) schreiben, daß »die AFL-CIO ein Programm zur Wiederbelebung der Arbeiterbewegung präsentiert« habe; dies zeigt die voluntaristische Verwirrung einer solchen Position (diese Tendenz versucht sogar derzeit, eine neue »Arbeiterpartei« in den USA aufzubauen). Nicht die Reformen der Gewerkschaft oder von einem erneuerten Aktivismus getragene Rekrutierungskampagnen bringen die Arbeiter zum Kämpfen, sondern die Kapitalbewegung selbst. Wie *The People* schrieb: *»Das ist dieselbe prokapitalistische Arbeitergewerkschaft, die wir hatten, bevor Sweeny das Ruder übernahm.«*[25]

[25] Es gibt ein neueres Buch, in dem diese Frage der Reform der AFL-CIO diskutiert wird: es gibt einen Beitrag von zwei Autoren, die für ihre Analysen der Arbeitsbeziehungen bekannt sind (J. Brecher und T. Costello: »A new Labor movement in the shell oft the Old?«), eine Antwort von J. Sweeney selbst und einen Beitrag von J. Slaughter für die *Labor Notes*.

Bei den Teamsters ist die Frage der Gewerkschaftsreform noch viel komplezierter. Man hat in Europa viel von ihren Verbindungen zur Mafia gehört: Einer ihrer »großen« Führer, Jimmy Hoffa, endete als Opfer – man weiß nicht genau von wem und warum – begraben im Betonfundament eines Wolkenkratzers. Aber die Herrschaft des »organisierten Verbrechens« hat solche Dimensionen erreicht, daß die Bundesregierung schließlich intervenierte und die Gewerkschaft unter Zwangsverwaltung stellte. Dies erlaubte 1991 die Wahl von Carey zum Chef der Gewerkschaft. Carey war der Führer der Strömung »Teamsters für eine demokratische Gewerkschaft«, die seit 20 Jahren tätig war und die Gewerkschaft vom Einfluß der Mafia befreien und sie »demokratisieren« wollte. Es ist schwierig zu sagen, ob sie dieses Ziel erreicht hat (ein Gutteil der Ortsverwaltungen ist noch in Händen der alten Führer), denn er konnte seine Wiederwahl im Oktober 1996 gegen den Sohn von Jimmy Hoffa nur knapp und nur um den Preis von nicht autorisierten Subventionen erreichen, was einen Miniskandal ausgelöst hat, verbunden mit der Drohung, die Wahl für ungültig zu erklären. Der Streik bei UPS kam genau richtig, um Careys Licht neu zum Strahlen zu bringen (er war selbst früher Auslieferungsfahrer bei UPS und hatte wahrscheinlich noch persönliche Rechnungen zu begleichen). Dies erklärt vielleicht, warum die Teamsters-Gewerkschaft eine Position eingenommen hat, die nicht radikal war, sich aber auf jeden Fall von der Haltung seiner Vorgänger abhebt. Natürlich war nicht das der Grund, warum die UPS-Arbeiter massiv in den Streik getreten sind, aber es hat das begünstigt. Hinter dem Streik und der Haltung der Demokratischen Partei insbesondere von Clinton stehen auch »privilegierte« Beziehungen zwischen den Teamsters (die mit 35 Millionen Dollar, die über die AFL-CIO ausgezahlt wurden, finanziell zu Clintons Wiederwahl beigetragen haben) und dem Weißen Haus; wir werden später auf diesen Punkt zurückkommen. Man könnte sich noch viel mehr über die Saga der Teamsters auslassen, die nicht den Kampf der Reinen gegen die Unreinen oder der Sauberen gegen die Korrupten widerspiegelt, sondern eine Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Interessen in einer Organisation, die immer noch eine der mächtigsten Gewerkschaften der USA ist: Diese Situation führt direkt zum Kern des Kampfs der UPS-Arbeiter.

In jüngster Zeit hat es regionale Konflikte gegeben, die von der Teamsters-Gewerkschaft getragen waren: im September 1995 streikten 5000 LKW-Fahrer, die Wagen der Firma Ryder System in Kalifornien transportierten; im Juli 1996 streikten 6000 LKW-Fahrer in allen Häfen Südkaliforniens. Es gab sogar kürzlich in einem Zentrum einen Konflikt aufgrund einer Konfrontation zwischen der alten und der neuen Bürokratie, der mit einer Niederlage endete und dessen Kosten die UPS-Arbeiter mit einem plumpen Kompromiß trugen.

Als nach der Wiederwahl Careys die Erneuerung des Tarifvertrags bei UPS anstand, bereitete die neue Bürokratie etwas vor, was zu einer Konfrontation führen und in den Verhandlungen mit UPS Gewicht haben kann, auch wenn es sich nicht in Fakten übersetzen läßt: Im Frühjahr werden im ganzen Land von den Teamsters Mitglieder-Versammlungen zu den Themen organisiert, die den Kern der Ausbeutung bei UPS bilden. Das war wohl der Sinn der Erklärung, die Carey kurze Zeit vor dem Streik abgegeben hat: »Diese Verhandlungen sind getragen vom Willen, den amerikanischen Traum zu schützen.« Jeder Kommentar überflüssig!

Ein Überblick über die weltweite Organisation von UPS auf der Ebene der Ausbeutung

So vermittelt der Streik bei UPS auch war und obwohl ein Teil der Forderungen die Löhne (oder vielmehr die Lohndiskriminierung) betraf, liegt er auf einer Linie mit früheren Konflikten im Automobilsektor und zwar in der Frage der Arbeitszeit oder genauer der vom Unternehmen aufgezwungenen totalen Flexibilität. Bevor wir auf den Streik kommen, sind noch einige Worte über das Unternehmen selbst und die Arbeitsbedingungen, übe
r die Teamsters-Gewerkschaft, die im Zentrum des Konflikts stand, und die neuen Beziehungen der Gewerkschaft sowohl zum Unternehmen als auch zur demokratischen Regierung nötig.

UPS, ein privates Transportunternehmen für kleine Pakete, hat sich zu einer gewaltigen Organisation entwickelt, die über die Grenzen der USA hinausgeht, aber ihre Basis vor allem in den USA hat. UPS beschäftigt 200 000 Arbeiter (336 000 weltweit); damit sind sie der fünftgrößte Arbeitgeber der USA, der jeden Tag 12 Millionen Pakete zustellt (die US-Post nur 2 Millionen). Alle dort beschäftigten Fahrer, Sortierer, Belader und Verwaltungsleute tragen eine braune Uniform und arbeiten mit braunen LKWs. UPS hat mit 80 Prozent Marktanteil im Paketumschlag quasi das Monopol in den USA (was 6 Prozent des BIP der USA ausmacht) mit einer Flotte von 157 000 Fahrzeugen, 197 eigenen und 300 Charterflugzeugen und 3000 Eisenbahnwaggons. UPS benutzt 400 Flughäfen in den USA und 200 im Ausland und beschäftigt etwa 2800 Piloten. Insgesamt gibt es 2400 Depots in allen Staaten der USA.

Da UPS im wesentlichen von der Ausbeutung der Arbeit innerhalb der USA lebt und Automatisierung und technische Innovationen, außer in den Verteilzentren, nur begrenzte Auswirkungen auf die Produktivität haben, setzen ihre Anstrengungen zur Steigerung der Profite im wesentlichen auf die Flexibilität und Intensität der Arbeit. Die Art der Dienstleistung verbietet Lösungen wie Auslagerung. Das Problem, daß es dabei täglich zwei Spitzenzeiten gibt, nämlich von 16 bis 21 Uhr für die Abholung und von 21 Uhr bis

Mitternacht für die Nahzustellung oder Nachtarbeit für die Fernzustellung, hat UPS gelöst, indem es die Zahl der Teilzeitkräfte vervielfacht hat. Da die Produktivität – und die Profite – außer vom Arbeitsrhythmus, vom Paketgewicht abhängt, hat die Geschäftsleitung vorgeschlagen, das Höchstgewicht von 30 kg auf 70 kg zu erhöhen (da diese Frage ungeregelte Sicherheitsprobleme aufwirft, war dies Ursache eines begrenzten Streiks im Jahre 1994). Die Firma gibt beispielsweise für das Laden der Pakete die Norm vor, daß zwei Schritte in drei Sekunden gemacht werden sollen. Folge der Intensivierung der Arbeit ist, daß die Unfallrate bei UPS zweieinhalb mal so hoch ist wie der nationale Durchschnitt im Transportwesen; aufgrund der schlechten Wartung und Ausstattung der LKW-Flotte gibt es jeden Monat einen Todesfall.

Aber die zentrale Frage bei UPS ist die der Teilzeit und zwar in doppelter Hinsicht. Zuerst wegen ihrer Dimension: seit 1993 hat UPS 46 300 neue Arbeitsplätze geschaffen, von denen 38 500 (83 Prozent) Teilzeitstellen sind. Insgesamt beschäftigt UPS 60 Prozent auf Teilzeitbasis (1986 waren es noch 42 Prozent), während der offizielle Anteil der Teilzeitarbeit in den USA insgesamt bei 18 Prozent liegt. Freiwerdende Vollzeitstellen wurden systematisch mit Teilzeitbeschäftigten neu besetzt. In den Verteilzentren ist der Anteil der Teilzeitarbeit noch größer: in einem solchen Zentrum in der Nähe von Chicago sind von 6000 Beschäftigten nur 250 in Vollzeit, und in ganz Illinois beträgt der Anteil der Teilzeitarbeiter 70 Prozent. Was bedeutet Teilzeit bei UPS? Im Prinzip heißt das 35 Stunden und manchmal mehr pro Woche, und nicht selten sieht man UPS-Arbeiter, die zwei aufeinanderfolgende 4-Stunden-Schichten am selben Tag machen, indem sie von 16 bis 21 Uhr sortieren und von 21 Uhr bis Mitternacht ausliefern, während das geforderte Minimum bei 3 Stunden pro Tag liegt. Das Arbeitstempo ist so hoch, daß die Fluktuation an den Teilzeitstellen bei UPS bei 400 Prozent pro Jahr liegt; 1996 hat die Firma 182 000 Teilzeitbeschäftigte rekrutiert, von denen zu Jahresende gerade noch 40 000 übrig waren. Die große Mehrheit der Teilzeitarbeiter hat weniger als ein Dienstjahr. Das gibt eine gewisse Vorstellung von der prekären Beschäftigung in den USA.

Als Folge davon fiel die Produktivität in den Verteilzentren um ein Drittel, was offensichtlich nicht das Ziel der Maßnahme war. Aber vielleicht hat UPS das nicht gekümmert, denn schließlich ist Teilzeitarbeit unterbezahlt. Die Einstell-Löhne sind seit 1982 unverändert. Ein Vollzeitbeschäftigter verdient 18 Dollar die Stunde (nach zwei Jahren 20 Dollar), während ein Teilzeitbeschäftigter – der möglicherweise ebensoviele Stunden arbeitet, nur 8 Dollar die Stunde verdient (da der Teilzeitbeschäftigte höchstwahrscheinlich nach zwei Jahren nicht mehr da ist, stellte sich die Frage nach einer

»Beförderung« nicht einmal). Die beiden Kategorien von Beschäftigten haben dieselben Rechte bei den ZUSAtzleistungen (Krankenversicherung, bezahlter Urlaub ...), aber bei den bestehenden Unterschieden in den Löhnen und der Aufenthaltsdauer erscheint das für die Teilzeitbeschäftigten mehr eine stilistische Klausel zu sein.

Tarifvertrag und gewerkschaftlicher Streik

Die UPS-Beschäftigten unterliegen einem Tarifvertrag, den die Teamsters-Gewerkschaft, die 165 000 von ihnen vertritt, unterschrieben hat. Die frühere Gewerkschaftsführung arbeitete offen Hand in Hand mit der Unternehmensleitung von UPS: sie hatte so die Einrichtung einer zweigleisigen Lohnskala (Two tiers system) favorisiert[26], einen der ersten Akte der Unternehmeroffensive zur Veränderung der Arbeitsbedingungen. Auf Umwegen hatte Jimmy Hoffa diesen Tarifvertrag zunächst im Mittelwesten durchgesetzt, und 1982 kam er dann allgemein zur Anwendung. 1987 setzte derselbe Hoffa einen weiteren unheilvollen Tarifvertrag durch, obwohl er von mehr als 50 Prozent der Teamsters abgelehnt wurde. Dieses Two tiers system war nichts UPS-Spezielles; dieses System erlaubte die Einstellung von neuen Arbeitern zu Löhnen, die weitaus niedriger waren, als die der schon im Unternehmen beschäftigten Arbeiter. Diese Ungleichheit ermöglichte die Spaltung der Arbeiter und verhinderte jede Forderung für die Gesamtbelegschaft. Am UPS-Streik ist wichtig, daß diese Lohnungleichheit, zu der noch die ungleiche Arbeitszeit hinzukommt, ihre Spaltungsfunktion in keiner Weise erfüllte: Von den 185 000 Teamsters-Mitgliedern haben nur 7000 den Streik gebrochen (in Washington 10 von 5000). Der Tarifvertrag lief am 31. Juli 1997 aus, und UPS hatte Vorschläge für seine Erneuerung gemacht: eine Laufzeit von sieben statt vier Jahren, keine Erhöhung der Einstellungslöhne, eine weitere Reduzierung der Vollzeitstellen; die Verwaltung der Kranken- und Rentenversicherung sollten der Gewerkschaft entzogen und vom Arbeitgeber übernommen werden; Anti-Streik-Klauseln, die bereits erwähnte Erhöhung der Paketgewichte usw. Die Verhandlungen wurden aufgenommen, brachten aber keine Ergebnisse; sie blieben besonders am Problem der Renten stecken. Am 28. Juni wurde per E-mail eine Abstimmung organisiert; die Abstimmung war am 15. Juli zuende: mehr als 95 Prozent gaben der Gewerkschaft das Mandat, den Streik zu organisieren. Nach Diskussionen in letzter Minute

[26] Das Two tiers system bedeutet, daß Neueingestellten einen wesentlich geringerer Tarif bezahlt wird als den schon länger Beschäftigten. Dadurch konnten die Löhne gesenkt werden, indem die Arbeiter eines Unternehmens gespalten wurden, und gleichzeitig ein Konflikt vermieden werden, den die allgemeine Senkung der Löhne sicherlich ausgelöst hätte.

wurde der Streik auf den 2. August verschoben, um eine gütliche Einigung zu versuchen. Vergeblich. Der Streik begann am 4. August.

Der Streik war von Anfang an in den gesamten USA fast total: darüber gibt es einige Zahlen. In Seattle (Washington) gab es ganze 10 Streikbrecher von 5000 Verteilzentrumsarbeitern im Bundesstaat usw. Die Flugzeugbesatzungen (die sich selbst in einem separaten Arbeitskampf mit UPS befanden) weigerten sich, die Streikpostenlinien zu überqueren, was praktisch die gesamte Luftfracht stoppte. Da UPS 80 Prozent des Marktes kontrolliert, ist die Firma bei einem Streik dieses Ausmaßes besonders verwundbar: Ihre Konkurrenten, insbesondere die US-Post, sind nicht in der Lage, den Paketstrom materiell zu bewältigen; überdies gibt eine Klausel im Tarifvertrag der Gewerkschaft APWU das Recht, die Einstellung von Aushilfen zu billigen oder abzulehnen, und die Post weigerte sich, Zeitarbeiter einzustellen, um den Mehranfall an Paketen aufgrund des UPS-Streiks zu absorbieren. Die UPS-Unternehmensleitung versuchte zwar, ihre gewaltige Maschine mit Vorgesetzten und Streikbrechern zum Laufen zu bringen; aber sie versuchte nicht, auf Ersatzpersonal zurückzugreifen, was sie legal gedurft hätte, und zwar zweifellos aus Angst, daß die schon spürbare Spannung, die auf den Streikposten lag, ausarten würde. Ungefähr 10 Prozent des normalen Verkehrs konnten aufrechterhalten werden, und für zahlreiche Sektoren (Krankenhäuser, Versandhandel, Handel per E-mail usw.) waren ernste Probleme absehbar, wenn der Streik sich länger hinzog. Die bei Kämpfen in den USA übliche Gewalt trat überall ein wenig in Erscheinung, zwischen Streikposten und Streikbrechern, mit den Bullen: Es gab Verletzte, und es kam zu Festnahmen. Als die Kassen der Teamsters leer waren, entschieden die AFL-CIO und andere Einzelgewerkschaften, das Geld vorzustrecken (10 Millionen Dollar pro Woche), um die Streikgelder von 55 Dollar wöchentlich bezahlen zu können – fast ein Almosen, wodurch nicht wenige Streikende gezwungen waren, einen anderen Teilzeitjob anzunehmen.

Man weiß wenig darüber, wie der Streik organisiert war, der anscheinend völlig in der Hand der Gewerkschaft geblieben ist: Er war von der Bürokratie sorgfältig vorbereitet worden, um ein Druckmittel in den Verhandlungen mit der Unternehmensleitung von UPS zu haben, aber auch, um zu verhindern, daß eine wilde Organisation aufgebaut wird (was bei denen gegebenen inneren Verhältnissen und den möglichen Manövern der UPS-Unternehmensleitung zUSAmmen mit den Unterstützern der Ex-Mafiosi tatsächlich Risiken bedeutet hätte). Aber viele Tatsachen zeugen von der Kampfbereitschaft der Teamsters und der aktiven Solidarität oder der Sympathie der anderen Arbeiter (eine am 15.8. durchgeführte Umfrage ergab, daß 55 Prozent der befragten Personen den Streik unterstützten). Man kann nur die Liste

der Dinge zitieren, die von einer Basis-Aktion und -Solidarität im gesamten Staatsgebiet der USA zeugen:

• Unfälle an der Streikpostenkette in Austin (Texas), in Buffalo (ein Streikbrecher fährt zwei Streikposten mit seinem Wagen um), ein Streikbrecher wird von Streikenden in Hialeah angegriffen, dasselbe in Miami (4 Verhaftungen). In Nashville wird das Handgemenge mit den Streikbrechern ernster: Einer wird verletzt und sechs Streikende werden wegen Vandalismus und Einschüchterung entlassen; die Polizei zwingt die Posten auf Geheiß des Gerichts, Abstand zu halten, da diverse Wurfgeschosse gegen das UPS-Depot fliegen. In Norwood (Massachusetts) kommt es zu einer Festnahme, als bei Versuch, die LKWs zu blockieren, ein Bulle gegen ein fahrendes Auto gestoßen wird. In Somerville werden 23 Streikende einer Streikpostenkette verhaftet, weil sie Streikbrecher bedroht und ihre LKWs blockiert haben. In Seattle (Washington) rast ein von einem Vorgesetzten gesteuerter LKW in die Streikposten. In Ontario (Kalifornien) werden 6 Streikende von Streikbrechern verletzt, die versuchen, einen Streikposten aufs Auto zu zwingen.

Über Solidaritätsaktionen haben wir nur ein paar verstreute Meldungen: In Montana stoßen 300 streikende Bauarbeiter zu den UPS-Streikposten. 1000 bis 1500 Streikende demonstrieren im Hafen von New York. In Oakland kommen in einer spontanen Versammelung hunderte von ortsansässigen Arbeitern zusammen, die eine Massen-Streikpostenlinie bilden, obwohl es eine gerichtliche Anordnung gibt, die die Zahl der Streikposten auf acht begrenzt; die Polizei mischt sich nicht ein. Man sieht an verschiedenen Orten Massenstreikposten beim offenen Gesetzesbruch, z.B. in Columbia, wo sich mehr als 200 Leute vor den Toren des UPS-Depots versammeln. Die Postarbeiter lehnen die Einstellung von Zeitarbeitern zum Auffangen der durch den UPS-Streik entstandenen Mehrarbeit ab (dieses Recht steht ihnen tarifvertraglich zu). Arbeiter der konkurrierenden Transportklitsche Federal Express beteiligen sich an den UPS-Streikposten. In New York ignorieren 1000 Mitglieder der CWA (Communication Workers Union) die »Ratschläge zur Mäßigung« der Führer und durchbrechen eine Polizeiabsperrung, um sich 40 UPS-lern anzuschließen, die die Zollbüros besetzen. Ein Kommentar unterstreicht dies: »All dies ist zweifellos Ausdruck eines gewaltigen Aktionsschubs von der Basis, die mit Taktiken der direkten Aktion ihren Gewerkschaftsführern scharf widersprechen will. Wenn der Streik weitergeht, könnte es zu noch mehr Konfrontationen kommen.«

Diese stark zerstückelten Informationen müssen im Zusammenhang gesehen werden: Auf der einen Seite steht die Kontrolle der Medien (die Unternehmensleitung von UPS hatte sich ein restriktives Umgehen mit Informationen zum Streik in den nationalen Medien zusichern lassen) und auf der

anderen Seite der Appell der UPS-Unternehmensleitung selbst an die Gewerkschaften und speziell die Teamsters, das Spiel zu beruhigen. Damit wollen wir sagen, wie schwierig es ist, die Bedeutung dieser aktiven Basis-Solidarität zu beurteilen, obwohl die Teamsters-Gewerkschaft gegen Ende des Streiks für den 21. August einen »Aktionstag für gute Arbeitsplätze« im gesamten Land ansetzt und für den 15. August in Brüssel ein Treffen plant, wo über die »Entwicklung von Solidarität« beraten werden soll (es scheint, daß die verschiedenen von UPS kontrollierten Zentren oder Gesellschaften in Europa (Holland, Deutschland, Belgien und Frankreich) dafür gesorgt haben, daß diese »Solidarität« nicht über Absichtserklärungen hinausgegangen ist.

Ein sehr klassisches Ende

Obwohl er lebhaft dazu gedrängt wurde, weigerte sich Clinton, direkt in den Streik einzugreifen und insbesondere das Taft-Hartley-Gesetz anzuwenden. War es die Popularität des Streiks bei den US-Arbeitern, ein Verweis auf das gute Verhalten der Gewerkschaften, die ihm seine Wiederwahl gesichert haben, oder eine Konzession für die Unterstützung der AFL-CIO für das »Fast track«-Projekt, das Clinton autorisieren soll, direkt Gesetze zu machen, und das Wellen im politisch-gewerkschaftlichen Milieu ausgelöst hat, oder ganz einfach ein Konsens mit der Regierung, um einen Konflikt nicht zu schüren, der der gewerkschaftlichen Kontrolle zu entweichen gedroht hätte, wenn die vom Weißen Haus ausgesprochene Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit für 60 Tage nicht befolgt worden wäre? Jedenfalls beschränkte sich Clinton darauf, die Arbeitsministerin als Schlichterin zu benennen, die alles Nötige tat, um die Führungen von UPS und Teamsters vor den offiziellen »Bundesvermittlungs- und Schlichtungsdienst« zu bringen, der nach 16 Tagen fast totalen Streiks die Verhandlungsführer auf Unternehmer- und Gewerkschaftsseite dazu brachte, eine Absichtserklärung für einen neuen Tarifvertrag zu unterzeichnen: Diese nur von den lokalen Vertretern akzeptierte Absichtserklärung machte es der Teamsters-Führung möglich, bürokratisch die Wiederaufnahme der Arbeit am 20. August zu beschließen. Die 185 000 Mitglieder sollten einen Monat später abstimmen, wenn der Streik schon weit weg war (natürlich hätte der Streik nicht wieder neu anfangen können, auch wenn die Mehrheit den Tarifvertrag abgelehnt hätte – aus vielen Gründen, angefangen bei den gewerkschaftlichen Prozeduren. Was sollten sie anderes tun, als diesen neuen Tarifvertrag zu akzeptieren, der für fünf Jahre (anstatt für vier) abgeschlossen wurde und der ihnen nur sehr beschränkte Fortschritte in der Frage brachte, die im Zentrum des Konflikts stand: der Teilzeitarbeit:

• 10 000 Vollzeitstellen und die Besetzung von frei gewordenen Vollzeitstellen mit Vollzeitbeschäftigten in den nächsten fünf Jahren (13 000 sind in

den vergangenen vier Jahren bereits frei geworden). Also auf lange Zeit keine Abschaffung der Teilzeitarbeit. Auf derzeit 120 000 Teilzeitstellen macht das maximal 25 000 Vollzeitstellen innerhalb von fünf Jahren – wenn UPS die Vereinbarungen einhält;

• eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3,10 Dollar für die Vollzeitbeschäftigten (3 Prozent pro Jahr, d.h. 23 Dollar bei Ablaufen des Tarifvertrags, aber nur um 1 Dollar für die Teilzeitbeschäftigten, die nach fünf Jahren auf 13 Dollar kommen. Die gespaltene Lohnskala wurde wie gesagt aufrechterhalten;

• die Gewerkschaft behält teilweise die Verwaltung der Pensionskasse mit folgenden Einrichtungen: derzeit werden die Renten durch einen Central State Pension Fund ausbezahlt, der allein von der Teamsters-Gewerkschaft verwaltet wird (was der Anlaß war für Streitigkeiten über die Verwendung des Geldes durch das organisierte Verbrechen); UPS wollte die teilweise Nutzung des Fonds. Die Verwaltung wird nun mehr oder weniger paritätisch sein. Es wurde zugestanden, daß die Vollzeitbeschäftigten nach 30 Dienstjahren 3 000 Dollar pro Monat bekommen können, aber wenn man die gewaltige Fluktuation und die Tatsache betrachtet, daß die Teilzeitarbeiter nur die Hälfte der Rente der Vollzeitbeschäftigten haben werden, kann man ermessen, wie bedingt diese Maßnahmen sind. Dies wird kaum die Situation verändern, die ein UPS-Teilzeitarbeiter beschrieb, der nach acht Jahren »Teilzeitarbeit« mit 60-65 Stunden pro Woche natürlich zum reduzierten Stundenlohn am Ende der Tretmühle nur die halbe Rente im Vergleich zum Vollzeitbeschäftigten haben wird, der zu denselben Bedingungen zum fast doppelten Lohn gearbeitet hat;

• Maßnahmen, die das Gewicht der Pakete, das nicht ohne Vereinbarung mit der Gewerkschaft erhöht werden darf, und die Arbeitssicherheit betreffen;

• nur in außergewöhnlichen Fällen und in Ausnahmezeiten darf UPS an Subunternehmer auslagern.

Einige Überlegungen

Markiert der UPS-Streik einen Wendepunkt in den Kämpfen in den USA? Das ist sehr ungewiß. Es stimmt auch nicht, daß die Vereinbarung die »Arbeiterkontrolle« über die Renten gesichert habe – das Rentensystem wird weiterhin (nunmehr teilweise) von der Gewerkschaftsbürokratie kontrolliert, das ist ein anderes Paar Stiefel. Es gibt so wenig Demokratie in der Institution, daß die Arbeiter, als der Apparat die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß, noch nicht die Einzelheiten des geheim von einer Handvoll Bürokraten ausgehandelten Vertrags kannten. Natürlich ist es schön, Arbeiter zu sehen, die sich engagieren und aktiv für die Verteidigung ihrer Interessen eintreten, und

die Sympathie, die andere Arbeiter für die UPS-Arbeiter bekundet haben, ist ermutigend. Aber im Grunde war es ein normaler Streik, der wie früher von der Gewerkschaft kontrolliert wurde. Seit langer Zeit hat man keinen Streik dieser Art mehr gesehen, so daß man vergessen hat, wie ein siegreicher gewerkschaftlicher Streik wie dieser aussehen kann. Wenn UPS weiterhin Geschäfte macht und viel Geld verdient, wird die Firma möglicherweise mehr Arbeitsplätze in Vollzeitstellen umwandeln (wiewohl fünf Jahre eine lange Zeit sind); wenn sie es nicht macht, könnten die Dinge eine andere Wendung bekommen. Während dieser Zeit hält die Gewerkschaft ihre Hand über einen Teil des Rentenfonds, die Wahlchancen von Ron Carey haben sich verbessert, und die Demokratische Partei wird weiterhin aus den Mitgliedsbeiträgen schöpfen, um ihre Wahlkampffonds zu alimentieren. Die Frage nach dem gesellschaftlichen Ort der Gewerkschaften unter den derzeitigen Bedingungen ist in diesem Konflikt nicht beantwortet worden. In welchem Maß können die Gewerkschaften ihre finanziellen Interessen in die Waagschale werfen, wenn es nötig ist, sich einen militanten Anschein zu geben? In welchen Sektoren können sie Erfolg haben oder scheinen sie ihn zu suchen? Welche Möglichkeiten haben die Arbeiter, Aktionsformen zu finden, die nicht dem Einfluß des ganzen Systems, einschließlich der Gewerkschaften, unterliegen?

Dies sind in Wirklichkeit die Fragen, die man sich stellen sollte, auch ohne sie beantworten zu können. Aber es scheint doch, daß die kapitalistische Offensive, die nichts unversucht läßt, um zu einer primitiven Intensivierung der Arbeit zurückzukehren, an einer Grenze angelangt ist, daß die Basis der Arbeiter, die schon auf dem Boden des Abgrundes angekommen ist, keine andere Lösung sieht, als zu kämpfen, um dort herauszukommen. Die Aktionen des vergangenen Jahres bezeugen dies schon. Vielleicht ist der UPS-Streik, auch wenn er sorgfältig von der Gewerkschaft kontrolliert wurde, tatsächlich Ausdruck dieser Strömung, die die Gewerkschaft zu einer Antwort auf ihren Kampfeswillen zwingt. Die Gewerkschaft versucht dann aber, dieses Interesse auszubeuten, d.h. ihre Macht im Innern des Systems neu zu errichten. Vielleicht entwickelt sich eine solche Strömung des Widerstands gegen die Intensivierung der Arbeit nicht weiter, aber hält zumindest in dem Maß durch, wie das US-Kapital diesen Weg weiter beschreiten muß, besonders wegen der möglichen Auswirkungen der Krise in Asien auf die amerikanische Ökonomie. Solche Entwicklungen könnten im Ergebnis die Kämpfe auf eine andere Konfrontationsebene heben.

Im folgenden noch weitere Informationen, die Genossen aus Hamburg zum UPS-Streik und der Situation von UPS-ArbeiterInnen in Europa zusammengestellt haben. Es ergeben sich einige Widersprüche zum Artikel von Henri Simon, die wir in der Kürze der Zeit nicht klären konnten. So schreibt z.B. Henri Simon, es seien keine Zeitarbeiter bei der US-Post eingestellt worden. Associated Press dagegen berichtet am 13.8.97: »Die Post konnte Zeitarbeiter einstellen, indem sie für einige Städte den Ausnahmezustand erklärte. Damit konnte sie das Veto der Postgewerkschaft APWV umgehen, das die Einstellung von ArbeiterInnen zur Beförderung von Sendungen, die durch den Streik hereinkamen, verbot.«

»Start your own revolution and kick out the middle man« (Billy Bragg)

Im Sommer 1997 streikten für zwei Wochen die UPS-Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Streik ist nun seit einiger Zeit zu Ende gegangen. Sowohl in den bürgerlichen wie auch in den linken Medien ist der Streik relativ ausführlich behandelt worden.

Der UPS-Streik: die Teilzeitarbeit, das Jobwunder der USA, rebelliert.

Da wurde bei einer Firma gestreikt, die die Beschäftigten braune Uniformen tragen läßt. Bei einer Firma, die dadurch in der BRD berüchtigt wurde, daß sie nur solche Männer einstellte, die bei der Bundeswehr gewesen sind. Früh morgens sollten die Fahrer zum Appell antreten. Aber noch viel schlimmer war, daß sie die Arbeit rationalisierten, indem sie z.B. als erste die Code-Lesegeräte einführten. Und daß sie die 20-kg-Grenze der Pakete auf 30 kg anhoben. Also, für die Jobber war es früher eine unmögliche Firma...

Wir möchten unseren Blick auf einige Aspekte konzentrieren und Thesen dazu aufstellen:

1. UPS - Arbeitermacht in boomenden bzw. neuen Branchen?
2. Trotz Streik Niederlage für die ArbeiterInnen – Ein Widerspruch?
3. Der Streik als Ablaßventil? »Traditioneller« Streik?
4. Situation in der BRD

1. Neue Branche? Boomende Branche?

Das Besondere an dem UPS-Streik war, daß nicht in einer Branche, die zum Sterben verurteilt ist, gestreikt wurde, sondern in einem boomenden Sektor.

Die Ursachen, warum der Paketdienst bzw. die Kurierfirmen ein boomender Sektor sind, werden wir demnächst gründlicher beleuchten. Es wird auf jeden Fall keine einfache Antwort geben, die die »technische« Veränderung der Arbeit, wie Auslagerung usw. als vom Kapital gewollt bezeichnet. Wir werden uns auch mit dem Mythos »Zeit« beschäftigen, d.h. daß heute alles schnell gehen muß.

Die Umstrukturierung, der ständige Klassenkampf, wie die Flucht aus der Fabrik, hat zu Just-in-time und und zur Monopolisierung des Kapitals geführt.

In den USA beherrscht UPS mit 90 Prozent des Paketdienstes praktisch den Markt. Viele denken, daß UPS keine Kurierfirma sei. Ein Merkmal am Kurierwesen ist, daß dieses für die Produktion (ob Fabrik oder Werbung) schnell Teile bringt. UPS sei ja nur ein modernerer Paketdienst. Dem ist nicht so. Nicht nur »private« Pakete werden versendet, sondern sie sind mit ihrer kompletten Flotte von LKWs und Flugzeugen Teil des Produktionsprozesses. So jammerten einige kleinere Firmen während des Streiks, daß sie ihre Produktion herunterfahren mußten, weil sie keine Teile mehr bekamen.
In Europa hat UPS den Transport sämtlicher Computerteile von Compaq, Del und neuerdings auch Gateway übernohmen. Aus Irland werden täglich die Computer mit UPS-Flugzeugen versandt.

Wie schon beim General Motors-Streik 1994 in Flint kann das auch zum Nachteil des Kapitals werden. Damals bei GM konnte der Streik der Rücklichtfabrik innerhalb von zwei Tagen die gesamte Produktion lahmlegen. Ein Teil der Arbeiterschaft hat es geschafft, daß an sehr vielen anderen Stellen ebenfalls nicht gearbeitet werden konnte (siehe Wildcat-Zirkular Nr.9, November 1994).

In den USA sollen die Verluste durch den Streik Millionen von Dollar betragen haben. Und angeblich wollen die Firmen jetzt mit mehr Paketdiensten arbeiten, damit das Monopol, die Abhängigkeit gebrochen werden soll. Eigentlich war das der Anfang von UPS selbst. Die mächtige US-Post wurde damals damit geschwächt...
Doch der Streik hat UPS nicht geschwächt. Hatte UPS vor dem Streik 28 Millionen Pakete am Tag befördert, so waren es nach dem Streik 30 Millionen.

2. Trotz Streik Niederlage für die ArbeiterInnen

Zum Streik und seiner Vorgeschichte. Warum wurde gerade bei UPS gestreikt? Sind die Verhältnisse dort besonders beschissen, oder sind die Bedingungen für einen Streik dort besonders günstig gewesen? Sind die UPS-ArbeiterInnen besonders prekarisiert?

Bevor wir zu UPS kommen, ein kurzer Ausflug zur Veränderung des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO. Seit Sweeney 1995 Präsident wurde, wird versucht, die Gewerkschaft von oben zu reformieren. Hintergrund ist der Rückgang der Mitgliederzahlen. Waren in den USA in den 50er Jahren ca. 30-35 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, so sind es jetzt etwa 15 Prozent. Studenten ohne Betriebserfahrung werden zu Funktionären ausgebildet. Gleichzeitig gibt es eine Reformbewegung von ML'ern. Die Zeitschrift *Labor Notes* ist vielleicht einigen bekannt. Der »lange Marsch« trägt seine Früchte.

Wer hat gekämpft? Und wofür?
– Teilzeitarbeiter, Vollzeitarbeiter, Packer, Fahrer, Piloten haben gestreikt.
– Frauen und Männer, unabhängig von ihrer Hautfarbe, quer über das ganze Land.
– TeilzeitarbeiterInnen haben für höhere Löhne, Festeinstellung und
– Alle haben für mehr Arbeitssicherheit, weniger Gewicht zu heben, gestreikt.
– Die Gewerkschaft forderte die Kontrolle über die Rentenkasse .

Schauen wir uns das im Detail an.

Teilzeitarbeit
Die Fluktuation der Teilzeitkräfte ist enorm. Manche sprechen von 400 Prozent Austausch im Jahr. Vielleicht hat das auch zur Popularität des Streikes beigetragen, daß viele Jobber aus eigener Erfahrungen die Bedingungen dort kannten. Weniger die Tatsache, daß ca. 60 Prozent der Beschäftigten bei UPS Teilzeitverträge haben, ist bedeutend, sondern daß sie erstens oft soviel Stunden wie Vollzeit arbeiten, und zweitens, daß sie dafür weniger Stundenlohn als die Vollzeitkräfte bekommen.
In den USA wird zwischen Arbeitern und Kapital ausgehandelt, wer die Kosten für die Krankenkasse übernimmt. Die Teilzeitkräfte bei UPS bekommen nur 10% bezahlt. So war es kein Wunder, daß Tausende von ihnen die Streikposten bildeten.

Auffallend nicht nur an diesem Streik ist es, daß an der Erneuerung der Gewerkschaft auch die MigrantInnen aus Lateinamerika beteiligt sind. Bei UPS arbeiten sehr viele von ihnen als Teilzeitkräfte. Wie hoch ihr Anteil ist, hängt damit zusammen, in welcher Region die Filiale steht. »Die« ImmigrantInnen haben diesen Streik nicht dominiert.

Die PackerInnen sind diejenigen, die am wenigsten verdienen und die beschissensten Bedingungen haben. Sie verdienen in den USA zwischen 8 und

14 Dollar. Das Ergebnis der Verhandlung dürfte für sie sehr ernüchternd sein: 10.000 neue Stellen in den nächsten fünf Jahren, bei 125.000 TeilzeitarbeiterInnen ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. (Seit 1993 wurden ohne Gewerkschaft 8.000 von 46.000 Neuen festeingestellt.) Der Kampf in den USA um die Übernahme der Teilzeitkräfte konzentrierte sich auf die FahrerInnen und nicht auf die PackerInnen.

Der Lohnabstand von bisher ca. 11 Dollar pro Stunde zu 20 Dollar bleibt bestehen. Die Löhne sollen in den nächsten fünf Jahren für die Teilzeit-PackerInnen auf 14 bis 15 Dollar steigen.

Arbeitsbedingungen
Gegen UPS laufen in den USA viele Klagen wegen Arbeitsunfällen. Die Paketgewichte, die alleine gehoben werden müssen, sind enorm und waren ein Streitpunkt. Die Höchstgewichtsgrenze der Pakete sollte aufgehoben werden. Das konnte UPS nicht durchsetzen.

Subunternehmer
Immer wieder wurde angedroht, Subunternehmer zu beschäftigen. Soweit uns bekannt ist, werden in den USA in Spitzenzeiten (Weihnachten) Subunternehmer beschäftigt, die zusätzlich für UPS fahren.

Rente
In den USA kann sowohl die Gewerkschaft als auch der Betrieb den Rentenfonds verwalten. In der hiesigen Presse wurde die Kontrolle des Rentenfonds in den Händen der Teamsters als Erfolg gewertet. Vergleichen wir das Angebot von UPS mit den Forderungen der Teamsters, stellen wir fest, daß es bezüglich der Höhe der Rente keinen nennenswerten Unterschied gibt! Die Höhe der Rente ist unabhängig von dem, der die Macht über den Fonds hat. Für die ArbeiterInnen ist das also unwichtig. Trotzdem hat der hohe Organisierungsgrad bei UPS etwas mit diesem Rentenfonds zu tun. Viele denken, daß sie beschissen würden, wenn sie nicht Mitglied wären.

3. Der Streik als Ablaßventil? »Traditioneller« Streik?

Die Schattenseiten sind aus unserer Sicht folgende gewesen:
– Wenige ArbeiterInnen aus anderen Sektoren waren bei den Streikposten; noch weniger gab es Solidaritätsstreiks.
– Die Konkurrenzunternehmen, also die US-Post oder Privatfirmen, wurden nicht nur nicht bestreikt, sondern dort sie stellten kurzfristig Leute für die Bewältigung der Arbeit an. Und das in einem Streik, der offiziell vom Dach-

verband der Gewerkschaften AFL-CIO »unterstützt« wurde. (Uns erinnert das an die »Unterstützung« der Liverpooler Hafenarbeiter durch die ÖTV, bei der die Unterstützung nur auf dem Papier stand, praktisch aber gar nichts organisiert wurde).
– »Verbesserungen« auf fünf Jahre verteilt, das bedeutet im allgemeinen Friedenspflicht.
– Die Gewerkschaft behielt die Kontrolle über den Streik. Sie verteilte die Parolen, bestimmte die Orte und die Zeiten. Von ArbeiterInnenseite war da nicht viel zu sehen.
– Trotz der Korruptionsskandale gegen den Boss der Teamsters hat die Gewerkschaft an Popularität gewonnen. War das nicht vielleicht überhaupt das Ziel der Teamsters?
Ob die ArbeiterInnen das nach diesem beschissenen Ergebnis auch so sehen, möchten wir bezweifeln, beziehungsweise: wir würden gerne mehr darüber erfahren.
Uns fällt auf, wie ähnlich dieser Streik den bundesdeutschen Streiks gewesen ist.

Teamsters
In vergangenen Zeiten sind öfters die Spekulationen und Untreue der Verwaltung der Gelder (Rentenfonds) durch die Gewerkschaft an die Öffentlichkeit gekommen. Die Teamsters unter der Führung von Hoffa Senior waren berüchtigt für ihre Spekulationen und die ZUSAmmenarbeit mit der Mafia. Ron Carey, der Gewerkschaftspräsident, wird von den linken Gewerkschaftlern unterstützt und kommt von UPS. David Bacon, Ex-UPS-Arbeiter und Journalist in Berkeley: *»Er hat ein Verfahren am Hals, in dem es um illegale Gelder für seine Wahl geht. Geld war von Leuten in seine Kampagne geflossen, die sie nicht legal unterstützen durften, weil sie keine Teamster-Mitglieder sind. Aufgrund dieser Anschuldigungen wurde die Wahl nun aufgehoben. Die Wahl muß komplett wiederholt werden. (...) In seinem Wahlkampf vor einem Jahr ging es dann aber mehr um Professionalität, Verwaltung und Fund-raising, also Geldgeber finden, weniger um die Basis und ihre Bedürfnisse. Der Graswurzel-Aspekt wurde leider vernachlässigt. Carey war sehr abhängig von seinen Beratern. Und schließlich waren es all diese Berater und Geldbeschaffer, die die Hauptverantwortlichen dafür waren, daß illegales Geld in die Wahlkampfkasse floß. Es war also ein Problem, das hauptsächlich dadurch entstand, daß man sich von der Basis entfernte, die hinter Carey stand und ihn eigentlich wählte.«*

Warum hat das kapitalistische Kommando es nicht gewagt, den Streik vorzeitig zu beenden? Wegen der Popularität? Oder war dieser Streik ein

Ventil für aufgestauten Haß und funktional für die Gewerkschaft und das Kapital? Und warum hat die Clinton-Administration nicht gegen den Streik eingegriffen? Will sie die Gewerkschaft stärken? Oder ist es nicht sogar so, daß die Gewerkschaften sogar den Wahlkampf von Clinton finanziert haben? Die Gewerkschaft ist Kontrolleur der militanten Arbeiter. Sie haben den Streik angefangen, haben in gediegener Atmosphäre verhandelt, und den Streik wieder beendet.

Was der Streik im Alltag gebracht hat, d.h. inwieweit das Selbstbewußtsein der ArbeiterInnen gewachsen ist oder sich Resignation breitmacht, wäre interessant zu erfahren. Eigentlich ist es das Beurteilungskriterium schlechthin.

UPS weltweit

Teamsters reisten durch Europa. Die ITF solidarisierte sich mit dem Streik. Eine der wenigen guten Ausnahmen war der Streik der belgischen KollegInnen von UPS. Außer in Belgien ist nichts Bedeutendes geschehen.

Am Köln/Bonner Flughafen wurde ein Flugblatt verteilt, in dem u.a. die Mißstände auch in Europa kurz benannt wurden:

– In Frankreich entließ UPS nach Übernahme des äußerst rentablen französischen Paketlieferdienstes Prost 500 französische Beschäftigte.

– In Italien, Deutschland, Spanien, Belgien und in den Niederlanden wandelt UPS Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze um.

– In Großbritannien stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei UPS in nur wenigen Jahren von 6 auf 30 Prozent.

- In ganz Europa verfügte UPS die Schließung seiner gewerkschaftlich organisierten Telefonzentralen für die Kundenbetreuung, um anschließend, subventioniert seitens der Kommission der Europäischen Union und der irischen Regierung, ein nicht gewerkschaftlich organsiertes Megazentrum in Dublin zu eröffnen.

– In Italien wurde UPS vor kurzem gerichtlich wegen seiner gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen gerügt.

4. In der BRD

ist UPS im Bereich des Paketdienstes gemeinsam mit DPD die zweitgrößte Firma (ca. 160-200 Millionen Pakete im Jahr). Die Post ist die absolut größte (ca. 700 Millionen). An vierter Stelle kommt German Parcel (60 Millionen.) UPS agiert vor allem in Süddeutschland.

In der BRD sind es 16.000 Beschäftigte. Davon sind 8.000 in der Gewerkschaft organisiert. Allein in Köln arbeiten ca 1.000. In Hamburg sind es

bloß 400, obwohl es mit ca. 5.000 Kurieren insgesamt die Stadt mit den meisten Kurieren in der BRD sein soll.

Die Zeiten des militärischen Drills sind vorbei. Fahrer müssen nicht bei der Bundeswehr gewesen sein.

Die Fluktuation ist allerdings bei den Teilzeitkräften immer noch hoch. Es sind etwa 25 Prozent. Bei den Fahrern sieht das etwas anders aus. Da sind einige bereits seit 15 Jahren dabei.

Die Teilzeitkräfte bei UPS bekommen in der BRD ebenfalls weniger Lohn als die Vollzeitkräfte. Der Lohn für die PackerInnen fängt bei 17 DM in der dreimonatigen Probezeit an und endet bei 19 DM und etwas. Die TeilzeIT-FahrerInnen, die hier Drei-Stunden-Schichten haben, verdienen ca. 22 DM, während die VollzeitfahrerInnen ca. 26 DM verdienen. Begründet wird das mit der höheren Verbundenheit mit der Firma. Daß sowohl bei der Auslieferung morgens als auch bei der Abholung nachmittags Werbung betrieben wird. Ein schwaches Argument. Teilzeitkräfte sind in der BRD allerdings sowohl sozial-, kranken- als auch rentenversichert. In den USA bekommen selbst die Vollzeitbeschäftigten nur 10 Prozent Krankengeld. Ein anderer Konfliktpunkt war, daß die Teilzeitkräfte in Wirklichkeit genausoviel arbeiten wie die Vollzeitkräfte. Das ist in der BRD anders.

Veränderungen in den letzten Jahren

1995 wurden aus drei Telefonzentralen eine in Neuss. Seitdem gibt es die 0130 Nummer. Dort arbeiten ungefähr 2-300 Telefonistinnen. [Wenn man die 0130-Nummer wählt, meldet sich die Zentrale in Dublin auf deutsch. Anm. der Setzerin] In Berlin und Ostdeutschland hat UPS weite Teile an Subunternehmer ausgelagert. In Köln werden neuerdings Dreiräder für die Innenstadt eingesetzt.

Rolle der Gewerkschaft

Die Betriebsräte bei UPS sind oft noch schlechter als die ÖTV. Es gibt Ausnahmen wie den BR in Köln/Bonn, der sofort Ärger bekam wegen der Flugblätter am Bonn/Kölner Flughafen.

Auf der Suche nach Infos in Hamburg

Offiziell wurde der Streik von der ITF (Internationalen Transportarbeitergewerkschaft) unterstützt. Das ITF-Büro in Hamburg ist nur für die Seefahrt zuständig. Der ÖTV-Sekretär wiederum ist Sekretär für öffentlichen Transport und Verkehr. Wollte nichts sagen oder wußte wirklich nichts. Ein anderer am Flughafen ist nur für DHL und FedEx, zwei andere international tätige

Kurierdienste, zuständig. Und eigentlich gehört das zum Ressort der Postge werkschaft...

Wir haben Kollegen von UPS auf der Straße, bei der Arbeit, getroffen und befragt. Sie befürworteten den Streik in den USA und sagten von sich, daß es hier die gleichen Probleme gäbe. Und daß es in Hamburg leider keinen Betriebsrat gäbe...

Kampfbedingungen

Im Transport- und Kurierwesen sind die unterschiedlichsten Arbeitsbedingungen zu finden. Subunternehmertum, Scheinselbständige usw. prägen das Bild. Die Post z.B. verändert ständig die Bedingungen bis hin zu Beschäftigungen für 11 DM brutto für Briefträger über Sklavenhändler. Wo für die ArbeiterInnen die »besten« Kampf- und Arbeitsbedingungen herrschen, ist die Frage. Ob es einen Betriebrat gibt oder nicht, sagt nichts über die Kampfkraft und Arbeitermacht aus. Bei UPS herrschen gegenüber anderen Betrieben vergleichsweise gute Bedingungen. Umgekehrt kann bei der Post nicht gerade von tollen Bedingungen gesprochen werden, »obwohl« es die Gewerkschaft gibt.

Das ist nun auch wieder unsere Schwäche. Wie in den USA bekommen wir hier keine entscheidenden Aktivitäten ohne die Gewerkschaft hin. Zu sehr schauen wir noch auf die Aktivitäten von ihnen. Wir warten darauf, daß sie was tun, damit wir sie kritisieren können. Tun sie nichts, können wir sie nicht kritisieren und die Aktivitäten radikalisieren, hinterfragen usw.

ZWEIUNDVIERZIG UND GRUPPE, Hamburg, November 1997

Globalisierung und Reformismus – Einstieg in eine überfällige Debatte

Die meisten Angriffe auf Lebens- und Arbeitsbedingungen sind in den letzten Jahren mit der »Standort-Problematik« und »Globalisierung« begründet worden. Es gibt eine regelrechte Schwemme von neuen Büchern, die vor einem »entfesselten Markt« oder dem »Terror der Ökonomie« warnen und dagegen das »Primat der Politik« einfordern. Es gibt kaum ein linkes Treffen, auf dem nicht über »Globalisierung« und »Neoliberalismus« als den größten Übeln der Menschheit geredet wird. Die Aufrufe der EZLN zur Bildung einer neuen Internationale stehen unter dem Motto »Gegen den Neoliberalismus« und prangern die »Globalisierung« an. (Vgl. R. Greeman: »Gefährliche Abkürzungen« in diesem Heft.)

Mit den jeweiligen Auffassungen von »Neoliberalismus« und »Globalisierung« werden dabei bestimmte politische Konzeptionen und praktische Vorschläge begründet. Daher haben wir zwei längere Texte aus der radikalen Linken intensiv diskutiert, die letztlich mit der »Globalisierung« begründen, daß wir heutzutage nur noch reformistische Politik machen können. Ohne es zu wollen, liegen sie damit voll im Trend, der sich in dem verbreiteten Ruf nach einem »Primat der Politik«, d.h. einem stärkeren regulierenden Eingreifen des Staates ausdrückt.

Wir gehen im folgenden auf manche Argumente sehr ausführlich ein, weil sie uns zur Zeit überall begegnen. Nachdem wir uns lange mit den theoretischen Aussagen der Texte beschäftigt haben, ist uns allerdings nicht mehr ganz klar, ob wir mit unserer Kritik den Nagel auf den Kopf treffen. Vielleicht wäre es genauso wichtig oder wichtiger, sich mit dem zu beschäftigen, was die Texte nicht sagen, weil die SchreiberInnen es für selbstverständlich halten (z.B. Annahmen über das, was »Kapital« ist, worin die Rolle revolutionärer Organisierung besteht, oder was revolutionäre Theorie leisten kann und muß).

Revolutionäre Theorie ...

Gerade beim Thema »Globalisierung« gibt es so etwas wie aktuelle Gedankenformen; d.h. Denkmuster, Auffassungen, die fast alle nachbeten –

obwohl bei genauerem Hinsehen oft nicht klar ist, ob alle auch das gleiche meinen (Was ist z.B. Globalisierung? Auf welchen Ebenen findet sie statt? Ist das was Neues, oder gab es das schon immer?) Aber diese Auffassungen entstehen nicht zufällig und sind auch nicht nur der Dummheit oder Gemeinheit der Autoren geschuldet. Sie werden vom kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß selbst tagtäglich erzeugt – und so finden wir sie auch in der Linken (und bei uns selbst) wieder. Das hört sich erstmal bombastischer an als es ist: Leute werden unter Druck gesetzt, ihre Arbeitsplätze fallen weg, sie sollen mehr arbeiten usw. – und lesen dann einen Zeitungsartikel, der ihnen das alles erklärt: Globalisierung, Niedriglöhne, verschärfte Konkurrenz, Weltmarkt. Klingt doch erstmal alles logisch, oder? Letztlich sind das aber alles Auffassungen, die dich in deiner Rolle als Opfer von irgendwelchen großmächtigen Vorgängen festschreiben.

Alle (revolutionäre) Theorie wäre überflüssig, wenn die tatsächlichen, wesentlichen Zusammenhänge unmittelbar sichtbar wären. Das sind sie nur in Ausnahmesituationen, zum Beispiel in Zeiten zugespitzter Kämpfe und revolutionärer Kollektivität. Dann kann der Schein des Gegebenen tatsächlich schlagartig verschwinden, weil viele Menschen gleichzeitig erleben, daß und wie sie Geschichte und ihre eigene Gesellschaft selber produzieren. Im kapitalistischen Alltagsleben erscheint es dagegen als eine geradezu groteske und metaphysische Vorstellung, daß die Menschen ihre Gesellschaft produzieren oder die Arbeiterklasse den Gang der Entwicklung bestimmt.

Theorie (kritische, revolutionäre) ist also immer schon Kritik, an uns selbst und an anderen, an den uns spontan in den Kopf schießenden Vorstellungen, die so unweigerlich und falsch dort entstehen, wie sich Urin in der Blase sammelt. Daher brauchen wir für revolutionäres Handeln eine theoretische Kritik dieser Alltagsvorstellungen. Die Fähigkeit zur Selbstreflexion, zur Distanzierung von sich selbst, dem Alltagsleben und -denken, ist eben die Bedingung, sich auch gegen die Umstände und Alltagsformen entscheiden zu können. In ihr löst sich der Widerspruch zwischen Materialismus (»das Sein bestimmt das Bewußtsein«) und revolutionärer Haltung (»wir greifen in die Geschichte ein«).

Deshalb haben wir die Texte von FelS (Berlin) und dem Blauen Montag (Hamburg) sehr ernst genommen; ernst, in dem Sinne, daß erstmal alles für sie spricht, weil sie dem entsprechen, was wir täglich erfahren, und daß es keineswegs leicht ist, über sie heute hinauszukommen, weil sich schwerwiegende Fragen dahinter verbergen, zu denen wir die Antworten nicht mal eben aus dem Ärmel schütteln können.

... entwickelt sich aus der Kritik des Vorgefundenen ...

Der Ausgangspunkt revolutionärer Theorie kann nicht sein: »erstmal erarbeiten wir uns eine Theorie, und dann wenden wir sie an«. Revolutionäre Theorie ist selbst nichts anderes als der Prozeß der Kritik, der Zerstörung der vorgefundenen Denkformen. Wenn bestimmte Denkmuster - z.B. zu Globalisierung, Staat, Kapital, Markt - immer wieder auftauchen, dann ist die Kritik an ihnen zentral für die Entwicklung von revolutionärer Theorie.

Revolutionärer Theorie geht es daher um etwas ganz anderes als etablierter Wissenschaft. Letztere will Menschen, Firmen oder dem Staat helfen, in der existierenden Gesellschaft zurechtzukommen; sie ist nützlich für die Zwecke, die sich innerhalb dieser Gesellschaft verfolgen lassen (dazu könnte auch die Frage gehören, wie eine Gruppe namens FelS oder Blauer Montag sich »erfolgreich« am politischen Geschäft beteiligen kann).

... und stellt die Frage, wie sich die Menschen selbst befreien können.

Und in diesem Sinne haben wir den Eindruck, daß unsere Kritik an den Texten teilweise vorbeigeht. Die Auseinandersetzung mit ihren theoretischen Argumenten ist wichtig, weil sie uns in der einen oder anderen Form immer wieder begegnen. Unklar bleibt allerdings, welchen Stellenwert diese Argumente für die politische Praxis der angesprochenen Gruppen haben. Sind sie tatsächlich der Ausgangspunkt für ihre Vorschläge und Versuche, oder dienen sie nur als theoretische Legitimation für eine bestimmte Art von Politik, bei der die eigene Gruppe und politische Organisierung im Mittelpunkt steht? Im Unterschied dazu messen wir revolutionäre Theorie daran, inwieweit sie den Schein der Entfremdung und Verdinglichung der Verhältnisse durchbricht und damit die Klasse als das potentielle Subjekt ihrer eigenen Geschichte freilegt.

FelS kann durchaus ein bißchen Analyse hinlegen (die sich an der Trendtheorie von Hirsch orientiert). Dies dient aber nur dazu, die eigene Organisierung als einzige Möglichkeit zu präsentieren, das Rad noch herumreißen zu können. Ähnlich sieht der Blaue Montag in dem Appell an einen Teil der Klasse, stellvertretend für einen anderen zu handeln, die einzige Möglichkeit zur Aufhebung einer Spaltung, die aus sich heraus stabil und unüberwindbar bleibt. Eine Theorie, die es nicht schafft, die Menschen aus ihrer Rolle als passive Opfer der Geschichte, der Globalisierung, des Kapitals oder anderer mystischer Mächte herauszuheben, paßt daher zu politischen und organisatorischen Konzepten, die den Verlauf der

Geschichte von ihrem eigenen Eingreifen und der Einflußnahme auf den Staat abhängig machen.

In der Auseinandersetzung mit den beiden Texten ist uns klar geworden, wie wichtig die Kritik des gegenwärtig weit verbreiteten Reformismus ist – und daß wir dafür unsere Begrifflichkeit schärfen und eine ganze Reihe von Untersuchungen selber durchführen müssen – zum Beispiel über die »Globalisierung«. Ebensowichtig ist es, den Begriff der »Klasse« in neuer Weise zu fassen. Holloway und Bonefeld haben mit ihren Texten wichtige Anstöße dazu geleistet, die aber an entscheidenden Punkten zu kurz greifen oder in eine idealistische Überhöhung der »Subjektivität« umschlagen. (Vgl. unseren Offenen Brief an John Holloway in Zirkular Nr. 39.) In den beiden folgenden Kritikpapieren zu FelS und Blauem Montag können wir daher keine fertigen Antworten auf alle auftauchenden Fragen anbieten. Aber wir wollen vor dem leichtfertigen Gebrauch der gängigen Bilder und modischen Theorien warnen, um Ansatzpunkte für revolutionäre Theorie freizulegen.

Vom Klassenkampf zur »sozialen Frage«

Kritik am einleitenden Artikel der Arranca Nr. 10 mit den Schwerpunkten Neoliberalismus, Globalisierung und Sozialabbau

Die Zeitschrift *Arranca* hat im September 1996 einen längeren Artikel der Gruppe *FelS* veröffentlicht, in dem diese ausgehend von einer Analyse der Weltlage Konsequenzen für politische Initiativen zieht.[1] Die Gruppe hält gegen alle Anfeindungen von Autonomen und Antideutschen an einer revolutionären Organisierung fest, die sich am Bedürfnis der breiten Massen nach einem besseren Leben orientiert. Der Artikel in *Arranca* stellt damit einen der wenigen Versuche innerhalb der radikalen Linken dar, sich auf die sozialen Umwälzungen zu beziehen. Deshalb wurde er von vielen Leuten diskutiert, die sich aus den Prozessen, die gemeinhin als »Sozialabbau« bezeichnet werden, nicht einfach heraushalten wollen und von der Nabelschau der »Krise der Linken« die Schnauze voll haben.

Beim Versuch, die Veränderungen in der Welt zu verstehen, stoßen viele auf die Texte von Joachim Hirsch, der mit dem »nationalen Wettbewerbsstaat«[2] einen Begriff geprägt hat, der überall in der linksradikalen Diskussion und auch in *Arranca* auftaucht. Hirsch tritt am Ende seiner Analyse für eine

[1] Die Gruppe *FelS (Für eine linke Strömung)*, Herausgeber der *Arranca*, entstand Anfang der 90er Jahre in Berlin aus einer Kritik an der Politik der Autonomen als neues Organisationsprojekt. Theoretische Auseinandersetzung mit linken Organisationskonzepten und Theorien auf der einen Seite und Orientierung an »sozialen Kämpfen« und die Zusammenarbeit mit Antifaşist Gençlik, einer damals wichtigen Organisation von jungen Leuten der zweiten Generation von ImmigrantInnen aus der Türkei, auf der anderen Seite zeichnen die Gruppe aus als selten gewordenen Versuch, theoretische Diskussionen mit radikaler Praxis zu verbinden. Sie haben in den letzten Jahren immer wieder neue Organisationsbemühungen und Kampagnen unternommen, die sie in der Folge kritisiert und revidiert haben. Nach dem Scheitern eines eigenen Organisationsprojekts war die Gruppe eine Zeitlang Mitglied der AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation). Die Mitarbeit im »Berliner Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung« und die Unterstützung von Kämpfen von Immigranten und Flüchtlingen, u.a. durch einen Stadtteilladen in Berlin-Friedrichshain, waren ihre letzten praktischen Projekte. Der Artikel, den wir im folgenden kritisieren wollen, ist die Ausarbeitung eines Arbeitsgruppenpapiers auf dem EZLN-Kongreß im Juni 1996 in Berlin.

[2] Joachim Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin 1995. Siehe hierzu auch die Kritik von Werner Bonefeld in Wildcat-Zirkular Nr. 39.

bessere, demokratischere Regulierung der Globalisierung ein; eine revolutionäre Umwälzung lehnt er als unrealistisch ab. Und das ist auch die Haltung der meisten autonomen Gruppen, die versuchen, etwas zur »sozialen Frage« zu sagen. Warum ist der Bezug auf die »Gesellschaft« mit einem Verlust der eigenen Radikalität verbunden? Warum verliert die negative Kritik an Kraft? Es geht gerade heute darum, die gängigen Begriffe und Konzepte zu überprüfen, zu kritisieren und gegen ihre Erfinder zu kehren, um wirklich radikale Theorie zu denken, die auch Möglichkeiten aufzeigt, die über die jetzigen Sackgassen hinausweisen.

Der Text von *FelS* geht beim flüchtigen Lesen runter wie nix, alle gängigen Schlagwörter fallen – und werden nirgends hinterfragt (Was *ist* eigentlich »Globalisierung«?). Mit dem Fortgang der Argumentation verengt der Text allerdings den für eine radikale Praxis übrigbleibenden Handlungsspielraum. Im Vorwort zu Heft 10 begründet *FelS* nochmal, warum die »soziale Frage« von Beginn an eine zentrale Rolle in ihrer politischen Aktivität gespielt habe. Ihnen gehe es um eine aktive Beteiligung am Aufbau eines *»sozialen Widerstandes hier in Deutschland«*. Und weiter unten: *»Welche Auswirkungen wird die neue Arbeitsorganisation auf die Subjekte und ihre Kommunikation untereinander (z.B. Solidarität) haben?«*. Dies liest sich zunächst wie ein anspruchsvoller Untersuchungsansatz: Perspektiven des sozialen Widerstands aus den Widersprüchlichkeiten der sich verändernden Arbeitsorganisation zu entwickeln. Wir werden sehen, inwieweit *FelS* diesen Anspruch einlösen kann. Aber die Achse unserer Kritik sei hier schon mal skizziert: Gerade weil sie es nicht schaffen, weder in den historischen Teilen (»Fordismus/-Keynesianismus«), noch in ihrer Analyse der aktuellen Situation (»Neoliberalismus/Globalisierung«), an diesen im Vorwort aufgeworfenen Fragen festzuhalten, können sie den Klassencharakter dieser Gesellschaft nur mit dem aus der bürgerlichen Diskussion übernommenen und dementsprechend entmündigenden Begriff der *»sozialen Frage«* benennen. *FelS* macht sich am Schluß zum Sachverwalter der Armen und Ausgegrenzten, denen zuvor die Möglichkeit zu gemeinsamem Handeln abgesprochen wurde[3]. Die Lücke zum »handlungsfähigen Subjekt« wird von *FelS* mit taktischen Forderungen geschlossen, die *»einerseits mobilisieren, andererseits aber auch radikal aufzeigen, wo wir hinwollen (...)«*[4]. Hier scheint eine gewisse Nähe zu leninistischen Organisationskonzepten und der traditionellen Vorstellung von »Übergangsforderungen« durch. Im Text selber bleibt unklar, ob die

[3] *Arranca* 10, S. 7.

[4] *Arranca* 10, S. 10.

theoretischen Schwächen auf dieser praktischen Orientierung beruhen, oder die schlechte Praxis aus schlechter Theorie folgt.

Wie stellt FelS sich und uns die Welt vor?
Zusammenfassung ihrer zentralen Argumente

Der *Arranca*-Artikel stellt uns die Welt so dar, wie sie uns tagtäglich während der Tagesschau, durch unseren Sozialkundelehrer und auch verschiedene linke Theorien in den Kopf geknallt wird. Theoretisch bezieht sich *FelS* dabei immer wieder auf die Regulationstheorie, den heute tonangebenden Ansatz linker Politikwissenschaft[5]: Die Regulationisten hatten sich in den 70er Jahren dem Problem gestellt, daß die »marxistischen Theorien« zwar in den weltweiten Kämpfen der ArbeiterInnen in den 60/70er Jahren die Ursache der kapitalistischen Krise erkennen konnten, dieser Zusammenhang zwischen kapitalistischer Entwicklung und Klassenkampf aber mit dem Andauern dieser Krise – und dem gleichzeitigen Abflauen der ArbeiterInnenkämpfe – zunehmend schwerer zu erkennen war. Sie suchten nach Erklärungen für die Erschöpfung des Profitabilitätszuwachses und untersuchten die Veränderungen des Verwertungsprozesses. In der Folge verlegten sie ihre Analyse auf die Gesamtheit der »ökonomisch-staatlichen Institutionen«, was letztlich dazu führte, die *»Entwicklungen von der Seite des Kapitals als Zentrum und Motor der gesellschaftlichen Gesamtbewegung«* zu betrachten.[6] Diese Sichtweise hat *FelS* übernommen: Die Entwicklung der Gesellschaft erscheint als Folge von politischen Maßnahmen der herrschenden Klasse, und die Bevölkerung taucht nur dann auf, wenn sie sich gegen Verschlechterungen wehrt. Der Markt ist der Macher, er diktiert die Lebensbedingungen, der Staat greift regulierend ein.

FelS zufolge hat er dies Anfang der 30er Jahre erstmals getan, seit der historischen Wende durch den US-amerikanischen New Deal und den europäischen Faschismus.[7] Folglich müßte davor der »freie Markt« gewirkt haben: *»Kern der neuen Politik war, daß der Markt sich nicht selbst*

[5] Genauer gesagt fallen sie bei ihrer Analyse noch hinter die Regulationsschule zurück, da bei ihnen das handelnde Subjekt der Staat ist mit seinen Regulierungsversuchen, während die Regulationsschule von einem sich selbst regulierenden System von verschiedenen Akteuren ausgeht.

[6] Siehe dazu den Aufsatz von Ferruccio Gambino: *Kritik am Begriff des Fordismus, wie ihn die Regulationsschule benutzt*, in: Wildcat-Zirkular Nr. 28/29.

[7] *Arranca* 10, S. 5.

überlassen bleibt, sondern der Staat direkter als bisher interveniert«.[8] Auch wenn sich *FelS* nicht ganz sicher ist (»direkter«), liegt hier der Kern ihrer Argumentation. Der keynesianisch regulierte Kapitalismus sei Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre in die Krise gekommen: durch die Verweigerung der Menschen, durch die Beseitigung von Arbeitsplätzen mittels neuer Technologien und die Automatisierungswelle.[9] Ende der 70er Jahre setzte dann laut *FelS* in den USA und Großbritannien die neokonservative bzw. neoliberale Wende ein.

Der Text faßt den Neoliberalismus als Kampfprojekt mit dem Ziel der gesellschaftlichen Umverteilung auf Kosten der Unterschichten. Mit dieser Entwicklung seien dem Reformismus die Grundlagen entzogen. Ihre politische These ist, daß der Neoliberalismus nur durch soziale Bewegungen weltweit unter Druck gesetzt werden kann, daß es aber nirgendwo (gemeint ist: in der BRD) Andeutungen für die Herausbildung eines gesellschaftlichen Subjekts, noch eines dementsprechenden politischen Projekts gebe. Ihre Schlußfolgerung ist in Anlehnung an Hirschs Thesen zum »nationalen Wettbewerbsstaat« ein Plädoyer für einen radikalen Reformismus, worunter sie verstehen, mit leicht vermittelbaren Forderungen für eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Unterschichten zu kämpfen. Eine solche Politik sei im Zeitalter der Globalisierung zwangsläufig antikapitalistisch.

Der Verfasser stützt seine Vorschläge im wesentlichen auf drei Argumente:

1) Das Zeitalter des **Keynesianismus/Fordismus**, das zwar kein Paradies für die ArbeiterInnen oder »Unproduktiven« gewesen sei, aber ihnen immerhin das »Existenzrecht« garantiert habe, sei durch eine Politik des Neoliberalismus abgelöst worden. Der grundlegende Unterschied zwischen Neoliberalismus und Keynesianismus bestehe darin, daß die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik sich jetzt darauf reduziere, dem Kapital gute Verwertungsbedingungen zu verschaffen, während sie gegenüber den ArbeiterInnen nichts mehr zu verschenken habe, keine »reformistischen Spielräume« besitze. Auch in der BRD sei der Sozialpakt aufgekündigt worden, der lange Zeit den Aufstieg zum europäischen Führungsstaat flankiert habe.

2) Die **Globalisierung** der Ökonomie führe nicht zum Entstehen einer globalen Gesellschaft. Denn die auf dem Weltmarkt konkurrierenden Kapitale bräuchten eine ungleiche Entwicklung der Nationalstaaten, um gegenüber

[8] Ebd.

[9] *Arranca* 10, S. 5.

den Konkurrenten Extragewinne einfahren zu können. Aufgabe der Nationalstaaten sei es, diese Unterschiede und die Spaltungen zu organisieren; dabei setzten manche auf Billiglohnvorteil, andere auf den Vorteil des technologischen Fortschritts und des »sozialen Kompromisses«. Während der Kapitalismus bisher immer vereinheitlichend gewirkt und zur Herausbildung eines kollektiven Subjekts geführt habe, treibe er nun eine nie dagewesene **Segmentierung** und Vereinzelung voran.

3) Nach dem Niedergang der sozialistischen Staaten haben sich sowohl der sozialdemokratische Keynesianismus als auch die realsozialistischen Staaten im Bewußtsein der Massen als unterlegen erwiesen. Das Fehlen einheitlicher Lebensbedingungen führe zu Entsolidarisierung. Stattfindende Kämpfe wie der Generalstreik in Frankreich oder Massendemos in Italien für die Frühverrentung gehen von den noch garantierten Arbeiterschichten aus und führen nicht zur Herausbildung eines Gesamtprojekts; Jugendliche in den Vorstädten haben allein die Möglichkeit des Riot, der von der Repression erdrückt werde; illegale Migranten haben keine Möglichkeiten der Organisierung.

Unsere Kritik wollen wir entlang der folgenden Thesen entwickeln:

1. Keynesianismus und Fordismus
Auch der keynesianische Nationalstaat hatte keine andere Funktion, als möglichst gute Verwertungsbedingungen für das Kapital sicherzustellen. Der Artikel macht einen falschen Gegensatz zwischen »Markt« und »Staat« auf, die nur zwei komplementäre Seiten der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft sind. Der Kapitalismus hat zu keiner Zeit als »Marktwirtschaft« funktioniert.

2. Neoliberalismus und Segmentierung
Globalisierung ist die kapitalistische Reaktion auf die Klassenkämpfe im Keynesianismus. Es geht dabei nicht um einen Kampf zwischen »Nationalstaaten« und »weltweitem Kapital«, sondern um eine Konkurrenz zwischen verschiedenen kapitalistischen Strategien (»rheinisches« gegen »angelsächsisches« gegen staatskapitalistisches Modell) gegenüber den ArbeiterInnen. Die »Segmentierung« ist kein Kennzeichen des Neoliberalismus, sondern begann schon in den 20er Jahren mit der Durchsetzung der fordistischen Ausbeutungsmethoden und der Einbindung der Gewerkschaften.

3. Politische Vorschläge und Reformismus
Die Etikettierung der veränderten Organisation der Ausbeutung als »Neoliberalismus« ist schon Teil einer reformistischen Strategie, die um eine Mitwirkung in der Politik kämpft. Die Formulierung einer »sozialen Frage« kann nur zu wohlfahrtsstaatlichen Modellen führen, statt an den wirklichen Klassenkämpfen anzusetzen.

Zu 1.: **Fordismus und Keynesianismus**

Das Papier beginnt mit einem »Rückblick« auf den Keynesianismus, der als direktere Intervention des Staates in den Markt beschrieben wird. Dieser »Richtungswechsel« in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird mit »drei sehr verschiedenen Ursachen« erklärt:

»a) war er ein Eingeständnis, daß die Marxsche Theorie der zyklischen Krisen im Kapitalismus richtig war, denn nach der Weltwirtschaftskrise 1929/30 drängte auch das Kapital darauf, mit direkten staatlichen Eingriffen Zusammenbrüche des Marktes wie nach dem schwarzen Freitag (Kollaps der US-Börsen) zu verhindern;

b) war er eine Folge der neuen, auf dem Fließband beruhenden (›fordistischen‹) Produktionsweise: Die Massenherstellung von Autos, Kühlschränken etc. mußte auch verkauft werden, was wiederum nur möglich war, wenn die Arbeiterlöhne deutlich stiegen;

c) war er ein Zugeständnis an die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung und die Drohung eines Umsturzes: Durch den Pakt mit den Gewerkschaften erkaufte sich das Kapital eine lang andauernde innenpolitische Stabilität.«[10]

In den 70er Jahren sei der Keynesianismus durch das zunehmende Verweigerungsverhalten gegenüber dem Lebens-, Arbeits- und Konsummodell der Massengesellschaft in die Krise gekommen. Als Antwort darauf habe es zunächst in Großbritannien und den USA eine neokonservative/-liberale Wende gegeben, die in der BRD wegen der großen Stabilität des sozialpartnerschaftlichen Modells etwas später und sehr viel bescheidener stattgefunden habe. Da dieses allerdings in Kontinuität stehe zu den nationalistischen Sozialpartnerschaftsmodellen, könne es heute auch nicht darum gehen, den Status quo »Sozialstaat« einfach nur zu verteidigen.[11]

Trotz dieser Einschränkung schimmert im gesamten Artikel eine verklärende Sichtweise des Keynesianismus und vor allem der »goldenen Jahre« nach dem Zweiten Weltkrieg durch, wie sie der Regulationstheorie

[10] *Arranca* 10, S. 5.

[11] *Arranca* 10, S. 6.

folgend heute bis weit in die Linke hinein üblich geworden ist – als habe es sich dabei um einen nichtkapitalistischen Staat gehandelt. Diese Einschätzung abstrahiert u.a. davon, *»daß die Einführung der keynesianischen Politik der Höhepunkt eines langanhaltenden, grausamen, blutigen und gewaltsamen Konflikts war, wie es ihn so in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hatte.«*[12]

FelS behauptet, die Einführung des Keynesianismus habe »drei sehr verschiedene Ursachen« gehabt. Wir nehmen im folgenden die Argumentation von John Holloway[13] auf, um zu zeigen, daß es einen ganz wesentlichen inneren Zusammenhang zwischen ihnen gibt: den Klassenkampf. Diesen Zusammenhang nicht zu sehen, führt zu einer Sichtweise, die zwischen produktiver Arbeiterklasse und unproduktiven Migranten, Globalisierung dort und Nationalstaat hier trennt. Welche weitreichenden politischen Konsequenzen dies hat, werden wir weiter unten sehen.

Revolution und Weltwirtschaftkrise

Die revolutionäre Drohung einer weltweiten Arbeiterklasse, die ihre Höhepunkte in der Revolution in Rußland und Mexiko 1905 hatte und ihr vorläufiges Ende mit dem Sieg der Bolschewiki 1917 fand, hatte die alte Weltordnung erheblich durcheinandergebracht und war auch nach dem Ersten Weltkrieg nicht geschlagen. Erst nachdem die IWW (Industrial Workers of the World) in den USA vernichtet waren, die bewaffneten ArbeiterInnen in Deutschland niedergeschossen waren und der Generalstreik in England 1926 zerschlagen war, eröffneten sich Möglichkeiten für eine institutionelle Integration als Arbeiterbewegung. Allerdings wurden sich die Kräfte der alten Ordnung darüber nicht einig. Während die einen auf militärische Repression setzten, leiteten andere Kapitalisten auf Fabrikebene eine gigantische, kreditfinanzierte Rationalisierungsoffensive ein, die die alten Arbeiteravantgarden aus ihren Positionen verdrängte und Arbeitslosigkeit produzierte. Gegen die Auffassung, der Börsenkrach von 1929 und die darauf folgende Weltwirtschaftskrise sei eine gewöhnliche *»zyklische Krise im Kapitalismus«*[14] gewesen, sieht Holloway darin eine Spätfolge der revolutionären Drohung, die durch die Aufnahme von Krediten und von fiktivem Kapital an der Börse nur aufgeschoben, aber nicht gelöst worden war. Der Anspruch auf das Produkt zukünftiger Ausbeutung, der mit dem Kredit verbunden ist, war auf

[12] John Holloway, *Der Abgrund tut sich auf: Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus*, in: Wildcat-Zirkular Nr. 28/29, S. 21.

[13] Ebd.

[14] *Arranca* 10, S. 5.

absehbare Zeit nicht einlösbar, weil die tatsächliche Mehrwertproduktion nicht Schritt gehalten hatte. Der Kollaps der New Yorker Börse führte weltweit zu Firmenzusammenbrüchen und zur Flucht in nationalstaatlichen Protektionismus. Jetzt, da das Ende des Kapitalismus bevorzustehen schien, wurden sich die Herrschenden weltweit einig, daß eine solche Stufe von Vergesellschaftung der Arbeit, wie sie die moderne Massenproduktion mit sich bringt, eine Neuorganisierung der gesellschaftlichen Ordnung notwendig mache.

Dabei war die Form der Mehrwertabpressung selbst, die moderne Fabrik, von den Bolschewiken bis zu den Faschisten unumstritten. Die institutionalisierte Arbeiterbewegung hatte sich schon immer als Wegbereiter des technischen Fortschritts begriffen. In den modernen Produktionsmethoden sah sie die Zukunft, die den ArbeiterInnen billige Konsumgüter zur Verfügung stellen konnte. Hier war die Kompromißlinie, auf der den Gewerkschaften später eine zentrale Rolle bei der Regulierung von Konflikten zugewiesen werden konnte. Hier liegt der Kern der Dynamik, die in den USA zur Arbeitspolitik der Roosevelt-Regierung führte.

Der New Deal in den USA, der die Arbeiterklasse in ihrer institutionalisierten Form politisch anerkannte, war kein friedlicher Kompromiß, sondern wurde erst unter dem Druck einer militanten Streikwelle Mitte der 30er Jahre in der gesamten Industrie (»Sit-Down-Streiks«) zu einer strategischen Option der Herrschenden. Der wirtschaftliche Erfolg war allerdings nur von kurzer Dauer. 1937 brach die Konjunktur ein, 1939 gab es über zehn Millionen Arbeitslose in den USA. Die wesentliche Restrukturierung wurde erst durch den Krieg zustande gebracht.

Dabei war das Konzept des New Deals, an dem heute der Charakter des Fordismus festgemacht wird, keineswegs das einzige politische Modell für die neuen Produktionsstrukturen gewesen. Auch in den USA hatten Teile der Herrschenden wie Hoover auf korporatistische Lösungen gesetzt, was erst mit der Wahl Roosevelts und vor allem durch die Arbeiterkämpfe verhindert werden konnte.[15] In Deutschland setzte sich dagegen das faschistische Modell durch, das auf neue Formen der Wirtschaftsplanung und wissenschaftliche Arbeitsorganisation setzte, die sich direkt in die Kriegswirtschaft überführen ließen.

[15] Siehe dazu Ferruccio Gambino, a.a.O.

Fordismus

Fordismus wird von *FelS* als Massenherstellung von Autos, Kühlschränken usw. beschrieben, die wachsende Arbeitereinkommen erfordere, um diese Waren verkaufen zu können.

Fordismus ist aber kein statisches Modell effektiver Ausbeutung von gut bezahlten ArbeiterInnen an Fließbändern: der Fordismus enthält eine Kampfgeschichte, die beispielhaft an der Auseinandersetzung des Kapitalisten Ford mit seinen ArbeiterInnen umrissen werden soll. Fordismus galt bis in die Nachkriegszeit als ein autoritäres Produktionssystem, das objektiv über das Fließband durchgesetzt wurde, aber auch durch ein System aus Angst und Gewalt, ausgeübt durch die Schläger des Werkschutzes, flankiert wurde. Die Zerstückelung des Arbeitsprozesses in kleine Teilschritte machte es möglich, ungelernte Arbeiter einzustellen. Aber zunächst liefen die Arbeiter in Scharen davon; die Fluktuation ging erst mit der Einführung des 5-Dollar-Tageslohns zurück, der an persönlich und politisch einwandfreie Lebensführung gekoppelt war. Dies ermöglichte Ford eine enorm selektive Personalpolitik, mit der er Sozialisten, Wobblies oder Gewerkschaften aus seinen Fabriken heraushalten konnte. Erst 1941 kapitulierte Ford vor dem Streik der Automobilarbeitergewerkschaft und unterschrieb den ersten Tarifvertrag. Damit begann eine Epoche der Einbindung der Gewerkschaft in die Unternehmensstrategie, die diese lange Epoche des »vorgewerkschaftlichen« Fordismus beendete.[16]

Krieg, der größte aller Keynesianer...

Der Zweite Weltkrieg hat die Welt auf den Kopf gestellt. Als er zu Ende war, stand zum ersten mal seit 50 Jahren das Ende des Kapitalismus nicht mehr unmittelbar auf der Tagesordnung. Auch wenn die unmittelbare Nachkriegszeit eine Phase voller Aufruhr war, hatten Millionen von Toten und die Spaltung der Welt in zwei Blöcke in den Industriestaaten die Basis für eine scheinbar stabile Nachkriegsordnung geschaffen, die erst in den 60er Jahren aufbrach.

In der BRD basierte diese Ordnung auf der effektiven Ausbeutung der ArbeiterInnen und einer ungekannten Ausweitung des Staates, der als Sozialstaat die Verfügbarkeit der Arbeitskraft garantierte. Doch schon während der ersten Krise 1966/67 funktionierten die keynesianischen Rezepte staatlicher Wirtschaftslenkung nicht. Gegen die Ursachen der Krise – militante Arbei-

[16] Siehe Ferruccio Gambino, a.a.O.

terkämpfe und ein breites soziales Verweigerungsverhalten – funktionierte das alte Mittel der Ökonomisierung der Konflikte nicht mehr.

FelS referiert zwar diese Krisenursachen, scheint sie aber nicht in ihrer Tragweite zu verstehen: als Beginn einer langen Krisenperiode, die bis heute nicht beendet ist. Denn eine Seite weiter wird angemerkt, das Kapital habe diese Sozialpartnerschaft aufgekündigt, obwohl das Konzept doch gut funktioniert habe. Keynesianismus und Fordismus sind bei *FelS* stabile Gesellschaftsplanungsmodelle, von der darin enthaltenen Klassenkampfdynamik ist nichts mehr zu sehen. Auch die Einführung der Sozialversicherung im 19. Jahrhundert wird nur als spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen beschrieben. Kein Wort von der Streikwelle Ende der 1880er Jahre, den erst kurz zuvor aufgehobenen Sozialistengesetzen, der Enteignung selbstorganisierter Rentenkassen der Gewerkschaften und den weitreichenden Folgen der dadurch erfolgten Verstaatlichung der Arbeiterbewegung.

Damit werden die »Unterklassen« auf materielle Bedürfnisse nach Essen, Wohnung und Arbeit reduziert. Sind diese gesichert, scheint es keinen Grund für Revolten zu geben. Damit resigniert *FelS* vor obrigkeitsstaatlichen Modellen, die die Lebensbedingungen der Massen verbessern (dazu weiter unten).

Zu 2.: **Neoliberalismus und Segmentierung**
Übermacht des globalen Kapitals und Verlust des Subjekts

In der öffentlichen Diskussion wird der Begriff »Neoliberalismus« gebraucht, um ein verändertes Verhältnis von »Staat und Wirtschaft« zu benennen. In Anlehnung an Hirsch schreibt *FelS* von einer Machtverschiebung in diesem Verhältnis, die sie als politisch gewollten Prozeß beschreiben: *»Mitte bis Ende der 70er Jahre setzte dann zunächst in Großbritannien eine neokonservative/-liberale Wende ein, die eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft nach sich zog: massiver Sozialabbau, Kampf gegen die Gewerkschaften und Rückzug auf die monetaristische Theorie...«.*[17] Die (Neo-)Liberalisierung geht also vom Staat aus, aber gleichzeitig erscheinen die Staaten als die Opfer einer Entwicklung, der sie nichts entgegenzusetzen haben, einer Gewalt, der sie sich nur bestmöglich anpassen können. *»Das Kapital sucht diejenigen Orte, an denen die jeweils interessantesten Vorteile miteinander kombiniert werden. Nationalstaatliche Wirtschaftspolitik hat*

[17] *Arranca* 10, S. 5.

somit kaum noch reformistische Spielräume, sie reduziert sich darauf, mög lichst gute Verwertungsbedingungen für das Kapital sicherzustellen...«.[18]

Welche anderen Aufgaben hat denn nationalstaatliche Wirtschaftspolitik sonst gehabt? Die neue »anti-neoliberale Ideologie« diskutiert den *»Neoliberalismus (...) wie eine Abweichung von der kapitalistischen Politik (...) und nicht als das Resultat des Scheiterns interventionistischer Regulierungen zur Sicherung der privaten Kapitalrentabilität.«*[19]

In der aktuellen Diskussion um Globalisierung wird davon gesprochen, daß das Kapital freier geworden sei, daß es nicht mehr an einen (Stand-) Ort gebunden sei, sich vom Nationalstaat gelöst habe. Wenn die Ausbeutung in den Betrieben funktioniert und entsprechende Profite abwirft, scheint das Kapital an eine Firma (VW) oder an eine Nation (BRD) gebunden zu sein. Oberflächlich betrachtet sieht es so aus, als hätte der Sozialstaat der 50er und 60er Jahre die Menschen vor dem Weltmarkt beschützt, sein Kapital an sich gebunden und gezähmt, wie es auch bei *Arranca* anklingt.[20] Die Kämpfe der 60/70er Jahre zerrissen das beschauliche Bild einer keynesianisch gesteuerten Nationalökonomie und kickten das produktive Kapital als zerknüllten Geldschein hinaus in die Welt. Die rasante Entwicklung des Finanzkapitals in den Jahren danach beruhte auf der Unmöglichkeit, profitable Verwertungsbedingungen in der Produktion zu finden.

Wenn die Rolle des Nationalstaates sich heute zunehmend darauf reduziert, *»möglichst gute Verwertungsbedingungen sicherzustellen«*, stellt sich die Frage, welche Funktionen der keynesianische Nationalstaat darüber hinaus gehabt haben soll. Statt zu begreifen, daß Staat und Markt (bzw. Kapital) nur zwei komplementäre Seiten der kapitalistischen *Klassen*gesellschaft sind, werden Staat und Kapital zu den widerstreitenden Subjekten gemacht und damit die verdinglichte Trennung zwischen »Politik« und »Ökonomie« übernommen: *»Der Marktliberalismus Reagans und Thatchers läutete auch in den Beziehungen der kapitalistischen Zentren zu den hochverschuldeten ›Trikontstaaten‹ eine neue Phase ein. Die steigenden Zinssätze auf den internationalen Finanzmärkten hatten in den 70er Jahren*

[18] *Arranca* 10, S. 8.

[19] Charles Reeve, *Sturmwarnung*, in: Wildcat-Zirkular Nr. 25.

[20] In seiner Kritik an den Thesen von Ingrao/Rossanda bestreitet Riccardo Bellofiore den realen Gehalt dieser Vorstellung. In manchen Punkten sei der Kapitalismus des keynesianischen Zeitalters, der eine unter der US-Hegemonie vereinheitlichte Weltwirtschaft darstellte, sogar globaler als die heutige Phase gewesen. Ricardo Bellofiore, *Lavori in corso*, in: Wildcat-Zirkular Nr. 27.

allgemein zu einer explosionsartigen Aufblähung der Schulden der Dritten Welt (...) geführt.«[21]

Die Arbeiterklasse kann dann nur noch als das Opfer eines neuen Verhältnisses von Politik und Ökonomie auftauchen, das sich nach den globalen Kapitalerfordernissen zu richten hat. Es wird nicht gefragt, warum Reagan oder Thatcher die Geldpolitik änderten oder was hinter den steigenden Zinssätzen steckt. Die Konflikte innerhalb des Staatenverbunds oder zwischen Staat und Kapital erscheinen als ausschlaggebend für die Veränderungen. Die Menschen erscheinen nur noch als Opfer ihrer eigenen verdinglichten gesellschaftlichen Verhältnisse – damit ist auf theoretische Weise die Frage nach Befreiung verbaut und durch die schlechte Alternative zwischen »mehr Markt« oder »mehr Staat« ersetzt worden.

In der aktuellen Diskussion verkörpert vor allem der Begriff der »Globalisierung« die Verdinglichung und Entfremdung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Niemand kann genau sagen, was »Globalisierung« ist – aber alle scheinen sofort zu verstehen, was gemeint ist. Dies »Gemeinte« ist nichts anderes als eine anonyme, unfaßbare, dingliche Macht, der wir alle ausgeliefert erscheinen: die Staaten, die ArbeiterInnen, die Menschen. Wenn dann mit »Globalisierung« die Errichtung einer neuen stabilen Ausbeutungsordnung verstanden wird, wie es bei Hirsch und *Arranca* geschieht, entsteht das Gegenteil von revolutionärer Theorie. Statt die Produziertheit der Verhältnisse und das Handeln der Menschen freizulegen, werden die Verkehrungen und Verrücktheiten dieser Verhältnisse theoretisch zementiert.

Wir können hier noch keine ausführliche theoretische Kritik des Globalisierungsbegriffs leisten, aber wir können andeuten, in welche Richtung sie zielen muß. Statt den Schein der Übermacht und des Ausgeliefertseins zu festigen, müssen wir fragen, wo die neuen Abhängigkeiten des Kapitals von der Arbeiterklasse liegen, welche Schwachstellen und Bruchpunkte in der Entwicklung des globalen Kapitalverhältnisses entstehen. Wenn ArbeiterInnen quer über Kontinente hinweg zusammenarbeiten, liegen darin auch neue Möglichkeiten, das Kapital global zu bekämpfen. *FelS* deutet selbst diese Möglichkeit an: *»Der Streik von mexikanischen oder tschechischen AutoarbeiterInnen hat direkte Konsequenzen, er kann sich auf die Arbeitsbedingungen von Betrieben hier unmittelbarer auswirken als ein Konflikt, der in der BRD stattfindet.«* Auch der LKW-Fahrer-Streik in Spanien vom März '97 ist ein Beispiel dafür, daß die Globalisierung nicht

[21] *Arranca* 10, S. 5.

unbedingt die Stabilität des Kapitals stärkt.[22] Daß die angeführten Streiks und Mobilisierungen noch zu keiner länderübergreifenden Zirkulation der Kämpfe geführt haben, sondern meist an Gruppen-, Betriebsinteressen oder nationalen Gegensätzen stehen geblieben sind, sollte uns nicht dazu verleiten, die im Kapital als Verhältnis liegende Widersprüchlichkeit auszublenden und zu vergessen.[23]

Weil *FelS* von der Übermacht des Kapitals ausgeht, können sie auch die Frage nach einem Subjekt der Veränderung nur negativ beantworten. Im Triumphzug der Globalisierung hinterläßt »ihr« Kapital nur noch eine segmentierte Masse von »sozial Schwachen« und »Kapitalarmen«. Die IWW blitzen kurz als mögliche Organisationsform der Zukunft auf, aber gerade dieser Hinweis geht an der historischen Realität vorbei. Die organisatorischen Erfolge der Wobblies beruhten gerade nicht auf einer durch den Kapitalismus vereinheitlichten Klasse, deren Fehlen *FelS* heute bedauert: *»Es gibt praktisch keine erwähnenswerte Bevölkerungsgruppe mehr, die einheitliche Lebens- und Arbeitsbedingungen besitzt (...). Mit der Automatisierung der Arbeit sind die für den Fordismus charakteristischen Massenfabriken verschwunden oder zumindest sehr viel weniger zahlreich geworden«*.[24] Die Stärke der IWW lag eher in ihrem Konzept der »direkten Aktion«, in ihrer Verweigerung gegenüber einer Institutionalisierung der Kämpfe. Die Zirkulation der Kampferfahrungen und die Präsenz an den Orten der Ausbeutung vereinheitlichte die Kämpfe – trotz der enormen Mobilität, den vielen unterschiedlichen Herkunftsländern und Sprachschwierigkeiten.[25]

Segmentierung ist kein Phänomen des Neoliberalismus oder Postfordismus.

FelS stellt ganz richtig die Frage, was eine veränderte Arbeitsorganisation für die Klassenkämpfe von heute bedeutet. Es ist allerdings fraglich, ob die Analyse der »Segmentierung« die Frage nach den Subjekten von Kämpfen in

[22] Siehe hierzu den Artikel: *Der LKW-Fahrerstreik in Spanien*, in: Wildcat-Zirkular Nr. 34/35.

[23] Auch das Fließband galt bei seiner Einführung als endgültiger Sieg des Kapitals über die ArbeiterInnen, da es die zentrale Stellung der alten Facharbeiter im Arbeitsprozeß aushölte und damit ihre sozialistischen Ideale von Arbeiterkontrolle in der Fabrik zerstörte. Es dauerte Jahre, bis es ArbeiterInnen schafften, das Fließband als besonders wirksames Kampfmittel gegen das Kapital einzusetzen.

[24] *Arranca* 10, S. 7.

[25] Siehe Gisela Bock, *Die »andere« Arbeiterbewegung in den USA von 1905 – 1922. Die Industrial Workers of the World*, München 1976.

der neuen Arbeitsorganisation, wie sie im Vorwort noch gestellt worden ist, beantworten kann.

»Segmentierung« ist ein Begriff aus der soziologischen Debatte, der ursprünglich die Nichtdurchlässigkeit zwischen Arbeitsmärkten sowohl innerhalb eines Landes als auch innerhalb von Großbetrieben für unterschiedliche Arbeiterschichten (qualifizierte, unqualifizierte, ausländische, junge, weibliche usw.) beschreibt. Historische Untersuchungen widerlegen die Vorstellung, daß eine ursprünglich einheitliche Arbeiterklasse durch verschiedene Maßnahmen des Kapitals gespalten wurde. Die Segmentierung begleitete die Periode rascher Kapitalakkumulation nach dem Zweiten Weltkrieg. In den großen Firmen hatte der Prozeß schon in den 20er und frühen 30er Jahren mit neuen effektiven Ausbeutungsmethoden begonnen. Die Konsolidierung der Segmentierung geschah in den 50er Jahren. Von ihrer Herkunft, Ausbildung, Erfahrung, Kampftradition her unterschiedliche »Teile« der Arbeiterklasse wurden in unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen, Betrieben, Branchen, Abteilungen usw. ausgebeutet, wobei objektive Unterschiede und Konkurrenzverhältnisse zwischen diesen »Teilen« eine wichtige Rolle spielten und auch von Kapitalisten immer wieder gegen die Vereinigung als Klasse ausgespielt wurden. Viele dieser Spaltungslinien hielten sich über Generationen, andere konnten durch Kämpfe aufgehoben werden. Die betriebssyndikalistische oder nationalistische Politik der Gewerkschaften trug stark zu dieser Segmentierung bei.

In den 60er Jahren, als es *FelS* zufolge aufgrund einheitlicher Arbeits- und Lebensbedingungen ein »Massensubjekt« gegeben haben soll, beklagten die kritischen Segmentierungstheoretiker die mangelnden Beschäftigungschancen für Frauen, Jugendliche oder Schwarze/Ausländer. Prozentual war der in der heutigen Fordismus-Diskussion gern angeführte gut verdienende, dauerhaft beschäftigte männliche Fabrikarbeiter keineswegs die Mehrheit. Für Frauen haben all diese Bedingungen damals wie heute nicht gegolten. Dies wird leicht übersehen, wenn heute von der »vielfältigen Aufspaltung« anhand unterschiedlicher arbeitsrechtlicher Verhältnisse die Rede ist.[26]

FelS argumentiert, zu Beginn der Industrialisierung seien die vereinzelten Bauern aus der Landwirtschaft herausgelöst und in die Fabriken getrieben worden. Hier und in den Massenunterkünften seien sie so vom Kapital zu einem *»kollektiven Subjekt zusammengeschweißt worden«*.[27] Die kapitalistische Entwicklung selbst habe somit vereinheitlichend gewirkt, insbesondere, als die Fließbänder eingeführt und der »Massenarbeiter« entstanden sei.

[26] Siehe hierzu David Gordon / Richard Edwards / Michael Reich, *Segmented Work, Divided Workers. The Historical Transformation of Labor in the United States*, Cambridge u.a. 1982.

[27] *Arranca* 10, S. 7.

Die Herausbildung des »Massenarbeiters« in Italien zeigt aber gerade das Gegenteil: Als sich in den 50er Jahren Hunderttausende von Jugendlichen auf die Reise nach Norden machten, um in den Klitschen und großen Fabriken zu arbeiten, wurden sie von den gewerkschaftlich organisierten (Fach-) Arbeitern des Nordens als Konkurrenz empfunden, die ihre Stellung im Betrieb untergraben sollte. Lange Jahre galten sie als die unwissenden Bauerntölpel, die nicht einmal Italienisch sprachen, nicht wußten, wie man sich im Betrieb solidarisch verhält, und die sich an gewerkschaftlichen Streiks nicht beteiligten. Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, die Ende der 60er Jahre ihren Höhepunkt in massenhaften Streiks und Fabrikbesetzungen fand und in der sich neue radikale Kampfinhalte herausbildeten, war ein langjähriger Prozeß auch innerhalb der Klasse selbst – sie war nicht das automatische Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung, von Massenunterkünften und Fließband. Das gleiche kann auch für die BRD beschrieben werden – von den rassistischen Angriffen auf die italienischen Immigranten über ihre Beteiligung in den Kämpfen der 60er Jahre bis hin zu ihrer Integration in die Gewerkschaften.

Ähnliche Prozesse einer raschen Industrialisierung und Durchsetzung des Kapitalverhältnisses finden heute in weiten Teilen Asiens statt – und genau dort hat sich auch eine kämpferische ArbeiterInnenbewegung entwickelt. Der Blick über Europa hinaus zeigt, daß die »Globalisierung« keineswegs nur zur unendlichen Aufspaltung der ArbeiterInnen führt.[28]

Zu 3: **Vom Klassenkampf zur »sozialen Frage«**

Wir haben es beim Neoliberalismus nicht mit einem fertigen Akkumulationsmodell zu tun, das *FelS* schon als durchgesetzt vorwegnimmt. Der Neoliberalismus kann wie jede kapitalistische Strategie nur das aufgreifen, was im Verhalten der ArbeiterInnen bereits angelegt ist, um daraus Gewinn zu schlagen: die Ablehnung, von der Ausbildung bis zur Rente im gesicherten Vollzeit-Job zu ersticken, wird zur Flexibilisierung der Arbeit; der Wunsch, keinen nervigen Meister oder Chef über sich zu haben, erscheint in neuer Selbständigkeit; das Bevorzugen eines Langzeitstudiums gegenüber der Arbeit gerät zu »lebenslangem Lernen«; das Nichtvertrauen in staatliche Absicherungen läßt Privatversicherer boomen usw. Ob sich daraus ein stabiles Modell kapitalistischer Akkumulation konstruieren läßt, ist alles andere als entschieden. Die Schwierigkeiten der Kapitalisten, die sich politisch im fortwährenden Streit um das bessere soziale Organisationsmodell und ökono-

[28] Siehe hierzu die Artikel in Wildcat-Zirkular Nr. 25 und 30/31.

misch in immer wieder auftretenden Geldkrisen und Börsen-Crashs ausdrücken, sind nicht gelöst. Wenn wir davon ausgehen, daß das Kapital gesiegt hat, landen wie bei Positionen, die »das Schlimmste verhindern« wollen.

Den Feind als »Neoliberalismus« und nicht mehr als »Kapitalismus« zu bezeichnen, ist bereits der erste Schritt zu einer reformistischen Sichtweise, die auf Beteiligung an staatlicher Politik setzt.[29] Kein Wunder, daß der Text von *FelS*, der nun über ein Jahr alt ist, sich in vielen Punkten mit der bürgerlichen Kritik am »rein marktorientierten Kapitalismus« deckt, wie sie mittlerweile auf den Seiten von »Zeit« und »Le Monde diplomatique« geübt wird.

FelS steckt in der Zwickmühle. Auf der einen Seite sehen sie, daß der Neoliberalismus weder durch Regierungs- und Konzeptwechsel, noch nationalistisch zu stoppen ist: *»Globalisierung und Weltmarktkonkurrenz sind damit der (vorläufige?) Tod des Reformismus«*[30], sondern nur von sozialen Bewegungen von unten bekämpft werden kann. Sie übernehmen unhinterfragt Hirschs Einschätzung, daß es keine reformistischen Spielräume mehr gebe, obwohl es durchaus Autoren gibt, die das anders sehen[31], und schließen merkwürdigerweise daraus, daß reformistische Politik heute wieder wie in den Anfängen der Arbeiterbewegung antikapitalistisch sein müsse.

Von *Klasse* spricht der Text lediglich in Zusammenhang mit »illegalen Immigranten«, die aus sehr unterschiedlichen Situationen kommen und die sich auf unterschiedlichste Weise in den deutschen Arbeitsmarkt einzubringen versuchen. Aber gerade sie seien unfähig zu gemeinsamem Handeln: *»Die illegalen MigrantInnen sind somit die neoliberale Arbeiterklasse schlechthin: globalisiert, weil sie aus allen Teilen der Welt zuwandern, miserabel bezahlt, völlig in der Hand von Staat und Kapital, betroffen vom Rassismus der ›einheimischen‹ Arbeiterklasse, in den Statistiken unsichtbar und zudem praktisch nicht in der Lage, sich zu organisieren.«*[32] Eine so charakterisierte neoliberale Arbeiterklasse kann nur nach einem Retter verlangen, der sie organisiert und zusammenbringt: *»Umso wichtiger ist es, konkrete soziale Forderungen zu benennen, die einerseits Leute mobilisieren,*

[29] Dies wird von Richard Greeman in seinem Brief an die Freunde der Zapatisten ausführlicher herausgearbeitet, der in diesem Wildcat-Zirkular in Übersetzung abgedruckt ist.

[30] *Arranca* 10, S. 8.

[31] Vgl. Bellofiore in Wildcat-Zirkular Nr. 27.

[32] *Arranca* 10, S. 7.

andererseits radikal aufzeigen, wo wir hinwollen, weil sie mit der bestehen den Markt- und Leistungslogik brechen.«[33]

Darauf folgt eine Liste von Forderungen wie die Festschreibung von Mieten, ein Existenzgeld von 1500 DM, Recht auf einen Arbeitsplatz, eine 25-Stunden-Woche, deren antikapitalistischer Gehalt darin bestehe, daß sie über die »existierende Sachzwanglogik« hinausgehen und innerhalb des Kapitalismus nicht durchzusetzen seien. Andererseits sollen die Forderungen »realistisch« bleiben, weil anders eine Mobilisierung der Menschen nicht erreicht werden könnte. Mal abgesehen von der Frage, ob Menschen jemals über abstrakte »Forderungen« in Bewegung gekommen sind, lädt gerade dieser »realistische« Charakter der Forderungen zur Beteiligung am politischen Geschäft ein und ordnet sich dem staatlichen Politikverständnis unter. Die Forderung nach einem »garantierten Mindesteinkommen« konnte schon immer in die Debatten um die Umstrukturierung des Sozialstaats, also der staatlichen Organisierung des Arbeitszwangs, integriert werden.[34] Daß *FeLS* diese Forderungen für im Kapitalismus nicht erfüllbar hält und was ganz anderes will, löst das Problem nicht. Das hieße nämlich: die Forderungen sind nur taktisch, es geht gar nicht um reale Verbesserungen, sondern darum, die Massen zum Nachdenken zu zwingen – damit sie eine Revolution daraus machen. Damit wird aber wie in allen leninistischen Modellen das Wesen des revolutionären Prozesses – Selbstbefreiung und Selbstveränderung – zugunsten einer pädagogischen Bevormundung aufgegeben.

Das zweite Standbein der vorgeschlagenen Initiative sind Bündnisse mit »Leuten mit wenig Knete« bis hin zu einzelnen Gewerkschaften, und zwar unter dem Verzicht auf große Parolen, denn *»der Begriff ›Revolution‹ stiftet, wenn es keine genauere Begriffserklärung gibt, mehr Verwirrung als Klarheit«.*[35]

Das Verhängnis liegt bereits darin, daß *FelS* als Grund für ihre Beschäftigung mit den sogenannten »Unterklassen« die »soziale Frage« anführt. Hinter diesem Ausdruck versteckte das Bürgertum des 19. Jahrhunderts seine Angst vor den Revolten und Aufständen des frühkapitalistischen Proletariats und der Herausbildung eines *Klassen*kampfs. Weitsichtige Politiker forderten sozialpolitische Maßnahmen, weil ihnen klar wurde, daß sich proletarische Revolutionen nicht allein mit Militär und Polizei verhindern lassen.

[33] *Arranca* 10, S. 10.

[34] Siehe hierzu unsere Diskussionbeiträge zu diesen Forderungen in den Wildcat-Zirkularen Nr. 6, 18 und 19, sowie die Kritik an den Thesen zum Sozialstaat der Gruppe *Blauer Montag* in diesem Zirkular.

[35] *Arranca* 10, S. 9.

Daß der Klassencharakter dieser Gesellschaft in linken Publikationen zunehmend nur noch als »soziale Frage« auftaucht, zeigt, wie sehr diese »Unterklassen« in der Linken nur noch als Opfer und Objekte von Politik wahrgenommen und behandelt werden – auch wenn sie der Revolution das Wort reden. Zur dieser Problematik schrieb ein Genosse vor einiger Zeit treffend: *»Es wird so getan, als gebe es eine Wohnungsfrage, eine Arbeitsplatzfrage oder Lohnfrage, also genau in der Art und Weise, in der die bürgerliche Politik sozial bewegte Verhältnisse in Abstraktionen verwandelt, um sie sich zum eigenen Objekt zu machen. Ungewollt begibt man sich so auf das Niveau einer Klassenanalyse, die das Klassenhandeln vom Niveau der materiellen Bedürfnisbefriedigung abhängig macht, eine Art umgedrehte Verelendungstheorie, in der nunmehr der Rassismus und Rechtsradikalismus zur unmittelbaren Konkurrentin der Linken wird. Es ginge darum, so heißt es dann, die soziale Frage nicht den Rechten zu überlassen. Die ›soziale Frage‹, in dieser abstrakten Weise gestellt, ist aber nichts anderes als die Frage nach den Bedingungen kapitalistischer Wohlfahrt des Proletariats. Und auf der Suche nach Antworten auf diese Fragestellung ist jede Linke – ob revolutionär oder reformistisch – dem Rassismus und Rechtsradikalismus hoffnungslos unterlegen.«*[36]

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß *FelS* versucht, die aktuellen Entwicklungen in der Welt zu analysieren, um darauf praktische politische Initiativen aufzubauen. Aufgrund einer Analyse, der es nicht gelingt, die Mystifikationen der kapitalistischen Entwicklung theoretisch zu zerstören, sehen sie aber nur noch einen winzigen politischen Ausweg: das politisch stellvertretende Ansetzen an den Grundbedürfnissen der Massen. Daher gehen sie nicht von einer Untersuchung dessen aus, was die Ausgebeuteten selber tun, wie sie das Kapitalverhältnis in widersprüchlicher Weise konstituieren und zugleich in Frage stellen. Stattdessen suchen sie aus einer Organisationslogik heraus nach einem Objekt, das ihren Vorstellungen entspricht und sie als Vermittler braucht – und thematisieren deren Situation als »soziale Frage«.

[36] Martin Rheinländer, *Die Rassismusfalle*, in: Wildcat-Zirkular Nr. 14, S. 50.

Gewerkschaftslinke zwischen Ökonomie und Moral

Im Sommer 1996 wurde im *ak* Nr. 393 ein Thesenpapier der Hamburger Gruppe *Blauer Montag* (*Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und »Moralischer Ökonomie«*) veröffentlicht, die *SoZ* hat dasselbe Papier im Frühjahr '97[1] nachgedruckt. Der *Blaue Montag* geht in diesem Papier am Anfang ganz radikal vom Kapital als antagonistischem Kampfverhältnis aus, landet aber bei reformistischen Vorstellungen. Da die GenossInnen des *Blauen Montag* in ihren theoretischen wie praktischen Anstrengungen versuchen, zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus ausgehend von der Arbeiterklasse beizutragen, hat es uns natürlich brennend interessiert, wie es zu diesem Malheur gekommen ist.

Beim kritischen Lesen des Textes fallen erstmal drei Dinge auf:

- Wie Holloway (auf den sie sich stark beziehen) gehen sie von radikalen Fragestellungen aus, die sie im Verlauf der Argumentation nicht durchhalten.[2]
- Sie formulieren abstrakt und theoretisch einen revolutionären Anspruch, sobald es konkret um aktuelle Entwicklungen geht, übernehmen sie unhinterfragt (linke) Main-stream-Meinungen.[3]
- Sie verwechseln (vor allem bei der Darstellung der historischen Entwicklung des Sozialstaats) die institutionalisierte Arbeiterbewegung mit der Arbeiterklasse.

Da nicht alle den Text vorliegen haben werden, fassen wir ihn zunächst anhand seiner eigenen Gliederung zusammen. Dabei ergibt sich aber, daß sich die politischen Argumente nicht in dieser Gliederung diskutieren lassen.

[1] SoZ-Magazin, Nr. 7, 12. Jg., Ostern 1997, S. 4-9 (Themenschwerpunkt: »Globalisierung – epochaler Wandel oder kapitalistisches Tagesgeschäft«).

[2] Sie beziehen sich auf zwei Artikel von John Holloway: Wildcat-Zirkular Nr. 21: *Capital moves* und Nr. 28/29: *Globales Kapital und Nationalstaat.* Unsere Kritik daran haben wir in Nr. 39 veröffentlicht: *Offener Brief an John Holloway.*

[3] Siehe dazu die treffliche Kritik *Die Politik des neuesten Trends* in Wildcat-Zirkular Nr. 38. Zugespitzt ließe sich mit diesem Text die These aufstellen, daß der Blaue Montag Vorstellungen des SPD-Beraters Beck (»Risikogesellschaft«) vertritt – obwohl wir sicher sind, daß sie das nicht *wollen.*

Deshalb ziehen wir im Anschluß die drei zentralen Fragestellungen raus: Bedrohungsszenario, Klassenbegriff, »moralische Ökonomie« – und diskutieren den Text daran.

Zusammenfassung des Papiers

Das Papier hat vier Teile: 1) Globalisierung und Internationalisierung des Kapitals, 2) Globalisierung des Kapitals und Nationalstaat, 3) Umkämpfter Sozialstaat, 4) Krise der Gewerkschaften und der Klassenlinken, die einen einfachen Argumentationsgang nahelegen: Das Kapital globalisiert sich, somit gerät der Nationalstaat in seiner bisherigen Form in die Krise. Der Umbau des Sozialstaats führt u.a. zur Krise der Gewerkschaften. Was sind die Perspektiven der Klassenlinken?

1) Globalisierung und Internationalisierung des Kapitals
Die Beweglichkeit des Kapitals resultiere aus dem *»grundlegenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit«*; somit sei *»das Kapital als Kampfverhältnis ... von seiner Basis her international«*. Bei der »Globalisierung« könne es sich mithin nur *»um neue Formen der ›Beweglichkeit‹ des Kapitals als sozialem Verhältnis«* handeln. *»In Anlehnung an Holloway: Die Art und Weise, wie das Kapital vor diesen [Klassen-]Kämpfen flieht, wird neu bestimmt.«*

Im zweiten Schritt machen sie einen Schnelldurchgang durch die *»Diskussion um ›Globalisierung‹«* seit Anfang der 70er Jahre, in der *»verschiedene Seiten dieses Prozesses unterschieden«* worden seien: *»ein Internationalisierungsschub des Produktivkapitals«*, die *»Internationalisierung des Arbeitsmarktes«* und *»der neue Schub an Flexibilität und Geschwindigkeit, mit dem sich das Kapital als Finanzkapital bewegt«*. Zum ersten Punkt erwähnen sie die Produktionsauslagerung und *»neue technologische Schübe in der Datenverarbeitung, dem Transport, der Lagerhaltung und der Logistik allgemein«*. Den zweiten Punkt fassen sie so zusammen: *»Im Gegensatz zu anderen Waren ist der Weltarbeitsmarkt nachwievor in hohem Maße politisch vermittelt und reguliert.«* Dennoch könnten *»Migrationsbewegungen als eine (gesteuerte) Internationalisierung des Arbeitsmarktes interpretiert werden.«* Auf den zweiten Gedanken gehen sie aber im folgenden nicht weiter ein, sie behandeln die Globalisierung durchgängig als Projekt von oben und sehen im dritten Punkt, in der Beweglichkeit des *»Kapitals als Finanzkapital«*, *»die entscheidende neue Qualität«*: *»in den weltweiten Finanzmärkten, in der schrankenlosen und blitzschnellen weltweiten Reaktion von Geld und Kredit auf kleinste Änderungen der Profitabilität kommt die Beweglichkeit des Kapitals auf seinen Begriff.«* Im Satz danach

machen sie den einzigen Versuch im Text, die zu Beginn aus dem Klassenantagonismus entwickelte Beweglichkeit des Kapitals auch historisch zu fassen. *»Dabei ist die Verflüssigung des Kapitals seit Beginn der 70er Jahre (...) im Kern eine Reaktion auf die Krise der Ausbeutungsbedingungen, mit denen sich das Kapital seit Ende der 60er Jahre weltweit konfrontiert sieht.«* Da sie im Text auf diesen Gedanken aber nicht zurückkommen, bleibt er unbestimmt: woher kam diese Krise, wer löste sie aus, worin bestand sie?

Der *»neue Schub an Flexibilität und Geschwindigkeit (...) mit dem sich das Kapital als Finanzkapital bewegt«* sei die *»entscheidende neue Qualität in den globalen Kapitalbewegungen«*.

2) Globalisierung des Kapitals und Nationalstaat

Die Rolle der Nationalstaaten beschreibt der *Blaue Montag* mit einem Bild von Holloway: sie seien Staubecken, die das Wasser des globalen Kapitalstroms auffangen: *»Die Staaten kontrollieren nicht den Gesamtdruck, die Fließgeschwindigkeit und das Fließvolumen des Stroms. Sie können lediglich versuchen, möglichst viel Wasser auf ihrem Territorium zu binden.«* Es ist schwierig, den Kern der Argumentation zu erfassen, einerseits schreiben sie: *»Für die (National-)Staaten ist es ungleich schwieriger geworden, ihre ›Stau-Beckenfunktion‹ zu erfüllen und das Kapital an die jeweilige Region zu binden«*, stellen diesen Vorgang mithin als Tatsache dar, andererseits bezeichnen sie in den folgenden Sätzen genau dies als *»einseitige« »ideologische Bilder«*: *»Was als Rückzug des Staates aus den gesellschaftlichen Aufgaben erscheint, ist der Versuch, die Ausbeutungsbedingungen im unmittelbaren Produktionsprozeß zu verbessern«*, der Staat *»transformiert zum ›nationalen Wettbewerbsstaat‹ (Hirsch)«*. Inwiefern dieser Verweis auf Hirsch das aufgeworfene Problem klären soll, bleibt schleierhaft.[4]

Treibt »der Nationalstaat« die »Globalisierung« (mit) voran, oder erleidet er sie hauptsächlich? Ist seine »neoliberale Sparpolitik« ein bewußt eingesetztes Instrument oder nur Reaktion auf die globalen Finanzströme?

3) Umkämpfter Sozialstaat

Im weiteren Verlauf wird die Vorstellung von der Machtlosigkeit des Nationalstaats wieder als Ideologie enttarnt: *»Die liberale Ideologie von der Machtlosigkeit des Staates angesichts der globalisierten Märkte trifft auf verschiedene Varianten einer Nationalstaatsorientierung von unten. Dies reicht von einem eher hilflosen Pochen auf nationalstaatliche Regulierung, Ab-*

[4] Zur Kritik an Hirschs »nationalem Wettbewerbsstaat« siehe Werner Bonefeld, *Postfordismus, Globalisierung und die Zukunft der Demokratie* und John Holloway, *Kommentar zu Joachim Hirsch*, in Wildcat-Zirkular Nr. 39.

schottung und Protektionismus (...) bis hin zu einer Art ›moralischer Ökonomie des Wohlfahrtsstaates‹ (...) Der traditionelle Sozialstaat bzw. die Sozialstaatsidee ist damit ein mehr oder weniger heftig umkämpftes Terrain.« Dieses Hin und Her zwischen Tatsachenbehauptungen und Ideologiekritik wird nur verständlich, wenn wir davon ausgehen, daß der *Blaue Montag* mit dem letzten zitierten Satz im Zentrum seiner Argumentation gelandet ist: die Auseinandersetzung sei vor allem eine ideologische, es gehe um die Sozialstaats*idee*; die Möglichkeiten der Revolutionäre, in diese Auseinandersetzung einzugreifen, sehen sie hauptsächlich auf der ideologischen Ebene. In mehreren Bewegungen der letzten Jahre (die Debatte um das Entsendegesetz in der BRD, die französischen Streikbewegungen vom Dezember 95, die Generalstreiks in Italien 1994) seien *»verschiedene Varianten einer Nationalstaatsorientierung von unten«* aufgetreten. Aber es sei möglich und Aufgabe der Linken, diese Staatsfixierung aufzuheben.

Die Staatsfixierung sei darin begründet, daß der Staat historisch die Aufgabe der Sicherung des Sozialeinkommens übernommen habe. *»Faktisch eignet sich der Staat über das Steuersystem Teile des Mehrwerts und Teile des Lohns an. In beiden Fällen ist die letztliche und einzige Quelle der Einnahmen des Staates die lebendige Arbeit.« »Insofern ist es auch richtig, wenn es heißt, der Staat gebe ›unsere Steuergelder‹ aus oder, noch überspitzter, der Staat sei im Kern ›die Gemeinschaft der Steuerzahler‹. Das richtige Bewußtsein über die lebendige Arbeit als Quelle und Basis des Staatshaushalts ist die Grundlage vielfältiger Ideologien (...), die eines gemeinsam haben: Der Staat als Staat der (produktiven) Arbeit.« »Die gegenwärtige Umdeutung des Sozialstaatsprinzips als ideologischer Angriff kann damit an Bewußtseinsstrukturen ansetzen, die richtigerweise in der lebendigen Arbeit die Quelle der Staatstätigkeit sehen.«*

Daraus leitet der *Blaue Montag* seine zentrale politische Stoßrichtung ab: Eine *»ideologische Gegenpositionen zu diesen Spaltungsversuchen«* lasse sich nur entwickeln, *»wenn man den Standpunkt der verwertbaren Arbeit und der Reproduktion der Ware Arbeitskraft verläßt.«* Richtiger sei, auf das *»Na*

turrecht eines jeden Menschen auf einen eine menschenwürdige Existenz sichernden Bedarf« zu orientieren.[5]

4) Krise der Gewerkschaften und der Klassenlinken
Mit der Durchsetzung von neuen Produktionsbedingungen verlören die Gewerkschaften in ihrer Orientierung auf die Stammbelegschaften in den Großbetrieben real an Boden. *»Ihre Fähigkeit, ein Ventil für wachsende Unzufriedenheit anzubieten und damit den ›sozialen Frieden‹ zu garantieren wird gezielt eingesetzt, um sich für zukünftige Kanzlerrunden ins Spiel zu bringen.«* Der DGB wolle sich als Teil des politischen Machtapparats retten. Vor diesem Hintergrund erscheine die Diskussion in linken Betriebs- und Gewerkschaftskreisen über einen neuen radikalen Reformismus *»in hohem Maße trügerisch«*. Gleichzeitig sei aber auch kein Erstarken einer gewerkschaftsunabhängigen Klassenbewegung zu beobachten. Hieran schließen sie ihre Überlegungen über *»Möglichkeiten strategische[r] und praktische[r] Handlungsansätze zur Überwindung dieser Hilflosigkeit«* an. Diese wollen wir am Ende in unserem Resümee diskutieren.

Im folgenden wollen wir das Papier anhand von drei Fragestellungen kritisieren: Ihre politische Analyse entwickeln sie in einem Bedrohungsszenario, das aber verschwommen bleibt. Deshalb lesen wir im ersten Schritt den Text quer unter der Fragestellung: welche Art von Angriff sehen sie, gegen welchen Angriff richten sie ihre Vorschläge? Zweitens bricht die Argumentation im Papier an einer zentralen Stelle: Sie entwickeln einen sogenannten *»›objektiven Klassenstandpunkt‹ der produktiven Arbeit«*, bezeichnen diesen als *»richtig«*, fordern aber letztlich dazu auf, *»den Standpunkt der verwertbaren Arbeit«* zu verlassen. Wir versuchen deshalb, den Klassenbegriff des Blauen Montag herauszuarbeiten und zu diskutieren. Drittens führen sie den Begriff der »Moralischen Ökonomie« ein, um das Kampfterrain für die radikale Klassenlinke zu definieren. Wir halten diesen Begriff für die zentrale

[5] Naturrecht; Grundbegriff von Morallehren sowie Staats- und Rechtstheorien, die von einer natürlichen bzw. einer göttlichen Seinsordnung des Menschen ausgehen und daraus verbindliche Normen für das Zusammenleben der Menschen, für das sittliche Verhalten oder für die Gestaltung der politisch-rechtlichen Ordnung ableiten. Zu unterscheiden sind a) antike Naturrechtslehren, b) das christliche Natur- oder Gottesrecht und c) die Naturrechtslehre der Aufklärung (Locke, Rousseau usw.); im 19. und 20. Jahrhundert setzt sich die Theorie durch, die im Naturrecht ein überzeitliches und ideologiefreies Idealrecht sieht. Quelle: Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie; Hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr; Reinbek 1972.

Schnittstelle zwischen ihren revolutionären Fragestellungen und ihrer reformistischen Orientierung.

Wer greift uns womit an?

Der *Blaue Montag* geht durchgängig von der Erfahrung des Angegriffenwerdens aus, der Text ist geradezu in ein Bedrohungsszenario getränkt. Sie sind damit recht dicht dran am Pessimismus der letzten Jahre und an den Erfahrungen vieler ArbeiterInnen: wenn sich was bewegt, wird es schlechter. Aber seltsamerweise gibt der Text wenig her in bezug auf unsere Fragestellung: Sie analysieren nicht, wer und was da wen mit welchen Waffen angreift, sondern verweisen mal eben auf *»Hirsch: Wettbewerbsstaat«*. Hirsch hat das Buch explizit geschrieben, um zu behaupten, daß in der heutigen Phase der »Globalisierung« keine Revolution mehr möglich ist, und daß wir alle zu »radikalen Reformisten« werden sollen. Indem sie seine (schlechte!) Analyse nicht hinterfragen, landen sie bei sehr ähnlichen politischen Vorschlägen.

Anstatt ihre Fragen über mögliche Bruchpunkte zu stellen, versuchen sie, mit einem scheinbar runden analytischen Bild und mit politischen Antworten darauf an die Öffentlichkeit zu gehen. Der Staat betreibe *»eine höchst aktive Politik der (Sozial-)Lohnsenkung, Deregulierung und Flexibilisierung, begleitet von verstärkt repressiven Formen der sozialen Kontrolle.«* Solche Befunde werden aber an keiner Stelle vertieft, sondern immer wieder auf die ideologische Ebene umgebogen: *»Der Staat kündigt gewissermaßen die ›moralische Ökonomie des keynesianischen Klassenkompromisses‹ auf und ersetzt sie durch eine Politik und Ideologie des ›work-fare-Staates‹.«* Ganz ähnlich im ersten Abschnitt, wo sie mit Taylorisierung, Outsourcing und anderen Managementstrategien beginnen und beim Kampf um die Globalisierungsideologie enden: *»Allerdings – und das ist eigentlich wichtiger – gibt es eine Globalisierungsideologie und -propaganda, die in den Köpfen der Menschen schon viel weiter wirkt als die bereits vorhandenen internationalen Auslagerungen.«* Ganz am Ende des Artikels sprechen sie dann von drei Ebenen des Angriffs: *»verschärfte Angriffe auf betriebliche Kernbelegschaften«*, *»Neuzusammensetzung der Klasse«* durch Prekarisierung und Illegalisierung eines wachsenden Teils der Beschäftigten und drittens *»das gesamte Ausmaß der Angriffe (...) auf die Gesundheits- und Altersversorgung, auf die Arbeitslosenversicherung oder auf die Sozialhilfe«*.

Am Ende, wo es um praktische Maßnahmen geht, erwähnen sie nur die materiellen Angriffe, während der eigentliche rote Faden des Artikels die

Vorstellung ist, daß es sich im Kern um einen ideologischen Kampf handelt: *»Die Sozialstaatsidee ist Gegenstand eines ideologischen Klassenkampfes, in dem in der BRD die Linke völlig in der Defensive ist.«* Diese Zweiteilung hängt mit ihrem Konzept einer »moralischen Ökonomie« auf der einen Seite und ihrer Reduzierung des Klassenbegriffs auf ökonomische Kategorien zusammen (siehe die Abschnitte dazu weiter unten). Möglich wird dies durch eine völlig einseitige Vorstellung des keynesianischen Sozialstaats, die wir zunächst betrachten wollen.

An keiner Stelle im Text wird der keynesianische Sozialstaat in seiner Funktion als Zwang zur Arbeit thematisiert.[6] Sie tun so, als könne die Frage des Sozialeinkommens losgelöst davon diskutiert werden. Daß sich die Reproduktion derjenigen, die nicht im Produktionsprozeß stehen, auf die Ebene des Sozialstaats verlagert hat, ist eine relativ neue Erscheinung. Zuvor war der Zusammenhang zwischen Lohn und gesellschaftlicher Reproduktion deutlicher. Die Reproduktion aller Menschen, die im Kapitalismus leben, ist über Arbeit vermittelt. In der speziellen Ausprägung des deutschen Sozialstaats wird die Reproduktion von Menschen, die gerade nicht arbeiten, nochmal auf zwei Ebenen abgetrennt: Die Abtrennung auf die Ebene der Sozialversicherung (Arbeitslosen- und Rentenversicherung, ebenso Lohnfortzahlung und Krankengeld) erzeugt den Versicherungsfetisch.[7] Die

[6] So wie sie sich aufs »Naturrecht« berufen, ohne sich klar zu machen, daß dieses schon immer einen Ausgleich zwischen Herrschenden und Beherrschten schaffen sollte: »Die Sicherung der von Hunger bedrohten Existenz galt seit jeher als ein naturrechtlich begründeter Anspruch. Ebenso war es eine der ältesten Legitimationsquellen von Herrschaft überhaupt.« Gailus/Volkmann: Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770 - 1990. Opladen 1994, S. 10. Das Buch versammelt die Beiträge zu einer Tagung an der FU Berlin im März 1991 zu »Nahrungsmangel, Hunger und Protest in Deutschland 1750 - 1950«.

[7] Siehe *Thesen zu Sozialstaat und Mindesteinkommen* in Wildcat-Zirkular Nr. 6 S. 13 ff. »Das Entscheidende bei dieser staatlichen Form der Absicherung war, daß sie einen gesellschaftlichen Konsens, d.h. eine allgemeine Vorstellung von Gerechtigkeit ihrer Leistungen erzeugen konnte – den Versicherungsfetisch als Fortsetzung des Lohnfetischs im sozialen Staat.«, ebenda S. 14.
Die Thesen waren folgende:
»1. Der Sozialstaat ist nicht in die Krise geraten, weil er zu teuer geworden ist, sondern weil er seine Aufgabe, den allgemeinen Arbeitszwang aufrechtzuerhalten, nicht mehr erfüllen kann.
2. Der bisherige gesellschaftliche Konsens, der sich in dem System der Sozialversicherung ausdrückt, beruhte auf einer bestimmten historischen Klassensituation und einem dementsprechenden Arbeiterverhalten. Dieses ist seit den 70er Jahren dauerhaft in die Krise geraten.
3. Die Vorschläge zu einem Mindesteinkommen/Bürgergeld sind Versuche, die Absicherung des Arbeitszwangs angesichts veränderter Klassenverhältnisse wieder zu festigen.
(Fortsetzung...)

Abtrennung anderer Leistungen (Sozialhilfe) auf die Ebene der Fürsorge erzeugt bis heute Spaltungen im Proletariat: für viele ist es (heutzutage) völlig korrekt und legitim, Versicherungsleistungen so weit wie möglich abzuzocken (Lohnfortzahlung, Arbeitslosengeld, Rente), sie schauen aber auf andere herab, die von Sozialhilfe leben. Der *Blaue Montag* bezieht sich auf die Ideologie der Fürsorge und setzt sie mit der gesamten Sozialstaatsidee gleich, damit verfestigt er die kapitalistischen Ideologien vom Sozialstaat:

»Das Bedarfsdeckungsprizip und das Prinzip, daß bei aller Verpflichtung auf Arbeit in dieser Gesellschaft eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden soll, wird ideologisch geschleift und materiell abgeschafft.«

Im Begriff des »Bedarfdeckungsprinzips« ist die Vorstellung enthalten, der Kapitalismus sei eine Marktwirtschaft, in der die Produktion den Bedarf der Konsumenten deckt; »Lohnersatzleistungen« wie Krankengeld, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe haben dafür zu sorgen, daß auch Menschen, die nicht arbeiten können, ihren Bedarf decken können. Bedarfdeckungsprinzip wird in jedem Wirtschaftslexikon etwa wie folgt definiert: »Prinzip, an dem sich wirtschaftliche Aktivitäten orientieren, die allein [!] auf die Deckung eines vorhandenen Bedarfs ausgerichtet sind. In früheren Wirtschaftssystemen und in primitiven Kulturen bestimmte das Bedarfdeckungsprinzip das Wirtschaftsleben. (...) Gegensatz: erwerbswirtschaftliches Prinzip.« (Gabler, 12. Auflage) Die Nicht-Orientierung am Gewinn ist wesentliches Moment des Begriffs. Damit wird unterstellt, die keynesianisch regulierte Ökonomie habe in einem Gegensatz zur Orientierung zum Gewinn gestanden. Selbst wenn wir annehmen, daß der *Blaue Montag* an der Stelle nur vom Sozialstaat sprechen will (aber nach der allgemeinen Definition bezieht sich der Begriff nicht auf Teileinheiten einer Wirtschaft, sondern auf sie als ganze), bliebe es Ideologie: der Zweck des Sozialstaats ist nicht Bedarfdeckung, sondern dieses ist nur Mittel, um den eigentlichen und materiell realen Zweck – das Gewinnmaximierungsprinzip – abzusichern. An der Stelle kann sich der *Blaue Montag* auch nicht darauf herausreden, daß es nur um den Kampf um Ideen ginge, da er davon spricht, daß das Bedarfdeckungsprinzip *»ideologisch geschleift und materiell [!] abgeschafft«* werde. Im Lichte dieser Aussage können dann auch die dürftigen zuvor gelieferten Bestimmungen zum Sozialstaat nur noch so interpretiert werden, daß der Staat des Keynesia

(...Fortsetzung)

4. Von einer revolutionären Perspektive aus kann es weder darum gehen, das alte System der Sozialversicherungen zu verteidigen, noch darum, sich an der Formulierung neuer staatlicher Sicherungskonzepte zu beteiligen.«, ebenda S. 13.

nismus kein kapitalistischer Staat war, weil der Profit und das Kapital nicht mehr sein oberster Orientierungspunkt gewesen sind.

Indem sie den keynesianischen Sozialstaat idyllisieren (er habe *»eine menschenwürdige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben«* gesichert!) und die Rolle der ArbeiterInnen bei seiner Zerrüttung ganz weglassen, malen sie ein Bild, wo eine über uns stehende Macht uns aus dem Paradies vertreibt. Diesen Angriff analysieren sie nicht, sondern begnügen sich damit, die üblichen linken Main-stream-Meinungen zu zitieren (Armut, Prekarisierung, Hirsch, Globalisierung, *»verschärfte Angriffe auf betriebliche Kernbelegschaften«*).

Klassenbegriff

Was versteht der *Blaue Montag* unter »Klasse«? Ganz am Anfang des Papiers wird das Kapital als soziales Kampfverhältnis bestimmt, dessen weltweite Beweglichkeit aus dem grundlegenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit resultiere, nämlich *»aus dem Bestreben der lebendigen Arbeit, der Ausbeutung ›zu entfliehen‹ einerseits und dem Bestreben des Kapitals, seinerseits den Restriktionen, die der Ausbeutung in den Klassen- und anderen Kämpfen auferlegt werden, zu entkommen.«* In der Art, wie sie hier Holloway falsch aufgreifen, liegt der Hase schon im Pfeffer. In *Capital moves* hatte Holloway die Entstehung des Kapitals als doppelte Fluchtbewegung des Knechts und des Herrn gefaßt, das Kapital *entsteht* bereits als Klassenkampf. Der *Blaue Montag* macht daraus eine überhistorische Tatsache: der Klassenkampf führt zu »Restriktionen«, vor diesen flieht das Kapital und ist dann im Gegenschlag aber unabhängiges Subjekt. An anderer Stelle schreiben sie, auch in seiner Geldform könne das Kapital *»dem Zwang, lebendige Arbeit ausbeuten zu müssen, nicht entfliehen«*, *»letztlich ist die tatsächliche Ausbeutung, die tatsächliche Produktion von Mehrwert im unmittelbaren Produktionsprozeß die Basis, die gesichert werden muß. Gelingt die Erhöhung der Ausbeutungsrate nicht, endet die Glitzerwelt des Casino-Kapitalismus mit einer Bauchlandung.«* Diese Einsicht steht im Textzusammenhang allein, sie wird nicht aufgegriffen oder vertieft. Aber so *wie* sie hier die Tatsache, daß das Kapital von der lebendigen Arbeit abhängig ist, als Warnung von Lord Keynes vor dem »Casino-Kapitalismus« aufgreifen, bleibt das Kapital unabhängiges Subjekt, das seine Grenzen nur an sich selber findet.

In welches Dilemma sie damit geraten, wird bei den Diskussionen um das zweite Schiffahrtsregister und um Arbeitsmigration aus Polen (Themen, zu denen sie Veranstaltungen mit Gewerkschaftsvertretern organisiert hatten) deutlich: einerseits finden sie den *»Unmut«* deutscher ArbeiterInnen über ausländische Lohndrücker *»ja völlig legitim«*, das habe *»erstmal nichts mit Rassismus zu tun«*. Andererseits orientierten *»selbst die Überlegungen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken auf unseren Veranstaltungen (...) eher auf einen verstärkten nationalistischen Arbeitsmarktprotektionismus, auf nationalstaatliche Regulierung und Abschottung des nationalen Arbeitsmarktes.«* Sie stellen die moralische Berechtigung, einen bestimmten Standard der Ausbeutung zu verteidigen, gegen die Berechtigung, nach Deutschland zu kommen und sich relativ billig ausbeuten zu lassen. Und auf dieser Ebene, auf der sich die Arbeiter als Konkurrenten um die besten Ausbeutungsplätze gegenübertreten, ist in der Tat keine revolutionäre Antwort möglich.

Im zweiten Abschnitt *»Globalisierung des Kapitals und Nationalstaat«* taucht dann der Begriff des *»keynesianischen Klassenkompromiß«* auf. Dieser Begriff wird mit drei Stichwörtern umrissen: Wohlfahrtsstaat, Integration der Gewerkschaften in den Staat, sozialstaatliche Ideologiebildung. Seine Grundlage seien hohe Profitraten und somit eine relative Stabilität und Unbeweglichkeit des Kapitals gewesen. Nun werde diese *»regionale Unbeweglichkeit und Stabilität des Kapitals«* durch seine Verflüssigung abgelöst und somit die *»Bindung von (National-)Staat und ›nationalem Kapital‹ ausgehöhlt«*. Die Vorstellung ist also die eines Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit, der heutzutage vom Kapital aufgekündigt wird. Im Begriff »Kompromiß« ist der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit gelöscht.[8] Zudem sind hierbei zwei gleichberechtigte Partner vorausgesetzt, diese hat es aber nur in der Form der Arbeiterbewegung und der Unternehmerinstitutionen gegeben. Es gibt geschichtlich eine *Dialektik* zwischen (offizieller) Arbeiterbewegung (SPD, Gewerkschaften) und Klasse(nkämpfen). Die Institutionalisierung mit den Kämpfen, die offizielle Arbeiterbewegung mit der Klasse *gleichzusetzen*, ist aber das wesentliche Merkmal des Reformismus. Im Text des Blauen Montag führt das zum politischen Kurzschluß. Wie kritisch auch immer, sie erkennen die Gewerkschaften als Vertreter der Klasse an und sie orientieren auf eine Rückkehr in den nationalstaatlich regulierten Keynesianismus. Dabei waren es gerade die Kämpfe der Arbeiterklasse, die Ende der 60er Jahre die für den »Keynesianismus« typische Kopplung der Unterordnung unter das Fabrik-

[8] Das ist im übrigen ein sehr schwieriges Problem, wie man den keynesianischen Versuch, die Kämpfe der Arbeiterklasse als Motor der Entwicklung ins System einzubauen, begrifflich fassen kann. Siehe dazu Wildcat-Zirkular Nr. 24: *Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft?*

kommando bei gleichzeitiger politischer Anerkennung der Arbeiter *als Arbeitskraft* aufbrachen, indem sie ihre Rolle als Arbeitskraft angriffen: gegen die Arbeit kämpften, höhere Löhne durchsetzten und trotzdem weniger arbeiteten, absichtlich arbeitslos wurden, den Sozialstaat ausnutzten usw. Hier ist das Wesen der Krise zu finden. Die offensiven Kämpfe sind seit Beginn der 70er Jahre abgeflaut, aber aufgrund des Verhaltens der Klasse (*und* aufgrund der kapitalistischen Reaktionen darauf) gibt es keinen Weg zurück.

Ohne solch eine Analyse landen wir zwangsläufig in einer machtlosen Opferrolle. Die Herrschenden braten uns mal wieder eins über.

Um Widersprüche innerhalb der Klasse thematisieren zu können, führt der *Blaue Montag* den Begriff vom *»objektiven Klassenstandpunkt der produktiven Arbeit«* ein. Die Tatsache, daß die Reproduktion der Gesamt-Arbeiterklasse im Kapitalismus über die Form des direkten und (auf sozialstaatlicher Ebene) indirekten Lohnes läuft, schreibt der *Blaue Montag* in die Unterteilung zwischen *»Produktiven«* und *»Unproduktiven«* fest. Das materielle Interesse der Produktiven, Arbeitenden, beschränken sie somit auf das, was die Arbeiterbewegung vertritt: das individuelle Verhältnis des Einzelarbeiters zum Einzelunternehmer, sein Interesse als Ware Arbeitskraft. Wie bei ihrer Diskussion über Migration so gehen sie auch hier wieder *nicht* davon aus, daß das Kapital die Arbeiterklasse ausbeutet und der revolutionäre Standpunkt der Arbeiterklasse somit darin besteht, nicht mehr Arbeiterklasse sein zu wollen; sondern sie gehen von der Fetischform aus, wie sie der vereinzelte Arbeiter als Verkäufer »seiner« Ware Arbeitskraft erfährt. Der Kreis schließt sich: der *»objektive Klassenstandpunkt der produktiven Arbeit«* ist nichts anderes als das Interesse am Fortbestehen des Kapitalismus. Damit haben sie sich in die Patsche argumentiert: Einerseits finden sie den gewerkschaftlichen Standpunkt der Interessenvertretung der Ware Arbeitskraft richtig, andererseits wollen sie den Kapitalismus überwinden. Sie schlagen nun einen Spagat vor: A ist zwar richtig, das müssen wir jetzt aber mal kurz vergessen: *»Daraus folgt, daß sich eine ideologische Gegenposition zu diesen Spaltungsversuchen nur entwickeln läßt, wenn man den Standpunkt der verwertbaren Arbeit und der Reproduktion der Ware Arbeitskraft verläßt.«* Stattdessen sei *»nach wie vor«* [?] *»auf so was wie ein Naturrecht eines jeden Menschen auf einen eine menschenwürdige Existenz sichernden Bedarf zu orientieren«. »Ein umfassender Begriff von sozialer Sicherung und Existenzrecht weist auf ein Leben jenseits des Betriebs und der Arbeit hin.«*

Mit der Trennung der Gesellschaft in Kapitalisten, Arbeiter und diejenigen, die zwischen allen Stühlen sitzen, ist der Versuch einer

politischen Klassenanalyse hinfällig. Wer sollen die *»Unproduktiven«*, die *»nicht verwertbaren Teile der Gesellschaft«* denn sein? Alte? Kranke? Behinderte? Arbeitslose? In aller Regel ist die Arbeitslosigkeit z.B. kein statischer Zustand. Nur sehr wenige Menschen sind auf lange Zeit wirklich völlig ohne Arbeit. Für die allermeisten stellt sich die Situation als Wechsel zwischen regulärem Lohnarbeitsverhältnis, Arbeitslosengeld, Schwarzarbeit, geringfügig bezahlten Teilzeitjobs und wieder regulärer Arbeit dar. Also »unproduktiv«?!

Moralische Ökonomie – ein Exkurs[9]

> *»An die Herrschaften von Colyton: Wenn wir nicht bald alle Dinge günstiger erhalten können als es jetzt möglich ist, müßt ihr damit rechnen (...), daß die Stadt bis auf die Grundmauern niedergebrannt wird; und der See wird mit Blut so vollaufen wie jetzt mit Wasser. Wir sind 452 und haben verdammt noch mal darauf einen getrunken.«*[10]

Etwa in der Mitte des Textes taucht ein Begriff auf, der als zentrales Scharnier zwischen Analyse und politischen Vorschlägen dient: *»Der Staat kündigt gewissermaßen die moralische Ökonomie des keynesianischen Klassenkompromisses auf (...) Dieser Rückzug des Staates aus den Verpflichtungen einer moralischen Ökonomie des keynesianischen Klassenkompromisses gilt dem Kern nach für alle Nationalstaaten unabhängig von den jeweils konkret unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Regionen.«*

»Moralische Ökonomie« war bereits in der Überschrift vorgekommen und in einer Fußnote so erklärt worden: *»Den Begriff der moralischen Ökonomie verwenden wir in lockerer, aber durchaus bewußter Analogie zur moral economy des britischen Sozialhistorikers E. P. Thompson. Grob und vereinfachend sind damit Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen von Bauern, Handwerkern sowie städtischer und ländlicher Armutsbevölkerung gemeint*[11]*, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit den Normen und Zwängen des heraufziehenden Industriekapitalismus kollidierten und Motor heftiger und*

[9] Die Bezugnahme der radikalen Linken auf Versatzstücke einer Theorie der »moralischen Ökonomie« verfolgt uns seit den letzten Heften der Zeitschrift Autonomie/Neue Folge. Da er im Papier des *Blauen Montag* wieder auftaucht und als Erklärung herangezogen wird, haben wir an dieser Stelle etwas weiter ausgeholt und stellen die geschichtswissenschaftliche Debatte um diesen Begriff etwas genauer dar.

[10] Zitiert nach John Bohstedt *Moralische Ökonomie und historischer Kontext*; in: Der Kampf um das tägliche Brot, a.a.O. S. 41.

[11] Siehe zu dieser Aufzählung Fußnote 23!

revoltenhafter Klassenauseinandersetzungen waren (E. P. Thompson: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt 1987).« Dieser Verweis ist irreführend: E. P. Thompson untersucht in seinem Hauptwerk die Selbstkonstituierung der Arbeiterklasse um die Jahrhundertwende.[12] Der orthodoxe Marxismus hatte seit dem Kommunistischen Manifest ein Phasenschema vertreten, nach dem die Proleten zunächst »rückwärtsgewandte Maschinenstürmerei« betreiben, sich dann von der Bourgeoisie politisch organisieren lassen (eine Lesart der '48er Revolution), sich drittens eigene Gewerkschaften geben und viertens dann mit der kommunistischen Partei für die Revolution kämpfen. Grundlage solcher Modelle war die Vorstellung, die Bourgeoisie habe die Arbeiterklasse »erzeugt« (siehe ebenfalls Manifest). Gestritten wurde allenfalls darum, wie von Stufe 3 zu Stufe 4 fortzuschreiten sei. Thompson schrieb *The Making ...* zu Beginn der 60er Jahre gegen *zwei* Gegner: die bürgerliche Geschichtsschreibung, welche die Existenz von Klassen leugnete, und den zur Weltanschauung des »Diamat« geschrumpften Marxismus der offiziellen Arbeiterbewegung. Dagegen ging es Thompson immer um die Frage, wie die Massen zum Subjekt ihrer eigenen Geschichte werden (können). Er arbeitete am historischen Material heraus, daß die Brotunruhen, Sabotage-Aktionen gegen Maschinen, Enteignungen und das Zerstören von fixem Kapital gut organisierte Aktionen waren – und keine antisozialen Aktionen hungernder Individuen. Laut Thompson waren »alle diese Volksaktionen (...) durch die alte paternalistische moralische Ökonomie legitimiert.« (S. 72) »So erlebte das Ende des 18. Jahrhunderts einen letzten verzweifelten Versuch des Volkes, die ältere moralische Ökonomie gegen die Ökonomie des freien Marktes zu verteidigen.« (S. 73) In *The Making ...* beschreibt der Begriff der »moral economy« einen Übergang, die sittlichen

[12] Thompsons 1963 veröffentlichtes Hauptwerk *The Making ...* erschien erst 1987 auf Deutsch! Sein berühmter Aufsatz von 1971 *The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century* war bereits Ende der 70er Jahre in zwei verschiedenen Übersetzungen auf Deutsch erschienen: *Die ›sittliche Ökonomie‹ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert*, in: D. Puls (Hrsg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1979; und: E. P. Thompson: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt 1980 – und hatte in Hamburg begeisterte Interpretatoren gefunden: Die »moralische Ökonomie« wurde v.a. von der Hamburger Gruppe der *Autonomie Neue Folge* als Vorwegnahme sozialistischer Vergesellschaftung hochstilisiert. In seinem 1991 erschienen Buch *Customs in Common* rückte Thompson deutlich von solchen Interpretationen ab (The Moral Economy Reviewed; ebenda S. 259-352). Er weist die Übertragung des Begriffs auf beliebig viele andere Regionen, Zeiten und Konfliktkonstellationen ausdrücklich zurück. Hiermit müßte sich der Blaue Montag doch zumindest auseinandersetzen, wenn er sich »bewußt« auf Thompson bezieht und dann genau diese Übertragung vornimmt! Der Blaue Montag bezieht sich auf den Aufsatz von 1971.

Wurzeln der Selbstkonstituierung der Arbeiterklasse. Im Aufsatz *The Moral Economy of the English Crowd ...* von 1971 wendet sich Thompson nochmal explizit gegen die bürgerliche, reformistische Vorstellung, vor ihrer gewerkschaftlichen Organisierung hätten die Menschen nur »instinktiv« reagiert. Gegen die Vorstellungen der Historiker von den »spasmodischen [krampfartigen] Hungerrevolten« setzt er das Geplante und die sittliche Ebene der riots.[13] Er mokiert sich über solche Vorstellungen mit einer Formulierung, die fast wörtlich einem Satz von Danilo Montaldi gleicht, mit dem dieser die militante Untersuchung der aktuellen Klassenzusammensetzung einforderte: »Wir wissen alles über das feine Gespinst von sozialen Normen und Reziprozitäten, die das Leben der Trobriand-Insulaner beherrschen, und über die psychischen Energien, die bei den Cargo-Kulten der Melanesier eine Rolle spielen. Aber plötzlich, an irgendeinem Punkt der Entwicklung, wird dieses unendlich komplexe soziale Wesen, das melanesische Individuum, in unseren historischen Darstellungen der englische Bergmann des 18. Jahrhunderts, der sich mit seinen Händen ›spasmodisch‹ auf den Bauch schlägt und auf elementare ökonomische Stimuli reagiert.«[14]

Aber bei allen Verdiensten, die Thompson als Historiker hat und bei allen guten Vorsätzen: *politisch* hat sein Konzept der »moralischen Ökonomie« Schlagseite. Thompson definiert den heutigen Kapitalismus als »nicht regulierte Marktwirtschaft«.[15] Deshalb schwingt im Begriff »moralische Ökonomie« immer die Vorstellung mit, die Proleten hätten sich gegen die

[13] »Hinter dem einfachen Wort ›Aufruhr‹ kann sich eine Auffassung von der Geschichte des einfachen Volkes verbergen, die man als ›spasmodisch‹ bezeichen kann. Ihr zufolge läßt sich das gemeine Volk vor der Französischen Revolution kaum als historisches Subjekt betrachten. Vor dieser Zeit drängt es nur gelegentlich und spasmodisch, in Phasen plötzlicher sozialer Unruhe, auf die historische Bühne, doch sind diese Einbrüche eher zwanghaft als bewußt oder vom Volk selbst ausgelöst: Sie sind nur einfache Reflexe auf ökonomische Stimuli.« – »Ich habe versucht, nicht einen unfreiwilligen Spasmus, sondern ein Verhaltensmuster zu beschreiben.« *Moralische Ökonomie der englischen Unterschichten*; S. 67, 124.

[14] Ebenda, S. 69. Der Satz von Danilo Montaldi wird zitiert im Artikel *Renaissance des Operaismus?* in der Wildcat Nr. 64/65, März 1995 S. 103: »(...) fast immer wird in der Analyse, in der Interpretation der ›zurückgebliebenen‹ Lebensweisen versucht, die Fäden abzuschneiden, die diese Erscheinungen mit dem gegenwärtigen System verbinden, das sie doch bestimmt. Diese Haltung leistet einem gewissen kulturellen Reformismus Vorschub (...) die Chronik der heutigen Sitten und Gebräuche der Abkömmlinge der Ligurier, die sich vor 400 Jahren in Sardinien ansiedelten, ist interessanter als die Situation in der Produktionsanlage bei FIAT; der Dialekt der Gevatterinen ist sicherlich schöner als das nicht zufällige Schweigen der Arbeiter in den Basisorganisationen. Uns interessiert nicht die folkloristische Seite, in die diese Formen oft verfallen (...)«.

[15] *Moralische Ökonomie ...*, S. 127.

neue *»politische Ökonomie des freien Marktes«*, gegen die *»wucherischen Mechanismen einer unkontrollierten Marktökonomie«* gewehrt, *»welche menschliche Beziehungen auf bloße Lohnabhängigkeit reduzierte«*. Moral gegen Markt. Von daher ist der Begriff verlockend für politische Vorstellungen, die den heutigen Kampf als *»neoliberale Durchsetzung des freien Marktes gegen hergebrachte sozialstaatliche Klassenkompromisse«* interpretieren.[16] Daß solche politischen Orientierungen den Kapitalismus nicht abschaffen wollen, sondern nur seine Auswüchse abmildern, haben wir bereits im Wildcat-Zirkular Nr. 24 in einem langen Artikel dargelegt; auch in diesem Zirkular ist wieder ein Beitrag dazu[17]. Inzwischen ist aber auch die historische Forschung weitergegangen,[18] und wir wissen heute mehr über die geschichtliche Etappe, die Thompson untersucht hat. So stellt Bohstedt[19] fest, daß die englischen »food rioters« ihre Handlungen nicht mehr von einer traditionellen Subsistenzwirtschaft herleiteten, sondern als Konsumenten und häufig auch als Produzenten »längst in kapitalistische Marktzusammenhänge integriert gewesen« seien.[20] »Typische Hungeraufständische lebten nicht in einer lokalen Subsistenzwirtschaft, ganz im Gegenteil (...) waren die meisten Aufständischen Industriearbeiter aus Städten und ländlichen Gewerbegebieten, die viele Wanderarbeiter im 17. und 18. Jahrhundert anzogen. (...) [sie] waren von weitgespannten kapitalistischen Marktverflechtungen abhängig, um durch den Verkauf ihrer Produkte im Fernhandel ein Einkommen zu sichern und auch, um Nahrungsmittel zu bekommen. Solche Abhängigkeit rief nicht notwendigerweise Liebe zum Kapitalismus hervor, aber jene Leute hatten sich zweifellos mit den eigenen Füßen zu seinen Verheißungen bekannt.«[21] Die »moralische Ökonomie« der Nahrungsmittelrevolten sollte nicht als Ideologie im Sinne Thompsons (»geschlossene traditionelle Sicht sozialer Normen und Verpflichtungen«) aufgefaßt werden, sondern »als eine

[16] Auch an diesem Punkt liegt der *Blaue Montag* voll im aktuellen main stream: Anscheinend haben gerade alle Verlage herausgefunden, daß Bücher, die schon im Titel Orientierung über Anstand, Moral und Sitte versprechen, zu Bestsellern werden. Und auch die Sozialwissenschaften entdecken die Ethik neu: *»Hartnäckig hält sich das Vorurteil, daß moderne Gesellschaften durch das harmonische Einverständnis ihrer Bürger zusammengehalten werden«* (H. Dubiel). *»Unlösbare Probleme par excellence heißen heute Werte«* (Luhmann).

[17] Richard Greeman, Brief an alle Freunde der Zapatisten oder »Gefährliche Abkürzungen«.

[18] Siehe z.B. M. Gailus und Th. Lindenberger: *Zwanzig Jahre »moralische Ökonomie«*; in: Geschichte und Gesellschaft Nr. 20, 1994; S. 472.

[19] Bohstedt, a.a.O.

[20] Ebenda.

[21] Ebenda, S. 32.

lockere Konstellation von zeitbedingten und variablen Praktiken.«[22] »Es lassen sich kaum Belege für Thompsons Behauptung finden, daß die ›moralische Ökonomie‹ eine ›selektive Rekonstruktion‹ des Paternalismus gewesen sei.«[23] Die paternalistischen Fürsorgegebote seien Reaktionen der Eliten auf die den Marktplatz kontrollierende Volksmenge gewesen und nicht umgekehrt. »In politischer Hinsicht übernahm der Paternalismus Anregungen zur Regulierung der Märkte von den Aufständen und nicht umgekehrt.«[24]

Schließlich verweist Bohstedt darauf, daß es im historischen Verlauf und je nach sozialem Umfeld und beteiligten Gruppen eine große Vielfalt von Handlungsmustern gab, was mit dem Konzept der »moralischen Ökonomie« nicht erklärt werden könne, »weil es nahezu ausschließlich auf die Motive der Aufständischen zielt.«[25] Viel sinnvoller sei es, solche Aufstände vor dem Hintergrund unterschiedlicher örtlicher Umstände, der daran beteiligten Gruppen[26] usw. zu untersuchen. Man könne nicht danach suchen, welche Gemeinde mit ihren Wertvorstellungen welche Aktionen hervorbrachte, denn sehr oft hätten die Unruhen erst »Gemeinden« erzeugt.[27]

Die ArbeiterInnen tun etwas bestimmtes, sie reden aber anders darüber: Der Arbeitsmigrant aus dem Süden benutzt mit größter Selbstverständlichkeit die technologisch fortgeschrittensten Fließbandsysteme in Turin, um seinen Kampf zu führen – aber wenn er darüber redet, erklärt er es vielleicht mit den Wertvorstellungen, die er aus dem bäuerlichen und halbfeudalen Süd-Italien mitgebracht hat. Es ist sehr entscheidend, wie wir diesen Widerspruch

[22] Ebenda, S. 36.

[23] Ebenda, S. 37.

[24] Ebenda, S. 41.

[25] Ebenda, S. 43.

[26] »Wir laufen Gefahr, daß wir die Bergleute des Forest of Dean, die neuen Weber von Lancashire und Mailsworth und die Frauen aus den Industriegebieten des West Riding, die Seeleute und die Schneider, die Zinnbergarbeiter und die ›Sünder‹, die Wesley bewarfen, im selben Konzept einer defensiven ›Tradition‹ und Obrigkeitsgläubigkeit einfangen.« ebenda, S. 50.

[27] »Statt Hungerunruhen als Ausdruck einer älteren »moralischen Ökonomie« aufzufassen, die gegen kapitalistische Innovationen verteidigt wurde, erscheint es mir erfolgversprechender, dynamischere Begriffe von Gemeinde zu entwickeln, um zu erkennen, daß Unruhen daran mitwirkten, intensive Gemeindebeziehungen zu schaffen und auch, sie zu wandeln.« ebenda, S. 45.

auflösen. Für Zygmunt Bauman[28] war es der Punkt, »Abschied vom Klassenkampf« zu nehmen: wenn Klasse offensichtlich nur »Gedächtnis ihrer selbst« ist, welchen Sinn mache es dann, diese Kategorie weiter zu benutzen? Uns erscheint ein Ansatz wie der von Bohstedt sinnvoller, das *Verhalten* der Menschen *im sozialen Kontext* zu untersuchen. Auch bei der aktuellen Untersuchung der Klassenkämpfe ist dieses Verfahren überlegen, gerade auch deshalb, weil die ArbeiterInnen in ihrem sozialen Verhalten in der Regel schon weiter sind als es sich in ihren Ansichten ausdrückt.

Der *Blaue Montag* benutzt den Begriff der »moralischen Ökonomie« als ideologische Überwölbung des »keynesianischen Klassenkompromiß«. An einer Stelle im Text wird »moralische Ökonomie« durch erklärende Einschiebung als *»ein Festhalten an tradierten Gerechtigkeitsvorstellungen über Sozialeinkommen und soziale Sicherung«* definiert. Dieser Gedanke wird im weiteren verstärkt: *»der Ausgangspunkt [der moralischen Ökonomie ist] ein konservatives Moment, nämlich das Festhalten oder Zurückholen besserer Zeiten.«* Im etwa gleichzeitig geschriebenen Editorial der Hamburger Zeitschrift 1999 wird »moralische Ökonomie« noch stärker mit dem Sozialstaat *gleichgesetzt*: Die »sozialstaatliche Wohlfahrt« sei »praktischer Bezugspunkt für Wertmaßstäbe«. »Die ›Sozialstaatsidee‹ erweist sich so als eine Art *moralische Ökonomie* der Lohnabhängigen«.[29]
Somit sind wir im selben Teufelskreis gelandet wie weiter oben mit dem *»Standpunkt der produktiven Arbeit«*: moralische Ökonomie wäre das Festhalten an alten Ausbeutungssystemen.

Wir haben also folgendes Bild: Das Kapital globalisiert sich, weil es in der Krise war. In der Folge wird der Sozialstaat reduziert. Widerstand von unten regt sich in Form von moralischer Ökonomie und Staatsfixiertheit. In dieser moralischen Ökonomie sind zudem leistungs- und produktivitätszentrierte Vorstellungen enthalten. Das Dilemma wird weiter verschärft durch den objektiven Standpunkt der produktiven Arbeit: *»Die sich jetzt vollziehende Umdeutung der Sozialstaatsidee ist damit nicht soweit vom ›objektiven Klassenstandpunkt‹ der produktiven Arbeit entfernt.«* Jetzt haben sie sich endgültig in die Patsche argumentiert: Die moralische Ökonomie ist produktivitätsorientiert; gleichzeitig kann der Globalisierungsangriff auf

[28] *Memories of Class*; in vieler Hinsicht übrigens trotzdem ein lesenswertes Buch, weil er z.B. sehr genau die historische »Ökonomisierung« des Klassenkampfes herausarbeitet: Der Kampf der Ausgebeuteten ist immer Revolte gegen die Kontrolle ihrer Körper durch einen anderen; aber die Gewerkschaften machen daraus einen Lohnkampf um ein paar Pfennige.

[29] Martin Rheinländer: *Belagerung von Maastricht*, 1999 Nr. 2/96, S. 9.

(»richtige«!) Vorstellungen der »produktiven Arbeit« zurückgreifen. Somit sind alle Wege für eine revolutionäre Lösung verbaut.

Resümee

Die Argumentation des Blauen Montag knüpft an die Diskussionen Anfang der 80er Jahre um die »Zwei-Drittel-Gesellschaft« an. Aus dem Fehlen einer offensiven Klassenbewegung wird geschlossen, daß die Arbeiter, vor allem in der Metropole, durch ihre Existenz als Arbeiter schon zu sehr in die kapitalistische Logik integriert seien, als daß sie überhaupt revolutionär seien könnten. Stattdessen sei es die »unproduktive Unterklasse«, deren Überlebenskampf antagonistisch zum Kapitalverhältnis sei, da ihr Existenzrecht unabhängig von einer Einbindung in den Produktionsprozeß durchgesetzt werden müsse. Diese Überlegungen führen allerdings aus zwei Gründen in eine Sackgasse. Erstens sind die sogenannten Unproduktiven ein sozialpädagogisches Konstrukt, der Anspruch ihrer VertreterInnen auf eine Avantgarde- oder Sozialarbeiter-Rolle ist bereits eingebaut. Das leninistische Konzept, die revolutionäre Avantgarde müsse den »trade-unionistischen« Massen das richtige Bewußtsein bringen, unterscheidet sich nur in Nuancen vom Konzept, die radikale Linke müsse auf die widersprüchliche moralische Ökonomie der Unterklassen einwirken. Zweitens bleibt unklar, warum in einer Bewegung für mehr Arbeitslosengeld oder ähnliches mehr revolutionäres Potential als in einer Kampagne für mehr Lohn gesehen wird. Die Frage, von wem denn ein Existenzrecht eingefordert werden könnte, führt logisch zu Forderungen an den Staat.

Obwohl sie in den Vorbemerkungen betonen, daß ihr Papier *»die politischen Konsequenzen«* nur andeuten solle, steckt in dem Satz: *»Es geht also um eine Gra[t]wanderung*[30] *zwischen einer Verteidigung der Lebensansprüche der Menschen, der Verteidigung von Sozialstaatsleistungen und einer gleichzeitigen Überwindung der erwähnten Staatsfixierung«* ein politisches Programm der kleinen Schritte.

Am Ende des Artikels stellen sie folgende politische Überlegungen an: Die Gewerkschaftslinken müßten sich trotz der praktischen Schwierigkeiten mit den Formen der prekären Arbeit beschäftigen und versuchen, *»Kom-*

[30] Freud läßt grüßen! Im Text steht »Gradwanderung«, ein Wort, das es nicht gibt und das vielleicht bedeuten könnte: »graduelle Wanderung«, eine Fehlleistung, die sich psychoanalytisch nur so interpretieren ließe: sie wissen schon, daß sie mit ihrem Konzept »der Verteidigung von Sozialstaatsleistungen und einer gleichzeitigen Überwindung der ... Staatsfixierung« in den reformistischen Brunnen fallen. Weder der *ak* noch die *SoZ* haben es korrigiert!

munikationsstrukturen zu organisieren mit denen sowohl die unterschiedlichen Realitäten in den verschiedenen Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen als auch in den Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes oder die Umgehensweisen mit Arbeits- und Sozialämtern gemeinsam diskutierbar werden, so daß überhaupt eine Basis für sich aufeinander beziehende Kämpfe in den unterschiedlichen Segmenten der Ausbeutung entstehen kann«. Genauso wichtig sei es, daß *»die betrieblichen Bewegungen«* das *»gesamte Ausmaß der Angriffe, die in den letzten Jahren auf die Gesundheits- und Altersversorgung, auf die Arbeitslosenversicherung oder die Sozialhilfe durchgeführt worden sind«*, endlich wahrnehmen.

Ihr Schlußresümee *»Wir denken, daß es darauf ankommt, einen umfassenderen Begriff von sozialem Einkommen zu entwickeln und diesen sowohl bei betrieblichen Abwehrkämpfen als auch außerhalb zum Thema zu machen. Auch in diesem Sinne halten wir einen Blick über die betriebliche Wirklichkeit hinaus für unabdingbar«*, bleibt sehr vage. Sollten die GenossInnen den Braten gerochen haben, daß sie sich mit einer Neu-Auflage der »Existenzgeld-Forderung« der 80er Jahre bestenfalls zu »Gewerkschaftsvertretern der Armen« machen würden, schlimmstenfalls zu Vorreitern eines kapitalistischen Umbaus des Sozialstaats? Wir nehmen ihnen allerdings den Paternalismus des garantierten Arbeiters nicht ab: In ihren gesamten Überlegungen am Ende nehmen sie (künstlich) die Rolle des Arbeiters im Großbetrieb ein, der nur Abwehrkämpfe führt[31] und dem man deutlich machen muß, daß er über seinen betrieblichen Tellerrand hinausschauen und sich um die Prekären und Arbeitslosen kümmern muß.

Sie versuchen einen Spagat zwischen gewerkschaftlichem Standpunkt (*»Verteidigung der Sozialstaatsleistungen«*) und Ideologiekritik (*»Überwindung der Staatsfixiertheit«*). In ihrer Orientierung auf ein Naturrecht bleiben sie in der Illusion des »keynesianistischen Klassenkompromiß« gefangen. Nachdem sie zunächst aufgefordert hatten, den *»objektiven Klassenstandpunkt der produktiven Arbeit«* zu verlassen, landen sie am Ende genau dort: ihre Perspektive ist ein linksgewerkschaftlicher Kampf auf Betriebsebene, verbunden mit einer politischen Intervention von außen, die auf einer moralischen Ebene das »Existenzrecht« der Unterklassen einfordert.

[31] Im oben bereits zitierten Aufsatz von Gailus/Lindenberger findet sich ein interessanter Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang von »moral economy« und Abwehrkämpfen: »John Rule ... warf mit seinem Beitrag ›Industrial Disputes, Wage Bargaining and the Moral Economy‹ die Frage nach der Übertragbarkeit des ›moral economy‹-Ansatzes auf andere, nicht auf Konsumgüter bezogene Märkte auf... Gerade bei defensiven Arbeitskämpfen bedienten sich Gesellen gegenüber ihren Meistern einer an Herkommen und gegenseitige Verpflichtungen appelliernden Rhetorik des ›ganzen‹ Gewerbes und versuchten, vertikale, moralischen Druck aufbauende Allianzen herzustellen.« a.a.O., S. 473.

Die politische Wirkung des Textes beschränkt sich leider darauf, die aktuelle Main-stream-Debatte zu bedienen: gegen den »entfesselten Kapitalismus« eine anständige Gesellschaft zu verteidigen, Moral gegen Markt, kleine Schritte gegen revolutionäre »Utopien«. Die sich brutal durchsetzende »neoliberale Marktwirtschaft« bedroht uns von allen Seiten, wir können uns nur noch mit einer reformistischen Politik der kleinen Schritte vor dem Allerschlimmsten schützen. Die gegebenen Verhältnisse erscheinen als unüberwindlich, auf die allseitigen Angriffe können wir nur mit der Verteidigung des Status quo reagieren, eine revolutionäre Perspektive scheint unmöglich. Mit der »Globalisierung« haben die Herrschenden ihr altes Projekt neu durchgesetzt: die kapitalistische Verwertung alles Lebendigen erscheint als ökonomischer Sachzwang, der sich über unseren Köpfen abspielt, den wir erleiden oder regulieren können. Der *Blaue Montag* erfaßt das teilweise, wenn er schreibt, es ginge um einen *»ideologischen Klassenkampf«*. Aber sein Begriff von Klasse reproduziert diesen kapitalistischen Sieg: Klasse ist ökonomische Kategorie – damit haben sie sozusagen auf einer begrifflichen Ebene bereits kapituliert. Zwangsläufig kann der *Blaue Montag* keine Analyse entwickeln, die in den Kämpfen der Arbeiter selber ein Moment des Kommunismus auszumachen sucht. ■

Einwanderer und das »Bevölkerungsgesetz« im modernen Kapitalismus

Charles Reeve[1]

Widersprechen sich die Globalisierung der Ökonomie und die Verschärfung der Beschränkungen, die die Staaten den Migrationsbewegungen auferlegen? Dazu befragt protestierte ein sozialistischer Minister gegen die liberale Behandlung der Einwanderungskontrolle und fügte hinzu: *»Wir müßten nicht nur die Migration kontrollieren (...) sondern vor allem Kapitalbewegungen und unlauteren Wettbewerb.«*[2] In der Realität und durch den Zwang der historischen Umstände haben sich die Prioritäten also verkehrt: Der demokratische Staat konzentriert seine Anstrengungen im wesentlichen auf die Kontrolle der Einwanderung. Welche kapitalistischen Bedürfnisse rechtfertigen aber eine immer repressivere Einwanderungspolitik? Geht es darum, Wanderungsbewegungen insgesamt zu verhindern oder eher um den Versuch, eine Arbeitermobilität neuen Typs zu schaffen?

1.

Mehrere kürzlich veröffentlichte wissenschaftliche Arbeiten stellen die klassische Erklärung der Migrationsphänomene in Frage. In »The Mobility of Labor and Capital«[3] bietet die nordamerikanische Universitätsprofessorin Saskia Sassen eine originelle Analyse neuer Migrationsformen, indem sie die Bewegung der Arbeitskraft mit der des Kapitals in Beziehung setzt. Ihre Schlußfolgerungen werfen einige anerkannte Ideen über den Haufen.

[1] Dieser Text erscheint auf französisch in der neuen Zeitschrift Oiseau-tempête. Kontakt über: Ab irato, B.P. 328, F-75525 Paris Cedex 11.

[2] Chevènement-Interview in: Le Monde, 26.6.1997 (Chevènement ist Innenminister in der aktuellen sozialistisch-kommunistisch-grünen Regierung Frankreichs).

[3] Saskia Sassen, *The mobility of Labor and Capital*, Cambridge University Press 1994. Siehe auch Nigel Harris, The New Untouchables – Immigration and the New World Order, Tauris, London 1995.

Sassen erinnert zunächst daran, daß die Mobilität des Kapitals immer die Bedingungen für die Mobilität der Arbeitskraft hervorgebracht habe und die aktuelle Einwanderungsproblematik nur *»die neue Version einer alten Fragestellung«* sei. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts beginnt die Wirtschaftstheorie, die Wirkung des internationalen Handels auf die internationalen Kapital- und Migrationsbewegungen zu berücksichtigen. Bei dieser Gelegenheit wundert sich Sassen darüber, daß die meisten der aktuellen Studien zur Migration es vermeiden, den Zusammenhang zwischen der Mobilität von Kapital und Arbeitskraft zu behandeln: Und das zu einer Zeit, wo die Zirkulation des Kapitals und die Internationalisierung von Produktion und Arbeitsmarkt wesentliche Merkmale des modernen Kapitalismus sind. Heute gibt es *»einen internationalen Raum, innerhalb dessen die Zirkulation von ArbeiterInnen genau so als einer der Ströme wie Kapital, Waren, Dienstleistungen und Information betrachtet werden kann.«*[4] Sassen betont diesen Gesichtspunkt: (Ein-) Wanderung könne nicht länger als eine streng nationale Angelegenheit angesehen werden, sondern im Gegenteil als Ergebnis der Globalisierung von Tauschbeziehungen. Nur so werde man verstehen können, warum Bevölkerung (Dichte und Wachstum) und Armut nicht mehr zur Erklärung der neuen Wanderungstendenzen ausreichen. Daraus ergibt sich eine erste Schlußfolgerung: In der aktuellen Phase des Kapitalismus bestimmt der Rang einer Gesellschaft in der Internationalisierung der Produktion ihren Rang auf dem Weltarbeitsmarkt. Man hat Wanderungsbewegungen immer aus der Rückständigkeit der jeweiligen Länder erklärt. Sollte das jemals richtig gewesen sein, so ist es heute falsch. Die aktuelle Phase des Kapitalismus läßt einen direkten Zusammenhang zwischen Internationalisierung der Produktion und internationalen Wanderungsbewegungen deutlich werden.

In den 70er Jahren beschleunigten umfangreiche Investitionsströme in die armen Länder diese Internationalisierung. Sassen zeigt, daß genau die Länder, in die die US-amerikanische Industrie ihre Produktion auslagerte, zu den Hauptexporteuren von Arbeitskraft in Richtung USA wurden: Mexiko, die Philippinen, Südkorea und Taiwan. Auf diese Weise kommt man zur zweiten Schlußfolgerung: Die Investition fremder Kapitale schafft gleichzeitig Arbeitsplätze und Voraussetzungen für eine neue Auswanderung. Auf der Suche nach immer niedrigeren Produktionskosten haben die multinationalen Konzerne die intensive Landwirtschaft und die Exportindustrien mit hohem Arbeitskräftebedarf in die armen Länder verlagert. Diese Investitionen haben die Strukturen der traditionellen Gesellschaften und ihrer Ökonomien zerstört und damit eine massive Landflucht und vor allem die Proletarisie-

[4] Sassen, a.a.O., S. 3.

rung junger Frauen ausgelöst. Diese Proletarisierung von Frauen - als neue und spezifische Entwicklung der Internationalisierung der Produktion - ist die Grundlage für die Destabilisierung der armen, patriarchalen Gesellschaften, bewirkt Arbeitslosigkeit bei den Männern und bringt ein Arbeitskräftereservoir hervor, das zur Auswanderung in der Lage ist.[5] Die Internationalisierung der Produktion hatte auch den industriellen Verfall der alten kapitalistischen Zentren zur Folge.[6] Aber Dezentralisierung und internationale Zerstreuung der Produktion gehen mit Kapitalkonzentration und Zentralisierung der Produktionskontrolle einher, betont Sassen. Denn wenn der Umfang der ausländischen Direktinvestitionen in den Volkswirtschaften die wachsende Internationalisierung der Produktion offenbart, so ist sie auch Ausdruck der wachsenden Kapitalkonzentration. Diese offensichtlich widersprüchliche Entwicklung charakterisiert das, was man heutzutage »globale« Ökonomie nennt. Mit ihr entsteht ein hochspezialisierter Dienstleistungssektors, der in einigen Großstädten der alten kapitalistischen Zentren konzentriert ist. Diese »Global Cities« der modernen Phase des Kapitalismus sind zu den Orten geworden, die auf Finanzen, Verwaltung, Information und Kontrolle einer dezentralisierten Produktion spezialisiert sind. Dieser moderne Dienstleistungssektor, der auf hohem technischen Niveau arbeitet, braucht eine neue Art billiger, flexibler und gehorsamer Arbeitskraft. Infolgedessen verändern sich städtische Struktur und Bevölkerung in diesen Riesenzentren. Dazu bemerkt Sassen, daß *»die Entstehung eines informellen Sektors in den großen Städten eher das Ergebnis dieses neuen Entwicklungstyps ist als nur ein Produkt der hohen Arbeitslosigkeit oder sogar der starken Zufuhr neuer Einwanderer.«*[7] Die Entwicklung von Niedriglohnsektoren ist kein Zeichen von Verfall, sondern ganz im Gegenteil das Erscheinungsbild der neuen kapitalistischen Dynamik. Sassen schlußfolgert: *»Dequalifizierte Arbeitsplätze können zu den modernsten Sektoren der (neuen) Ökonomie gehören, und rückständige Sektoren dieser selben Ökonomie können Trägerinnen ihres Wachstums sein.«*[8]

Bis zu den 80er Jahren war der US-amerikanische Kapitalismus der weltgrößte Kapitalexporteur. Seitdem hat sich die Situation vollkommen umgedreht, und 1981 sind die USA selbst zum größten Kapitalimporteur

[5] Diese Entwicklungen entwerten die traditionelle männliche Identität. Ohne Arbeit ist der Mann nicht mehr in der Lage, eine Familie zu gründen. Auswanderung wird zur einzigen Möglichkeit, Arbeit zu finden und diese Identität zurückzugewinnen; siehe »Tomorrow's second sex«, in: The Economist, London, 28.9.1996.

[6] Zwischen 1969 und 1972 gingen in den USA 22 Mio. Industriearbeitsplätze verloren.

[7] Sassen, a.a.O., S. 129.

[8] Sassen, ebenda.

geworden. Laut Sassen erklärt sich das daraus, daß *»mehrere der hochindustrialisierten Regionen wieder mit den Industriezonen der Dritten Welt auf der Ebene von Direktinvestitionen konkurrenzfähig geworden sind, unabhängig davon, ob die Investitionen aus dem In- oder Ausland kommen.«*[9] Wie man gesehen hat, hat die vor sich gehende Globalisierung eine Zentralisierung von Kontrolle und Verwaltung des Kapitals mit sich gebracht. Nachdem sie in einer ersten Periode dezentralisiert wurde, kehrt ein Teil der Industrieproduktion in die entwickelten Länder zurück, und zwar auf Kosten der armen Länder.[10] Nachdem ihre Strukturen durch exportorientierte Produktionszonen zerstört worden sind, laufen sie jetzt Gefahr, erneut vom produktiven Kapital verlassen zu werden.[11] Das zeigt, wie falsch es ist, Globalisierung und Vereinheitlichung der kapitalistischen Entwicklung gleichzusetzen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Globalisierung ist die moderne Form der ungleichen Entwicklung. Die aktuelle Entwicklung beweist auch, daß die multinationalen Konzerne, die die Weltwirtschaft beherrschen, an ihre Nationalstaaten und ursprünglichen Märkte gebunden bleiben.[12] Sassen bietet mehrere Erklärungen für diese Rückkehr der Fabrikproduktion in die kapitalistischen Länder an: technische Vorteile, Protektionismus, die Nähe großer Märkte[13] und letztendlich die Kosten der politischen und sozialen Instabilität in den neuen Entwicklungsländern.[14] Dazu kommt in den alten kapitalistischen Zentren die Anwesenheit einer neuen eingewanderten Arbeitskraft, die billig, flexibel und den neuen Ausbeutungsformen sowie der Fabrikproduktion perfekt angepaßt ist. Die aktuelle Periode des Kapitalismus, »Globalisierung« genannt, verstärkt die Tendenz zur Verarmung proletarisierter Schichten sowohl in den Gesellschaften der Dritten Welt als auch in den alten Zentren.

[9] Sassen, a.a.O., S. 171.

[10] Sassen untersucht die Bekleidungs- und Elektronikindustrie in New York bzw Los Angeles.

[11] Vgl. Le Monde, 24.6.1997, Nike findet die asiatischen Löhne langsam zu hoch.

[12] Die multinationalen Konzerne kontrollieren 90 Prozent der internationalen Kapitalbewegungen. Die US-Multis verkaufen 70 Prozent ihrer Waren in den USA.

[13] Die USA und Kanada bilden den ersten Weltmarkt.

[14] Die immer größere Unzufriedenheit der Arbeiter, Streiks und gewalttätige Demonstrationen (Vietnam, China, Indonesien) beunruhigen die Konzerne, die sich in Asien niedergelassen haben, siehe *Le Monde*, 24.6.1997. Der Generalstreik in Südkorea von 1997 zeigt, daß die Senkung der Produktionskosten in diesen Ländern an ihre Grenzen gestoßen ist. In Mexiko – wo die Neuzusammensetzung der politischen Klasse mit starken sozialen Unruhen einhergeht – konzentrieren die Multis ihre Investitionen in den grenznahen Gebieten zu den USA.

Auf diese Weise wird ein Weltarbeitsmarkt erkennbar, der die Bedingungen für den Aufschwung internationaler Wanderungsbewegungen geschaffen hat. Gleichzeitig hat die Stärkung der inneren Staatsmacht die Kontrolle dieser Wanderungsbewegungen im nationalen Rahmen erlaubt und einen Arbeitskrafttyp mit einem Sonderstatus hervorgebracht. Seit dem 19. Jahrhundert, so Sassen, *»ist jede Migrationspolitik eines Nationalstaats an seine Stellung innerhalb der Weltwirtschaft gebunden.«*[15] Die institutionellen und rechtlichen Unterschiede, die die Lebensbedingungen der eingewanderten Arbeiter festlegen, haben hauptsächlich das Ziel, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu senken – indem an ihrer Ausbildung und ihren Sozialkosten gespart oder Arbeitslosigkeit und gegebenenfalls soziale Unzufriedenheit exportiert wird. Der Import von Arbeitskraft geht immer mit kapitalitischer Expansion einher. Deshalb wurde während des Wiederaufbaus im Nachkriegseuropa massiv zur Einwanderung aufgefordert. Heute nutzen die entwickelten Länder diese Arbeitskraft, indem sie aus einem internationalen Arbeitsmarkt schöpfen, der sich immer weiter ausdehnt. Die neue Einwanderung konzentriert sich jetzt auf die städtischen Riesenzentren, wo die Kontrolle der Weltwirtschaft zentralisiert ist und billige, flexible Arbeitskräfte gefordert sind. Überall in den entwickelten Ländern wird die Einwanderungspolitik im Sinne einer Verschärfung diese Sonderstellung überprüft, indem der Aufenthaltsstatus der Einwanderer stärker angreifbar gemacht wird, und zwar so weit, daß er sogar geleugnet wird.[16] Die auf Dauer angelegte Einwanderung entspricht nicht mehr den aktuellen Erfordernissen des Kapitalverwertung. Die Nationalstaaten versuchen also eine Rotationsmigration zu institutionalisieren, bei der Unsicherheit die Normalsituation ist. Daraus folgert Sassen: *»Wenn man die aktuelle Situation der internationalen Wanderungsbewegungen mit denen zu Anfang des Jahrhunderts vergleicht, stellt man fest, daß es eine wachsende Tendenz gibt, MigrantInnen als Ware zu behandeln.«*[17]

2.

Der Übergang von Binnenwanderungen und Zuwanderung aus den Kolonien zu internationalen Wanderungsbewegungen ist immer mit einer stärkeren

[15] Sassen, a.a.O., S. 34

[16] Anfang der 80er Jahre lag die Schätzung über die Anzahl illegaler EinwandererInnen in den USA zwischen drei und zwölf Millionen – im Verhältnis zu einer Einwohnerzahl von 230 Millionen.

[17] Der Export der Ware Arbeitskraft ist für Länder wie die Phillipinen oder Mexiko lebenswichtig geworden (mehr als 600.000 Personen pro Jahr).

Komplexität des kapitalistischen Systems einhergegangen. Der Fall Frankreich ist beispielhaft: Nachdem der französische Kapitalismus auf Binnenwanderungen vom Land und auf Wanderungsbewegungen aus den Kolonien zurückgegriffen hatte, verschlang er im Verlauf seiner Ausweitung in der Nachkriegszeit die Arbeitskraft von armen Bauern und Proletariern aus den südeuropäischen Ländern. In diesem Fall sind die Bewegungen der Arbeitskraft der Kapitalbewegung vorangegangen. Aber sie haben das Zusammenwachsen der europäischen Ökonomien und die Schaffung eines vereinigten Wirtschaftsraums angekündigt. In dieser Entwicklung fielen die schwachen Ökonomien der Dritten Welt immer weiter unter die Kontrolle der großen kapitalistischen Konzerne des »harten Kerns« von Europa. Ihre produktive Infrastruktur wurde beschnitten, und die kleinen lokalen Märkte wurden in den Gemeinsamen Europäischen Markt integriert. Der Massenauswanderung folgte auf diese Weise die Ankunft von Volkswagen und Renault, von Philips und Bouygues[18], der großen Landwirtschaftskonzerne, von Carrefour[19] oder Ikea. Innerhalb Europas sind die Beziehungen zwischen Kapitalbewegungen und Bewegungen von Arbeitskräften gut sichtbar, sobald es sich aber um Einwanderungen aus Asien oder Afrika handelt, werden die Verhältnisse unklarer. Trotzdem ist der andauernde Einwanderungsstrom aus Nord- und Schwarzafrika nach Frankreich nicht unabhängig von der Geschichte des französischen (Neo-) Kolonialismus und der weiterbestehenden Interessen des französischen Kapitalismus in diesen Regionen zu verstehen. Außerdem waren die ökonomischen Nebenwirkungen dieser Einwanderung lebenswichtig für die von Paris eingesetzten lokalen Regimes; daher auch die Bedeutung der zwischenstaatlichen Beziehungen in der französischen Einwanderungspolitik.

Die Erwartungen vieler dieser eingewanderten ArbeiterInnen an die französische Gesellschaft speisen sich aus historischen Verbindungen und kulturellen Bezügen, die durch den Kolonialismus geschaffen wurden. Auf diese Weise wird der Wunsch nach Integration in die französische Gesellschaft zu einem mächtigen Mobilisierungsfaktor. Das konnte man an den Kämpfen der »Sanspapiers« (1996-1997) gut sehen, wo die Forderung nach sozialen Rechten für die Kinder der illegalen EinwandererInnen der Bewegung Zusammenhalt und Entschlossenheit verschaffte. Aber dieser Anspruch wird von der Staatsgewalt auch zur Spaltung eingesetzt. Er schafft es, die Bewegungen von der Ebene der Ausbeutung abzulenken und sie auf humanitäre Ziele und die Verteidigung formeller Rechte zu reduzieren. Die

[18] Großer Baukonzern.

[19] Supermarktkette.

Kollektivität in den Kämpfen wird nach Integrationskriterien gespalten, die sich im wesentlichen auf die Rechte von Familien und Kindern stützen. Das erklärt übrigens auch, warum die politische Klasse in Frankreich ständig zwischen Repression durch Integration und Repression ohne Integration schwankt. Deshalb ist die Familien- und Kinderproblematik das wichtigste bei allen Reglementierungsvorstellungen für die Einwanderung und jeder neuen Maßnahme des Staates, die den Aufenthalt der EinwandererInnen noch unsicherer machen soll. Schließlich ist das auch der Grund, warum in Frankreich jeder Versuch, die EinwandererInnen als bloße Arbeitskräfte zu behandeln, zu einem Riesenkonflikt und zu einem politischen Destabilisierungsfaktor für die gesamte Gesellschaft wird. Die dynamischen Sektoren des Kapitalismus brauchen künftig eine Einwanderung neuen Typs: prekär, flexibel und mit minimalsten Rechten ausgestattet. Der französische Staat muß also eine neue Einwanderungspolitik einführen, die den aktuellen Ausbeutungserfordernissen entspricht. Dazu muß er sich mit den Lasten der Vergangenheit auseinandersetzen und jede Menge Ausflüchte suchen. Einerseits muß er weiterhin die hartnäckigen Eingliederungsforderungen der ImmigrantInnen seiner alten Kolonialstaaten berücksichtigen. Andererseits kann er versuchen, aus dem Einflußverlust des französischen Kapitalismus in Afrika einen Nutzen zu ziehen. Die Einwanderungspolitik des französischen Staates könnte sich schließlich von den Zwängen freimachen, die durch die zwischenstaatlichen Beziehungen aus der Entkolonisierungsperiode entstanden sind.

3.

Im Kapitalismus richtet sich die Wanderungsbewegung der ArbeiterInnen nach den Bedingungen für den Verkauf und Kauf der Ware Arbeitskraft. Genau wie die Kapitalbewegung ist diese Bewegung nur innerhalb der Marktgesetze »frei«. Heutzutage ist die Verunsicherung der Bedingungen der EinwandererInnen die freieste Form, die die Zirkulation der Menschen als Ware annimmt. Dabei ist es wichtig zu sehen, daß in den entwickelten Ländern die Modernisierung der Einwanderungspolitik mit der Reform des Wohlfahrtsstaats einhergeht. Bekanntlich mchen die Sozialausgaben in den großen modernen Staaten nur einen kleinen Teil des Staatshaushalts aus.[20] Die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme und der Ausschluß weiter Teile der armen Bevölkerung hat vor allem das Ziel, die globalen Arbeitskosten zu verringern und so die Kapitalrentabilität zu verbessern. Ein Angriff

[20] In den USA leben 14 Prozent der Bevölkerung unterhalb der offiziellen Armutsgrenze; Sozialhilfe und Lebensmittelmarken machen drei Prozent der Staatshaushalts aus.

auf den Soziallohn hat nur in dem Maße Sinn, wie er eine Senkung der des direkten Lohns nach sich zieht. Die Infragestellung der früheren Arbeitsgesetzgebung, die Auflösung der Garantien der Arbeiterklasse alten Typs und die Prekarisierung der Stellung der EinwandererInnen sind weitere Maßnahmen, um eine neue Arbeitskräftereserve zu günstigen Preisen zu schaffen. Bei der Senkung der Sozialleistungen geht es um dasselbe. Das ist der Zweck der Reform des amerikanischen »Welfare«, der heute ein Proletariat auf den Arbeitsmarkt wirft, das zu Tarifen entlohnt wird, die konkurrenzlos sind – egal ob es sich dabei um LohnarbeiterInnen in armen Ländern handelt oder um illegal Eingewanderte, die in den USA arbeiten.[21] Überall in den entwickelten Ländern werden Einsparungen bei den Reproduktionskosten der Arbeiterklasse gemacht. Die Ausweitung des Arbeitsmarktes auf den gesamten Erdball und die Schaffung einer neuen flexiblen Einwanderung tragen dazu bei. Die Einschnitte in das öffentliche Gesundheitswesen zeigen, daß das kapitalistische System diese Ausgaben nicht mehr als sozial notwendig und Bestandteil der Unterhalts- und Reproduktionskosten der Arbeitskraft ansieht. Sie sind in dem Maße überflüssig, wie jeder eingewanderte prekäre Arbeiter gemäß den Notwendigkeiten der Produktion nach Belieben ersetzt, rausgeschmissen oder ausgewiesen werden kann.[22]

Aus der Untersuchung der Bewegung des Kapitals hatte Marx gefolgert, daß jeder Periode der kapitalistischen Entwicklung ein »Bevölkerungsgesetz« entspräche. Heute kommandieren die kapitalistischen Erfordernisse nach Arbeitskräften die Einwanderungspolitik und erklären das Schicksal, das eingewanderten Jugendlichen in den westlichen Ländern vorbehalten ist. Seite an Seite mit den endgültig aus der Produktion rausgeschmissenen Proletariern und genau wie die BewohnerInnen der US-amerikanischen Ghettos und der Slums der Dritten Welt sind diese Jugendlichen ein Teil der überflüssigen Bevölkerung in der aktuellen Phase der Kapitalverwertung.[23] Abgestellt, marginalisiert und kriminalisiert kann diese Jugend nicht mehr fordern, in die Ränge des Proletariats alten Typs erhoben zu werden, das

[21] Nach dem neuen »Workfare-System« werden die Arbeitslosen, statt vom Staat Sozialhilfe zu bekommen, in Privatfirmen oder öffentliche Arbeiten gesteckt, wo sie weiterhin dieselbe Summe bekommen: 1,5 $ pro Stunde bei einem Mindestlohn von 5,5 $.

[22] In den USA entzieht das neue Einwanderungsgesetz (verabschiedet von der demokratischen Administration) den legalen EinwandererInnen die staatlichen Sozialleistungen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Lebensmittelmarken.

[23] Die Folgen dieses Tatbestands hat Viviane Forester überrascht entdeckt und zur Grundlage ihres Buchs »L'Horreur Économique« gemacht: Ein echter Aufschrei der Angst seitens der humanistischen, gutgesonnenen Linken. Der außergewöhnliche Erfolg des Buches ist nicht durch die Banalität des Textes erklärbar, er drückt vielmehr eine fatalistische Unruhe gegenüber der Ökonomie aus, die als Fetisch der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet wird.

selbst durch den Verfall der industriellen Produktion dezimiert ist. Die Bedingungen ihrer Elterngeneration (DauereinwandererInnen mit legalem Status) gibt es nicht mehr oder sind für sie nicht annehmbar, und die der neuen prekären Migration sowieso nicht. Wie Sassen sagt: Der neue Einwanderertyp muß immer mehr auf seine Qualität als Ware reduziert werden, und die wenigen formellen Rechte, die mit dem früheren Einwandererstatus verbunden waren, müssen aufgehoben werden. Die menschlichen Lebensbedingungen des unvollkommenen Staatsbürgers, die ihnen zugestanden worden waren, werden ihnen in Zukunft abgesprochen. Die Jugendlichen aus der Einwanderergeneration, die Fuß gefaßt hat und mit formellen Rechten ausgestattet ist, stellen ein Problem für die soziale Ordnung in den modernen kapitalistischen Ländern dar, die die Reproduktions-, Unterhalts- und Kontrollkosten der Klasse als Belastung ansehen. In Frankreich haben die Reformen des Staatsbürgerrechts und der ständige Rückgriff auf solche Praktiken wie die »Doppelbestrafung«[24] genau diese Jugend im Auge, die zur proletarischen Überbevölkerung gehört.

»Ein Staat hat innerhalb eines gewissen Rahmens öffentlicher Freiheiten die Legitimation, das Verhältnis zwischen seinen Staatsbürgern und seinen Ausländern zu reglementieren«, bekräftigte ein hoher sozialistischer Funktionär.[25] Anders ausgedrückt, er hat das Recht, eine Kategorie von Arbeitskräften mit separatem Status zu schaffen. Die Legalisierungspraxis[26] ist für den Staat zu der Methode geworden, mit der er die neue flexible und prekäre Rotationsmigration steuert. Die Legalisierung zielt nicht so sehr auf den Arbeitsmarkt sondern auf soziale Befriedung ab, sie dient als Sicherheitsventil: *»Der Staat muß nachsichtig sein, weil sonst die Gefahr besteht, daß sich eine Kategorie von Rechtlosen und folglich eine potentiell explosive Situation entwickelt.«*[27] Darüber hinaus hängt jegliche Legalisierungspolitik vor allem vom Kräfteverhältnis ab, das durch die Kämpfe der eingewanderten ArbeiterInnen entsteht, und nicht etwa von einer angeblichen »Großzügigkeit« des kapitalistischen Staates. Die Legalisierungspraxis erkennt an, daß die illegale Einwanderung zu einem unumkehrbaren und ständigen Tatbestand im gegenwärtigen Kapitalismus geworden ist. Die »Legalisierungspolitik« ist die Rechtfertigung der Illegalität.

[24] Ausweisung aus Frankreich für die Jugendlichen aus Einwandererfamilien, wenn sie eine Gefängisstrafe abgesessen haben.

[25] Le Monde, 19.7.1997.

[26] Wir haben in diesem Abschnitt den französischen Begriff »régularisation« mit »Legalisierung« übersetzt, weil uns das gebräuchlicher und verständlicher erscheint als eine »Eindeutschung« des Begriffs als »Regularisation«.

[27] Le Monde, 11.6.1997, Leitartikel.

Die wachsende Willkür des demokratischen Systems hängt mit der modernen Form des »Bevölkerungsgesetzes« zusammen. Die für die Repression notwendigen Ausgaben werden vom System als unabdingbar für die Stabilität der sozialen Beziehungen betrachtet. Die formelle Demokratie versteckt die soziale und ökonomische Ungleichheit, auf die sich der Kapitalismus gründet. Jetzt beginnt eine Epoche, in der die politische Macht versucht, diesen formellen Rahmen auf das nötigste zu reduzieren; und wo der Reformismus sich als Verteidiger des kleineren Übels und der »am wenigsten schlechten Lösung«[28] definiert. Also ist die Arbeitskraft eine ganz besondere Ware in dem Sinne, daß der Arbeiter, der sie verkauft, nie sein Recht auf Menschlichkeit aufgibt. Er selber sieht sich nie auf die Ware reduziert, die ihn existieren läßt. Der eingewanderte Arbeiter investiert um so mehr alle Energie in die Verwirklichung seines Plans, zu überleben und sich in die Gesellschaft zu integrieren, in der er seine Arbeitskraft am teuersten verkaufen kann. Egal wo er seine Arbeitskraft verkauft, er tut es nur, um dort leben zu können. Die Tendenz des modernen Kapitalismus, die MigrantInnen wie Waren zu behandeln, bringt eine neue Art von Klassenwiderstand hervor. Genau in diesem Zusammenhang müssen die Kämpfe der eingewanderten ArbeiterInnen verstanden und unterstützt werden, die sich weigern, ihr Leben auf die Schwankungen des Warenaustauschs reduzieren zu lassen.

[28] Die Modalitäten der Legalisierung und die Veränderungen der Einwanderungsgesetze werden von Universitäts- und anderen »Experten« ausgearbeitet. Diese Arbeiten drücken in ihren Schlußfolgerungen unterschiedslos eine reformistische Fremdenfeindlichkeit aus: sie definieren ein »akzeptables Niveau« von Einwanderung!

Brief an alle Freunde der Zapatistas oder »Gefährliche Abkürzungen«

von Richard Greeman[1]

Liebe Freunde:
Ich bin eben vom Zweiten Interkontinentalen Kongreß gegen Neoliberalismus und für die Menschlichkeit, der in Spanien stattfand und von der zapatistischen Bewegung ins Leben gerufen wurde, zurückgekehrt[2]. Der zweite Kongreß (1997) fand an verschiedenen Orten Spaniens statt, als ein Folgetreffen nach dem Ersten Interkontinentalen Kongreß letztes Jahr in Chiapas, Mexico, der auf Einladung der Zapatisten stattgefunden hatte. Es ist ganz passend, daß die Organisationsbemühungen um die erste wirklich internationale Antwort auf die brutale Offensive des globalen Kapitals gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Armen und Unterdrückten der Welt unter dem Zeichen der Zapatistas stehen.

Die Besetzung einiger Städte im entfernten Chiapas am 1. Januar 1994 durch die Zapatisten - dem Tag, an dem das gegen die Arbeiter und die Umwelt gerichtete Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft trat – kann nur mit dem »Schuß, den die ganze Welt hörte« vom 18. April 1776 verglichen werden. Der Widerstand einiger obskurer Farmer aus Lexington und Concord vor gut zweihundert Jahren enthüllte die Schwäche

[1] Richard Greeman ist am ehesten bekannt als Übersetzer der Romane von Victor Serge. Seit den 1950er Jahren war er aktiv in der US-amerikanischen und französischen Bürgerrechts-, Arbeiter- und Antikriegsbewegung, in der Lateinamerikasolidarität sowie in internationalen revolutionären Bewegungen wie *Socialisme ou Barbarie* und *News & Letters* tätig. Sein jüngstes Projekt ist »Die unsichtbare Internationale ... Sie ist überall«, das demnächst im Internet erscheint. Du kannst ihm schreiben unter: 16, rue de la Teinturerie, F-34000 Montpellier, Frankreich oder per e-mail: <richard.greeman@hol.fr>, falls er seinen Rechner dazu kriegt, mit ihm zu kooperieren.

[2] Der Autor schrieb den Text auf der Rückreise und mußte Marx daher aus dem Gedächtnis zitieren. Die Übersetzer haben nicht alle Stellen gefunden. Um die Veröffentlichung nicht zu verzögern, wurde auf weitere Überprüfung verzichtet.

des damals herrschenden weltweiten monarchischen Systems der Tyrannei und besiegelte dessen Schicksal. Ebenso setzten die Aktionen der Bauern in Chiapas einen Prozeß in Bewegung, der bereits das weltweite Finanzsystem erschütterte und den Untergang des Systems der Einparteien-Staatstyrannei in Mexico besiegelte.

Die Zapatisten fordern von allen Rebellen und Revolutionären der Welt Aufmerksamkeit, das ist kühn und bescheiden zugleich. Kühn in ihrem unausgesprochenen Ruf an die gesamte »Menschheit«, ihrem Beispiel zu folgen und Widerstand zu leisten gegen das, was ihr Wortführer »Neo-Liberalismus« nennt. Bescheiden insofern, daß sie alle und jeden aufrufen, nach Lösungen zu suchen. O-Ton Subcomandante Marcos: »Unsere historische Rolle ist vielleicht darauf beschränkt, Schwächen hervorzuheben und eine neue Art von Diskussion und Partizipation zu eröffnen.«[3]

Obwohl das diesjährige Treffen in Spanien etwas unorganisiert war, war ich erfreut über die Atmosphäre der Offenheit, das Fehlen von Sektierertum und die Sensibilität gegenüber kulturellen Unterschieden, die das Treffen prägten. Als ein alternder Aktivist der 1950er Generation fand ich es besonders erfrischend, an dieser großartigen Bemühung teilzunehmen, eine Politik des Widerstands in einer Atmosphäre von Zusammengehörigkeit, gegenseitigem Respekt und Menschlichkeit »neuzuerfinden«. Erfrischend, weil ich jede Menge vielversprechende Bewegungen erlebt habe, die zerstört wurden durch autoritäre Machtkämpfe zwischen ideologischen Avantgardisten. Diese drängten ihre festgelegte (und manchmal geheime) Parteilinie anderen Gruppen auf, die darum kämpften, mittels Erfahrungen und Konsens Fortschritte zu machen in Richtung Selbstbestimmung <self-definition>.[4]

Während des Treffens hörte ich viele interessante Ideen sowohl über alternative Ökonomie und Widerstandsformen als auch über aktuelle Versuche des Widerstands gegen Globalisierung und die Tendenz, daß das Leben zunehmend zur Ware gemacht wird <commodification of life>. Jedoch spürte ich auch eine große Verwirrung über die grundlegenden Fragen, wer denn genau die Menschheit sei und ob wir nur »gegen den Neoliberalismus« sein sollten oder gegen den Kapitalismus selbst. Als ich schließlich abfuhr, war ich besorgt darüber, daß die Benutzung des Begriffs »Neoliberalismus«

[3] Subcomandante Marcos zitiert in *Depuis les montagnes du sud-est mexicain* (Paris, Ed. de l'insomniaque, 1996), S. 27. Übersetzung R. Greeman.

[4] Zum Beispiel die zerstörerische Rolle der verschiedenen Maoisten, Trotzkisten, Stalinisten, Weather People und Revolutionary-Movement-Fraktionen in den USA, die den SDS (Students for a Democratic Society) stürmten und versenkten und sich um die Kontrolle der Bewegungen gegen den Vietnamkrieg in den 60er Jahren zankten.

als ideologische Abkürzung bei der Beschreibung des Systems, gegen das wir uns stellen, sich als ungenau, irreführend und möglicherweise gefährlich herausstellen könnte.

Wenn ich so darüber nachdenke, ist vielleicht der beste Beitrag, den ich zu der von den Zapatisten eingeleiteten »neuen Art von Diskussion« leisten kann, wenn ich versuche, die Spaltung zwischen den Generationen zu überwinden und meine Befürchtungen zu erklären.

Erstens finde ich die Benutzung des Begriffs »Neoliberalismus« statt »Kapitalismus« ungenau. Genauer gesagt bezieht sich der Begriff »Neoliberalismus« entweder auf eine ökonomische *Theorie* oder auf eine *Politik*, die jene Theorie zur Grundlage hat. Zum Beispiel werden die *Theorie* des freien Marktes der Chicagoer Schule und die Privatisierungs*politik* von Margaret Thatcher und ihren ausländischen Schülern beide korrekt als »neo-liberal« bezeichnet. Das Wort »Kapitalismus« hingegen bezeichnet ein komplettes ökonomisches und politisches *System*.

Das kapitalistische *System* der Lohnarbeit, Warenproduktion, Ausbeutung und Entfremdung ist mindestens fünfhundert Jahre alt und basiert von Anfang an auf der globalen Ausbeutung (1492!). Dieses kapitalistische System hat sich zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Orten verschiedene Theorien, Strategien und politische Formen zu eigen gemacht. Diese reichen von Merkantilismus, Freihandelspolitik, Protektionismus, Monopol-Imperialismus, Wohlfahrts-Kapitalismus bis zum Staatskapitalismus (mit diversen Formen, wie Japans Feudal-Kapitalismus, dem stalinistischen »Kommunismus«, dem Nazi-Faschismus), und jetzt dem Neoliberalismus – alles ohne Veränderung des kapitalistischen Wesens: der Selbst-Expansion des Kapitals durch die Aneignung von unbezahlter Arbeitszeit.

Zweitens finde ich die Benutzung des Begriffs »Neo-Liberalismus« an Stelle des Begriffs »Kapitalismus« irreführend. Weil er nahelegt, daß wir versuchen sollten, die herrschenden Mächte dazu zu zwingen, *eine andere Theorie* (z.B. Neo-Keynesianismus) oder *eine andere Wirtschaftspolitik* (z.B. sozialstaatlichen Kapitalismus) zu übernehmen, in der Hoffnung, daß unter einer solchen Politik der Unterdrückung der Menschlichkeit und der Zerstörung der Natur Einhalt geboten oder sie zumindest deutlich eingeschränkt wird. Wenn dieser Versuch erfolgreich wäre, wäre es sicher eine saubere Abkürzung. Sie würde uns von der Notwendigkeit befreien, über die fürchterliche Aussicht nachdenken zu müssen, daß wir den Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems und seine Ausmerzung durch die Kräfte einer neuen Menschlichkeit, mit all den Umwälzungen und Leiden, die diese Aussicht mit sich bringt, miterleben sollen.

Aber ich habe die Befürchtung, daß diese Hoffnung eine Illusion ist. Sie führt auch dazu, die Gedanken der Menschen darauf zu konzentrieren, sich den aktuellsten *Erscheinungen* des Kapitalismus entgegenzustellen (Verschlankung, Konzernfusionen, Umstrukturierung, Dogmatismus des freien Marktes, Globalisierung)[5], während vernachlässigt wird, seine wesentliche Natur als das *System* der Lohnarbeit und des Warenaustauschs anzugreifen, wo der Profit dadurch entsteht, daß das Kapital unbezahlte Arbeit stiehlt.

Außerdem verführt das »Gegen-den-Neoliberalismus-sein«, insofern »Neoliberalismus« gleichbedeutend ist mit »Freihandel« und »Globalisierung«, fälschlicherweise zu der Annahme, daß die Menschheit unter einer Art von *nationalem* Kapitalismus besser dran wäre. Eine solche Auffassung ist eine offene Einladung an örtliche Aktivisten in jedem Land, sich mit protektionistischen Elementen in den »patriotischen« besitzenden Klassen zusammenzutun, die ebenfalls gegen den »Freihandel« und die Durchdringung durch »das internationale Kapital« sind. Auf diese Weise müssen wir, da sie schließlich auch »gegen den Neoliberalismus« sind, die Ausbeuter am Ort, seien sie Grundbesitzer, Fabrikanten oder Manager von Staatsunternehmen, auf die Seite der »Menschlichkeit« rechnen.

Abgesehen davon, daß sie den fundamentalen Konflikt zwischen Reichen und Armen in jedem Land ignoriert, führt diese protektionistische, »patriotische Allianz«-Version des »Gegen-den-Neoliberalismus-seins« direkt in den Krieg. Da jede patriotische *nationale* kapitalistische Ökonomie mit jeder anderen konkurriert, werden die Reichen unvermeidlich die Armen in ein brudermörderisches Schlachten gegen die »imperialistischen Ziele« einer anderen kapitalistischen Gruppe mobilisieren. Zum Beispiel benutzten Hitlers »Nationalsozialisten« diese Art Propaganda, um das deutsche *Volk* gegen den »Würgegriff« des internationalen jüdischen Kapitalismus und das britische Empire zu wenden, während die japanischen Militaristen auf die nationale Einheit gegen das Eindringen des *weißen europäischen* Kapitals drängten.

Solche Illusionen sind gefährlich. Geld kennt weder Rasse, Hautfarbe noch Nationalität. Der Kapitalismus war von Anfang an global entlang der internationalen Handelsrouten des späten Mittelalters, und die Börse war noch nie für ihren Patriotismus bekannt. Noch kann der Kapitalismus »reformiert« werden. Wenn man darum kämpft, daß der Kapitalismus sein Wesen ändert, dann ist das etwa so realistisch wie der Versuch, einen Haifisch zum

[5] Keine dieser neoliberalen Erscheinungen ist dermaßen neu. Zum Beispiel Globalisierung: 1996 produzierte Asien nur 22% der Weltwarenproduktion, im Gegensatz zu 29% im Jahr 1900. Ganz ähnlich waren Lohnkürzungen, Aussperrungen und Monopole um 1900 so verbreitet wie heutzutage.

Vegetarismus zu bekehren – und etwa genauso ungefährlich. Der Kapitalismus ist von seinem Wesen her nicht eher in der Lage, die unbarmherzige Ausbeutung von Menschen und Umwelt aufzugeben, als der Hai Blut und Fleisch aufgeben kann. Wie der vegetarische Hai verhungern würde, so würde das kapitalistische Unternehmen oder die Nation, die darin scheiterte, ihren Arbeitern das absolute Minimum zu zahlen und das Maximum an Schufterei zu entziehen, durch die Konkurrenz unbarmherzigerer »Haie« auf dem Weltmarkt eliminiert werden.

Mir ist bewußt, wie furchteinflößend es ist, die Tatsache zu akzeptieren, daß der einzige Ausweg für die Menschheit darin besteht, das kapitalistische System komplett auszumerzen. Die Abkürzung, »gegen den Neoliberalismus« zu sein, fühlt sich viel einfacher, sicherer an und scheint mehr im Trend zu liegen. Aber ist es fair, Leute aufzurufen, sich uns anzuschließen und in das Meer des gesellschaftlichen Kampfs einzutauchen, ohne die Warnung auszuhängen: »Gefahr! Gewässer voller Haie!«?

Genau diese Warnung gab die sozialreformerische Arbenz-Regierung 1954 nicht an die Menschen in Guatemala aus. Arbenz entwaffnete sie, die CIA marschierte ein, und das Ergebnis waren Jahrzehnte rechten Terrors. Allendes Leute nahmen 1970 bis 1973 in Chile dieselbe Abkürzung, mit denselben katastrophalen Ergebnissen. Wann wird man das je verstehen?
Wenn es den Anschein hat, ich übertriebe die Bedeutung dieser Frage, dann kommt das daher, daß ich schon lange genug lebe und Zeuge des tragischen Schicksals zweier Generationen von radikalen AktivistInnen wurde. Deren Kämpfe scheiterten auf katastrophale Weise, weil sie vor der Hürde Antikapitalismus scheuten und es angenehmer und modischer fanden, ideologische Abkürzungen zu nehmen und sich selbst als »gegen« etwas Unmittelbareres und Greifbares zu definieren. Ich beziehe mich auf die Antifaschisten aus der Generation meiner Eltern und die Antiimperialisten aus meiner eigenen.

Die Antifaschisten schafften es 1936 bis 1939 nicht, den Faschismus in Spanien zu stoppen (noch sonstwo in Europa). Sie weigerten sich, dem Faschismus als einer extremen Form des Kapitalismus in der Krise entgegenzutreten. Statt dessen nahmen sie eine Abkürzung, die Volksfront gegen den Faschismus. Diese pro-kapitalistische Allianz stalinistisch-kommunistischer, sozialdemokratischer und liberaldemokratischer Parteien, Gewerkschaften und Kulturorganisationen war breit, mächtig und eindrucksvoll. Aber nachdem all die wundervollen Folk Songs gesungen waren und die Märsche marschiert, schlossen die Kommunisten einen Pakt mit Hitler (nachdem sie die antikapitalistische Revolution der spanischen Arbeiter und Bauern

niedergeschlagen hatten)[6], während die europäischen Sozialisten und Liberaldemokraten (Léon Blum u.a.) die bürgerliche spanische Republik ausverkauften und dann in München gegenüber Hitler klein beigaben. Es kostete 20 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg, um Hitler 1945 zu stoppen, und jetzt ist der Faschismus wieder auf dem Vormarsch. Was für eine Abkürzung!

Ganz ähnlich scheiterten die Antiimperialisten der sechziger Jahre daran, den Imperialismus zu stoppen. Statt ihm als einem Aspekt des kapitalistischen Systems entgegenzutreten, nahmen sie jede denkbare Abkürzung von der Unterstützung kapitalistischer Friedenskandidaten wie US-Senator »Clean for Gene« McCarthy bis zum Bejubeln staatskapitalistischer Diktatoren wie Ho Chi Minh, Enver Hoxa, Mao Tsetung, Kim Il Sung, Oberst Gaddafi (alle *echte* Antiimperialisten). In jenen hitzigen Tagen der Kampagnen, Märsche und roten Brigaden hatte niemand Zeit, der Minderheit unter uns zuzuhören, die verstanden hatte, daß »Imperialismus« keine *Politik* ist sondern die *Essenz* des Kapitalismus (seit 1492!), die sah, daß der sogenannte »Kommunismus« nur ein anderer Name für einen totalitären, bürokratischen Staatskapitalismus war und daß die »nationale Befreiung« bedeuten könnte, zu kämpfen und zu sterben, damit ein fremder Unterdrücker durch einen im Lande geborenen ersetzt wird.

Dreißig Jahre später sind die »langen Märsche« meiner antiimperialistischen Generation am Ziel angekommen; die im Untergrund Lebenden sind wieder aufgetaucht und dürfen mitansehen, wie die Führer des »befreiten«, »kommunistischen«, »antiimperialistischen« Vietnam, China und Osteuropas schamlos ausländische Kapitalisten in ihr Land einladen, um ihre Arbeiter unter Schwitzbudenbedingungen auszubeuten, die der »revolutionäre« Ein-Parteien-Staat möglich macht. Diese neue Allianz gegen die Arbeiter wurde durch den absolut ernst gemeinten Kommentar des Leitartiklers der *New York Times* zur Annexion Hong Kongs auf den Punkt gebracht: »Lang lebe das Vermächtnis Maos und Merrill Lynch!«[7]

Sicher, »Antiimperialismus« war einfacher zu erklären als »Antikapitalismus«. Was für eine Abkürzung!

Die Frage ist heute, ob unser Gebrauch des »Anti-Neoliberalismus« als Ersatz für »Antikapitalismus« zu einer weiteren gefährlichen Abkürzung führen kann.

Ich verstehe, wie der Ausdruck von unserer Bewegung übernommen wurde, als Übersetzung aus einem lateinamerikanischen Kontext, in dem eine

[6] Ken Loachs neuer Film "Land und Freiheit" erzählt diese Geschichte sehr genau, desgleichen damals Schriftsteller wie George Orwell und Victor Serge (aber wer hörte darauf?).

[7] N.Y.Times, 3.6.1997. Merrill Lynch ist der größte Händler an der Wall Street.

reichhaltige Kultur mitschwingt. Ich sympathisiere auch mit dem Bestreben, nicht ideologisch erscheinen zu wollen. Doch ich frage und sorge mich auch, warum wir Radikalen uns dagegen sträuben, den treffenden Begriff, »Kapitalismus«, zu benutzen, wenn sogar konservative Bücher und Leitartikler keine Scheu haben, das »K-Wort« zu benutzen, um das System zu beschreiben, unter dem wir leben. Tatsächlich preist sich das populärste Wirtschaftsmagazin der USA selbst an als »*Forbes: Kapitalistisches Handwerkszeug*«.

Die einzige Erklärung, die ich für die nahezu phobische Vermeidung des »K-Worts« gehört habe, ist die, daß ein gewisser Karl Marx es benutzte, und wir wollen nicht als »Marxisten« bezeichnet werden (das wollte Marx auch nicht!!!).[8] Sicher, für viele Menschen heute ist der Marxismus starr, besudelt und, was das schlimmste ist, *veraltet*. Also erfinden wir das Rad des »Kapitalismus« neu und benennen es unbeholfen um in »jenes neoliberale runde Ding, das rollt«. Wenn wir dieser Logik weiter folgen, sollten wir es auch vermeiden, Begriffe zu benutzen wie »Evolution«, »das Unbewußte« und »Schwerkraft«. Schließlich sind Darwin, Freud und Newton ebenfalls starr, besudelt und *veraltet*. Und wir wollen die Anhänger der Schöpfungslehre, der Willensfreiheit und der Theorie der Erde als Scheibe nicht ausschließen oder beleidigen und schon gar nicht als »elitär« erscheinen.

Scherz beiseite, die schlimmste Art elitär zu sein besteht für mich darin, von oben herab mit Leuten zu reden und unbequeme Wahrheiten mit einem Zuckerguß zu versehen. Ich erinnere mich noch an die kommunistenfreundlichen französischen Antiimperialisten der fünfziger Jahre, die die Wahrheit über das russische *Gulag* vor den französischen Arbeitern verbargen, »um nicht Billancourt in die Verzweiflung zu treiben«[9]. Wenn die linken Intellektuellen in den fünfziger Jahren die Ehrenhaftigkeit besessen hätten, die Wahrheit über den Stalinismus zu sagen, dann säßen vielleicht heute nicht die neoliberalen Pariser »Neuen Philosophen« im Sattel, und die Arbeiter in Billancourt würden nicht für Le Pens Nationale Front stimmen – wie das viele aus Verzweiflung tun.

Die Dinge bei ihrem wirklichen Namen nennen. Das ist meiner Meinung nach der Anfang von Weisheit und Integrität, ob du mit einem Kind über Tod

[8] Marx sprach sich in seinen Briefen vehement gegen das Etikett »Marxist« aus und gegen das sektiererische System, das daraus folgte. Auch wenn Marx offiziell der ersten Internationalen Arbeiter-Assoziation als ihr Generalsekretär vorsaß, blieb die Internationale in Wirklichkeit doch eine Organisation mit vielfältigen Strömungen, sonderbarerweise ähnlich dem, was wir 1997 wiedereinzuführen versuchen. Nur eine Minderheit in Marxens Internationaler stimmte mit seinen Ideen überein, und die Mutualisten (Anhänger Proudhons, der gegen Streiks, Frauenrechte und Juden war) stimmten oft Marxens Vorschläge nieder.

[9] »ne pas désespérer Billancourt«; Im Pariser Vorort Billancourt steht die alte Renault-Fabrik.

und Sexualität redest oder mit Menschen, die im Kampf stehen, über den Kapitalismus.

Auf jeden Fall gibt es sowas wie »nicht-ideologisches« Vokabular nicht. Jeder Ausdruck offenbart den ihm zugrunde liegenden ideologischen Kontext. Die überwältigende Medienideologie der heutigen Zeit ist der Anti-Marxismus, und dieser vorherrschende Kontext fordert, daß wir solch »abgedroschene« und *veraltete* Wörter wie »Kapitalismus« vermeiden. Und so reden wir von Postmodernismus, Postindustrialismus, Postfordismus, Globalisierung, Neoliberalismus – *irgendwas*, um den Makel jenes armen, ungelesenen, *veralteten* und zwanzig mal diskreditierten Philosophen zu vermeiden, der als erster, und höchst akkurat, das kapitalistische System analysierte: Marx.

Merkwürdigerweise sind die besten, zwingendsten Beobachtungen über die gegenwärtige Situation, die ich in unseren von den Zapatisten inspirierten Bewegungen gehört habe, nicht mehr als 1997er Updates dessen, was Marx 1867 in seinem Buch über das *Kapital* schrieb. Dort analysierte Marx die grundlegenden Gesetze des Kapitalismus wie die Konzentration des Reichtums, die Verbreitung der Armut und das Andauern der Massenarbeitslosigkeit (das nannte er »das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«).

Darüberhinaus war Marx an der politischen Front in der Lage zu sehen, daß die Essenz des Nationalstaats (ob demokratisch oder monarchisch) in der Gewalt lag, den »besonderen Abteilungen der bewaffneten Männer, Gefängnisse usw.«, die für die Zwecke der Repression organisiert wurden, um den Status quo zugunsten der Reichen aufrechtzuerhalten. Er beobachtete, daß kapitalistische Regierungen wie eine Art »Zentralkomitee« der Bourgeoisie handeln, das im Interesse des Kapitals herrscht und seine inneren Streitigkeiten schlichtet. Heute sehen wir, wie sich Armeen, Polizeikräfte, Gefängnisse und andere repressive Apparate in jedem Land vervielfältigen. Wir werden uns zunehmend bewußt, daß riesige legale und illegale finanzielle Zuwendungen die »demokratische« Politik überall dominieren, während »Reformen« lediglich die Macht der großen Interessen und ihrer Schmiergeldfonds über gewählte Beamte stärken.

Schließlich zeigte Marxens originelle Analyse der »sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals« wie, beginnend mit 1492, das Kapital *nicht* durch die harte Arbeit und Sparsamkeit der Kapitalisten geschaffen wurde, sondern durch den Gebrauch bewaffneter Streitkräfte, um die eingeborenen Völker der vorkapitalistischen Länder zu »berauben, versklaven und in den Minen zu begraben« – ein globaler Prozeß, der sich

heute bis zu einem Punkt beschleunigt, wo nicht nur eingeborene Völker, sondern die Umwelt selbst bedroht ist.

Aus diesen Analysen folgerte Marx, daß das globale Kapital seine Expansion niemals aufhören könne, bis es die gesamte Erde übernommen und jeden Menschen in einen abhängigen Konsumenten von Waren verwandelt hätte, ob als Lohnsklave oder Angehörige/r der, wie er es nannte, »industriellen Reservearmee«. Des weiteren begann Marx gegen Ende seines Lebens zu sehen, daß die Bindung vorkapitalistischer Völker an ihre kommunale Kultur und Ökonomie (z.B. der *Mir* der russischen Bauern) sowohl Widerstand gegenüber der Degradierung durch den Kapitalismus, als auch die Keimzelle einer zukünftigen Gesellschaft repräsentierte. Kurz vor seinem Tod sah Marx den Aufstieg riesiger mächtiger Konzerne und erkannte, daß sich der Kapitalismus selbst in sein eigenes Gegenteil verwandeln könnte, vom Wettbewerb zum Monopol, von der nationalen Rivalität zu internationalen Konzernen, tatsächlich zu einer einzigen kapitalistischen Ökonomie, ohne seine Essenz zu verändern: den unstillbaren Hunger nach unbegrenztem Profit, beruhend auf der Ausbeutung der Arbeit und der Erde.

Nichtsdestotrotz bleibt der Name Marx 1997 verflucht, während seine Analysen der Erwerbslosigkeit, der Verelendung, der Konzentration und Akkumulation, der Globalisierung des Kapitals dem Beobachter immer offensichtlicher werden (und *in der Praxis* der Kapitalisten und Börsenanalytiker allgemein akzeptiert werden!). Dieser Bannfluch ist so stark, daß sogar Subcomandante Marcos in seinem kürzlich in *Le Monde Diplomatique* (August 1997) abgedruckten Manifest »Der Vierte Weltkrieg hat schon begonnen« genau sechs dieser Punkte von Marx entwickelt, ohne einmal Marx oder seine Theorien zu erwähnen. Mit dem Ergebnis, daß wir, wenn wir das »siebte Teilchen« von Marcos' Puzzle erhalten, nicht mehr sicher sind, ob der »Vierte Weltkrieg» der Krieg zwischen den Reichen und den Armen ist oder der Krieg zwischen dem globalisierenden Neoliberalismus und der »nationalen Souveränität«.

Sicher sind Konzepte wie das des Neoliberalismus erleuchtend und nützlich beim Beschreiben von Aspekten unseres modernen Zustands. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß sie zum Ersatz werden, zu ideologischen Abkürzungen wie Antifaschismus und Antiimperialismus. Wenn wir uns davor scheuen, uns dem zentralen Problem des Kapitalismus zu stellen, nämlich als System der Ausbeutung, wenn wir dabei versagen, *den Feind bei seinem Namen zu nennen*, dann, so fürchte ich, werden unsere Bewegungen in der nächsten Krise feststellen, daß sie ideologisch entwaffnet sind. Zum Beispiel werden nach dem nächsten Börsenkrach opportunistische kapitali-

stische Politiker anfangen, gegen den »Neoliberalismus« aufzutreten, um Stimmen zu erhalten, und Wall Street mag zulassen, daß sie gewählt werden, damit sie die Massen ruhig halten und unsere Bewegungen kooptieren können. Was wird es dann bedeuten, »gegen den Neoliberalismus« zu sein?

Tatsächlich sind schon heute die einzig konsistenten Gegner der Globalisierung in Frankreich und den USA die halbfaschistischen Nationalisten Le Pen und Pat Buchanan. Sie stehen sicherlich dafür, die »nationale Souveränität« gegen den Neoliberalismus zu verteidigen. Es ist wohl bekannt, daß »Politik seltsame Bettgenossen macht«. Wie kann unsere Bewegung es vermeiden, mit diesen Leuten im selben Bett zu landen (zum Beispiel beim Kampf gegen Fabrikschließungen), wenn wir zögern, klar aufzutreten und offen gegen den Kapitalismus Stellung zu beziehen? Ich war in meinem Leben *zweimal* Zeuge sogar noch seltsamerer Allianzen, und darum erfinde ich hier nicht einfach Paradoxa, um clever zu dazustehen.

Hier ein weiteres Beispiel: 1949 wurde Mao Tse-Tungs »kommunistisches« chinesisches Regime auf der Grundlage einer weiteren Abkürzung errichtet: Maos Theorie des »Blocks der vier Klassen«, der die Arbeiter und Bauern hinter den »patriotischen Landbesitzern« und der »nationalen Bourgeoisie« vereinte im Kampf für die nationale Souveränität gegen die ausländischen Kapitalisten. Die Arbeiter erhielten unter Mao nie ihre Rechte, und das heutige »kommunistische« China lädt den ausländischen Kapitalisten ein sie auszubeuten, während die Partei die »nationale Souveränität« mit ihren Ansprüchen auf Hong Kong und Taiwan sichert.

Schlußfolgerung:

Was ich an unserer von den Zapatisten inspirierten Bewegung liebe, ist das allgemeine Verständnis, daß es das böse, geldbestimmte System des Warenaustauschs ist (einschließlich der *Lohnarbeit* selbst), das abgeschafft werden muß, wenn wir wie menschliche Wesen leben wollen, wie es die Indianer von Chiapas mit schrecklich wenig Aussicht auf Erfolg zu tun versuchen. Dieser Humanismus hebt sich von früheren Bewegungen (sozialistischen, kommunistischen usw.) ab, die oft innerhalb des kapitalistischen Spiels stecken blieben, indem sie einfach *mehr* für die Arbeiter forderten oder indem sie annahmen, daß wenn der Staat nur den Markt ersetze, der Kapitalismus anders wäre. Was das angeht, so ist unsere zapatistische Analyse – auf der Grundlage der humanistischen Philosophie vorkapitalistischer indigener Menschen, deren Revolte eine Verweigerung der Lohnarbeits-Warengesellschaft ist – tausendmal näher an den ursprünglichen Ideen von Marx als die

Analyse der meisten selbsternannten »Marxisten«[10]. Und all den Anhängern des Wohlfahrtsstaats, den Sozialdemokraten, Verstaatlichern und »Kommunisten« mit ihren bürokratischen Allheilmitteln, sind wir Lichtjahre voraus.

Die Leute von Chiapas haben verstanden, wie Marx selbst das tat, daß das Kapital kein *Ding* ist, sondern ein Verhältnis zwischen Menschen – ein Machtverhältnis, das es der einen Person ermöglicht, erst anderer Leute Land zu stehlen und dann ihre Arbeit zu stehlen und diesen Diebstahl unter dem »freien und gerechten Austausch« von Geld für Arbeitskraft zu verstecken. Wie der ursprüngliche Marx verstehen sie, daß dieses perverse, durch Geld vermittelte Verhältnis ausgerottet und durch *neue menschliche Verhältnisse* ersetzt werden muß, die auf Gleichheit, Kooperation und Gemeinschaft beruhen.

Aber kann die Menschheit dieses Ziel erreichen, ohne das Tier beim *Namen* zu nennen, dem wir uns entgegenstellen und das wir überwältigen müssen – Kapitalismus?

Ich weiß die Antwort nicht, aber ich denke, diese Frage ist es wert, daß wir uns damit beschäftigen. Auf jeden Fall bin ich persönlich es leid, zusehen zu müssen, wie Bewegungen versuchen, Haie zu Vegetariern zu machen, und ihre Beine abgebissen bekommen. Ich habe es satt, so angestrengt zu versuchen, »breit«, »unideologisch« und »relevant« zu erscheinen, daß wir am Ende Abkürzungen nehmen, die sich als Straßen zur Hölle erweisen. George Bernard Shaw hatte recht: »Die Straße zur Hölle *ist* gepflastert mit guten Absichten.«

Mit solidarischen Grüßen

Richard Greeman

[10] In einer kürzlich erschienenen Flugschrift richten drei verschiedene Autoren äußerst scharfe kritische Aufmerksamkeit auf das Problem der Manipulation des Images der Indianer-Rebellion in Chiapas: Sylvie Deneuve, Marc Geoffroy, Charles Reeve: *Au-delà des passe-montagnes du sud-est mexicain*. Deutsch in: Wildcat-Zirkular 22, S. 21 ff.

Im Wildcat-Zirkular Nr. 39 war ein unser »Offener Brief an John Holloway« abgedruckt, der auch auf seinen Text »Dignity's Revolt« Bezug nimmt, der bislang nur im Internet veröffentlicht war. So war die Kritik für die meisten LeserInnen nicht nachprüfbar. Da dieser Text sehr umfangreich ist, veröffentlichen wir hier in Absprache mit dem Autor unsere Übersetzung einer Kurzfassung.

Die Würde und die Zapatistas

1. Was sich am 1. Januar 1994 erhob, war die Würde. So stellen es jedenfalls die Zapatistas selbst dar:
»Dann ließ das Leiden, das uns vereinte, uns sprechen, und wir erkannten, daß in unseren Worten Wahrheit war, wir wußten, daß in unserer Zunge nicht nur Schmerz und Leiden wohnten, wir erkannten, daß es immer noch Hoffnung in unseren Herzen gibt. Wir sprachen mit uns selbst und sahen in uns selbst hinein und wir betrachteten unsere Geschichte: Wir sahen unsere Urväter, wie sie litten und kämpften, wir sahen, wie unsere Großväter kämpften, wir sahen unsere Väter mit der Wut in der Hand, wir sahen, daß uns nicht alles weggenommen worden war, daß wir das Wertvollste hatten, das, was uns leben ließ, was unseren Schritt sich über Pflanzen und Tiere erheben ließ, was den Stein unter unseren Füßen sein ließ, und wir sahen, Brüder, daß alles, was wir hatten, die Würde war, und wir sahen, daß die Schande, daß wir sie vergessen hatten, groß war, und wir sahen, daß die Würde gut war, damit Menschen wieder zu Menschen würden, und die Würde kehrte in unser Herz zurück, und wir waren wieder neu, und die Toten, unsere Toten, sahen, daß wir wieder neu waren, und sie riefen uns wieder, zur Würde, zum Kampf.«

Was ist an dieser Würde, das uns von Pflanzen, Tieren und Steinen unterscheidet? Dieser Begriff wurde weder in der politischen Theorie noch in der marxistischen Theorie viel benutzt. Fast sicher gehörte er nicht zum ideologischen Gepäck, mit dem die ursprüngliche Gruppe von RevolutionärInnen 1983 in den Dschungel ging. Die Würde wurde im Dschungel geschmiedet. Es gab einen Lernprozeß, den die Zapatistas als Zuhören beschreiben. *»Das ist die große Lektion, die die indigenen Gemeinschaften der ursprünglichen EZLN beibringen. Die ursprüngliche EZLN, die 1983 gegründet wird, ist eine politische Organisation im Sinne, daß sie spricht und sagt, was zu tun ist. Die*

indigenen Gemeinschaften lehren sie zuzuhören, und genau das lernen wir. Die wichtigste Lektion, die wir von den indigenen Menschen lernen, ist, daß wir lernen müssen, zu hören, zuzuhören.«

2. Die Idee einer Revolution, die zuhört, die Idee eines Kampfs, *»Würde und Rebellion in Freiheit und Würde«* zu verwandeln (wie es die erste Deklaration aus dem Lacandonischen Dschungel ausdrückt), stellt eine theoretische Herausforderung dar.

In der Idee der Würde steckt zunächst eine Kritik der liberalen Theorie. Im Rahmen der liberalen Theorie läßt sich die Idee der Würde nicht ernsthaft diskutieren. Sie läßt sich nicht diskutieren, weil die liberale Theorie von der Existenz des Marktes ausgeht und das Funktionieren des Marktes auf dem Gegenteil der Würde beruht, nämlich auf der aktiven und täglichen Ausbeutung, Entmenschlichung und Demütigung der Menschen, wie wir aus eigener Erfahrung wissen und wie wir es jeden Tag handgreiflich mitbekommen, wenn wir in Mexiko-Stadt an einer Ampel halten. Im Rahmen der liberalen Theorie, d.h. im Rahmen der Akzeptanz des Marktes, von der Würde zu sprechen, ist Unsinn.

Aus genau demselben Grund steckt in der Idee der Würde eine Kritik am Staat und an der staatsorientierten Theorie. Der Staat im Sinne einer vom Ökonomischen getrennten politischen Sphäre setzt ebenfalls die Existenz des Marktes voraus. Staaten (alle Staaten) sind in den Weltmarkt, in das globale Netz kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse auf eine Weise integriert, daß sie, egal welche Hautfarbe ihre Regierung hat, egal welche Form von Demokratie sie verkünden, keine andere Wahl haben, als sich aktiv für die Akkumulation des Kapitals einzusetzen, d.h. für Demütigung und Ausbeutung. Aus diesem Grund kann die Revolte der Würde sich nicht zum Ziel setzen, die Staatsmacht zu erobern oder sich durch staatliche Formen kanalisieren zu lassen. Der zapatistische Kampf ist von Anfang an zutiefst antistaatlich, nicht im oberflächlichen Sinne einer Kriegserklärung an den mexikanischen Staat, sondern in seinen Organisationsformen.

Viel interessanter ist die Tatsache, daß im Begriff der Würde eine Kritik der orthodoxen marxistischen Tradition steckt (und mit Orthodoxie meine ich die ganze Tradition, die ihre Wurzeln eher bei Engels als bei Marx hat – ich denke an die leninistische, trotzkistische, gramscianische und in gewissem Maße auch autonomistische Tradition).

Ein zentrales Problem dieser Tradition ist die Art und Weise, wie der Begriff der Entfremdung oder Fetischisierung verstanden wird. Die marxistische Kritik des Kapitalismus besteht darin, daß der Kapitalismus von Entfremdung oder Fetischisierung bestimmt wird: Im Kapitalismus sind die

Menschen von sich selbst und der gesellschaftlichen Kreativität, die sie zu Menschen macht, entfremdet, und zu dieser Entfremdung gehört, daß die Verhältnisse zwischen Personen nicht als solche, sondern in Form von Dingen erscheinen.

Diese Entfremdung läßt sich auf zweierlei Weise verstehen. Üblicherweise wird sie als etwas Abgeschlossenes als besiegelte Tatsache verstanden: die Menschen sind entfremdet, die Gesellschaftsverhältnisse sind für das gewöhnliche Bewußtsein undurchdringlich. Daher läßt sich eine Revolution nur als Intervention einer Gruppe vorstellen, der es gelungen ist, den Fetischismus der Gesellschaftsverhältnisse zu durchbrechen, eine Gruppe, die man sich entweder als Avantgardepartei oder als eine Elite von kritischen Intellektuellen vorstellen kann (das sind natürlich wir selbst).
Entscheidend ist dabei das Verhältnis, das zwischen Entfremdung und Aufhebung der Entfremdung hergestellt wird. Heute sind die Menschen entfremdet; zukünftig, nach der Revolution wird ihre Entfremdung aufgehoben sein. Oder um es mit den Worten der Zapatistas zu sagen: jetzt werden die Menschen gedemütigt, zukünftig werden sie Würde haben.

Diese Auffassung ist natürlich maßgeblich dafür, wie man sich die revolutionäre Organisation vorstellt. Lenin hat diese Vorstellung mit beeindrukkender Klarheit in *Was tun?* formuliert, aber implizit steckt sie in der ganzen orthodoxen Tradition (und sie hängt eng mit Engels' Auffassung von Wissenschaftlichkeit zusammen – die sich stark von Marx' Auffassung davon unterschied). Wenn die Revolution von der Intervention der Aufgeklärten abhängt, dann kann man kein vollständiges Vertrauen zur Meinung der normalen Menschen haben. Die organisatorische Form der revolutionären Bewegung muß den Aufgeklärten besonderes Gewicht geben – und wir alle kennen die Probleme, die sich aus dieser Auffassung ergeben.

3. Dem zapatistischen Ausdruck vom Kampf um die Umwandlung von *»Würde und Rebellion in Freiheit und Würde«* läßt sich entnehmen, daß die Zapatistas eine andere Auffassung von Entfremdung haben – eine Auffassung, die mir viel näher an Marx und an der verstreuten Tradition des subversiven Marxismus, die neben vielen anderen mit den Namen Pannekoek, Bloch oder Adorno verbunden ist, zu liegen scheint. Wenn der Kampf darum geht, Würde und Rebellion in Freiheit und Würde zu verwandeln, dann geht man davon aus, daß es die Würde schon heute gibt – natürlich nicht im Sinne der unehrlichen und grotesken Fantasien des liberalen Denkens als etwas Etabliertes, sondern eher als der heutige Kampf gegen die Negation der Würde. Die Würde existiert als die Negation der Negation der Würde, nicht in der Zukunft, sondern als heutiger Kampf. Oder, um es in

traditionellerer Sprache zu sagen, die Aufhebung der Entfremdung existiert nicht nur in der Zukunft, sondern als heutiger Kampf gegen die Entfremdung. Die Würde als Kampf gegen die Demütigung ist ein integraler Teil der Demütigung selbst.

Dieser Begriff von Würde hat enorme Bedeutung für unser Denken über die Revolution und über die Formen der politischen Organisierung. Wenn der Ausgangspunkt die Würde der Kämpfenden ist (und wir kämpfen alle, da wir alle gedemütigt werden), dann muß der Kampf der Würde ein Kampf sein, der von den kämpfenden Menschen definiert wird. So erschließen sich die Praktiken, die mit zapatistischen Slogans wie *»gehorchend befehlen«* und *»fragend schreiten wir voran«* verbunden sind. Die Revolution besteht nicht im Sprechen, sondern im Zuhören oder vielleicht besser im zuhörend Sprechen, im Dialog, weniger in einem Ankommen als in einem Aufbruch.

Daher gibt es kein Übergangsprogramm und kann es auch kein Übergangsprogramm geben. Der Begriff der Würde als revolutionäres Prinzip bedeutet notwendigerweise, daß die Revolution gemacht wird, während sie gemacht wird, daß der Weg im Laufen entsteht, nicht weil die Ideen fehlen, sondern aus Prinzip. Die Revolution ist nicht definiert, und vor allem ist die Revolution antidefinitorisch, eine Revolution gegen die Definition, eine Revolution gegen die Identifizierung, gegen die Auferlegung von Identitäten.

Im Gegensatz zur Engels'schen Tradition, die sich durch Definitionen und vor allem durch die Definition der Arbeiterklasse entwickelt (so daß die Würde, falls sie überhaupt erwähnt wird, eine von den Grenzen der Entfremdung beschränkte Würde ist), stellt die zapatistische Betonung der Würde das Unbeschränkte ins Zentrum des Bildes, nicht nur das Undefinierte, sondern das Antidefinitorische. Eine Grenze zu definieren, heißt, die Offenheit der Kreativität zu leugnen. Die Würde ist eine Spannung, die über sich selbst, über Begrenzungen, Definitionen und Identifikationen hinausweist. Die Würde bedeutet also keine Identitätspolitik, sondern genau das Gegenteil: die Bestätigung und gleichzeitige Überschreitung der Identität. Die Würde ist und ist nicht: sie ist der Kampf gegen die Negation von sich selbst. Die Würde bedeutet eine beständige Bewegung gegen die Grenzen des Bestehenden, eine Subversion und Überschreitung von Definitionen. (Daher können wir nicht im Sinne von Identitäten sprechen: Die Identität ist immer eine Oberflächlichkeit, eine Lüge: Die Identifikation ist wie die Entfremdung, wie die Fetischisierung immer ein Prozeß, der Kampf der Macht <the struggle of Power>.)

Die Würde führt uns also in andere grammatische Zeiten. Für die liberale Theorie gibt es eine Gegenwart, eine Zukunft, die als Verlängerung der Gegenwart verstanden wird, und eine Vergangenheit, die vorbei ist. Die Gram-

matik der Engels'schen oder leninistischen Tradition ist nicht sehr anders: Es gibt eine Gegenwart (der Kapitalismus, die Entfremdung, das Reich der Notwendigkeit) und eine Zukunft, die nicht die Verlängerung, sondern die Negation der Gegenwart ist, die aber nichtsdestoweniger nur die Zukunft ist (der Kommunismus, die Aufhebung der Entfremdung, das Reich der Freiheit). Aber im zapatistischen Diskurs und in der Marx'schen Theorie sind die grammatischen Zeiten anders. Die Gegenwart wird durch eine Art Konjunktiv ersetzt, eine antagonistische Spannung zwischen dem, was ist, und dem, was nicht ist aber vielleicht sein könnte: Ich kann nicht sagen, »ich bin«, sondern nur »Ich bin und bin nicht. Ich bin, aber ich bin voller Projekte, Ängste, Träume von einer anderen Welt, die nicht ist und vielleicht nie sein wird aber vielleicht sein könnte«. Die ganze marxistische Konstruktion und der ganze zapatistische Diskurs beruht auf dieser anderen Grammatik, einer Grammatik die sehr nahe an unserer täglichen Erfahrung aber sehr weit von der Sprache der Sozialwissenschaften ist.

Diese beiden Begriffe (die ein Begriff sind), nämlich die Idee, daß die Revolution antidefinitorisch ist, und die Veränderung der Zeiten verbinden sich in einem Satz aus einem Kommuniqué von Marcos von Mai 1996, wo er Worte in den Mund der Macht legt und die Macht sagt, *»ich bin die, die ich bin, die ewige Wiederholung«*, und zu den Zapatistas sagt: *»Seid nicht seltsam, weigert euch nicht, klassifiziert zu werden. Alles, was sich nicht klassifizieren läßt, zählt nicht, existiert nicht, ist nicht.«* Die Ablehnung der Klassifizierung und die Grammatik der ewigen Gegenwart drücken sich im gesamten zapatistischen Diskurs aus, in den Gedichten, in den Witzen, im Spott über den Staat, die Linke und sich selbst – in all den Elementen, die anfänglich in einer strengeren linken Tradition erzogene Leute schockierten, die aber keine Verzierung der Revolution sind, sondern zentral für die Auffassung davon, was eine Revolution ist. Die Zapatistas tanzen, sie tanzen bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sie haben sogar ihre Marimba mitgenommen, als sie nach der Intervention der Armee in die Berge geflohen sind. Aber nicht nur sie tanzen, sondern auch ihre Begriffe, und das müssen wir von ihnen lernen.

John Holloway

Anmerkung: Dieses Papier wurde ursprünglich bei der Ersten Konferenz der PhilosophInnen und SozialwissenschaftlerInnen der USA, Kanadas und Mexikos vom 26. bis 28. Juni 1997 in Puebla vorgetragen. Es beruht auf einem viel längeren Artikel mit dem Titel »The Revolt of Dignity«, der als Teil eines Buchs mit dem Arbeitstitel *The International of Hope: Reflections on the Zapatista Uprising* bei Pluto Press veröffentlicht werden soll.

Theorie nicht ohne Untersuchung; Untersuchung nicht ohne Praxis

Antwort auf *Asien, wir und die Revolution*,
Wildcat-Zirkular Nr. 39, S. 61 ff.

Einleitung

Im letzten Zirkular sind gleich zwei Kritiken von etwa denselben GenossInnen erschienen: ein »offener Brief« an John Holloway, von dem sie einige Texte im letzten Jahr im Rahmen einer »Erneuerung der Theorie« übersetzt und im Zirkular veröffentlicht haben, und eine Kritik an unseren Texten und Berichten zu den Umwälzungen in Asien. Die beiden Kritiken sind unterschiedlich in Stil und Diktion; wir fühlen uns geehrt: der Brief an Holloway ist höflich und inhaltlich vernichtend; während die Kritik an uns sehr polemisch ist, aber unserer Aufgabenstellung weitgehend zustimmt.

Damit sind grundsätzliche Unterschiede in der Einschätzung unserer derzeitigen Aufgabenstellung noch nicht überwunden. Während die GenossInnen eine »Erneuerung der Theorie« für vordringlich halten und zwar auf einem sehr allgemeinen, umfassenden Level (und dafür auch einen vorübergehenden Verzicht auf Praxis in Kauf nehmen), lehnen wir es – bis zum Beweis des Gegenteils – nach wie vor ab, bisherige Einschätzungen für falsch zu halten und sehen deshalb den Bedarf für eine so weitgehende und grundlegende »Erneuerung« nicht. Was wir allerdings sehen, ist sozusagen die Notwendigkeit einer die meisten Bereiche umfassenden *Aktualisierung* unserer Einschätzungen; das gilt für die Behandlung der gewaltigen weltweiten Umwälzungen von Klassenverhältnissen genauso wie für eine Einschätzung der Situation in Westeuropa. Aber Aktualisierung fängt mit Untersuchung an; ein wie auch immer gearteter Rückzug aus der Praxis, aus dem wirklichen Klassenkampf und aus der Aktualität der Ereignisse, verbietet sich von selbst. Selbstredend wird eine Aktualisierung unserer Einschätzung eine Erneuerung der Theorie mit sich bringen; aber eine Erneuerung, die nicht aus unseren Köpfen, sondern aus der Entwicklung der Kämpfe kommt.

Zur Polemik

Da dies die erste Reaktion auf unsere Texte zu der Entwicklung in Asien ist, akzeptieren wir ihre Art und Weise, hoffen aber gleichzeitig, daß künftige Diskussionen genauer und mit weniger Reibungsverlust geführt wird. Es wäre blöd, offensichtliche Sachen immer wieder richtigstellen zu müssen. Ein wesentliches Stilmittel diesmal war der Versuch, unsere Argumente durch

Verabsolutierung ins Absurde zu führen; sehr oft werden Wörter wie »nur« oder »völlig« unserer Meinung untergeschoben.

So unterstellt ihr z.B., ausgehend von unserer Bemerkung, daß *»zur Zeit«* die Musik nicht in Westeuropa und Nordamerika spiele (Zirkular 25, 65f), wir würden wie Marcuse davon ausgehen, die hiesige Arbeiterklasse sei *»völlig integriert«* oder schreibt, wir würden wie die Autonomie NF sagen, nur etwas *»von außerhalb«* könne revolutionär sein - nachdem wir ausgiebigst dargestellt haben, daß die Leute nicht im Kapitalismus gelandet sind - das waren sie schon vorher - sondern *in der Fabrik*!

Eines der vielen »nur«, die ihr uns unterstellt, ist besonders ärgerlich, weil besonders dumm: wir hätten gemeint, die Arbeiterklasse entwickele *nur* den Kapitalismus und damit würde die Revolution dem Kapitalismus *völlig* äußerlich gegenüberstehen. Eure Formulierung: »insofern ist der Klassenkampf (...) in der Entwicklung des Kapitals aufgehoben« ist natürlich schöner, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es bislang mit Kapitalismus, nur Kapitalismus und ganz und gar Kapitalismus zu tun haben. Ihr könnt nicht (zurecht) die Totalität der Gesellschaft betonen und uns gleichzeitig vorwerfen, wir würden der Arbeiterklasse bescheinigen, sie hätte bisher *nur* den Kapitalismus entwickelt - was wir nicht getan haben, aber hätten tun können.

Zum »Finanzkapital«[1]

Das Thema Finanzkapital ist uns leid – wir halten es für ziemlich unwichtig. Wichtig war es allerdings in den Texten von Karl-Heinz Roth[2] und – vereinzelt – in den Texten aus *Open Marxism*.[3] Und wichtig war es auch in der ganz normalen hiesigen »Standortdebatte«, wo es vor allem von den Gewerkschaften als Hauptbedrohung beschworen worden ist: Es wäre die Instanz, die letztendlich für unser Unglück verantwortlich sei, weil wir entweder zu »teuer« oder zu »aufsässig« seien.

Die Profitraten (nicht Ausbeutungsraten) in Asien sind höher, die Profitmasse ist in jeder Hinsicht sehr groß; der Unterschied in den Profitraten in Asien und den alten Metropolen ist die Folge von ungleichzeitigem Klassenkampf und unterschiedlichen Kampfgeschichten.

Tendenz zur weltweiten Durchschnittsprofitrate auf 2 Ebenen:

[1] Dieser Abschnitt ist nur von Karl verantwortet. Siehe dazu: Karl, Hinter dem Horizont?, Wildcat-Zirkular 32, 5ff.

[2] in: Karl-Heinz Roth (Hrsg.), *Die Wiederkehr der Proletarität*, Dokumentation der Debatte; Köln 1994.

[3] John Holloway, *Globales Kapital und Nationalstaat*, Wildcat-Zirkular Nr. 28/29, und diverse Texte von ihm und Werner Bonefeld in Zirkular 30/31.

– Geld fließt als Geld, indem Kapitalien mit höherer organischer Zusammensetzung und an sich niedrigerer Profitrate Preise verlangen, die Profite in Richtung der Durchschnittsprofitrate erbringen;
– Geld fließt als Kapital, um in Bereichen hohe Profite direkt zu kassieren.
In beiden Fällen fließt Geld in der Bilanz in *Richtung niedriger Profitrate*; im zweiten Fall durch eine »Investition« angeschoben.
Direktinvestitionen aus den alten Metropolen gibts, stehen aber nicht im Zentrum; das Kapital kommt aus Asien.

Deshalb haben wir nicht bewiesen und wollen auch nicht beweisen, daß Geld in irgendeiner Form von hier nach Asien fließt, sondern wir behaupten im Prinzip das Gegenteil: Die Kapitalisten wollen den Leuten in Asien kein Geld schicken, sondern - in der Bilanz - dort absahnen.

Zuerst werden oder sind diese Geldflüsse natürlich Finanzkapital; sie müssen Währungs-, Aktienspekulation und andere Stromschnellen überwinden. Deshalb kann das Finanzkapital hier auftreten und sozusagen höhere Gewinne durch die Ausbeutung in Asien versprechen - mit höherem Risiko natürlich, die Verhältnisse dort sind nicht so stabil (siehe den Fastzusammenbruch der thailändischen Währung im Juni diesen Jahres, eine ziemlich direkte finanzspekulative Reaktion auf den Klassenkampf). Und es übt durch dieses Angebot Druck auf hier tätiges Kapital aus, zu versuchen, seine Profitrate durch die Erhöhung der Ausbeutungsrate zu erhöhen. Was uns auf der Oberfläche der Erscheinung also als »Finanzkapital« erscheint, ist in Wirklichkeit zu einem großen Teil der Aufstieg der neuen Arbeiterklasse in Asien und ihre noch erfolgreiche Ausbeutung, oder mit anderen Worten: das Finanzkapitalspiel wird bezahlt durch die Leute in Asien (und zunehmend auch in Afrika und möglicherweise wieder verstärkt in Lateinamerika); wer diesen einfachen Zusammenhang[4] nicht spürt, sollte vom altklugen Hantieren mit Wörtern wie »Derivate« und »monetäre Aggregate« vorläufig noch Abstand nehmen.

Asien

Wir haben vor mehr als einem Jahr einen Vorschlag zur Untersuchung der Entwicklung in Asien gemacht[5], ohne Resonanz. Seither haben wir mit geringen Kräften und ungenügenden Mitteln versucht, der Entwicklung wenigstens ansatzweise auf der Spur zu bleiben. Deshalb habt ihr völlig recht: wir sind

[4] Sogar unser gemeinsamer Lieblingsfeind, Joachim Hirsch, hat wenigstens das verstanden: *»Einer bezahlt immer für die Gewinne, und im Moment sind das die Arbeitskräfte in der Peripherie.«* (Blätter des iz3w, 9/96, S.22). Das mit der Peripherie ist Ideologie von vorgestern und zeigt, daß er nicht wirklich blickt, was los ist, aber er stellt sich wenigstens die proletarische Frage: Wer bezahlt?

[5] Welt in Umwälzung, Wildcat-Zirkular Nr. 25, Mai 1996.

mit unserer Untersuchung nicht sehr weit gekommen, *wesentliche* Einsichten fehlen immer noch. Wir hatten damals die Fragen gestellt: Bei einer »*wirklichen Untersuchung*«, die das »*Making of the working class*« zum Inhalt hat, ginge es darum, herauszufinden, »*wie sich die ArbeiterInnen organisieren, wen sie politisch unterstützen, wie Kämpfe und Erfahrungen zirkulieren, welche Rolle intellektuelle Mittelschichten spielen uva.*« Daneben haben wir noch Probleme zur Diskussion angemeldet, wie die Frage des National-Staats und der Halbproletarisierung. Das Alles haben wir nicht nur nicht bewältigt, sondern auch kaum angehen können.Das liegt nicht nur an unseren beschränkten Kräften, sondern es liegt vor allem daran, daß in den alten Metropolen keinerlei uns bekannte linke Diskussion gibt, die die Ereignisse in Asien überhaupt zur Kenntnis nimmt – leider einschließlich der Wildcat, jedenfalls bisher. Aber wir haben - wenn ihr so wollt - wenigstens *versucht*, dem Vorschlag von K.H. Roth zur Untersuchung der Welt gerecht zu werden; wobei wir allerdings, nicht ganz unerwartet, nicht auf »Proletarität« (was immer das sei), sondern auf Proletariat und Arbeiterklasse gestoßen sind.

Wir haben betont, daß es sich um eine Arbeiterschicht der ersten Generation mit hohem Frauenanteil handelt und möchten daher noch mal kurz ausführen, was wir unter »halbfeudalen Verhältnissen« verstehen.

Es geht uns dabei um den Hinweis, daß vorwiegend auf zwei Ebenen Umstände, Lebensbedingungen, Umgangsformen und kulturelle Verhaltensweisen, also Verkehrsformen vorherrschen, die eng verbunden sind mit dem Land, mit den Bauern, mit letztlich aus dem asiatischen Feudalismus überdauerten und vom Kapitalismus nur modifizierten, aber nicht umgewälzten Verhältnissen. Die eine Ebene ist das Leben auf dem Land selber, wo alltägliche Herrschaftsstrukturen noch weitgehend auf persönlichen und nicht kapitalistisch-verdinglichten Abhängigkeiten beruhen. Solches Leben mag in der Ferne zu vielerlei Ethno-Schwärmereien Anlaß geben[6], Leidtragende sind jedoch immer vor allem die Frauen und die Kinder.

Die andere Ebene ist die des Staates, dessen Funktionsweise und Struktur auf die Verwaltung einer mehrheitlich bäuerlichen (und deshalb relativ stabilen) Gesellschaft ausgerichtet war und immer noch ist, vor allem in

[6] Ein ziemlich krasses Beispiel sind die »Glücklichen Arbeitslosen« im letzten Zirkular. Zuerst wollen sie uns erklären, wie sich »die Wirksamkeit« des Geldes dadurch vermehrt, daß es »in eine permanente Zirkulation« innerhalb der Großfamilie gesetzt wird (...) ohne die einfache Tatsache zu begreifen, daß »die Wirksamkeit« des Geldes auch in Dakar darin besteht, *Arbeit zu kommandieren.* Wenn Arbeit die Tätigkeit ist, mit der ich Geld verdienen oder Geldausgaben vermeiden kann, dann bestehen denn auch die »*unklaren Ressourcen*«, auf die unsere Glücklichen gerne zurückgreifen würden, aus der unbezahlten und nicht anerkannten *Arbeit der Frauen und Kinder!*

China und Indonesien; aber auch in Indochina und z.T. auf dem indischen Subkontinent. Also Regimes, die die Instrumentarien der Repression beherrschen, aber über Mittel der politischen Integration weder verfügen noch verfügen wollen, zumindest der »Modernisierungsprozeß« weit hinter den Umwälzungen in der Gesellschaft hinterherhinkt.

Erneuerung der Theorie?

Bei der für euch notwendigen »Erneuerung der Theorie« bezieht ihr euch bislang vor allem auf die Texte der Zeitschrift *Open Marxism*, aus der ihr viel übersetzt habt. Wir wollen nicht bestreiten, daß manches davon auch uns angeregt hat. Aber wir könnten nicht sagen, daß wir entscheidend Neues entdeckt hätten, im Gegenteil: wir halten die »Theorie« von Holloway, Bonefeld et al. für erschreckend altes, überholtes Zeug - in neuen, aber falschen Schläuchen.

Das Zentrum der Kritik habt ihr selber in eurem Brief an den »lieben John« ausgeführt: seine unhistorische und übergesellschaftliche Vorstellung von »Arbeit«. Damit einher geht aber eine ebenso dünne Vorstellung von Arbeiterklasse (deren »Aufsässigkeit« wie ein *running gag* nicht als ein historisch aktives Element, sondern als Konstante durch fast alle Artikel torkelt) und viele andere falsche Begriffe mehr, die allesamt eine einzige Quelle haben: eine materialistische Analyse der Gesellschaft findet nicht statt.

Statt dessen wird mit »dialektischen« Begriffen hantiert, daß einem die Spucke wegbleibt. Wir werden immer gleich stutzig, wenn ein »Theoretiker« jenes berühmte Zitat aus den Grundrissen anführt[7], wo Marx den *letzten Schritt* der wissenschaftlichen Analyse darstellt: nämlich den »Aufstieg« von den einfachen Bestimmungen zur reichen Totalität des Konkreten. Dieses Zitat wird immer dann gern gebracht, wenn man sich den ersten, vorhergehenden Schritt ersparen will, nämlich eben den »Abstieg« vom chaotischen Ganzen zur Erfassung der »einfachen Bestimmungen«, ihrer Bedeutung, Zusammenhänge, Formen, Inhalte, Dimensionen usw. Das bedeutet Empirie, Bewältigung des Materials, Erfahrungen, und nicht zuletzt auch Eingreifen – alles vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus und mit dem Zweck der Revolution. Holloway unternimmt gleich den zweiten Teil, nämlich die »Rekonstruktion« des Konkreten. Deshalb kann er sich auch unbelastet von irgendwelcher Empirie eine Welt »neu zusammensetzen«[8]. Und das tut er dann mit z.T. bemerkenswerter Forschheit, so als ob es nie die Diskussion im Rahmen des und mit dem Operaismus, nie eine Diskussion über die »Arbeit« im Rah-

[7] John Holloway, Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht: Zur Zentralität der Arbeit, in: Wildcat-Zirkular Nr. 34/35, S. 51.

[8] ebenda, S. 64.

men der Umweltschutzbewegung der 80er und vor allem nie den Niedergang des Leninismus gegeben hätte. Die Welt Holloways ist eine Kopfgeburt, und sowas nennt man üblicherweise: Idealismus. Bleibt er wenigstens ein Dialektiker? Auch da haben wir unsere Zweifel: es gibt einige, aber von ihm selbst als zentral dargestellte philosophische Anomalien, die die Dialektik geradezu ins Gegenteil verkehren.

– Formen ohne Inhalte, die er für Existenzweisen hält[9]. Zugegeben, die Darstellung von Marx legt zu oft den Schluß nahe, daß die (falsche) Form das entscheidende sei, z.B. die Eigentumsverhältnisse. Und der ganze »traditionelle Marxismus« (=Leninismus) ist dieser Darstellungsweise auf den Leim gegangen, mit fatalen Folgen (z.B. »Enteignung der Atomkraftwerke!«). Aber Marx hat oft daraufhingewiesen, daß das gerade nicht der Punkt ist: das Kennzeichen des Kapitalismus ist nicht der formale Aspekt der Lohnarbeit, sondern die Vergesellschaftung der Produktion, und das ist ohne Zweifel eine inhaltliche Angelegenheit [10]: Fabrikkommando, Maschinen- und Fließbandarbeit, Arbeitsteilung auf weltweiter Stufe und dementsprechende produktive Kooperation.

– »zunehmende Klassenzusammensetzung«[11]: Er benutzt das Wort, den Begriff kennt er nicht. Wie kann eine Klassenzusammensetzung »zunehmen«? Das ist kein semantisches oder Übersetzungsproblem; er meint nämlich nicht »Klassenzusammensetzung«, weder technische noch politische, sondern er meint »Klassenbewußtsein« im guten alten leninistischen Sinn: Klassenzusammensetzung ist für ihn, wenn die Arbeiter *erkennen*, (hinter den falschen Schein, den Fetisch kommen), daß und wie sie ausgebeutet werden und welche Stärke (»Macht«) sie eigentlich haben. Wir wollen die Bedeutung des Bewußtseins nicht völlig ignorieren; wir halten es aber für ein nachgeordnetes Problem. Es geht uns nicht so sehr darum, den ArbeiterInnen den Antagonismus und die Widersprüche des Kapitalismus zu erklären, sondern in die Mikro- und Makrovorgänge des immer möglichen (und immer auch stattfindenden) Umdrehens der Gesellschaftlichkeit der Arbeit in Kollektivität, d.h. Klassenkampf, einzugreifen in dem Sinn, daß wir die schon von ArbeiterInnen entwickelten Ideen und Verhaltensweisen zur breiten Diskussion in der Klasse stellen. Klassenzusammensetzung nimmt also nicht zu oder ab (wie das Klassenbewußtsein), sondern sie verändert sich in dem Maße, wie in der und gegen die Arbeit und das Fabrikkommando die ArbeiterInnen lernen,

[9] ebenda, v.a. S. 47 f.

[10] Das ergibt sich allein schon aus der begrifflichen Unterscheidung von »formeller« und »reeller Subsumtion« der Arbeit unter das Kapitalverhältnis!

[11] John Holloway, *Krise, Fetischismus, Klassenzusammensetzung*, in: Wildcat-Zirkular Nr. 34/35, S. 90.

miteinander zu arbeiten, zu leben, zu kämpfen und schließlich auch: *mit der Arbeit kollektiv aufzuhören.* Nicht aus der Arbeit kommt die Macht der Arbeiterklasse (wie Holloway meint), sondern aus der Tatsache, daß sie damit Schluß machen kann!

Diesen entscheidenden Unterschied kann jemand, der sich nicht auf die wirklichen, lebendigen ArbeiterInnen bezieht, sondern die »Klasse« aus einer Formanalyse des Kapitals re-konstruiert, natürlich nicht festmachen. *Open Marxism* bietet eine Menge von wichtigen Einzelbeobachtungen, Formulierungen, manchmal auch Zusammenfassungen, die interessant und brauchbar sind. Ein neues Verständnis der Lage, eine »Erneuerung der Theorie« bringen sie nicht. Lediglich eine Neuformulierung eines intelligenten Leninismus in »operaistischen« Begriffen.

Wir können den Weg zur Revolution nicht *er*finden, sondern nur in den realen Kämpfen finden. Das heißt ganz einfach, daß sich auch die Theorie nur im Rahmen des Fortgangs des Klassenkampfs erneuern kann. Wir halten also nichts von einer künstlichen »Erneuerung der Theorie«. Das hätte nur Sinn, wenn man davon ausginge, daß unsere bisherigen Einschätzungen *falsch waren* und/oder *falsch sind.* Das müßte nachgewiesen werden. Wenn wir sagen, Theorie kann sich nur mit den Klassenkämpfen erneuern dann bedeutet das dreierlei:

– es braucht natürlich nicht nur Kämpfe, sondern revolutionäre Fortschritte in den Kämpfen; mit anderen Worten: kommunistische Theorie tut sich naturgemäß schwer in Phasen der Flaute, es sei denn, man beschränkt sich in seinem Anspruch auf das Erklären, warum der Kapitalismus nicht »richtig funktioniert«.
– Dabei interessieren uns selbstverständlich die Kämpfe, die neue Ideen, neue Kampfformen, neue Inhalte, neue Fragen beeinhalten und das *weltweit.*
– Und damit wir damit was anfangen können, brauchen wir natürlich Wissen von dieser Welt; d.h. wir können uns nicht wie irgendwelche Profs um die Untersuchung drücken. Im Moment heißt das schlicht, und zwar auf allen Ebenen, wieder neu anfangen mit Empirie, mit Untersuchung und evtl auch mit militanter Untersuchung, soweit das uns möglich ist. Und in diesem Rahmen wird sich unsere Theorie erneuern oder sie wird zwar nicht ihre literarische Schönheit, aber notgedrungen ihren revolutionären Zweck und Inhalt verlieren.

Massenarbeiter
Ihr fragt: was ist neu an der Sache mit Asien? Wir stellen uns die Frage so nicht, weil die Antwort auf der Hand liegt: Nichts! Alles!

Nichts: wir haben bislang den Begriff »Massenarbeiter« in Bezug auf Asien vermieden; aber natürlich erinnert viel an den neuen ArbeiterInnen an den europäischen Massenarbeiter der 60/70er Jahre: erste Generation, mobil, jung, große Fabriken, kaum Vermittlungsinstanzen, militante Kampfformen und z.T. auch vergleichsweise unbescheidene Forderungen/Ansprüche im Rahmen regelrechter Aufstände (Jakarta 1996, und in gewisser Weise auch Albanien 1997). Von daher ist es kein großes theoretisches Abenteuer, von den Massenarbeitern der 90er zu sprechen.

Alles: Dimensionen, auch relativ: waren »unsere« Massenarbeiter eigentlich kleine Minderheiten in den Gesamtgesellschaften oder in der Gesamtarbeiterklasse ihrer Zeit, sind die von heute mindestens große Minderheiten, wenn nicht gar Mehrheiten. Ihr relativer kultureller Sprung scheint uns oft größer, v.a. was die Frauen betrifft. Einerseits finden sie nicht die Kultur der alten Arbeiterbewegung und deren immerhin noch aktionsfähigen Organisationen vor (sondern in Indonesien und China nichts weiter als repressive Regimes; in Indien, Thailand, Phillippinen ist das etwas komplizierter), andererseits treffen sie in China auf einen älteren Teil der Klasse, der seinen Mut schon 89 bewiesen hat und ihn derzeit wiederzugewinnen scheint. Statt Sozialdemokratismus etc bietet sich Ethnizismus etc als Ideologie an. Aber gleichzeitig öffnet sich ihnen nicht nur ideologisch – »Globalisasi« – und kulturell die Welt als Aktionsfeld, sondern auch aufgrund der offensichtlichen produktiven Kooperation auf Weltebene (sie produzieren Sachen für den Weltmarkt und für das Weltkapital, die sie sich selber kaum leisten können – NIKE).

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber sie stellt auch nicht jeden Augenblick völlig neue Verhältnisse und Umstände her – wir wollen eigentlich nur darauf hinweisen, daß es *vielleicht* sein *kann,* daß die Kämpfe der europäischen Massenarbeiter nur ein erstes Wetterleuchten waren für einen ganz anderen Sturm, der auf uns zukommt...

Was tun?

Ihr habt recht, die Frage nach der Praxis stellt sich für uns nicht in Shanghai – jedenfalls nicht in erster Linie –, sondern im deutschsprachigen Raum. Wir freuen uns, daß ihr diese Frage wieder stellt. Ein kleiner Teil unserer vorläufigen Antwort ist, in Bezug auf die gewaltigen Veränderung der Welt, die wir festgestellt – wenn auch noch nicht ausreichend untersucht – haben, ist allerdings, daß es schon unser Job ist, die hiesige Arbeiterklasse über die KollegInnen woanders und deren Kämpfe zu informieren. Wir sollten uns immer um die fortgeschrittensten Kämpfe kümmern um zu lernen (und Theorie zu finden) und Erfahrungen zu verbreitern. Das dient dem doppelten Zweck:

Einerseits zu zeigen, daß es nicht nur weltweite Konkurrenz, sondern weltweit dieselben Probleme gibt und zu zeigen, wie man sich woanders ihnen stellt; andererseits aber auch, um uns in die Lage zu versetzen, diese Entwicklungen/Kämpfe zu diskutieren/zu kritisieren. Das geht nicht ohne Beteiligung! Weshalb wir auch etwas entsetzt darüber waren, daß wir wenn nicht die einzige, wahrscheinlich aber die größte Kundgebung zu Albanien organisiert haben... Das bedeutet, wenn ihr wollt, auch ein bißchen sowas wie Solidaritätsarbeit (nicht mit Organisationen, sondern immer nur mit Kämpfen), immer mit dem Versuch, mit Entwicklungen/Kämpfen hier zu verbinden.

Der viel wichtigere Teil der Diskussion ist allerdings unsere Untersuchung der hiesigen Verhältnisse, da habt ihr völlig recht. Aber auch da scheint uns eine »Erneuerung der Theorie« mit Verlaub etwas früh. Unser Problem ist, daß uns im Moment schon eine genauere empirische Bilanz der technischen Zusammensetzung der Arbeiterklasse fehlt; aber gleichzeitig wir auch nicht sehen, daß sich da wesentliches, »völlig Neues« ereignet hat in den 90ern.

Immer noch: die Zentralität der Fabrik
als Ort möglicher politischer Zusammensetzung

Ihr betont zurecht, daß es mal wieder Zeit wird zu gucken, »wie der gesellschaftliche Gesamtarbeiter heute eigentlich aussieht«, und bringt dann Beispiele: Selbständige, Bau, Migranten.

Wir jedoch sehen, entgegen aller neuer Ideologien und entgegen der z.T. verzweifelten Selbstverleugnung von Teilen der Arbeiterklasse, immer noch die Fabrik im Zentrum des Kapitalismus und seiner Überwindung. Und zwar die reale, wirkliche Fabrik im Sinne eines Ortes, eines Raumes, in dem direkte Kommunikation, spürbare Kooperation stattfindet und das Kapital einen Namen hat – nicht eine »diffuse« oder »virtuelle«. Wir dürfen nicht auf das Geschwätz über das Verschwinden der Arbeit (= Verschwinden der Fabrik[12]), hereinfallen. Selbst, wenn sich herausstellt, daß »manufacturing« hier rückgängig ist (weltweit ganz sicher nicht), dann verweisen wir darauf, daß andere Bereiche von Arbeit zunehmend fabrikmäßig organisiert werden: von den neuen Briefzentren der Post über Rieseneinkaufszentren bis zu den Programmierfabriken wie SAP. Und auch der Transportsektor ist um die Fabrik herum organisiert.

Der Unmut in der Fabrik richtet sich unmittelbar gegen das Kapital. Bewegungen, die nicht aus dem erzwungenen Zusammensein auf Arbeit entstehen, sind eher »politisch« und wenden sich an den Staat.

[12] oder *»Rückgang des städtischen Fabrikarbeiters«*, wie ihr Holloway zitiert (Wildcat-Zirkular Nr. 39, S.38): das ist schlicht falsch!

Unser dogmatisches Festhalten an der Fabrik scheint unserer negativen Einschätzung der Fabrikarbeiter zu widersprechen. Ihr unterstellt uns, daß wir uns »innerhalb der lokalen Arbeiterklasse keine revolutionären Initiativen mehr vorstellen können«. Was soll »revolutionäre Initiative« eigentlich heißen? Immer müßt ihr übertreiben. Wir haben es uns noch nie vorgestellt, daß aus unserem Eingreifen so *direkt* Revolution wird. Es ist kein Hobby, weiterhin in die Fabrik zu gehen. Wenn wir dort z.Zt. vor allem Leute treffen, die klassenkampfmäßig nicht so gut drauf sind, und dies auch sagen, bricht das zwar mit der Wildcattradition, über die Unzulänglichkeit der ArbeiterInnen den Mantel der Liebe zu breiten. Wir bilden uns allerdings immer noch ein, dort in der Fabrik etwas über die aktuelle Wirklichkeit des Klassenkampfes zu lernen und selbst immer etwas zur Entwicklung des Klassenkampfs beitragen zu können.

Erneuerung der Theorie

Es stimmt, wir sind nicht mehr auf dem Laufenden, weder theoretisch noch praktisch. Erneuern wir die Theorie, brauchen wir eh zur Auseinandersetzung mit dem neuen verbalradikalen Linkssozialdemokratismus. Aber machen wir das ernsthaft: nicht das Zusammenbasteln einer neuen Welt hilft uns weiter, sondern die Untersuchung der aktuellen, hierzulande wie weltweit – es gibt viel zu entdecken und es stellen sich viele Fragen. Aber wir sollten anfangen, wie es Revolutionäre tun: mit der Empirie, der Untersuchung. Viel ist auch da am Schreibtisch zu erledigen; aber es geht viel weiter. Leider ist im letzten Jahr nur wenig an halbwegs beteiligter, d.h. militanter Erfahrung im Zirkular rübergekommen - von uns wenig, aus Euren Gruppen sehr wenig! Immerhin haben die Essener regelmäßig was zu ihren Erfahrungen mit prekärer Arbeit berichtet. Das ist im Moment natürlich nicht sehr publikumswirksam – weil es »in der Arbeit« selten so richtig abgeht[13]. Mit wenigen, für die Beteiligten erfreulichen und andere kaum interessierende Ausnahmen. Das gilt auch für die Wildcat; man hätte anhand unseres Berichtes über Fisher-Gulde[14] wenigstens mal über die Parole »Jobs weg? Geld her!« diskutieren können.

Auch für wichtige Kämpfe weltweit gilt ähnliches; wir müssen, wie ihr zurecht betont, näher dran. Das heißt: Sprachen lernen; mal hinfahren, Kontakte aufbauen etc. Das geht dann aber nicht mehr so, daß eine kleine Gruppe sich um »die Welt« kümmert; wir erinnern an Zirkular 25.

Welt in Umwälzung (Zirkularredaktion Mannheim/Ludwigshafen), Okt. 97

[13] Woanders allerdings auch nicht!

[14] In Wildcat-Zirkular Nr. 28/29.

Negris Klassenanalyse: Die Metaphysik des »gesellschaftlichen Arbeiters«

Steve Wright[1]

> *»Ich glaube nicht, daß ich irgendetwas sage, was nicht orthoxer Marxismus ist. Aber auch wenn es nicht orthodox wäre, ist es jedenfalls die Wahrheit; die Orthodoxie bedeutet mir sehr wenig...« (Toni Negri)*[2]

Die einflußreichste Strömung in der italienischen Ultralinken in der zweiten Hälfte der 70er Jahre scharte sich um die Klassen- und Staatsanalyse, die Antonio Negri entwickelt hatte. Sie löste auch die größten theoretischen Kontroversen aus. Negris umstrittenster Beitrag zur Untersuchung der Klassenzusammensetzung durch den »Operaismus«[3] war die Hypothese von einem neuen, quer durch die Gesellschaft verstreuten Proletariat sowohl in der Produktions- als auch in der Reproduktionssphäre, eines »gesellschaftlichen Arbeiters«, neben dem der Massenarbeiter des fordistischen Fließbandes wie ein armseliger Prototyp wirke.

Seit damals hat es eine Reihe von Drehungen und Wendungen in Negris Auffassung vom gesellschaftlichen Konflikt gegeben. In letzter Zeit betonen seine Arbeiten besonders die Zunahme der »immateriellen Arbeit« im Rahmen der anhaltenden Krise des für so viele westliche Gesellschaften nach dem 2. Weltkrieg typischen keynesianischen Sozialpakts. Durchgängig findet sich bei ihm aber die Auffassung, daß zentral für die heutige Klassenzusammensetzung der »gesellschaftliche Arbeiter« sei. *»Einer multinationalen und finanzkapitalistischen Bourgeoisie (die keinen Grund sieht, warum sie die Last eines nationalen Wohlfahrtssystems tragen sollte) steht ein vergesellschaftetes, intellektuelles Proletariat gegenüber, das einerseits einen Reich*

[1] Originaltitel: Negri's Class Analysis – Italian Autonomist Theory in the 70s, erschienen in: Aus: *Reconstruction* 8, Winter/Frühjahr 1996.

[2] H. Partridge, Interview with Toni Negri, November 1980 in: *Capital & Class* 13, Frühjahr 1981, S. 136.

[3] Eine kurze Einführung in die als »Operaismus« bekannt gewordene italienische Spielart des Marxismus und in Begriffe wie die »immaterielle Arbeit« findet sich bei S. Wright, Confronting the Crisis of Fordism: The Italian debates, in: *Reconstruction* 6, Sommer 1995/96.

tum von neuen Bedürfnissen besitzt und andererseits nicht in der Lage ist, den fordistischen Kompromiß weiter aufrechtzuerhalten.[4]

Diese Beschreibung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Dynamiken ist in der italienischen Linken nach wie vor umstritten.[5] Im folgenden will ich allerdings auf etwas ganz anderes hinaus, nämlich auf die besonderen Umstände, die Negris These vom »gesellschaftlichen Arbeiter« ursprünglich inspiriert hatten, um einschätzen zu können, inwieweit diese je dazu taugte, den Klassenkampf zu verstehen.

Letzter Tango bei Mirafiori

Die Entwicklung von Negris Thesen über den »gesellschaftlichen Arbeiter« hing schon von Anfang an untrennbar mit der Entwicklung einer neuen politischen Tendenz, der Autonomia Operaia zusammen. Die Autonomia läßt sich nicht leicht als ganze auf einen Begriff bringen. Sie war ideologisch heterogen, räumlich verstreut, organisatorisch im Fluß und politisch marginalisiert: Giorgio Bocca hat sie treffend mit einem Archipel verglichen. Die »Area« [Gebiet, Bereich, »Szene«; Anm. d. Übers.] der autonomen Organisationen und Kollektive war nie eine einheitliche nationale Organisation und schon gar nicht der Massenflügel der bewaffneten Gruppen, und kaum daß sie die Hegemonie in der italienischen radikalen Linken erreicht hatte, begann sie auch schon zu zerfallen.[6]

Als klar umrissene politische Formation hatte sich die Autonomia erstmals im März 1973 herauskristallisiert. Damals trafen sich ein paar hundert Militante aus dem ganzen Land in Bologna, um die Gründung einer neuen nationalen Organisation der revolutionären Linken vorzubereiten.[7] Eine Reihe von ihnen gehörten wie Negri selbst zum Veneto-Flügel von *Potere Operaio* (Potop); die Mehrheit hatte die linksradikalen Gruppen aber aus Wut über deren zunehmendes Engagement in den Gewerkschaften und in der institutionellen Politik schon verlassen. Die gemeinsame strategische Orientierung der Anwesenden wurde im Einleitungsbericht gut zusammengefaßt. Dort hieß es, daß in der heutigen Krisensituation *»der einzig mögliche Weg der des An-*

[4] A. Negri, Constituent Republic, in: *Common Sense* 16, Dezember 1994, S. 89.

[5] Vgl. M. Melotti, Al tramonto del secolo, in: *vis-a-vis* 4, Winter 1996.

[6] Vgl. G. Bocca, *Il caso 7 aprile: Toni Negri e la grande inquisizione*, Mailand: Feltrinelli 1979, Kap. 5.

[7] Die Teilnehmerzahlen an der Konferenz in Bologna gibt die römische Organisation mit »über 400« [Comitati Autonomi Operai (Hg.): *Autonomia Operaia*, Rom: Savelli 1976, S. 33] und Negri mit »maximal 300 Leute« [in G. Soulier: »AUTONOMIE-AUTONOMIES«, *in: Recherches* 30, November 1977, S. 88] an.

griffs« sei. Und diese Offensive könne nur auf den – von den künstlichen ideologischen Trennungen der traditionellen wie der neuen Linken tendenziell verdeckten – Bedürfnissen der Klasse beruhen. Um diese Bedürfnisse zu artikulieren, müsse die Organisierung direkt in Fabriken und Stadtteilen verankert werden, in Strukturen, die von der Klasse selbst direkt geführte Kämpfe vorantreiben und dieser gleichzeitig *»das von den traditionellen Organisationen zerstörte Bewußtsein der proletarischen Macht«* zurückgeben könnten.[8]

Das Programm der *Autonomia* stieß im Laufe der nächsten 18 Monate bei einer kleinen, aber wachsenden Zahl von italienischen Linken auf offene Ohren. Ende 1973 beschloß die Mehrheit der Mitglieder von *Potere Operaio*, sich in die Area »aufzulösen«, und einige kleinere Gruppen folgten diesem Beispiel bald. Die wichtigste davon war der *Gruppo Gramsci*, eine kleine Organisation mit einer gewissen Präsenz in der Mailänder Gewerkschaftslinken. Nach ihrer Neukonstituierung als *Collettivi Politici Operai* betrieb diese Gruppe gründlicher Selbstkritik als alle anderen leninistischen Strömungen, die in die *Autonomia* eintraten. Im Dezember 1973 schrieben sie in ihrer Zeitung *Rosso*, nötig sei eine ganz neue Form politischer Praxis und ein Bruch mit der »Logik« der linksradikalen Gruppen und *»der engstirnigen Sprache der politischen ›Experten‹, die das ABC – und sogar das L und das M – des Marxismus-Leninismus kennen, aber nicht in der Lage sind, konkret über uns selbst und unsere Erfahrungen zu sprechen«*. Statt politisch an einem abstrakten Arbeiter anzusetzen (*»männlich, erwachsen, normal, unbelastet von Gefühlen, rational, ein Demokrat oder Revolutionär und immer bereit, auf Treffen über die Geschichte und Tendenzen des Kapitalismus herumzusitzen«*), suchte *Rosso* nach einer neuen Perspektive, um Fragen wie sexuelle und emotionale Herrschaft, das Wesen der Familie und die Ausgrenzung der sogenannten »Unnormalen«, *»durch die sich die Sklaverei der Fabrik und des vom Kapital aufgezwungenen Lebens manifestieren«*, zu untersuchen. Dieser Tendenz, der libertärsten der großen Tendenzen in der Area, schlossen sich Negri und seine engsten Mitstreiter im folgenden Jahr an

[8] »Dalla relazione introduttiva«, *Autonomia Operaia*, a.a.O., S. 40, 43. Einblicke in die ersten autonomen Fabrikkollektike und in die frühe italienische Frauenbewegung finden sich bei E. Cantarow, Women's Liberation and Workers' Autonomy in Turin and Milan, *in: Liberation*, Oktober 1972 und Juni 1973.

und trugen dazu bei, sie zur stärksten autonomen Formation im Norden zu machen.[9]

Anders als *Rosso* aber richteten die meisten autonomen Kollektive 1973 und 1974 ihren Blick weiterhin fest auf die Bewegungen der Industriearbeiterschaft. Auch Negri selbst konzentrierte sich in seinem wichtigsten Aufsatz dieser Zeit auf die Fabrik als *»privilegierten Ort, sowohl was die Verweigerung der Arbeit als auch was den Angriff auf die Profitrate angeht«*.[10] Das Interessanteste an seinem Aufsatz war dabei der Versuch, den vom Operaismus oft behaupteten Zusammenhang zwischen Klassenkampf und Akkumulationsprozeß zu klären. Während Potop den Zusammenhang zwischen Klassenzusammensetzung und Wirtschaftskrise als simples, mechanisches Nullsummenspiel zwischen Löhnen und Profiten verstanden hatte, versuchte Negri in der Schrift *Partito Operaio contro il lavoro* [Arbeiterpartei gegen die Arbeit], detailliert die »lange« aber »qualitativ einheitliche« Entwicklung des Zusammenhangs zwischen Auseinandersetzungen im Produktionsbereich und Problemen bei der Kapitalreproduktion zu beschreiben.[11]

Im Rahmen des Operaismus hatte erstmals Negri in *Zyklus und Krise bei Marx* versucht, den Stellenwert des Klassenkampfs im möglichen Zusammenbruch des Kapitalismus systematisch zu bestimmen. Dieser Aufsatz war zwar schon vor dem »Heißen Herbst« der Fabrikkämpfe 1969 geschrieben worden, aber er deutete eine Reihe der später für die Tendenz zentralen Themen an. Damit stellte er den ersten operaistischen Versuch dar, den für den Objektivismusvorwurf anfälligsten Teil der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie politisch zu lesen. Am interessantesten an dem Text aber war, daß er sich mit den Versuchen von John Maynard Keynes und Joseph Schumpeter beschäftigte, die Probleme des Kapitals bei der Sicherung seiner Reproduktion als gesellschaftliches Verhältnis zu lösen. Mit Mario Tronti gegen Lukacs glaubte Negri nicht, daß es dem »kritischen Bewußtsein« des Kapitals unmöglich sei, so etwas zu versuchen; im Gegenteil hätten sowohl Schumpeter als auch Keynes begriffen, daß die kapitalistische Entwicklung ein dem

[9] »Una proposta per un diverso modo di fare politica«, *Rosso* 7, Dezember 1973; wiederveröffentlicht in L. Castellano (Hg.), *Aut.Op. La storia e i documenti*, Mailand: Savelli 1979, S. 96, 92.

[10] A. Negri, Partito operaio contro il lavoro, in S. Bologna, P. Carpignano, A. Negri: *Crisi e organizzazione operaia*, Mailand: Feltrinelli 1974, S. 126. Auf deutsch erschienen in: Toni Negri, Massenautonomie gegen Historischen Kompromiß, München: Trikont 1977.

[11] A. Negri, *Zyklus und Krise bei Marx. 2 Aufsätze*, Berlin: Merve 1972; englisch: »Marx on Cycle and Crisis«, in: *Revolution Retrieved*, London: Red Notes 1988, S. 65.

Wesen nach offener, von inneren Widersprüchen durchzogener Prozeß sei.[12] Negris besondere Bewunderung galt Schumpeter, weil dieser anerkannt habe, daß die kapitalistische Wirtschaft keine innere Gleichgewichtstendenz besitze. Indem Schumpeter auch begriffen habe, daß das Krisenmoment nicht nur unvermeidlich, sondern auch *»ein fundamentaler Anreiz im System«* sei, der *»Profit produziert«*, habe er erkannt, daß hinter der scheinbar selbständigen Bewegung der ökonomischen Kategorien die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen liegen.[13]

In *Partito operaio contro il lavoro* erweiterte Negri sein Herangehen an das Problem der Krise. Hier betonte er, wie tiefgreifend die Durchsetzung der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital die Akkumulation und den Klassenkampf verändert hätte. Unter Bezug auf die *Grundrisse* und die *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses* ging Negri auf die zentrale Tendenz in der kapitalistischen Entwicklung ein, nämlich *»die Verkürzung jenes Teils des Arbeitstages, der notwendig ist, um den Wert der Arbeitskraft zu reproduzieren«*.[14] Die Aufteilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit sei zu einem Kampf zwischen zwei unabhängigen Variablen geworden: nicht nur funktioniere der traditionelle Disziplinierungsmechanismus der industriellen Reservearmee nicht mehr, da immer mehr junge Leute die Fabrikarbeit verweigerten; die Lohnentwicklung habe sich auch immer mehr von den Erfordernissen der Akkumulation abgekoppelt.[15]

Wie so viele operaistische Thesen hatte diese These wenig mit konventionellen marxistischen Schemata zu tun. Andererseits stand Negris Vorstellung von der Arbeit als unabhängiger Variable im Klassenverhältnis zwar klar im Widerspruch zu den Formulierungen im ersten Band des *Kapital*, konnte sich aber durchaus auf den dritten Band berufen.[16] Wichtiger als die Bestätigung durch die heiligen Schriften waren allerdings die wachsenden Probleme der italienischen Wirtschaft mit der Produktivität und der Profitentwicklung, die Negri recht gaben. Später, in *Marx oltre Marx*, klärte Negri den Zusammenhang zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit im Klassenkampf mit der These, daß die Arbeiterklasse durch ihre Rigidität im Ar

[12] ebenda, S. 57.

[13] ebenda, S. 54.

[14] Negri, Partito operaio..., a.a.O., S. 109.

[15] ebenda, S. 123 f.

[16] K. Marx, *Capital I*, Harmondsworth: Penguin 1976, S. 770; *Capital II*, Harmondsworth: Penguin 1981, S. 486.

beitsprozeß den potentiellen Profit des Kapitals beschneiden könne.[17] In *Partito operaio contro il lavoro* stand diese Tendenz nur zwischen den Zeilen in der Darstellung des Arbeitstags als Schauplatz eines permanenten Bürgerkriegs zwischen den beiden großen Klassen.[18] Statt diesen Punkt auszuarbeiten, baute der Aufsatz auf der Analyse von Negris Buch *Krise des Planstaats* von 1971 auf und behauptete, daß das Kapital zwar an der Firma als Herz des Verwertungsprozesses festhalte, aber kontinuierlich zu einer größeren Vergesellschaftung der Arbeit dränge und dabei über die einfache Ausweitung des unmittelbaren Produktionsprozesses hinausgehe und sich auf eine vollständige Neudefinition der Kategorie der produktiven Arbeit zubewege. Die Größenordnung dieser Kategorie, schloß der Text, lasse sich nur in einem historisch spezifischen Sinn verstehen, nämlich *»im Verhältnis zum Entwicklungsniveau des Prozesses der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital... Heute können wir sagen, daß der Begriff des Lohnarbeiters und der Begriff des produktiven Arbeiters tendenziell dasselbe bedeuten«*, daß sich mithin *»die neue gesellschaftliche Figur eines vereinten Proletariats«* konstituiere.[19]

Insofern war *Partito operaio contro il lavoro* ganz klar ein Übergangstext für Negris Kapital- und Klassenbegriff: Indem er mit traditionellen operaistischen Formulierungen die in den *Grundrissen* umrissene Tendenz beschrieb, bereitete er schon die Hypothese vom »gesellschaftlichen Arbeiter« *[operaio sociale]* vor. Wie bei den meisten Übergangstexten scheinen dem Autor aber die im Text enthaltenen Widersprüche überhaupt nicht bewußt gewesen zu sein. Zum Beispiel gab Negri sich kaum Mühe, seine historisch dynamische Definition der produktiven Arbeit zu belegen; ihm ging es eher um die These, daß die Angriffe des Massenarbeiters auf die Profitrate in der gegenwärtigen Konjunktur weiterhin der Bezugspunkt des Gesamtproletariats blieben. Da Fabrik und Gesellschaft, Produktion und Reproduktion noch nicht identisch seien, sondern weiterhin in einem »dialektischen« Verhältnis zueinander stünden – einem Verhältnis, das das Kapital selbst aufrechtzuerhalten versuche, indem es versuche, *»den Fall der Profitrate in der Fabrik (und ihren Agenten) vom sich in der ganzen Gesellschaft entfaltenden Prozeß der Vergesellschaftung der produktiven Arbeit zu isolieren«* –, genügte Negri also die Schlußfolgerung, daß die ArbeiterInnen der Großfabriken

[17] A. Negri, *Marx oltre Marx. Quaderno di lavoro sui Grundrisse*, Mailand: Feltrinelli 1979, S. 109 f.; englisch: *Marx Beyond Marx*, South Hadley, Mass.: Bergin & Harvey 1984, S. 100 f.

[18] Negri, Partito operaio... , a.a.O., S. 114 f.

[19] ebenda, S. 126, 127, 129.

als »privilegiertes Ausbeutungssubjekt« politisch und theoretisch »absolut hegemonial« gegenüber dem Rest der Klasse blieben.[20]

Der Massen-Besetzungsstreik im Mirafiori-Werk von Fiat im März 1973 bestätigte Negris Sicht. Gleichzeitig ließ seine Darstellung der »Partei von Mirafiori« erkennen, was Negri mit der These von einem gesellschaftlich homogenen Proletariat meinte, von der *Potere Operaio* am Ende Abstand genommen hatte, die bei Negri selbst aber bald wieder im Vordergrund stehen sollte. Wenn die in den Jahren seit dem Heißen Herbst entstandene Massenavantgarde irgendeine Begrenzung hatte, so lag sie seiner Meinung nach im Zögern, über die Fabriktore hinauszugehen und sich mit dem Aneignungskampf in der gesellschaftlichen Sphäre zu vereinigen. Im Versuch, diese Schwäche zu überwinden, griff Negri dann zu einer drastischen Form des Wert-Reduktionismus, die alle Unterscheidungen unter denen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, zuschüttete. Negri übernahm Potops These von der Krise des Wertgesetzes als Krise des Kommandos über die Arbeit und behauptete, daß die gemeinsame Grundlage für die Neuzusammensetzung der Klasse in einer *»Einheit der abstrakten gesellschaftlichen Arbeit«* liege, die schwerer wiege als *»die ›besonderen‹ Probleme der verschiedenen Sektoren der gesellschaftlichen Sphäre (Jugendliche, Frauen, marginalisierte Elemente usw.)«* und der Fabrik.[21] Da es auf dem Gebiet des Werts, wie schon *Krise des Planstaats* behauptet hatte, nur noch um Macht gehe, ließen sich die Besonderheiten der Orte, an denen solch eine Organisierung entstehe, und der Inhalt der Bedürfnisse, deren Nichterfüllung zu ihrer Gründung führe, nur unter einem Projekt der »Gegenmacht« gegen den Staat subsumieren. Der Gordische Knoten der Klasseneinheit, der sich eigentlich nur langsam und sorgfältig lösen ließ, indem man die Gemeinsamkeiten der oft sehr verschiedenen kämpfenden Sektoren ausfindig machte, sollte also mit der Waffe des massenhaften bewaffneten Kampfs zerschlagen werden. In einem Aufsatz von 1974 zur Klassenstrategie im weltweiten Zusammenhang versicherte Negri seinen LeserInnen also, daß der bewaffnete Kampf *»das einzige grundlegende strategische Moment darstellt, d.h. die einzige Möglichkeit, eine Neuzusammensetzung des Proletariats und eine Konsolidierung der Kämpfe zu erreichen und damit gleichzeitig dem Kapital die Waffen der Pro*

[20] ebenda, S. 126, 128.

[21] A. Negri, The Party of Mirafiori, englisch in *Red Notes* (Hg.), *Working Class Autonomy and the Crisis: Italian Marxist Texts of the Theory and Practice of a Class Movement. 1964-1979*, London: CSE Books 1979, S. 64.

vokation, der Repression und der Eindämmung, die die verschiedenen Klassenteile isolieren und neu spalten sollen, aus der Hand zu schlagen«.[22]

Und doch verfolgte Negri manchmal, wenn er die Kompliziertheiten des gesellschaftlichen Konflikts nicht zu einer eindimensionalen Machtfrage schrumpfen ließ, Untersuchungslinien, die den materiellen Inhalt der Kämpfe betonten. In *Partito operaio contro il lavoro* behauptete er zum Beispiel, daß die Befreiung der individuellen Bedürfnisse heute als integraler Teil des Klassenkampfs zu betrachten sei: *»Vielleicht enthält das Ziel, das sich die Klasse in ihrer Intensität, in ihrer Totalität setzt, heute, abgesehen von Utopien oder von Aufständen, diesen großartigen Momenten der Begeisterung, zum ersten Mal die Bedürfnisse der Individuen. Die Befreiung läßt sich nicht auf den Kommunismus verschieben... Die neuen Bedürfnisse, die die jüngsten Generationen der Arbeiterklasse angemeldet haben, sind Bedürfnisse nach Befreiung. Nichts ist reicher oder feiner als die Fähigkeit, die unmittelbaren Bedürfnisse der Individuen mit den politischen Bedürfnissen der Klasse zu verbinden.«*[23]

Negris Position hier ist weit von seinen Ansichten von 1971 entfernt, als er getönt hatte, daß *»die einzige Freude der Klasse heute in ihrem Verhältnis zur Klassenorganisation und in der Konfrontation mit dem verhaßten kapitalistischen Machtapparat liegt«.*[24] Andererseits blieb Negris neue Einsicht in sein altes theoretisches Gepäck eingeschnürt, und er versuchte weiterhin, die ganze Thematik der Bedürfnisse in das Paradigma des Lohns zu quetschen, indem er schrieb, *»die historische Struktur des Lohns«* sei der wichtigste Ausdruck des *»objektiven Niveaus der Bedürfnisse«*, durch die der Kampf innerhalb und außerhalb der Fabrik gefiltert werden müsse.[25]

»Wir zahlen nur so viel wie Agnelli«

1974, als die Energiekrise des Westens die Inlandsinflation verschärfte, ließen neue Kämpfe die italienische Gesellschaft explodieren, und bei Negri schon angelegte »vergesellschaftete« Tendenzen rückten ins Zentrum seines Bewußtseins. In all den neuen Unruhen ging es um die Praxis der »eigenmächtigen Herabsetzung« *[autoriduzione]*, mit der sich ArbeiterInnen gegen die von Erhöhung Strom-, Wasser- und Telefongebühren durch die Rumor-

[22] A. Negri, Theses on the Crisis, englisch in: *Red Notes* (Hg.), a.a.O., S. 53.

[23] Negri, Partito operaio ... , a.a.O., S. 159.

[24] A. Negri, Crisis of the Planner-State, in: *Revolution Retrieved*, a.a.O., S. 138. Auf deutsch erschienen als: *Krise des Planstaats. Kommunismus und revolutionäre Organisation*, Berlin: Merve 1973. Italienische Ausgabe: *Crisi dello Stato-piano*, Mailand: Feltrinelli 1974.

[25] Negri, Partito operaio ... , a.a.O., S. 143.

Regierung organisierten. Ausgehend von Turin, wo Fiat-ArbeiterInnen aus dem Rivalta-Werk sich weigerten, höhere Busfahrpreise zu zahlen, verbreitete sich die Praxis der eigenmächtigen Herabsetzung bald in den Städten des Nordens und in Rom, wo sie besonders als Kampfmittel gegen die Erhöhung der Strom- und Telefongebühren beliebt war.

Da diese Aktivitäten schnell zu einer Massenbewegung anwuchsen, an der sich allein im Piemont 180 000 Familien beteiligten, kam es in der Arbeiterbewegung zur Spaltung über diese Frage. Während viele kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre (aus dem PCI) die Effektivität und den Wert dieser neuen Kampfform in Frage stellten, meinten andere, sie müßten sie befürworten, um ihre eigene Legitimation zu retten. »In den letzten Monaten hat die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften einen Tiefstand erreicht«, meinte der Sekretär des Turiner Arbeitsrates [labour council – (ist hier die camera di lavoro gemeint?)]. »Hier steht unser Verhältnis zu den Menschen auf dem Spiel; hier wird unsere Fähigkeit zur Formulierung einer Alternative in Frage gestellt.« Die Praxis der autoriduzione war auch ein fruchtbarer Boden für die autonomen Kollektive. Da die allgemein als »Volsci« bekannten römischen Comitati Operai Autonomi genügend Mitglieder beim staatlichen Stromversorgungsunternehmen ENEL hatte, um Leuten, denen der Strom abstellt worden war, weil sie die neuen Gebühren nicht zahlen wollten, den Strom wieder anzustellen, konnten sie mühelos viele EinwohnerInnen überzeugen, den Industrietarif (etwa 25 Prozent vom Privatverbrauchertarif) statt der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen 50 Prozent zu zahlen. Die autonomen Gruppen im Veneto und anderswo hatten zwar nicht solche Trumpfkarten, spielten aber trotzdem eine große Rolle im Kampf, wenn auch vorsichtiger als die Gruppen in Rom.[26]

Dies waren nicht die einzigen Kämpfe außerhalb der Fabrik. Eine neue Schülerbewegung antwortete mit Demonstrationen und Besetzungen auf drohende Kürzungen bei Bildungsausgaben und Lehrern. In Turin organisierten StudentInnen einen Marsch zu Mirafiori, um an der ersten offenen Versammlung im Werk teilzunehmen. Anfang des Jahres begann auch eine neue Welle von Hausbesetzungen in Rom, die sich bis Oktober bis Turin ausgeweitet hatte. Die Hausbesetzungen in Rom wurden von Mitgliedern der Gruppe *Lotta Continua* dominiert, aber auch die römischen Autonomen waren dabei, und einer von ihnen wurde im September als erster aus der Area bei Zusammenstößen mit der Polizei getötet. In Turin wiederum zeichneten sich

[26] B. Ramirez, Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Krise. Die eigenmächtige Herabsetzung der Preise in Italien, in: *Zerowork*, TheKla 10, Berlin: Sisina 1988; englisch: Self-reduction of prices in Italy, *Zerowork, Political Materials*, No. 1, Herbst 1977, wiederveröffentlicht in: Midnight Notes (Hg.): *Midnight Oil*, New York: Autonomedia 1992, S. 190.

die Besetzungen, an denen sich früher hauptsächlich die in der Produktion Marginalisierten und die »Armen« beteiligt hatten, durch die zahlenmäßig große Beteiligung von FabrikarbeiterInnen aus.[27] Schließlich stürmten am 12. Oktober bei einem der ersten organisierten »politischen Einkäufe« DemonstrantInnen in Mailand einen Supermarkt und zwangen den Geschäftsführer, Waren billiger zu verkaufen.[28]

Auch in der *Autonomia* selbst gab es Veränderungen. Mitte 1974 traten bei einer Diskussion über den garantierten Lohn sehr unterschiedliche Einschätzungen zutage. Der zentrale Bruch lief zwischen denjenigen, die die Verweigerung der Arbeit als die wesentliche Grundlage der revolutionären Strategie sahen, und der *Assemblea Autonoma dell'Alfa Romeo*, für die die Entwicklung des Klassenbewußtseins – und der menschlichen Fähigkeiten – untrennbar mit der Erfahrung der Arbeit verbunden war: *»Unter dem garantierten Lohn verstehen wir das mit der Garantie eines Arbeitsplatzes erkämpfte Recht auf Leben. Denn in einer kommunistischen Gesellschaft muß jeder nach seinen Fähigkeiten beitragen und von der Gesellschaft nach seinen Bedürfnissen erhalten... Die Genossen von Marghera sagen: Wenn die Menschen* [italienisch: uomini = Männer; Anm. d. Übers.] *(sic!) von der Notwendigkeit der Arbeit befreit werden, weil sie nicht mehr arbeiten müssen, um zu essen oder sich anzuziehen oder ihre Wünsche zu befriedigen, dann werden wir die wahre Freiheit haben! Darauf antworten wir, daß wir nicht gegen die Arbeit sind, sondern gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit, der es nicht um den gesellschaftlichen Fortschritt, sondern um den Profit geht... [im Süden] wollen die proletarischen Massen Arbeitsplätze zur Lösung ihrer Probleme.«*[29]

Da die Militanten von Alfa in dieser Frage allein blieben, verließen sie ein paar Monate später die *Autonomia*. Mit ihrem Austritt waren die Unterschiede innerhalb der *Area* aber nicht beseitigt. Andere TeilnehmerInnen der Debatte sympathisierten zwar mit der Vorstellung vom Kommunismus als Befreiung von der Arbeit, aber sie machten sich zunehmend Sorgen um das politische Gewicht der Operaisten und ihrer Verbündeten. Besonders die Römer meinten, daß weder die ehemaligen Mitglieder von *Potere Operaio* noch die ehemaligen Mitglieder des *Gruppo Gramsci* es in irgendeiner Weise geschafft hätten, »ein neues Verhältnis zur Bewegung« herzustellen. Viel-

[27] Das Zentrum der Besetzungen waren private Mietshäuser in San Basilio, einer der übelsten Slumbezirke von Rom. Die radikale Linke war derart gespalten, daß die unterschiedlichen Gruppen getrennte Besetzungen organisierten. Berichte finden sich in *Autonomia Operaia*, a.a.O., S. 205-211, 214-219 und in den Septemberausgaben der Zeitung *Lotta Continua*.

[28] »Milano: la spesa politica«, *in: Controinformazione* 5-6, 1974, S. 12 f.

[29] A.A. Alfa Romeo, Rivoluzione e lavoro, in: *Rosso* 11, Juni 1974, S. 15.

mehr seien diese Militanten besonders anfällig für die »Versuchung«, die Autonomia entlang der überholten und bürokratischen Linien der aus der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre entstandenen Gruppen zu rekonstruieren.[30]

Diese Befürchtungen sollten sich bald als berechtigt erweisen. Schon seit 1975 verwandelten sich die »organisierten« Bestandteile der *Autonomia*, von der Gruppe um Negri und die Überreste von Oreste Scalzones Potop-Minderheitsflügel bis hin zu einer Reihe von marxistisch-leninistischen Organisationen und den Römern selbst, langsam in einen Zusammenhang von politischen »Mikrofraktionen«.[31] Ihr Haß auf die institutionelle Politik führte zwar dazu, daß sie auf einem anderen Gebiet arbeiteten als die großen Gruppen außerhalb des PCI (*Lotta Continua*, *Avanguardia Operaia* und *PdUP*), aber die Autonomen hatten bald einen ebenso unbeholfenen politischen Stil wie sie, was dazu beitrug, viele schon von den »großen Drei« *[triplice]* der italienischen radikalen Linken enttäuschte potentielle SympathisantInnen abzuschrecken.[32]

Im Rückblick könnte man diesen Prozeß leicht für unausweichlich halten, da bestimmte Fehler schon in der »antirevisionistischen« Kultur angelegt waren, zu der die Autonomen genauso gehörten wie die meisten anderen Marxisten links vom PCI: vor allem die Regelmäßigkeit, mit der neue Einsichten dem bestehenden marxistisch-leninistischen Dogma einverleibt wurden, statt mit ihnen den nach wie vor bestehenden Anspruch dieses Dogmas auf die revolutionäre Wahrheit in Frage zu stellen. Aber es wäre falsch, den ganz besonderen Beitrag der Autonomia zur Kultur der italienischen radikalen Linken, gerade in ihrer Anfangszeit, zu bestreiten. Mit ihrer Weigerung, die politische und die ökonomische Sphäre des Kampfes voneinander zu trennen, und ihrer Entscheidung, die traditionelle, seit den Tagen der Zweiten Internationalen in der Linken übliche Dichotomie von Partei- und Gewerkschaftsorganisation zu überwinden, ging die *Area* in ihrem Bruch mit dem traditionellen kommunistischen praktischen Politikverständnis viel weiter als

[30] Comitato Politico ENEL & Collettivo Policlinico: »Centralizzazione e responsabilità delle avanguardie«, *Rosso* 11, S. 11, und »Autonomia operaia organizzata: rapporto da Milano«, in: *Autonomia Operaia*, a.a.O., S. 71 ff.

[31] O. Scalzone und G. Vignale, La congiuntura del movimento e i malanni della soggettività, in: *Pre-print* 1, Dezember 1978.

[32] Ein frühes Beispiel für das schwierige Verhältnis der Autonomia zu anderen vom Triplice enttäuschten AktivistInnen war die Beteiligung einiger ihrer römischen Exponenten am Versuch von männlichen Lotta-Continua-Militanten, sich mit Gewalt in eine nationale Frauendemonstration im Dezember 1975 einzureihen. Franco Berardis Bericht über den Vorfall, der dazu führte, daß seine Bologneser Gruppe die formellen Beziehungen mit dem »organisierten« Flügel der Autonomia abbrach, finden sich in G. Soulier, a.a.O., S. 93.

jeder ihrer großen Konkurrenten in Italien. In ihren Anfängen als überwiegend in den Fabriken verankertes Netzwerk hatte die *Autonomia* einen kleines, aber wichtiges Experiment in revolutionärer Politik dargestellt, das auf der Selbstorganisation der von den Kämpfen der 60er Jahre hochgespülten Generation von Fabrikaktivisten beruhte. Das schnelle Scheitern dieses Projekts innerhalb der *Area* selbst beweist sowohl das tote Gewicht der Ideologien der Vergangenheit als auch die zunehmende Verschiebung der von der Fahne der Autonomia angezogenen gesellschaftlichen Kräfte. So übten anfänglich zwar ganz unterschiedliche autonome Formationen Kritik an den konventionellen leninistischen Dogmen, aber keine versuchte eine so grundlegende Kritik wie bestimmte feministische Kreise.[33] Im Gegenteil formulierten die meisten Tendenzen in der Autonomia gegen die immer zahmere Politik des Triplice eine Art von Leninismus, die zwar oft die taktischen Vorstellungen der bewaffneten Gruppen kritisierte, aber trotzdem den bewaffneten Kampf als Gipfel des Klassenkampfs sanktionierte. Da der italienischen Staat offensichtlich entschlossen war, den gesellschaftlichen Protest zu kriminalisieren, und da Faschisten und Polizei Mitte 1975 in sechs Wochen sechs linke DemonstrantInnen getötet hatten, gewann dieser »bewaffnete Leninismus« für viele junge SchulaktivistInnen aus den neuen autoriduzione-Kämpfen und Straßenschlachten eine gewisse praktische Bedeutung. Nachdem die Autonomia aufgrund von politischer Enttäuschung und Entlassungen einen Großteil ihrer Basis in den italienischen Großfabriken zu verlieren begann, rekrutierte die Area am stärksten in dieser neuen Generation, die beeindruckt von der Bereitschaft der Autonomen war, sich mit physischer Gewalt den Angriffen von Carabinieri und Faschisten entgegenzustellen.[34]
In einem Text von Anfang 1976 machte Negri als einen Grundwiderspruch der Area und der gesellschaftlichen Kräfte, die sie zu organisieren versuchte, den Widerspruch zwischen den BefürworterInnen der »Bewegung« und den VertreterInnen »eines ›leninistischen‹ Organisationskonzepts« aus.[35] Sein Optimismus, daß die *Autonomia* in der Lage sei, dieses Problem zu überwinden, stellte sich aber leider bald als verfehlt heraus. Die dominierenden Kräfte in der Autonomia entschieden sich vielmehr dafür, »als Partei auf

[33] Zur Bedeutung der feministischen Kritiken am Leninismus siehe C. Bermani und B. Cartosio, Dieci anni di ›Primo Maggio‹, in: *Primo Maggio* Nr. 19-20, Winter 1983/84, S. 5.

[34] Vgl. M. Lombardo-Radice und M. Sinibaldi, ›C'è un clima di guerra...‹. Intervista sul terrorismo diffuso, in: L. Manconi (Hg.): *La violenza e la politica*, Rom: Savelli 1979.

[35] »Documento Politico della Segretaria dei Collettivi politici di Milano«, in: *Rosso* 7 (13.3.76), wiederveröffentlicht in: G. Martignoni und S. Morandilli (Hg.): *Il diritto all'odio: dentro/fuori/ai bordi dell'area dell'autonomia*, Verona: Bertani 1977, S. 229.

zutreten« und verurteilten sich damit unbewußt dazu, den Weg der Gruppen, deren Versagen sie einst so vehement kritisiert hatten, zu wiederholen.[36]

Abschied vom Massenarbeiter

»Gasparazzo ist nicht ewig ...«[37]

Vor diesem Hintergrund erschien Mitte 1975 Negris Buch *Proletari e Stato*. Diese kurze Broschüre war vollgepackt mit Hypothesen über die sich verändernde Natur des Klassenkampfs. Sie ließ endgültig alles Zögern, von einer neuen Klassenzusammensetzung zu reden, fallen, und hob durchgängig darauf ab, daß es in der Krise eine Erneuerung und im Bruch eine Kontinuität gebe, sowohl für die Kritik der politischen Ökonomie als auch für den Prozeß des gesellschaftlichen Antagonismus. Negri meinte, die Versuche des Kapitals, die Klasse nach dem Heißen Herbst durch eine Veränderung ihrer technischen Zusammensetzung und durch die weitere Vergesellschaftung des Lohnverhältnisses zu spalten, seien nach hinten losgegangen. Wie ein moderner Zauberlehrling habe das Kapital mit seinen Versuchen, die Kontrolle zurückzugewinnen, nur seine Probleme vervielfacht, denn obwohl die Offensive des Massenarbeiters zum Stillstand gebracht worden sei, seien statt ihm neue proletarische Schichten – ja, eine neue Klassenfigur – in die Schlacht eingetreten. Wenn diese neue Klassenfigur das Kind der vorhergehenden Runde von Kämpfen sei, dann habe die Krise der kapitalistischen Entwicklung dabei die Hebamme gespielt. Wie in *Partito operaio contro il lavoro* versuchte Negri in *Proletari e Stato*, seine Analyse der Klassenzusammensetzung am tendenziellen Fall der Profitrate festzumachen. In Anlehnung an eine Argumentation der operaistischen Zeitschrift *Primo Maggio* forderte Negri aber nun, daß die Krisentheorie wesentlich modifiziert werden müsse. Natürlich sei es richtig, daß die »Marx'sche Tendenz« in Aktualität umgeschlagen sei und die mit der Profitrate verbundenen Probleme durch den Klassenkampf verschärft worden seien. Genau deshalb aber seien die traditionellen entgegenwirkenden Tendenzen des Kapitals bislang erfolglos geblieben:

[36] Wie in »Organismi autonomi e ›area dell'autonomia‹«, *Collegamenti* 6, Dezember 1974, (wiederveröffentlicht in Martignoni und Morandilli, a.a.O., S. 262) vorhergesagt worden war.

[37] B. Longo, Meno salario, piú reddito: la Cassa integrazione, in: *Primo Maggio* Nr. 5, Frühjahr 1975, S. 30. Gasparazzo war eine Comicfigur in der Zeitung *Lotta Continua*, die die im Heißen Herbst entstandenen männlichen »Massenarbeiter« karikierte.

»Trotz des Zwangs zu größerer Flexibilität der Arbeitskraft, trotz Versuchen, die Produktion räumlich zu zergliedern (auf allen Ebenen: lokal, regional, national, multinational), trotz der neuen weltweiten Mobilität des Kapitals, trotz der beunruhigenden Auswirkungen des Inflationsprozesses: trotz alledem und noch vieler anderer Versuche ist daher die Rigidität des Verhältnisses zwischen Mehrwert und Gesamtkapital insgesamt – d.h. die Profitrate – nicht aufgelöst worden... Der Profit »stagniert« ... trotz der Inflation und allen anderen Gegenmaßnahmen.«[38]

Vielmehr sei das Kapital zunehmend gezwungen, sich die besonderen Eigenschaften der Geldform zu Nutze zu machen, um Profitmasse und Profitrate wieder in ein korrektes Verhältnis zueinander zu bringen. Folglich müsse jetzt die Kritik der politischen Ökonomie erweitert werden und die neue Funktion des Geldes als Kommando miteinbeziehen. Gleichzeitig sei es dem Kapital trotz seiner Probleme gelungen, seine organische Zusammensetzung und damit die technische Zusammensetzung der Arbeiterklasse zu reorganisieren. Aber trotz ihrer verheerenden Auswirkungen auf den Massenarbeiter habe die Umstrukturierung auch zu einer größeren Vergesellschaftung des Kapitals und damit zu einer *»weiteren Vermassung der abstrakten Arbeit und somit der zum Kampf bereiten gesellschaftlich verstreuten Arbeit«* geführt. *»Die Kategorie ›Arbeiterklasse‹«* sei zwar *»in die Krise geraten«*, aber, so Negri, *»als Proletariat wirkt sie sich weiterhin auf dem gesamten gesellschaftlichen Terrain aus«*.[39]

Den Ausdruck »gesellschaftlicher Arbeiter« hatte erstmals ein Jahr vorher der parteilose Operaist Romano Alquati geprägt. Er hatte darunter ein neues politisches Subjekt verstanden, das den Massenarbeiter überholte und als solches mit der Proletarisierung und Vermassung der intellektuellen Ar

[38] A. Negri: *Proletari e Stato: Per una discussione su autonomia operaia e compromesso storico*, Mailand: Feltrinelli 1976 (zweite Auflage), S. 12 f. Die ersten neun Thesen sind auf deutsch erschienen in; Toni Negri, Massenautonomie gegen historischen Kompromiß, a.a.O.

[39] ebenda, S. 14 f. Außer in seinen eigenen Werken wie *Krise des Planstaats* läßt sich eine Vorwegnahme von Negris These in den Überlegungen eines anderen ehemaligen Mitglieds von Potop, Franco »Bifo« Berardi, finden. Dieser Bologneser Militante schrieb im April 1973, die Fiat-Besetzung signalisiere die Krise sowohl des Leninismus als auch des Massenarbeiters, der jetzt von einer neuen Klassenzusammensetzung überholt werden, in der die »intellektuelle und technische Arbeit, die produktive Intelligenz (wissenschaftlich-technische Intelligenz)« tendenziell bestimmend wird«; »Mirafiori è rossa«, wiederveröffentlicht in: F. Berardi: *Scrittura e Movimento*, Venedig: Marsilio 1974, S. 8.

beit zusammenhing.[40] In Negris Definition war die intellektuelle Arbeit enthalten, sie ging aber gleichzeitig weit über sie hinaus. Für ihn beruhte *»die Theorie des Operaismus genau auf der grundlegenden These, daß die Arbeit immer abstrakter und gleichzeitig immer stärker vergesellschaftet wird«*, wie er es 1978 ausdrückte.[41] Der Massenarbeiter war zwar die *»erste vermasste Konkretisierung«* dieser These,[42] aber als Figur war er immer noch an bestimmte Sektoren der Klasse gebunden, vor allem an die konsumgüterproduzierenden Sektoren der Metallindustrie. Er war nicht die Arbeiterklasse, sondern ihre Avantgarde: *»Der Massenarbeiter und davor schon der Facharbeiter gegenüber den Bauern«*, sagte Alquati später, *»haben uns gelehrt, daß Hegemonie nicht auf Zahlen beruht, sondern auf der Qualität des Verhältnisses in der Akkumulation«*.[43] Als logische Schlußfolgerung aus dem Ansatz, den Negri erstmals mit *Krise des Planstaats* aufgestellt hatte, stellte der gesellschaftliche Arbeiter für ihn also einen radikalen Bruch in der Genealogie der Klassenfiguren dar, die der italienische Operaismus klassifiziert hatte, insofern er nämlich die erste Klassenfigur sei, die nicht in der qualitativen Umgestaltung des unmittelbaren Produktionsprozesses geschmiedet worden sei. Erst recht nicht sei der Operaio sociale an eine besondere Branche gebunden: vielmehr sei er das ganze Proletariat, das durch den gesamten Verwertungsprozeß konstituierte Subjekt qua abstrakte Arbeit. Zum ersten Mal, behauptete Negri, sei eine neue Klassenzusammensetzung nicht von einer technologischen Niederlage geschaffen worden, sondern habe sich die Kontinuität und Verallgemeinerung des Kampfs Hand in Hand mit der Vergesellschaftung des Kapitalverhältnisses entwickelt.[44]

Proletari e Stato kam sehr allgemein, ja mit Allgemeinplätzen daher; der Text verkündete zwar, die neue Klassenfigur sei zutiefst gesellschaftlich, aber er sagte sehr wenig über die Veränderungen in der Physiognomie des

[40] Alquatis Version der Hypothese vom gesellschaftlichen Arbeiter und seines Verhältnisses zu den anderen Klassenfiguren des Operaismus ist dargestellt in R. Alquati, N. Negri and A. Sormano, *Università di ceto medio e proletariato intellettuale*, Turin: Stampatori o.J., S. 90 ff. Alquatis »Beitrag zu einem Lexikon« wurde auf deutsch gekürzt veröffentlicht in Thekla 8, Berlin: Sisina, 1988.

[41] A. Negri: *Dall'operaio massa all'operaio sociale: Intervista sull'operaismo*, Mailand: Multhipla 1979, S. 11. »Vom Massenarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter«, Teile des Interviews finden sich in *Thekla 5*, Berlin: Sisina 1987. Allerdings nicht die hier zitierte Passage. Im *Lesebuch zur Nicht-Arbeit* (Karlsruhe 1981) ist das Interview zwar auch nicht komplett übersetzt worden, aber die hier erwähnte Stelle findet sich dort auf S. 54.

[42] Negri: *Proletari e Stato*, a.a.O., S. 15.

[43] R. Alquati, Università, formazione della forza lavoro intellettuale, terziarizzazione, in: R. Tomassini (Hg.): *Studenti e composizione di classe*, Mailand: Edizioni aut aut 1977, S. 75 f.

[44] Negri: *Proletari e Stato*, a.a.O., S. 36.

Massenarbeiters, die zu ihrer Herausbildung geführt hätten. Die wichtigsten Fragen drehten sich für Negri vielmehr um das »massive revolutionäre Potential« des gesellschaftlichen Arbeiters und einen sich entfaltenden Neuzusammensetzungsprozeß »von außerordentlicher Breite und Intensität«. Das Umstrukturierungsprojekt des Kapitals habe die politische Zusammensetzung des Proletariats nicht zerstört, sondern noch stärker gemacht, indem es die verschiedenen Schichten, die es zu spalten versucht habe, vereinigt habe. Laut *Proletari e Stato* herrschte nun »im gesamten Planungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft ein einziges Ausbeutungsgesetz«, so daß man zwangsläufig »die Umstrukturierung als Herausbildung eines immer breiteren einheitlichen Potentials von Kämpfen verstehen« müsse.[45]
Eher als aus *Proletari e Stato* selbst kann man sich aus *Rosso* ein Bild von den konstituierenden Elementen der neuen Klassenfigur machen. 1975 hatte ein neuer Zyklus von Tarifauseinandersetzungen begonnen; wie 1972/73 betonten die Autonomen, daß die ArbeiterInnen am Preis der Arbeitskraft in die Offensive gehen müßten. Damit, so hofften sie, würde der Klassenkampf die völlig außer Kontrolle geratenen Löhne, die viele Führer in Wirtschaft und Politik als Hauptproblem der italienischen Ökonomie sahen, weiter hochtreiben. Auf dem elementaren Terrain der Trennung zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit, behauptete das Papier, könne die Arbeiterklasse nur mit einer Kampagne zur weiteren Verkürzung des Arbeitstages bei vollem Lohnausgleich antworten. Diese Forderung vertrat Negris Organisation dann auch unter den Mailänder AutomobilarbeiterInnen.[46]

Die Großfabriken stellten zwar weiterhin die Spitze der industriellen Pyramide dar, aber die breite räumliche Zerstreuung vieler Arbeitsprozesse verbunden mit der traditionellen Bedeutung vieler kleinerer teileproduzierender Firmen gab den ArbeiterInnen in kleineren Betrieben immer mehr Gewicht. Dementsprechend begann *Rosso* auch, die ersten Selbstorganisationsversuche junger ArbeiterInnen in den Kleinbetrieben von Mailand und Turin zu dokumentieren. Diese als »proletarische Jugendzirkel« bekannten lokalen Gruppierungen versuchten Auseinandersetzungen in verschiedenen Firmen zu koordinieren und betrieben gleichzeitig neue Formen von autoriduzione wie die Besetzung von Kinos für Konzerte und andere kulturelle Aktivitäten.[47]

Die Zeitung ging über die Betriebe hinaus und verfolgte auch die Bewegung der »organisierten Arbeitslosen« in Neapel. Die Bewegung in Neapel verband direkte Aktion und Lobbyarbeit in einer für miese Wohnverhältnisse

[45] ebenda, S. 36 f., 37.

[46] »Alfa Romeo 35 x 40« und »La proposta operaia«, in: *Rosso* III/1, 9.10.75.

[47] Zu diesen Erfahrungen vgl. Nanni Balestrinis Roman *Die Unsichtbaren*, München: Weismann Verlag 1988; italienisch: *Gli Invisibili*, Mailand: Bompiani 1987.

ebenso wie für eine korrupte Verwaltung bekannten Stadt und mobilisierte binnen Kürze Tausende von arbeitslosen ArbeiterInnen und wurde zum zentralen Bezugspunkt für militante Aktivitäten in der Region.[48] Anderswo beschäftigte sich die immer stärkere Frauenbewegung nicht nur mit dem Problem der Ehescheidung, an dem sie 1974 die Regierung zu Fall gebracht hatte, sondern stellte zunehmend alle Aspekte gesellschaftlicher Herrschaft in Frage. Wie die Arbeitslosen sah *Rosso* auch die Feministinnen als integralen Bestandteil des neuen gesellschaftlichen Subjekts, und die Zeitung begann jetzt von der Entstehung eines »neuen weiblichen Proletariats« zu sprechen.[49] Als weiteren roten Faden, der diese Schichten in einen Vereinigungsprozeß von Neuzusammensetzung verband, sah Negris Organisation schließlich die fortdauernde Praxis der autoriduzione und besonders die zunehmenden Fälle von organisierten Plünderungen.[50]

Negri vertrat die These, daß es in all diesen Kämpfen den Leuten darum ginge, ihre Bedürfnisse außerhalb der Logik der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse zu erfüllen. Da Bedürfnisse immer historisch bestimmt seien, könnten sich die Bedürfnisse des gesellschaftlichen Arbeiters nur im Universum des Kapitals konstituieren. Wie man sich denken kann, war seine Interpretation hier wiederum von den *Grundrissen* geprägt. Den Teufelskreis der Kapitalreproduktion könne nur der Gebrauchswert – die lebendige Arbeit – durchbrechen. Da die Reproduktion des Kapitals von der lebendigen Arbeit lebe, könne diese das Klassenverhältnis sprengen, wenn sie sich in Verweigerung der Arbeit verwandle, in eine Kreativität, die sich auf die Reproduktion des Proletariats als antagonistisches Subjekt richte. Daher sei es dringend nötig, das bestehende System von Bedürfnissen durch ein »System von Kämpfen« zu ersetzen, in deren Förderung nach wie vor die Hauptberechtigung einer revolutionären Partei liege.[51] Im Sinne der *Grundrisse* bezog Negri diese Diskussion wiederum auf die Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Genau in dem Moment, wo es so aussehe, als sei »der alte Widerspruch« überwunden und die lebendige Arbeit dem Kapital subsumiert, *»gerinnt die gesamte Kraft der Aufsässigkeit in jener letzten Front, nämlich im antagonistischen und allgemeinen Fortbestand der gesellschaftlichen Arbeit. Von hier aus stellt sich die Produktivkraft – die einzige Produktivkraft, d.h. die gesellschaftliche lebendige Arbeit – als Kampf den ›Produktionsbedingungen‹ und den in diesen verkörperten ›Pro-*

[48] *Autonomia Operaia*, a.a.O., S. 156 ff.

[49] »Un diverso 8 marzo« und »Note del sesto anno«, *Rosso* III/8, 24.4.76.

[50] Autonomia Operaia, a.a.O., S. 246 ff., 364 f.

[51] Negri: *Proletari e Stato*, a.a.O., S. 45, 46.

duktivkräften‹ entgegen.« Marx' traditionelle Formel wurde also neu gefaßt als direkter Antagonismus zwischen Proletariern und Staat.[52]

Hier gab *Proletari e Stato* zwar einfach einem Marx'schen Schema eine typisch »negrianische« Wendung, aber an anderen Stellen stellte der Aufsatz eine der zentralen traditionell operaistischen Kategorien, nämlich den Lohn, in Frage. Lange hatte der Lohn als wichtigster Moment der Klassenneuzusammensetzung gegolten, während Negri jetzt die offizielle Arbeiterbewegung dafür kritisierte, daß sie die Klassenverhältnisse nur in diesem Sinne verstehe. Er vertrat die These, daß der Lohn im unmittelbaren Produktionsprozeß und die Aneignung in der gesellschaftlichen Sphäre lange Zeit getrennt marschiert seien, aber vereint geschlagen hätten; heute aber würde aus dem ersteren tendenziell die letztere, denn die Arbeiterklasse versuche sich *»die Produktivkräfte des gesellschaftlichen Reichtums direkt wiederanzueignen«*. Tatsächlich sah Negri die direkte Wiederaneignung nicht mehr nur *»als vages Anhängsel des kommunistischen Programms, sondern als seinen wesentlichen Gehalt«*. Früher habe der Lohnkampf alle anderen Kämpfe seiner Logik untergeordnet; jetzt habe er nur noch als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Angriffs auf den Staat Bedeutung. Neben den Kampf um das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit sei der Kampf um die Reduzierung der notwendigen Arbeit selbst getreten, da das Proletariat danach strebe, die Tendenz des Kapitals zu beschleunigen und damit den Sturz der Tyrannei der Ökonomie voranzutreiben.[53]

Laut *Proletari e Stato* stand und fiel die Hypothese vom gesellschaftlichen Arbeiter mit ihrer Gültigkeit in der Praxis. Inwieweit also entsprach die in ihr enthaltene Behauptung, daß es einen massenhaften Neuzusammensetzungsprozeß – einen qualitativen Sprung in der Klasseneinheit – gebe, der damaligen Realität in Italien? Das Problem der »marginalen Zergliederung«, womit die eigentümlichen Verhaltensweisen der neuen gesellschaftlich »marginalisierten« Schichten gemeint waren, tippte Negri in der Broschüre selbst nur ganz kurz an. Selbst hier schienen die Bedürfnisse von Subjekten wie Frauen und Arbeitslosen nur insoweit politische Bedeutung zu haben, wie sie sich nicht auf »die Forderung nach Lohnarbeit« reduzieren ließen.[54] Aber so leicht sich eine zeitliche Kontinuität zwischen den Kämpfen des Massenarbeiters im Heißen Herbst und den Kämpfen der neuen gesellschaftlichen Subjekte Mitte der siebziger Jahre zeigen läßt, so schwer ist es, Spuren jener konkreten Vereinigung zwischen Sektoren zu entdecken, auf der Negris gan-

[52] ebenda, S. 45, 37, 32, 31, 6.

[53] ebenda, S. 51, 47 f.

[54] ebenda, S. 9, 64.

ze These beruhte. Zum größten Teil erfüllte sich diese Möglichkeit leider überhaupt nicht, und die Front, wo die Betriebskämpfe am heftigsten waren – die Kleinfabriken im Norden – blieb hermetisch von den anderen Sektoren der Klasse abgeschnitten. Auch wenn man später – 1977 – behaupten konnte, daß die Universität die Rolle eines solchen vereinigenden Momentes spielte, war es 1975/76 nur die Praxis der *autoriduzione* – die vor allem die »proletarischen Jugendzirkel« betrieben – die die immer weiter auseinanderdriftenden Schichten der italienischen Arbeiterklasse ein Stück weit miteinander verbinden konnte.[55]

Die dramatischsten und wichtigsten Spaltungen dieser Zeit führten sowohl zur Trennung der ArbeiterInnen in den Großfabriken im Norden von den übrigen Subjekten, die in Negris Klassenfigur zusammengruppiert waren, als auch zu einer immer größeren Spaltung im Massenarbeiter selbst. Nach den Kämpfen eines halben Jahrzehnts steckten die wichtigsten Protagonisten des Heißen Herbsts im besten Fall in einem »produktiven Waffenstillstand« in der Fabrik fest, im schlimmsten Fall waren sie in defensiv ausgerichtete und in die institutionellen Ambitionen der offiziellen Arbeiterbewegung eingebundene betriebliche Auseinandersetzungen verstrickt. Die Gewerkschaftsverbände hatten nach 1973 einen Großteil der Fabrikräte auf ihre Seite ziehen und dabei bürokratisieren können – vor allem weil sie in der zunehmend zentralisierten Tariflandschaft die Rigidität der Arbeitskraft gewährleisten konnten. Praktisch hatte das zweierlei bedeutet: Erstens fingen die Gewerkschaften in neuem Gewand wieder an, wie früher über Lohnhierarchien unter den ArbeiterInnen auf Grundlage von Qualifikationen zu reden, was in krassem Widerspruch zum egalitären Geist der Jahre davor stand; zweitens versuchten die Gewerkschaften ausdrücklich, die Arbeiterforderungen den Anforderungen der Akkumulation anzupassen.[56] Nach Ablösung der Mitte-Links-Regierung der 60er Jahre durch immer autoritärere Regierungen

[55] Die Kämpfe in den kleinen Fabriken 1975 sind gut in der Zeitung *Lotta Continua* dokumentiert. Laut einem Bericht auf der Arbeiterkonferenz der Organisation im Juli 1975 war allein in Mailand in 116 Fabriken für 3 000 bis 5 000 ArbeiterInnen Cassa Integrazione eingeführt worden. Im September 1975 sollten nochmal 7 000 dazukommen (allein 1 500 bei Innocenti). 50 bis 60 dieser Betriebe waren von ihren Beschäftigten besetzt worden. »La lotta delle piccole fabbriche«, *Lotta Continua*, 24.7.75, S. 3.

[56] Vgl. P. Lange, G. Ross und M. Vannicelli, *Unions, Change and Crisis: French and Italian Union Strategy and the Political Economy, 1945-1980*, London: George Allen & Unwin 1982, S. 155; A. Graziosi, *La ristrutturazione nelle grande fabbriche 1973-1976*, Mailand: Feltrinelli 1979, Kapitel 1; M. Regini: »Labour Unions, Industrial Action and Politics«, in: P. Lange und S. Tarrow (Hg.), *Italy in Transition: Conflict and Consensus*, London: Frank Cass 1980; G. De Masi et al., *Consigli operai e consigli di fabbrica: L'esperienza consiliare dalle origini a oggi*, Rom: Savelli, 1978 (2. Auflage).

und mit den Ereignissen in Chile im Kopf schlug die PCI-Führung nun den Weg eines »historischen Kompromisses« mit den regierenden Christdemokraten ein – und dieses Ziel schien mit den PCI-Erfolgen bei den Regionalwahlen 1975 näher zu rücken. Mit Hilfe des linken Gewerkschaftsverbands CGIL gewann die Kommunistische Partei zwar einen Teil ihrer in den Jahren zuvor verlorenen Präsenz in den Betrieben zurück, aber ihre politischen Ambitionen ließen ihre traditionelle Feindseligkeit gegenüber Kämpfen noch stärker hervortreten, die sich ihrer Meinung nach gegen die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft richteten und »korporatistisch« waren.[57]

An der Betriebsfront selbst gab es Anzeichen, daß viele Arbeitgeber von den Kämpfen des Massenarbeiters überhaupt nicht in die Knie gezwungen worden waren, sondern ihre Anstrengungen zur Unterwerfung des »Arbeitsfaktors« nur noch verstärkt hatten. Bei Fiat zum Beispiel hatte das Management einen komplizierten Manöverkrieg begonnen, um die Macht über die Produktion, die die Arbeiter in den Kämpfen des Heißen Herbstes gewonnen hatten, zu untergraben. Mit Hilfe des staatlichen Kurzarbeitsfonds Cassa Integrazione reorganisierte das Management den gesamten Produktionszyklus und fuhr die Produktion in einigen Bereichen herunter, während sie gleichzeitig in anderen haufenweise Überstunden kloppen ließ. Gleichzeitig wurde die Teilefertigung zunehmend in kleinere – zum Teil erst kurz zuvor im Ausland eröffnete – Werke des Konzerns verlagert. Diese Zergliederung des Produktionszyklus schränkte die in den Jahren zuvor vielgenutzten Möglichkeiten der militanteren Bereiche bei Mirafiori, den Betrieb zu stören und miteinander zu kommunizieren, stark ein und machte es dem Management gleichzeitig möglich, mit neuen robotergestützten Produktionsprozessen zu experimentieren. Nach Reduzierung der Fiat-Gesamtbelegschaft um 13 Prozent durch natürliche Fluktuation und Entlassungen wegen Absentismus in den zwei Jahren bis September 1975 wurden immer mehr Fiat-Beschäftigte durch die steigende Inflation zu Überstunden gezwungen, was die Ausbreitung der Militanz erst recht blockierte. Und als ob all das nicht genügt hätte, bestätigte die Gewerkschaft dem Fiat-Management im Juli 1975 das Recht, die Mobilität innerhalb des Betriebs zu kontrollieren. Nach diesem Sieg wurden massenweise Leute zwischen den verschiedenen Werken versetzt, was die Rigidität der Beschäftigten noch weiter schwächte. Marco Revelli schrieb später: *»Die Arbeitgeber benutzten Fiat damals eher zur erweiterten Reproduktion der politischen Vermittlung (und des gesellschaftlichen Konsenses) als zur Produktion von Waren, und es wurde deutlich, daß die Gewerkschaft*

[57] Vgl. S. Hellman: »Il Pci e l'ambigua eredità dell'autunno caldo«, *il Mulino* 268, März/April 1980; Redazione romana di Rosso (Hg.): *Compromesso senza operai*, Mailand: Librirossi 1976.

als Schatten, als fetischisierte Form einer personifizierten »Arbeitermacht« überleben konnte. Es wurde aber auch deutlich, daß mit dem Zerbrechen der Klassenzusammensetzung, auf der dieses Modell von Gewerkschaft materiell und gesellschaftlich beruht hatte, der Moment kam, wo der Unternehmer versuchte, ein paar Rechnungen zu begleichen.«[58]

Trotz all ihrer anderen Probleme blieb der bei Fiat entstandene Kern von Massenarbeitern in jenen Jahren stark genug, um ihre Arbeitsplätze zu behalten. Anderswo waren die IndustriearbeiterInnen aber nicht so sicher. In der Lombardei zum Beispiel fingen jetzt hunderte von Firmen an, ihre Produktionsprozesse zu dezentralisieren und zu rationalisieren. Der symbolträchtigste Fall – das zu British Leyland gehörende Innocenti-Werk – macht auch die Spaltungen deutlich, die die Fabrikarbeiterklasse selbst durchzogen. Die erste Runde der Auseinandersetzungen bei Innocenti hatte im April 1975 begonnen, als das Management einige Arbeiter in die *Cassa Integrazione* und die restlichen zu höheren Bandgeschwindigkeiten zwang. Ende August verschlechterte sich die Situation noch mehr: Nun wurden die Beschäftigten mit der Aussicht auf die Entlassung eines Drittels der Belegschaft und auf dauerhaft längere Arbeitszeiten und kürzere Takte für den Rest konfrontiert. Der hartnäckigste Widerstand gegen diese Angriffe kam von einer kleinen Zahl von Militanten, die sich zunächst von den linksradikalen Gruppen distanziert und dann eine Basisorganisation gebildet hatten, die einen gewissen Rückhalt in Schlüsselabteilungen im Werk hatte. Das *Coordinamento Operai Innocenti*, dem im PCI-dominierten Fabrikrat die Mehrheit feindselig gegenüberstand und das mit der Verlagerung des Kampfs aus den Abteilungen in die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Firma immer mehr ins Abseits geriet, mußte bald feststellen, daß es sich »im Auge des Zyklons« befand, wie ein ehemaliges Mitglied später sagte. Ende Oktober kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Gruppenmitgliedern und -unterstützern einerseits und PCI- und CGIL-Funktionären andererseits. Am Tag darauf wurden sechs Mitglieder der Gruppe gefeuert, womit das *Coordinamento* als Kraft im Betrieb praktisch erledigt war, und damit auch die Möglichkeit eines Kampfs außerhalb der Verpflichtung der historischen Linken auf das »Management« der nationalen Wirtschaftsprobleme.[59]

Obwohl *Proletari e Stato* in gewissen Kreisen als neues *Autonomia*-Programm gefeiert wurde, stieß es bei anderen wegen seines Desinteresses an diesen Rückschlägen für den Massenarbeiter auf wütende Reaktionen. Während einige frühere Gegner von Negri vielen Thesen des Buches begeistert

[58] M. Revelli: »Defeat at Fiat«, *Capital & Class* 16, Frühjahr 1982, S. 99. Auf deutsch in Autonomie Neue Folge, Nr. 13.

[59] »Lotta all'Innocenti«, in: *Primo Maggio* Nr. 7, o.J.

zustimmten,[60] waren langjährige Mitstreiter, die außerhalb des »organisierten Flügels« der Autonomia geblieben waren, nicht sehr erfreut. Besonders enttäuscht war Sergio Bologna, Redakteur von *Primo Maggio*, der mit Negri weiterhin an einer Reihe von Forschungsprojekten zusammengearbeitet hatte. Bologna schrieb, Negri habe mit *Proletari e Stato* einige »objektive Mechanismen der politischen Zusammensetzung« erfaßt, die in der italienischen Gesellschaft abliefen, dabei aber die mindestens ebenso wesentlichen Gegentendenzen völlig außer acht gelassen:

»Wieviele Arbeiter, wieviele Fabriken sind in den letzten beiden Jahren mit dem Problem der Betriebsschließung konfrontiert gewesen, und wieviele Kämpfe sind in der Alternative zwischen der Verteidigung des Lohns unabhängig vom Austausch der Arbeitskraft und Produktionsgenossenschaften ausgebrannt? Zwischen garantiertem Lohn und Selbstverwaltung, Fabrikschließung und Hinnahme der Umstrukturierung? In dieser Situation hat die revolutionäre Linke entweder keine anderen Alternativen anbieten können oder sich im besten Fall auf die Aussage beschränkt, daß die Frage falsch gestellt sei und als solche zurückgewiesen werden müsse. Die zusammenhängendste Position der revolutionären Linken war die Aussage, daß die Zerstörung des Arbeiters als Arbeitskraft gut sei und die Rekrutierung und Auswahl der Avantgarde nur voranbringen könne. Es hat viele kleine (oder große) Schlachten gegeben, aber im Laufe dieser Schlachten hat sich die politische Zusammensetzung der Klasse in den Fabriken wesentlich verändert, und zwar mit Sicherheit nicht in die Richtung, die Negri andeutet. Vielmehr hat das Gegenteil von der Tendenz zu größerer Einheit, von der er redet, stattgefunden, nämlich eine tiefere Spaltung: nicht zwischen Fabrik und Gesellschaft, sondern innerhalb der Fabrik selbst, zwischen der Rechten und der Linken in der Arbeiterklasse. Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß die Reformisten die Hegenomie über die Fabriken wiedergewonnen haben und brutal und rücksichtslos versuchen, die Klassenlinke zu enthaupten und aus der Fabrik zu vertreiben.«[61]

Statt zu versuchen, diese Verwirrung zu begreifen, habe Negri lieber das Metier des Theoretikers betrieben, der im Besitz irgendeiner großartigen Synthese sei. Durch die Erfindung »einer anderen gesellschaftlichen Figur,

[60] »Nelle lotte vive già una cooperazione antagonistica al processo di valorizzazione: occore trasformarla in cooperazione comunista«, *in: Chiamiamo comunismo* 0, März 1977.

[61] S. Bologna, ›Proletari e Stato‹ di Antonio Negri: una recensione, in: *Primo Maggio* 7, p.27. Eine englische Übersetzung von Teilen dieses und des folgenden Zitats findet sich in B. Lumley, Review Article: Working Class Autonomy and the Crisis: Italian Texts of the Theory and Practice of a Class Movement. 1964-79, in: *Capital & Class* 12, Winter 1980/81, S. 132, 133.

der er den Befreiungsprozeß auftragen kann« habe Negri nämlich hinsichtlich der Schwierigkeiten des Massenarbeiters und der Unfähigkeit von Negris eigener Organisation, in ihm irgendwie vorwärtszukommen, einfach seine Hände in Unschuld gewaschen. Vom Anbruch eines neuen Zeitalters könne also überhaupt keine Rede sein:

»Wir befinden uns nicht im Jahre Eins, wir sind nicht wieder zur Geburt der »neuen Linken« der 60er Jahre zurückgekehrt; wir sind noch nicht mal bei der Neudefinition einer anderen Figur als dem Massenarbeiter. Selbst wenn das Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Arbeiter und Partei sich wirklich verändert hätte, die Zivilgesellschaft nicht mehr existierte und sich auch die Theorie des Klassenbewußtseins verändert hätte, was würde es bringen, weiter das vollendete Handwerk des Theoretikers und Ideologen zu betreiben? Die Form des politischen Diskurses ist überholt, die millenaristische Sprache kann einem nur auf den Sack gehen, und diese Form der Theorie hat es, wie jede andere ›allgemeine Theorie‹, nur verdient, daß man sie negiert... Dazu kann man nur noch sagen, daß auf dieser Grundlage keine Debatte mehr möglich ist, sie ist langweilig. Finden wir lieber eine neue Grundlage. Sicher, ›die Unordnung unter der Sonne ist groß, deshalb ist die Lage ausgezeichnet‹.«[62]

Die Kritik des römischen Flügels der Autonomia war ebenso ätzend. Nachdem sich die *Comitati Autonomi Operai* ein Jahr lang an der Produktion von *Rosso* beteiligt hatten, hatten sie Ende 1976 schließlich genug. Wie Bologna meinten die Römer, daß Negris Abschied von der Sphäre der direkten Produktion als zentralem Terrain des Klassenkampfs nur »katastrophale« Folgen haben könne,[63] und glaubten, daß diese Differenzen auf einer tiefergehenden Differenz in der Frage der Methode beruhten. Sie beklagten sich, daß die Mailänder Beiträge zur Klassenanalyse der Autonomia »so emphatisch wie wenig überzeugend« seien, und stellten fest:

»Wir haben Dein Interesse an den ›neuen Schichten‹ (proletarischen Jugendlichen, Feministinnen, Schwulen) und an neuen und begrifflich neu gefaßten politischen Subjekten (dem ›gesellschaftlichen Arbeiter‹) immer geteilt und tun es immer noch. Aber gerade weil diese Phänomene unbestreitbar politisch wichtig sind, sind äußerste analytische Strenge, große Vorsicht bei

[62] Bologna, ›Proletari e Stato‹ ... , a.a.O., S. 28. Negris ziemlich bösartige Antwort auf Bolognas Skepsis steht im Editorial »Dopo il 20 giugno autonomia per il partito. Spariamo sui corvi«, in: *Rosso* III/10-11, S. 2.

[63] Wie zwei römische Autonome es dann in einem Leserbrief an *Primo Maggio* ausdrückten: »In der Geschichte der Arbeiterbewegung folgten auf jeden Abschied von der Fabrik die katastrophalsten Niederlagen...« Zitiert in Bermani und Cartosio, a.a.O., S. 11.

Untersuchungen und ein stark empirischer Ansatz nötig (Fakten, Daten und Beobachtungen und nochmals Beobachtungen, Daten und Fakten) ...«[64]

Negri ignorierte diese Ratschläge und widmete einen Großteil seiner Energie fortan der Entwicklung einer neuen, dem gesellschaftlichen Arbeiter angemessenen »Untersuchungsweise«.

Negri jenseits von Marx

Während Negri Ende der 60er Jahre wie andere Operaisten jener Zeit das Risiko eingegangen war, die Besonderheiten verschiedener Schichten der Arbeiterklasse unter den Massenarbeiter zu subsumieren, neigte er in der zweiten Hälfte der 70er Jahre dazu, selbst dieses teilweise konkrete Verständnis von Klasse in ein Proletariat aufzulösen, das nur noch aus Allgemeinplätzen bestand. Je mehr sich die Debatte um den gesellschaftlichen Arbeiter entfaltete, desto klarer wurde, wie unbestimmt Negris Abstraktion war. Sein sanftester Kritiker war vielleicht Alquati, der den gesellschaftlichen Arbeiter nach wie vor für eine »suggestive« Kategorie hielt; selbst er aber warnte davor, eine Ideologie um eine Klassenfigur herum zu konstruieren, die als reifes politisches Subjekt erst noch auf der Bildfläche erscheinen mußte.[65] Für Roberto Battaggia in *Primo Maggio* war Negris neues Subjekt eine nur durch Analogie aus dem Massenarbeiter abgeleitete Kategorie, der allerdings der »charakteristischste« Aspekt des Massenarbeiters fehle, nämlich eine enge Verbindung zwischen »materiellen Ausbeutungsbedingungen« und »politischen Verhaltensweisen«. In der Realität stelle sich der gesellschaftliche Arbeiter daher als Potpourri verschiedener Subjekte »mit völlig autonomen unmittelbaren Motivationen« von begrenztem Erkenntniswert dar.[66] So argumentierte auch Vittorio Dini, der vor allem kritisierte, daß Negri seinen Begriffsapparat seines Inhalts entleert habe. Früher habe Negri überzeugend geschrieben, daß diese Kategorie historisch bestimmt sei; jetzt wolle er das vom Operaismus lange beschriebene Spannungsverhältnis zwischen Fabrik und Gesellschaft mit einem theoretischen Trick lösen, indem er einfach behaupte, daß alle Momente des Zirkulationsprozesses gleichermaßen wertproduktiv seien. Ähnlich habe er kurzerhand eine neue Klassenfigur umris-

[64] »Lettera aperta alla redazione milanese di ›Rosso‹«, *in: Rivolta di classe* 1, Oktober 1976, wiederveröffentlicht in Castellano, a.a.O., S. 135 f.

[65] Alquati: *Università di ceto medio*, a.a.O., S. 90 f.

[66] R. Battaggia: »Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen über die ›neue Klassenzusammensetzung‹«, *Wildcat-Zirkular* 36/37, April 1997, S. 122; italienisch: »Operaio massa e operaio sociale: alcune considerazioni sulla ›nuova composizione di classe‹«, *Primo Maggio* 14, Winter 1980/81, S. 75 f.

sen, indem er Tendenz und Aktualität gleichgesetzt habe, obwohl ein solches Projekt eigentlich viel Zeit und Sorgfalt erfordere.[67]

Auch der Teil von Negris neuer Analyse der Klassenzusammensetzung, der den PCI behandelte, war enttäuschend. Er betonte zwar zu recht, daß die Versuche der kommunistischen Partei, die Schlacht um Herzen und Köpfe im Betrieb zu gewinnen, meist auf Strafmaßnahmen hinausliefen, ging dann aber nicht weiter darauf ein, daß die von Lapo Berti später so genannten »Verhaltensweisen im Kampf und Politischen ›Einstellungen‹« vieler vom Heißen Herbst geprägter ArbeiterInnen immer weiter auseinanderklafften: die weiterhin in vielen Fabriken betriebene praktische Kritik der Arbeitsorganisation einerseits und die Unterstützung einer Parteiführung, die die bestehenden Produktionsverhältnisse als Teil der natürlichen Ordnung sah, durch die Arbeiterklasse andererseits.[68] Da Negri aber darauf beharrte, daß das reformistische Projekt in Zeiten kapitalistischer Krise keine materielle Grundlage habe, reichte es ihm, das Verhältnis zwischen ArbeiterInnen und PCI als reines Repressionsverhältnis darzustellen oder im übrigen dunkle Anspielungen zu machen, daß die Belegschaften der Großfabriken irgendwie parasitär seien.[69] Da kam ein Beitrag zur PCI-Sondernummer von *Rosso* im Juni 1976 der Wahrheit schon näher. Ausgangspunkt dieses Beitrags war die These des kommunistischen Intellektuellen Badaloni, seine Partei sei die Vertretung einer Facette des Daseins der Arbeiterklasse, nämlich als »organisierte Ware« Arbeitskraft, die ihren untergeordneten Platz in der Gesellschaft akzeptiere. Selbst hier aber wiesen die Römer von den Comitati Autonomi Operai später darauf hin, daß ihre Beiträge zur selben Sondernummer als einzige die praktische Diskussion der kommunistischen Politik und ihrer Umsetzung vorangebracht hatten, vor allem dort, wo der PCI schon als Regierungspartei auftrat – in der Stadtverwaltung einiger italienischer Großstädte.[70]

So schritt trotz der zunehmenden Kompliziertheit der italienischen Klassenpolitik Ende der 70er Jahre die Vereinfachung von Negris Schema zügig voran. Obwohl er die traditionellen marxistischen Krisentheorien ablehnte, nahm sein eigener Bezugsrahmen mindestens genauso katastrophische Züge an: »Das Machtgleichgewicht ist jetzt umgedreht«, schrieb er 1977 in einer Broschüre, von der schließlich 20 000 Exemplare verkauft wurden:

[67] V. Dini: A proposito di Toni Negri: note sull'›operaio sociale‹, *in: Ombre Rosse* 24, März 1978, S. 7, 5; vgl. A. Negri, *Dall'operaio massa...*, a.a.O., S. 149.

[68] L. Berti, Tra crisi e compromesso storico, in: *Primo Maggio* Nr. 7, S. 8.

[69] Vgl. A. Negri, *Sabotage*, München: Trikont 1979; italienisch: *Il dominio e il sabotaggio*, Mailand: Feltrinelli 1978.

[70] »Il partito della merce organizzata per una nuova etica del lavoro« und »Inchiesta sul P.C.I.«, *in: Rosso* III/10-11; »Lettera aperta...«, a.a.O., S. 137.

»Die Arbeiterklasse und ihre Sabotage sind die stärkere Macht – vor allem sind sie die einzige Quelle der Vernunft und des Werts. Von nun an läßt sich dieses von den Kämpfen hervorgebrachte Paradox nicht mehr vergessen, nicht einmal in der Theorie; je perfekter die Form der Herrschaft wird, desto leerer wird sie; je stärker die Verweigerung der Arbeiterklasse anwächst, desto mehr ist sie voller Vernunft und Wert... Wir sind hier; uns kann man nicht zerschlagen; und wir sind die Mehrheit.«[71]

Dieser Millenarismus führte dazu, daß die kreativsten Aspekte von Negris subjektivistischer Marx-Interpretation verkümmerten. Die vielversprechende – wiederum von Alquati geborgte – Vorstellung einer Arbeiterklasse, die ihre eigenen Bedürfnisse innerhalb des Kapitalverhältnisses und gegen es »selbstverwertet«, verlor jede Substanz, da ihr die widersprüchlichen Bestimmungen der Realität in Italien fehlten. Ähnlich war es mit Negris Verurteilung des Staatskapitalismus im Ostblock, seiner Suche nach einem neuen Maß der Produktion jenseits des Werts und seiner klaren Darstellung des revolutionären Prozesses als einem Prozeß, der auf dem Pluralismus von Massenorganen proletarischer Selbstverwaltung beruht, die immer wieder hinter einem theoretischen Rahmen verschwanden, der den Klassenkampf als tödliches Gefecht zweier Titanen darstellte.[72] Obwohl Negri auch die Idee akzeptierte, daß die Differenz etwas Positives in sozialen Veränderungsbewegungen darstellte, filterte sein eigenes Konzept des *operaio sociale* weiterhin alle besonderen und widersprüchlichen Merkmale aus ihm heraus und ließ nur ihre gemeinsame Bestimmung als Verkörperungen abstrakter Arbeit übrig. Da er letztere wiederum nur als eine Form reinen Kommandos verstand, wurde das Problem der politischen Neuzusammensetzung bei ihm immer stärker überdeterminiert durch eine Betonung der Gewalt, die, wie die Praxis eines Großteils der Autonomia zeigte, nicht weniger verarmt war als

[71] A. Negri, *Working Class, Sabotage and Capitalist Domination*, in: Red Notes (Hg.) Working Class Autonomy and the Crisis: Italian Marxist Texts of the Theory an Practice of a Class Movement 1964-1979, London: CSE Books 1979, S. 137, 118. [deutsch: A. Negri, *Sabotage*, München: Trikont 1979; italienisch: T. Negri, *Il dominio e il sabotaggio*, Mailand: Feltrinelli 1978]. Die Verkaufszahlen der Broschüre stammen aus C. Mariolti: »Caso Negri, Scalzone, Piperno«, *L'Espresso*, 22.4.79, S. 11.

[72] Negri: *Sabotage*, a.a.O. Die Darstellung von Negris Auffassung des Klassenkampfs als Schlacht zwischen »zwei Titanen« stammt von A. Lipietz, Crise et inflation: Pourquoi?, in: *Communisme* 2, o.J., zitiert nach G. Boismenus Rezension der französischen Ausgabe von Negri (*La classe ouvriere contre l'Etat*, Paris: Galilee 1978) in *Canadian Journal of Political Science* 13/1, März 1980, S. 192.

die der Roten Brigaden (auch wenn sie sich in Kultur und Form zutiefst von dieser unterschied).[73]

Man hätte eigentlich meinen sollen, daß die relative Leichtigkeit, mit der die Autonomia durch die Massenverhaftungen 1979/80 zerschlagen wurde, für eine derart mit Triumphalismus aufgeladene Perspektive einen fürchterlichen Schock bedeuten würde. Die politische Niederlage der Area machte Negri aber nicht etwa wieder ein bißchen vorsichtiger, sondern sein begrifflicher Rahmen verflachte einfach noch mehr. 1981 brach er mit der tonangebenden Gruppe in der nordostitalienischen Autonomia und beschuldigte ihre Exponenten, nicht nur an einem »bolschewistischen Organisationsmodell außerhalb von Raum und Zeit«, sondern mit dem Massenarbeiter auch an einem Subjekt festzuhalten, das »wenn nicht anachronistisch, so doch zuallermindest partiell und korporativ« sei. Damit hätten sie bewußt *»eine neue politische Generation (nicht nur Kinder)«* ignoriert, *»die sich selbst in die großen Kämpfe für die Gemeinschaft, für den Frieden, für eine neue Art, glücklich zu sein, stellt. Eine Generation ohne Gedächtnis, die deshalb revolutionärer ist.«*[74]

Diese Argumentationslinie baute er im gleichen Jahr in der Zeitschrift *Metropoli* noch aus und behauptete schließlich, Erinnerung könne nur als integrales Moment in der Logik der kapitalistischen Herrschaft verstanden werden:

»Die Klassenzusammensetzung des heutigen metropolitanen Subjekts hat keine Erinnerungen, weil das Proletariat nur durch Arbeit ein Verhältnis mit der Geschichte der Vergangenheit herstellen kann... Proletarische Erinnerungen sind nur Erinnerungen an vergangene Entfremdung... Die bestehenden Erinnerungen an 1968 und an die zehn Jahre danach sind heute nur noch die Erinnerungen des Totengräbers... Die Jugendlichen von Zürich, die Proletarier von Neapel und die Arbeiter von Danzig brauchen keine Erinnerungen... Der kommunistische Übergang bedeutet, daß es keine Erinnerungen gibt.«[75]

»Eure Erinnerungen sind euer Gefängnis geworden«, hatte Negri seinen ehemaligen GenossInnen vorgeworfen.[76] Bei ihm selbst bedeutete diese Hinwendung zu einer ewigen Gegenwart allerdings nur, daß er sich einfach den Verantwortlichkeiten der Vergangenheit entzog. Angesichts der Niederlage

[73] Um eine Passage von vielen aus *Working Class, Sabotage and Capitalist Domination* zu nehmen: »Wir können uns nichts vollständiger Bestimmtes und Inhaltsgeladeneres vorstellen als die Gewalt der Arbeiterklasse.« (a.a.O., S. 134)

[74] A. Negri, Cari compagni di Autonomia, in: *Autonomia* 26, November 1981, S. 8.

[75] A. Negri, Elogia dell'assenza di memoria, in: *Metropoli* 5, 1981.

[76] Negri, Cari compagni... , a.a.O.

der operaistischen Tendenz – nach der Negri und tausende anderer AktivistInnen als »Terroristen« im Knast saßen – erkannte Sergio Bologna damals sehr klar, worin dieses Problem bestand:
»Ich habe Angst, und es geht mir sehr gegen den Strich, wenn ich Genossen sehe, die ihre Vergangenheit hassen oder, schlimmer noch, mystifizieren. Ich leugne meine Vergangenheit nicht, zum Beispiel meine operaistische Vergangenheit; im Gegenteil: ich erhebe Anspruch auf sie. Wenn wir alles wegwerfen, leben wir in einem Zustand permanenter Schizophrenie.«[77]

Es ist deprimierend, Negris Entwicklung an diesen traurigen Punkt jenseits von Operaismus und Marxismus zu verfolgen. Für die offensichtliche Hast, mit der er die meisten seiner Texte geschrieben hatte, war, wie er später selbst zugab, *»diese fürchterliche Verstellung in allem, was wir geschrieben haben«* verantwortlich: *»Es ist die Sprache der marxistischen Tradition, aber sie enthält einen Rest von Simulation, der sie verzerrt und weitschweifig macht.«*[78]

Dieser Fehler rührte von der besonderen Denkweise her, die Negri von Mario Tronti, dem Vater des italienischen Operaismus, geerbt und vervollkommnet hatte. Diese Denkweise ging von realen gesellschaftlichen Prozessen aus, bezog sich aber schnell nur noch auf sich selbst. Eben um das zu vermeiden, hatte Marx die schwindelerregenden begrifflichen Höhenflüge der *Grundrisse* aufgegeben und sich den nüchternen, aber historisch spezifischen Passagen des *Kapital* zugewandt. Negri überzeugte das nicht, aber er hätte wenigstens auf Tronti selbst hören können, dessen Arbeiten zur Klassenzusammensetzung ebenso wie Negris zeigen, wie berechtigt die Warnung von *Operai e capitale* war, daß *»ein Diskurs, der sich aus sich selbst heraus entwickelt, das tödliche Risiko eingeht, sich immer und ausschließlich durch den Fortgang seiner eigenen formalen Logik zu bestätigen«*.[79]

Anmerkung der Zirkularredaktion zu den Quellennachweisen:
Von Negris Texten sind viele übersetzt, aber nicht alle; zudem ist es schwer, immer die vorhandenen Übersetzungen, auf die der Autor sich bezieht, aufzuspüren, gerade wenn die Seitenangaben oder die Titel nicht eindeutig zuordenbar sind. Wir haben deshalb in den Fußnoten auf uns bekannte deutsche Übersetzungen verwiesen, ohne jedoch die Zitate herauszusuchen und abzugleichen.

[77] S. Bologna, Per una ›società‹ degli storici militanti, in: S. Bologna et al.: *Dieci interventi sulla storia sociale*, Turin: Rosenberg & Sellier 1981.

[78] zitiert in A. Portelli, Oral Testimony, the Law and the Making of History: the ›April 7‹ Murder Trial, in: *History Workshop Journal* 20, Herbst 1985, S. 12.

[79] M. Tronti, *Operai e capitale*, Turin: Einaudi, 1971 (2. Auflage), S. 16. Deutsch: Arbeiter und Kapital, Frankfurt: Neue Kritik 1974. Vgl. auch Thekla 9, Berlin: Sisina 1988.

Aus aktuellem Anlaß veröffentlichen wir hier etwas aus dem Rahmen fallende Beiträge zur derzeitigen Streikbewegung der StudentInnen:

Folgendes Flugi wurde auf der Demo in Mannheim am 4.12.97 verteilt:

Kommandoerklärung der Bewegung »Die Uni muß zur Wiese werden«

(Kommando Schampus Academicus)

Wir haben am 29.November 97 dafür gesorgt, daß der Festakt zum Beginn des Akademischen Jahres und zur Grundsteinlegung für die neuen Gebäude der Fakultät »Technische Informatik« gründlich in die Hose ging. Wir stellen klar: wir waren nicht die Initiatoren der Störung, aber als wir gemerkt haben, hier geht was ab, haben wir uns nach Kräften eingemischt.

Den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten haben wir nur kurz zugehört. Als er den Bildungsetat des Landes BaWü mit dem der Länder USA und Südkorea in Prozentanteilen am Gesamtetat verglich, um die Überlegenheit der Bildungspolitik im Ländle zu demonstrieren, hat es uns gelangt. Man muß sich kein Semester Statistik angetan haben, um einen so dämlichen statistischen Trick als bodenlose Frechheit zu empfinden. Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen.

Wir haben die ca. 100 Studierenden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dabei unterstützt, die Festrede des Ministerpräsidenten Teufel zu den »Perspektiven der Hochschulpolitik« zu stören. Anschließend sind wir über das kalte Büffet hergefallen, das eigentlich für die unzähligen Honoratioren, Amts- und Würdenträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und sonstige Pfeffersäcke, sowie ihre Gattinnen, deren harten Kern namentlich zu begrüßen der Direktor zu Beginn des Festakts 15 Minuten lang nicht müde wurde. (Ein erster Kritikpunkt wäre, daß die Remoulade der Lachs-Kanapees pappig-süß war und daß die Käsehäppchen mit Rinder-Gelatine verunreinigt waren.)

Anschließend haben wir etliche Flaschen Sekt geleert, und uns auch sonst nach Kräften danebenbenommen. Selbstkritisch müssen wir leider gestehen, daß unser Durst nicht ausreichend groß war, um zu verhindern, daß die später dazustoßenden Smokings, Krawatten, Abendkleider und Pelzjäckchen auch noch das eine oder andere Gläschen abbekamen. Wir haben damit eines unserer Aktionsziele verfehlt.

Als der Teufel versuchte, die Arbeitslosen für die Finanzmisere der Uni verantwortlich zu machen, haben wir diesen billigen Spaltungsversuch lautstark und entschieden zurückgewiesen.

Wir haben mit dieser Aktion die Parole »Bildung für alle«, die uns nur ein müdes Gähnen abnötigt, ersetzt durch die prickelnde Kampfparole »Schampus für alle«.

Damit haben wir ein erstes Fanal zur Abschaffung der Universität, zum Ende der Wissenschaft, zur Aufhebung aller Verhältnisse, in denen der Student und alle anderen Menschen geknechtete Wesen sind, gesetzt. Wir fordern alle auf, sich in unsere Front einzureihen und alsbald den Kampf aufzunehmen.

Wir grüßen an dieser Stelle die Bewegung 32. Semester und erklären uns solidarisch. Wir grüßen auch das Kommando »Einstürzende Elfenbeintürme« des RCDS, das mit lustigen Graffitis an den Wänden die Würde der Alma Mater angegriffen hat.

Kämpft mit uns !
Entfaltet Eure Leidenschaften !
Uni bringt nur Depression, Studis auf zur Rebellion !
Wir sind der Gehirntumor im Wasserkopf der Bestie!

4.12.97
Kommando Schampus Academicus

Im folgenden dokumentieren wir das Protokoll eines Interviews des ZDF mit Mitgliedern unserer Organisation, das am Sonntag, dem 8.12. um 20.15 Uhr ausgestrahlt wird.

Frage: Wer verbirgt sich hinter der Bewegung 'Die Uni muß zur Wiese werden!'?

Antwort: Einer der anwesenden Professoren fragte eines unserer Mitglieder: Wer bezahlt Sie für diese Störungen? Diesem Volltrottel aus der Welt von vorgestern können wir auf diese Frage nur entgegnen: Wir beziehen die Schecks für unsere subversiven Aktivitäten direkt von Erich Honecker aus dem chilenischen Exil. Außerdem sind wir dankbar für die regelmäßigen Zuwendungen von Saddam Hussein, der damit die Stellung der Universität Bagdad im internationalen Konkurrenzkampf der Hochschulen im Zeitalter der Globalisierung stärken möchte.
Unsere Mitgliederzahl schwankt zwischen knapp einer Handvoll bis hin zu mehreren Tausend Aktivisten, je nach Konjunktur der Bewegung. Auf der Demonstration am 2.12.97 haben einige Leute einen Lufthansa-Bus, dessen Fahrer nicht den unserer Demonstration angemessenen Respekt zollte, teilentglast. Diese Leute haben sich mit dieser Aktion kurzerhand zu Mitgliedern unserer Bewegung erklärt. Ebenso diejenige Reihe von DemonstrantInnen, die kurzerhand die gegenüberliegende Fahrbahn und damit den Berufsverkehr blockiert hat. Solche Aktionen und tausende andere kleine Aktionen mutiger und kritischer Art törnen

uns an; sie sind ein Beweis dafür, daß die Bewegung lebt.
Ansonsten sind wir radikale GegnerInnen dieser Welt und wehren uns entschieden dagegen, mit der klassischen Linken in einen Topf geworfen zu werden: wir lehnen jeden Versuch die Verhältnisse zu reformieren, zu demokratisieren, zu humanisieren als verlogene Scheinmanöver ab. Diese Strategien dienen nur dazu, das Elend in allen Bereichen der Gesellschaft und in allen Teilen der Welt zu vertuschen und zu verlängern. Wir sind Anhänger der Parole »Das Glück ist immer ein neuer Gedanke«.

Seid Ihr Chaoten, weltfremde Träumer, unrealistische Splittergrüppchen am äußersten Rand, Extremisten ?

Ja, hier sagen wir ganz deutlich: ja. Wir sind der Meinung, daß es kaum eine reaktionärere Haltung gibt, als die Angst vor dem Chaos. Nichts zementiert die herrschenden Verhältnisse mehr als die Angst vor dem ungewohnten Neuen, das wie alles Neue chaotisch ist. Wir sind weltfremd, weil uns diese Welt der Arbeit, der Ausbeutung, der Langeweile, der Angst, der Herrschaft – und insbesondere auch die Welt der Wissenschaft – fremd sind. Wir stehen Ihr feindselig und unversöhnlich gegenüber. Die Fähigkeit zu dieser Weltfremdheit beziehen wir zum einen aus der Analyse dessen, was uns umgibt, zum anderen daher, daß wir die Fähigkeit zum Träumen haben. Von daher: weltfremde Träumer. Wir sind bewußt unrealistisch; allen die uns dies vorwerfen entgegnen wir: euer Realismus ist obszön, beispielsweise sind in den paar Minuten, die dieses Interview dauert ca. 300 Kinder verhungert und zwar nicht aufgrund von Dürrekatastrophen sondern aufgrund Eures Realismus und der dadurch produzierten Realität.

Wie steht Ihr zur Bewegung der Studierenden? Seid Ihr nur da, um Streit zu suchen ?

Ja, wir suchen den Konflikt überall und versuchen, ihn zu schüren, zu vertiefen und zu verstärken.
Alle finden die Bewegung gut, selbst der Bundeskanzler. Wir sind die einzigen, die nicht voll des Lobs sind, sondern kritisch:
1. Um die Bewegung unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen überhaupt beginnen zu können war vielleicht ein scheinbar radikaler Egoismus, ein Ansetzen an den sogenannten studentischen Interessen notwendig. Dieser war deshalb nötig, um sich von den Vertretern des allgemeinen Interesses, den Politikern abzugrenzen und um sich den vorgeblichen gesellschaftlichen Zwängen, z.B. dem überall behaupteten Sparzwang widersetzen zu können. Und tatsächlich ist die Kritik der unmittelbaren Bedingungen unter denen man lebt, arbeitet, studiert, ißt, wohnt, liebt und fühlt die unbedingte Voraussetzung und der Beginn jeder weitergehenden Kritik.
2. Diese Selbstbezogenheit kippt jetzt teilweise um in einen bornierten Korporatismus. Wer nicht über den eigenen Tellerrand rausschaut, wird

auch seinen eigenen Teller nicht gefüllt bekommen. Das Moment der Autonomie, das mit der Selbstbezogenheit der studentischen Aktionen entstehen konnte, wird zur Fessel und zur Grenze der Bewegung. Die Drohung, die in einer autonomen Bewegung der Studierenden liegt, nämlich sich auszuweiten und zu radikalisieren wird entschärft, wird zur »Revolution der Kuscheltiere« (*Mannheimer Morgen*).

3. Die Ausweitung der Kritik hätte zu Beginnen mit der Infragestellung der eigenen Rolle. Dies ist sozusagen die Eintrittskarte einer sozialen Öffnung der Bewegung. Wenn eine Minderheit der Studierenden z.B. die Thematisierung des allgemeinen »Sozialabbaus« forciert, ist das zwar sympatisch, aber praktisch folgenlos, wenn diese Formel nicht offen in den Kampf gegen den zunehmenden Leistungsdruck, den Zwang zur Arbeit entschlüsselt wird. Erst dann könnte die Bewegung tatsächlich Gemeinsamkeit und Anknüpfungspunkt für den »Rest« der Gesellschaft sein. Erst ein wirklich »radikaler Egoismus«, die Entdeckung und Entfaltung der ganzen Widersprüchlichkeit der eigenen Bedürfnisse hat die Chance, nicht nur mit ein paar Zugeständnissen, die nix ändern, abgespeist zu werden. StudentInnen für bessere Studienbedingungen oder studierende Menschen für ihre Bedürfnisse?

4. Die Formel »gegen den Sozialabbau« geht gnadenlos am Problem vorbei: Es fehlt nicht das Geld, das für den Eurofighter ausgegeben werden soll. Unter dem Vorwand der Globalisierung (»Wir sind zu teuer«) wird alles angegriffen, was bisher den lebenslangen Zwang zur Arbeit vorübergehend ausgesetzt oder ein wenig gemindert hat. Innerhalb und außerhalb der Betriebe.

5. Die Geschlossenheit der Bewegung ist nur Fassade. In Wirklichkeit ist sie bereits jetzt zutiefst gespalten: zum einen in diejenigen, die nur darum kämpfen möglichst schnell als Chefs einen warmen Platz in dieser kälter werdenden Gesellschaft zu kriegen. Mit anderen Worten: diejenigen, denen es nur darum geht, möglichst schnell Karriere zu machen, die uns später kontrollieren, untersuchen, bevormunden, informieren, zur Arbeit antreiben können uns gestohlen bleiben. Und es gibt diejenigen, die studieren, um dem gesellschaftlichen Arbeitszwang und der Repression des Berufslebens noch ein paar Jährchen zu entgehen, die Spaß haben wollen anstelle von Maloche in diesen Fabriken, die Büros genannt werden. Auch wenn letztere Vorstellung immer weniger aufgeht, diese Motivation zu studieren und auch – wie momentan – zu rebellieren ist uns sympathisch. An sie richtet sich unser Flugblatt.

Liebe Mitglieder der Bewegung "Die Uni muß zur Wiese werden", wir danken Euch für das Gespräch.

Neoliberalismus und Globalisierung
Reformismus oder Revolution?

Zur theoretischen und strategischen Diskussion in der radikalen Linken

Offener Brief
an die Freunde der Zapatisten, oder:
Warum Haifische nicht vegetarisch leben

Streik bei UPS in den USA
Aufschwung des Klassenkampfs oder Sieg der gewerkschaftlichen Kontrolle?

Negris Klassenanalyse
Die Metaphysik des „gesellschaftlichen Arbeiters"

Dezember 1997 Nr. 40/41
Wildcat-Zirkular